

Neue Soziale

FORSCHUNGSJOURNAL

Bewegungen



ZWISCHEN MEIER UND VEREIN

Modernisierungspotentiale im Ehrenamt

Heft 1 - März 2004 € 14,-

LUCIUS
LUCTUS



EDITORIAL

- 2 Zwischen Meier und Verein –
Modernisierungspotentiale im Ehrenamt

ESSAY

- 9 *Joachim Raschke*
Müssen die Grünen sich neu erfinden?

AKTUELLE ANALYSE

- 17 *Hans Oswald*
Politische Identität und freiwilliges
Engagement im Jugendalter

SEMINARANKÜNDIGUNG

- 25 Redaktionsarbeit in Fachzeitschriften

THEMENSCHWERPUNKT

- 26 *Sebastian Braun*
Die Wiederentdeckung des Vereinswesens
im Windschatten gesellschaftlicher Krisen
- 36 *Eckhard Priller*
Konkurrierende Konzepte zum bürger-
schaftlichen Engagement in der Langzeit-
perspektive
- 45 *Ingo Bode/Adalbert Evers/Andreas Schulz*
Arbeitsförderung als Sozialpolitik
- 54 *Ulrike Schumacher*
Die Rolle bürgerschaftlichen Engagements
in der Krise der Arbeitsgesellschaft
- 62 *Sebastian Braun/Stefan Hansen*
Soziale und politische Integration durch
Vereine?
- 70 *Maria Berger/Ruud Koopmans*
Bürgerschaft, ethnische Netzwerke
und die politische Integration von Türken
in Amsterdam und Berlin
- 80 *Thomas Leif*
Weiches Thema – Weiche Politik?

PULSSCHLAG

- 88 *Wolf-Dietrich Brettschneider*
Viel Lärm um nichts?
Zur Rezeption der Studie ‚Jugendarbeit in
Sportvereinen: Anspruch und Wirklichkeit‘
- 93 *Thomas Klie/Hans Hoch/Paul-Stefan Roß*
Neue Wege der Verbände in der Bürgerge-
sellschaft?
- 97 *Karin Urich*
DDR-Forschung im Fadenkreuz
Internationale Tagung in Otzenhausen
- 100 *Thomas Leif*
Grauzonen des Parlamentarismus aus-
leuchten – Wie der Lobbyismus unser de-
mokratisches Gefüge untergräbt

TREIBGUT

- 103 Materialien, Notizen, Hinweise

LITERATUR

- 108 Sammeln und Abheften – Archive der so-
zialen Bewegungen im Überblick
(*Gottfried Oy*)
- 109 Mann oder Frau: Wer demonstriert mehr?
(*Karin Urich*)
- 110 No Global – New Global (*Felix Kolb*)
- 112 Mobilisierungsstrukturen und trans-
nationaler Protest (*Hermann Maiba*)
- 113 Abschied von den Dämonen
(*Carsten Nemitz*)

114 ANNOTATIONEN**117 AKTUELLE BIBLIOGRAPHIE****120 ABSTRACTS****127 IMPRESSUM**

Zwischen Meier und Verein – Modernisierungspotentiale im Ehrenamt

Lange Zeit galt der Verein als antiquierte und nicht mehr zeitgemäße Organisationsform. Die Vorbehalte gegenüber dem Verein kommen auch in der Bezeichnung ‚Vereinsmeier‘ zum Ausdruck. Der Vereinsmeier ist derjenige, der sich in der kuscheligen Enge und Wärme seines Vereins wohl fühlt und die Welt drumherum nicht mehr wahrnimmt. Er ist eine Sonderform des Spießbürgers. In der Geringschätzung des Vereinsmeiertums verbirgt sich eine weit zurückreichende Erfahrung. Der Spießbürger war der Bürger, der nur mit Spieß bewaffnet Kriegsdienst leistete, der Bürger im Kleinformat, der sich kein Pferd leisten konnte. Der Spießbürger ist die Minusvariante des Bürgers. Er sieht sich in der Enge gefangen und liebt diese Enge auch. Die Enge, das behaglich Unpolitische und die Sehnsucht nach Selbstdarstellung charakterisiert ihn.

So findet man in der Beschränktheit und wohligen Welt des eigenen Vereins zusammen und pflegt seine geordneten Aktivitäten. Als ein typisches Beispiel für den ‚modernen‘ Vereinsmeier können heute die männlichen Vereinsvorsitzenden gelten, die schon seit 20 Jahren den Vorsitz innehaben, immer schon wissen, wie etwas gemacht wird und vor allem: gemacht werden muss, damit es auch klappt, ihre eigene Geschäftigkeit allerdings auch als Ausdruck von Modernität begreifen, obwohl sie sich nahezu ausschließlich an Traditionen und ‚Alt-Bewährtem‘ orientieren, und die Behaglichkeit des Vereinslebens kultivieren. Was für den einzelnen Vereinsvorsitzenden gilt, trifft nach landläufiger Meinung aber auch die Vereine insgesamt, sofern man überhaupt von *den* Vereinen ohne weitere Differenzierung sprechen darf: Sie sind immer noch sehr stark an der eigenen Binnenkultur fixiert und sind sich mit ihren Aufgaben und Mitgliedern selbst genug. Gleichwohl gibt

es ernsthafte Modernisierungsbestrebungen in der Vereinslandschaft.

Die Welt der Vereine kann mit beeindruckenden Zahlen aufwarten. Nach Schätzungen gibt es etwa 350.000 bis 500.000 eingetragene Vereine und rund 500.000 nicht rechtsfähige Vereine. Die Vereine verzeichnen über 80 Mio. Mitgliedschaften, wobei hier Mehrfachmitgliedschaften mitgezählt sind. Eine beträchtliche Zahl der Bürgerinnen und Bürger ist in Vereinen organisiert. Die Zahlen basieren zum großen Teil auf Schätzung, weil es in Deutschland kein zentrales Vereinsregister gibt. Sie beruhen auf einer Auswertung der 600 Vereinsregister bei den Amtsgerichten, die allerdings nur reaktiv arbeiten. Die Zahlen sagen nichts über die realen Aktivitäten der Vereine aus. Es können sich auch zahlreiche inaktive Vereine darunter befinden. Von Helmut Anheier wird der Organisationsgrad in Deutschland mit 64 Prozent angegeben; Jürgen Baur und Sebastian Braun kommen in einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung aus dem Jahr 2001 auf eine nahezu identische Quote; der Wohlfahrtssurvey von 1993 nennt hingegen 47 Prozent. Zum Vergleich: Für die USA werden ebenfalls 47 Prozent angegeben und für Frankreich 36 Prozent.

Diese Zahlen sind nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, weil die Vereine ein zentrales Element für die Infrastruktur des Engagements sind. 43 Prozent des bürgerschaftlichen Engagement wird im organisatorischen Rahmen eines Vereins ausgeübt (14 Prozent innerhalb von Kirchen und religiösen Vereinigungen, 13 Prozent in Selbsthilfegruppen und Projekten, 11 Prozent in staatlichen und kommunalen Einrichtungen etc.). Die Vereine sind daher nach wie vor die dominierende organisatorische Form des bürgerschaftlichen Engagements, auch wenn sich mit Selbsthilfegruppen, neuen sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und ähnlichen Formen eine neue Form des weniger formalisierten Engagements etabliert hat.

Unter den Vereinen ist der Sportverein der zahlenmäßig wichtigste. 39,6 Prozent aller Vereine sind Sportvereine. Freizeitvereine haben einen Anteil von 17,4 Prozent, Wohlfahrtsvereine von 13,3 Prozent und Kulturvereine von 11,4 Prozent. Die Sozialwissenschaften und insbesondere die Politikwissenschaften haben die Vereine lange Zeit links liegen gelassen. Für sie zuständig ist die Verbändeforschung, doch widmete sie sich mehr oder minder nur den Verbänden, die zwar für die Interessenvertretung und Koordination der Vereine untereinander eine wichtige Rolle spielen, aber für das Engagement und die besonderen Funktionen der Vereine für die Demokratie und die Gesellschaft nicht ins Gewicht fallen¹. Es gibt kaum überregionale Studien zu Vereinen. Die Zahl der relevanten Publikationen lässt sich mehr oder minder an einer Hand aufzählen.

Über die Sportvereine gibt es auch das breiteste Wissen. Die Sportwissenschaften und der Deutsche Sportbund haben ein besonderes Interesse daran, dass über die Sportvereinslandschaft gesichertes Wissen produziert wird. Der Sportbereich gehört mit 22 Prozent zum wichtigsten Bereich des gesellschaftlichen Engagements. In den rund 88.500 Vereinen engagieren sich 4,5 Mio. Mitglieder freiwillig für ihren Verein. Gerade im Sportbereich wird erkennbar, dass Verein nicht gleich Verein ist. 70 Prozent aller Vereine im Sportbereich sind Klein- und Kleinstvereine bis zu 300 Mitgliedern; und nur in 14 Prozent der Vereine gibt es hauptamtliche Mitarbeiter. Bei letzteren handelt es sich zumeist um große Vereine, die sich auch wirtschaftlich betätigen, keine homogene Mitgliedschaft mehr aufweisen und die auch ein breites und vielfältiges Sportangebot bereithalten. Obwohl sie zahlenmäßig eine Minderheit in der Sportvereinslandschaft darstellen, binden sie einen hohen Anteil aller Sportvereinsmitglieder in Deutschland. In solchen Vereinen scheint nicht zuletzt der Wille zu wachsen, mit privaten Sportanbietern zu kon-

kurrieren und spezielle Angebote für die zahlungskräftige Mittelschicht bereitzustellen. Inwieweit diesen Vereinen, die in der öffentlichen Diskussion gemeinhin als die Modernisierer der Sportvereinslandschaft gelten, tatsächlich diese Rolle zukommt, bleibt allerdings fraglich. Denn auch im Sport gilt mehr und mehr das Motto „Small is beautiful“: Zulauf finden vor allem die Klein- und Kleinstvereine.

Allerdings stecken in den Vereinen nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht beachtliche Modernisierungspotenziale. Die Vereine sind auf der lokalen Ebene ein bedeutender kultureller Faktor. Sie sind die Veranstalter von Festen, von Kultur- und Sportereignissen. Und sie können die Orte einer lebendigen Demokratie sein und zur Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft und Demokratie beitragen. Hier liegen auch die besonderen Modernisierungspotenziale, die uns in diesem Themenheft interessieren.

Das vorliegende Heft des Forschungsjournal will mit dem Themenschwerpunkt einen Einblick in die Welt der Vereine und in ihre Bedeutung für das bürgerschaftliche Engagement geben. Die Vereine sind noch nicht recht darauf eingestellt, sich als Sozialisationsagenturen für Bürgerkompetenzen begreifen und so einen Nährboden für die Demokratie zu bilden. Bestärkt wird diese Distanz gegenüber den eigenen demokratischen Möglichkeiten durch die große Zahl und das Wachstum der Freizeit- und Sportvereine, die primär die Bedürfnisse ihrer Mitglieder nach Freizeit, Sport und Erholung bedienen und sich eher von ihrer Umwelt abschließen.

Die Bedeutung der assoziativen Lebenswelt für die Gesellschaft und für die Demokratie ist vielen Vereinen und Vereinsmitgliedern noch nicht bewusst. Doch gibt es inzwischen Anzeichen dafür, dass sich ein allmählicher Bewusstseinswandel vollzieht. Hierarchische Strukturen, Eigensinn und Beharrungsvermö-

gen, gepaart mit dem Wohlgefühl in der eigenen abgeschlossenen Welt, stehen einem solchen Öffnungs- und Lernprozess freilich entgegen. Der erste Schritt einer Modernisierungsstrategie der Vereine könnte daher darin bestehen, dass sie sich verstärkt als Teil der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur begreifen.

Modernisierungsbedarf besteht sowohl bei den Aktivitäten der Vereine nach außen als auch bei ihren Binnenstrukturen. In der Außenperspektive ist eine stärkere Vernetzung mit der lokalen Umwelt erforderlich, insbesondere mit anderen Organisationen des Dritten Sektors. Dies kann auch bedeuten, dass die Vereine neue Aufgaben in der Gesellschaft übernehmen – vielleicht auch solche, die Staat und Kommunen mangels Finanzen nicht mehr leisten können. Dies hat aber auch zur Folge, dass die Politikfähigkeit der Vereine zunehmen muss. Um geeignete Rahmenbedingungen für ihre künftige Arbeit zu schaffen, müssen sie sich als Akteure mit einer Stimme begreifen und diese auch erheben.

Modernisierungsbedarf besteht aber auch im Innern. Die Mitgliedschaftszahlen suggerieren zwar, dass es an Nachwuchs nicht fehlt. Doch fragt man die Verantwortlichen in den Vereinen, so wird schnell klar, dass es für Führungs- und Leitungspositionen nicht genügend Freiwillige gibt. Es mangelt vielfach an attraktiven Gelegenheiten für ein Engagement in den Vereinen, an Gestaltung und Vernetzung und insgesamt an einem zukunftstauglichen Rollenverständnis des zivilgesellschaftlichen Vereinsaktivisten. Auch die Vereine müssen Antworten auf die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft entwickeln. Als Problem kommt hinzu, dass die Bereitschaft bei vielen abnimmt, sich langfristig an Organisationen zu binden.

Die Binnenmodernisierung betrifft vor allem die Zielsetzungen, Strukturen und Arbeitsweisen. Sie müssen so gestaltet werden, dass sie den Prinzipien der Zivilgesellschaft nach

Transparenz, Öffentlichkeit, Kooperation und Partizipation gerecht werden. Dies kann auch heißen, dass neue Wege in der Rekrutierung von Mitgliedern beschritten werden und Ämter nicht nur an ‚langgediente‘ Mitglieder vergeben werden. In diesem Sinne sollten auch Mitwirkungsmöglichkeiten projektbezogen und begrenzt angeboten werden. Hinzu kommen muss aber auch die Bereitschaft, sich auf neue Motivlagen und Bedürfnisse von Mitgliedern einzustellen. Dies betrifft nicht nur ein verändertes Erwerbsverhalten und geschlechterspezifische Bedürfnisse nach Zeiteinteilung und Beteiligung, sondern auch ein gezieltes Freiwilligenmanagement mit Personalentwicklung und Gewinnung von bisher unterrepräsentierten Gruppen. Beispielsweise ist der Sport in seinen ehrenamtlich besetzten Leitungspositionen immer noch eine Männerdomäne. Zu den Veränderungen der Motivlagen von Mitgliedern und potenziellen Mitgliedern zählt auch die stärkere Orientierung am eigenen Nutzen einschließlich der verstärkten Suche nach einem persönlichen Sinn in dem jeweiligen Engagement. Vereine müssen darauf Antworten finden, denn Freiwillige wollen nicht nur für andere etwas tun, sondern damit auch eigene Bedürfnisse befriedigen.

Die Wissenschaft (Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie) hat immer schon auf die Bedeutung der freiwilligen Vereinigungen für die Gesellschaft und für die Demokratie hingewiesen. Alexis de Tocqueville war einer der Ersten, der dieses Fundament für die amerikanische Demokratie bereits im 19. Jahrhundert richtig einschätzte. Und für die Bundesrepublik hat Ernst-Wolfgang Böckenförde auf die ‚vorpolitischen‘ Voraussetzungen der Demokratie aufmerksam gemacht, die auch in der assoziativen Lebenswelt zu finden sind und die eine demokratische Gesellschaft nicht einfach herstellen und erzwingen könne. Jürgen Habermas hat die assoziative Lebenswelt als Teil der politischen Kultur wahrgenommen, aber

den Assoziationen lediglich in Ausnahmefällen zugestanden, auf das politische System einzuwirken.

Trotz dieser unzweifelhaften Wichtigkeit der Welt der freiwilligen Vereinigungen wurde in der normativen politischen Theorie immer abstrakt vom ‚Assoziationswesen‘ gesprochen, das den für die Demokratie notwendigen Unterbau liefern würde. Nirgendwo wurde konkret von Vereinen gesprochen. Die Angst, den ‚Vereinsmeiern‘ zugerechnet zu werden, saß zu tief. Es gibt also nach wie vor ein empirisches Forschungsdefizit. Die Einsicht in die Bedeutung der Vereine ist durch die Konjunktur des Themas Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement noch einmal gewachsen. Auch die Kommunitarismus-Diskussion in den 1990er Jahren hat die Bedeutung der freiwilligen Vereinigungen unterstrichen.

Bürgerschaftliches Engagement ist freilich weit umfassender, als es der Begriff des Ehrenamtes anzeigt. Die Vereine waren und sind immer noch die Domäne des Ehrenamtes. Aber das Engagement in den Vereinen umfasst neben den Wahlämtern (Vorsitz, Schriftführer, Jugendwart, Festwart etc.) auch zahlreiche informelle Tätigkeiten (Kinder zum Wettkampffahren, Vereinsheim putzen, Vereinsfeste mit organisieren etc.). Engagementförderpolitik muss hier ansetzen – sie muss die Modernisierungspotenziale der Vereine fördern, ohne sie gleich zu ökonomischen Agenturen der Dienstleistungsgesellschaft zu machen. Die rechtliche Form des Vereins ist aber auch gleichzeitig eine offene Form für ganz unterschiedliche Zwecke des Zusammenschlusses. Denn nur wenn es einen Rahmen gibt, kann Engagement sich entwickeln.

Der Schwerpunkt dieses Heftes wurde von *Sebastian Braun* zusammengestellt und koordiniert. Er geht in seinem Einleitungsbeitrag darauf ein, dass dem bürgerschaftlichen Engagement und damit auch den Vereinen viele Funktionen zugeschrieben werden. Sie sollen

nicht nur das notwendige soziale Kapital für den Kitt der Gesellschaft produzieren. Die Vereine sollen auch einen Beitrag leisten zur Linderung der Krise der Arbeitsgesellschaft, des Wohlfahrtsstaates und der Demokratie. Ein nüchterner Blick lehrt jedoch, dass Vereine zwar viele Aufgaben übernehmen, aber überfordert werden, wenn man sie als Mittel gegen alle Übel der Gesellschaft ansieht. Die umstandslose Funktionalisierung und Instrumentalisierung des bürgerschaftlichen Engagements missversteht zudem seine Besonderheit. Vereine sind sicher keine ‚alternative Steuerungsressource‘, mit der das Versagen der Politik kompensiert werden könnte. Braun erkennt aber doch den ‚Verein als Hoffnungsträger‘ und wichtigen Beiträger zur Bewältigung der skizzierten Krisenphänomene. Möglich sei dies durch die ‚Multifunktionalität‘ und ‚strukturelle Unbestimmtheit‘ der Vereine. Um aber genaueres sagen zu können, müssen die Leistungspotenziale der Vereine erst einmal empirisch überprüft werden.

Diese Prüfung übernehmen *Sebastian Braun* und *Stefan Hansen* in ihrem Beitrag ‚Soziale und politische Integration durch Vereine?‘ Die Theoretiker des Sozialkapitals schreiben den zivilgesellschaftlichen Assoziationen vielfältige Funktionen zu. Sie sollen das soziale Kapital hervorbringen, das die Gesellschaft zusammenhält, dem Einzelnen Vorteile bringt und uns vor Bindungslosigkeit und Egoismus bewahrt. Es soll auch die Performanz der Demokratie verbessern und insgesamt helfen, Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität zu bekämpfen sowie wirtschaftliches Wachstum und Innovation fördern. Diese hochgesteckten Erwartungen an das soziale Kapital lassen die Frage aufkommen, warum die politisch Verantwortlichen nicht schon längst auf die Idee gekommen sind, große Programme zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und insbesondere des Vereinswesens aufzulegen. Braun und Hansen beantworten

diese Frage am Beispiel der Vereine. Die Antwort ist nicht so einfach, denn mit der Anzahl der Vereinsmitglieder steigt nicht automatisch die Integrationskraft der Gesellschaft. Die Vermutung, dass in den Vereinen die ‚kompetenten Bürger‘ sozialisiert werden, dass dort also die kognitiven, prozeduralen und habituellen Bürgerkompetenzen erworben werden können, bedarf der Korrektur. Es gibt zwar empirische Hinweise darauf, dass Vereinsmitglieder aufgeschlossener gegenüber Politik sind, dass sie weniger individualistisch und hilfsbereiter sind als Nicht-Vereinsmitglieder. Doch die wissenschaftliche Analysefähigkeit hat auch ihre Grenzen. Es gibt keine verlässlichen Informationen darüber, was sich in der ‚black box‘ Verein abspielt. Zudem ist zwischen der Viel-

zahl von Vereinen zu unterscheiden – etwa zwischen binnenorientierten und außenorientierten Vereinen. Es kann auch sein, dass die Vereinsmitglieder ihre besonderen sozialen und politischen Orientierungen woanders erwerben und dass sich in Vereinen Bürger mit diesen besonderen Kompetenzen verstärkt sammeln. Grundsätzlich ist die Transferannahme auch nicht geklärt, wie die Menschen die Orientierungen, die sie im Verein erworben haben, auf andere Bereiche übertragen. Insgesamt ist daher gegenüber den euphorischen Annahmen Robert Putnams über die segensreichen Wirkungen des Sozialkapitals mehr Skepsis angebracht. Hier bedarf es weiterer Forschung, bevor diese Wirkungsannahmen als gesichert gelten können.



Die Warnung davor, die Vereine mit allen erdenklichen Funktionszuweisungen zu befrachten, wird auch durch die Studie von *Wolf-Dietrich Brettschneider* bekräftigt. Brettschneider hat 2001 eine Studie mit dem Titel ‚Jugendarbeit in Sportvereinen: Anspruch und Wirklichkeit‘ im Auftrag des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport veröffentlicht. Die Studie hat heftige Reaktionen hervorgerufen. Brettschneider erklärt und verteidigt seine Studie in diesem Heft. Der Sportverein ist nach wie vor die Nummer 1 der Jugendorganisationen, doch er wird in seinen Leistungen und in seiner Leistungsfähigkeit für die Entwicklung der psychosozialen Gesundheit überschätzt. Offensichtlich gelingt es den Vereinen, die sowieso schon körperlich fitten und psychisch stabilen Jugendlichen an sich zu binden.

Um die Leistungspotenziale der Vereine und des Engagements ausfindig zu machen, sind empirische Langzeitbeobachtungen des bürgerschaftlichen Engagements notwendig. *Eckhard Priller* versammelt in seinem Beitrag die (wenigen) verfügbaren empirischen Befunde zur Entwicklung des Engagements in einer längerfristigen Perspektive. Diese Befunde diskutiert er vor dem Hintergrund unterschiedlicher Szenarien – Niedergang des Engagements, Strukturwandel des Engagements und zyklische Entwicklung des Engagements. Er kommt zu dem Ergebnis, dass das Niedergangsszenario, das Robert Putnam für Amerika gezeichnet hat, für Deutschland nicht zutrifft. Festzustellen sei eher eine Zunahme, gepaart mit einem Strukturwandel des Engagements. Deutlich wird aber auch, dass in einer Langfristperspektive die Zahl der Vereine seit den 1950er Jahren deutlich zugenommen hat.

Engagement braucht organisatorische Formen, in denen es ausgeübt werden kann. Beschäftigungsgesellschaften sind ‚Soziale Unternehmen‘, die ohne Gewinnabsichten zivilgesellschaftliche Aufgaben übernehmen. Sie

sind Teil einer gemischten Wohlfahrtsproduktion und vielfach eine Antwort auf Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung. *Ingo Bode*, *Adalbert Evers* und *Andreas Schulz* zeigen in ihrem Beitrag, dass diese Beschäftigungsgesellschaften soziales Kapital schaffen und einen zivilgesellschaftlichen Rückhalt genießen. Sie sind als eigenständiger, ‚Dritter‘ Weg der Beschäftigungsförderung anzusehen. Heute werden diese Beschäftigungsgesellschaften aber immer mehr an den Rand gedrängt und zu bloßen ‚Auffangbecken‘ degradiert.

Der Beitrag von *Ulrike Schumacher* untersucht die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in der Arbeitsgesellschaft. Am Beispiel des Engagements in Berliner Umweltgruppen hat sie festgestellt, dass ein solches Engagement die berufliche Orientierung verstärken, ergänzen, ausgleichen oder auch als Alternative nach der Familienphase wahrgenommen werden kann. Gerade bei der Mitarbeit bei Umweltinitiativen in Brandenburg kommt es vielfach zu Enttäuschungen, weil eine Überführung oder Überbrückung in ein Arbeitsverhältnis meist nicht gelingt. Um mehr Beteiligung in Umweltinitiativen und für bürgerschaftliches Engagement generell zu erreichen, plädiert Schumacher für mehr Beteiligungsrechte, für eine bessere Infrastruktur und für eine umfassendere Kultur der Anerkennung des Engagements. Auch in diesem Beitrag zeigt sich, dass Engagement organisatorische Formen braucht und eng mit der Erwerbsarbeit verzahnt ist. Schumacher mahnt aber auch eine Diskussion um gesellschaftliche Leitbilder an, denn nur so könne das Reformmodell Bürgergesellschaft eine Chance bekommen.

Die Shell-Jugendstudien und andere Publikation versuchen das abnehmende Interesse von Jugendlichen an Politik zu belegen. In der aktuellen Analyse dieses Heftes schließt sich *Hans Oswald* dieser Meinung nicht an. Er plädiert mit Blick auf us-amerikanische Forschun-

gen und Erfahrungen für Entwarnung und einen präziseren Blick auf jugendliches Verhalten. Wenn Jugendlichen ein geringeres Interesse an Politik zugeschrieben wird, so ist dies auch damit in Zusammenhang zu sehen, dass ihnen kaum Verantwortung übertragen wird. Wenn sich die Schule stärker für Erfahrungen und Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements öffnet, sind – so die amerikanischen Erfahrungen – deutlich ausgeprägtere Gemeinwohlorientierungen die Folge.

In der Sozialkapital-Diskussion macht die Differenzierung zwischen ‚bridging‘ und ‚bonding social capital‘ aufmerksam sowohl auf die möglichen vermittelnden Leistungen sozialer Netzwerke – über ethnische und andere Gruppen-Differenzen hinweg – als auch auf exklusive, ab- und ausschließende Effekte, die sich in Assoziationsverhältnissen und Netzwerken einstellen können. Mit ihren empirischen Forschungsergebnissen weisen *Maria Berger* und *Ruud Koopmans* unter Konzentration auf den Vergleich des Engagements von Türken in ethnischen Organisationen in Amsterdam und Berlin nach: Ethnische Assoziationen leisten durchaus einen wichtigen Beitrag zur politischen Integration von Migranten und zu einem ‚bridging social capital‘. Sie befördern keineswegs zwangsläufig die Entwicklung von ‚Parallelgesellschaften‘. Es sind jedoch eher die individuellen Rechte als die kulturellen Gruppenrechte, die die politische Integration von Migranten fördern. Die niederländische Integrationspolitik mit ihrer starken Förderung kultureller Gruppenrechte wird im Lichte dieser Untersuchung skeptisch beurteilt. Eine stärkere Förderung von Migrantorganisationen ist für die AutorInnen jedoch unverzichtbarer Bestandteil einer erfolgreichen Integrationspolitik.

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements insgesamt, so *Thomas Leif*, hat zwar mit der Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ und dem ‚Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001‘ an kurzfristiger Aufmerksamkeit gewonnen. Doch ihr Ruf als ‚weiches Politikfeld‘ verstellt den Blick auf die Notwendigkeit einer konsequenten Engagement-Politik. Die Förderung der Bürgergesellschaft ist allerdings nicht ohne Konflikte mit etablierten Akteuren und Strukturen zu haben. Angesichts des absehbaren Wandels wichtiger Politikfelder, von gravierenden Strukturänderungen – etwa im Zivildienst – und von extremen demographischen Herausforderungen verstärkt sich die Neigung, das bürgerschaftliche Engagement als Lückenbüßer und Ausfallbürgen zu adressieren und zu instrumentalisieren. Eine kluge, konzeptionell angelegte ‚Engagement-Politik‘ müsste im Vorgriff auf die absehbaren Probleme handeln und insbesondere eine robuste Infrastruktur der Engagementförderung schaffen, ist aber nicht einmal in Umrissen zu erkennen.

In seinem Essay analysiert Joachim Raschke das Koordinatensystem grüner Politik und zieht daraus Konsequenzen für die grüne Themen- und Kommunikationsstrategie.

Rudolf Speth, Berlin; *Ansgar Klein* (Berlin); *Sebastian Braun* (Paderborn)

Anmerkung

¹ Thomas Klie, Hans Hoch und Paul-Stefan Roß stellen in der Rubrik ‚Pulsschlag‘ die Anlage einer Verbändebefragung 2003 in Baden-Württemberg vor – die Notwendigkeit der eigenen Engagementförderung und der Bedarf an eigenen Organisationsreformen und weiterer Vernetzung wird in der Befragung auch für die Verbände deutlich.

Joachim Raschke

Müssen die Grünen sich neu erfinden? Innovationsjahr 2004 – zwischen Modernisierung und Fortschrittskepsis¹

Die Grünen müssen sich nicht neu erfinden. Sie haben ein exzellentes Grundsatzprogramm. Die Struktur ist nicht optimal, aber hinreichend. Sie sind personell gut aufgestellt. Und auch das Fischer-Problem ist, nachdem Joscha Fischer sein Engagement bei den Grünen bis 2006 verlängert hat, kleiner geworden.

Was den Grünen fehlt, ist eine interessante Selbstdefinition. Die Grünen müssten sich selbst auf den Begriff bringen. In einem oder in drei Sätzen sagen, wofür sie stehen. Aber eine solche Schlüsselidee, die die Grünen auf den Punkt bringt, wird offensichtlich nicht gesucht, auch nicht gewollt. Obwohl es dafür ein paar gute Gründe gäbe:

- Eine Programmpartei braucht einen Überbau. Eine Antwort auf die Sinnfrage: Wozu sind die Grünen da? Sonst definieren sie sich nur über Themen oder über Werte oder über Leitbilder oder gar nur als Mehrheitsbeschaffer
- In der heutigen Medien- und Parteiendemokratie hilft eine Idee von sich selbst. Sie verschafft Aufmerksamkeits-, Unterscheidungs- und Identifikationsgewinne; sie hilft, wenn man angegriffen wird (z.B. als Fortschrittsfeinde). In der ersten rot-grünen Legislaturperiode standen grüne Themen im Vordergrund. In der zweiten Legislatur stehen zu wenige grüne Themen ganz vorne auf der Agenda.
- Hinzu kommt folgendes: Die Grünen haben, verglichen mit anderen Parteien, ein intellektuelles Publikum. Das leidet vor allem unter der geistigen Leere der gegenwärtigen Debatten. Die Hauptakteure, Stoiber, Merkel, Schröder, sind Macher. Wo ist die Nachdenklichkeit? Was machen grüne Sym-

pathisanten und Anhänger, wenn die grüne Diskurskultur sanft entschläft?

- Schließlich bringt der Abstieg der SPD neue Debatten ins Parteiensystem. Zum Beispiel das neu-alte Schwarz-Grün-Thema. Es wäre vorteilhaft, wenn darauf nicht nur taktisch, sondern grundsätzlicher geantwortet werden könnte.

Im Folgenden werde ich etwas zum Koordinatensystem grüner Politik sagen – wie sieht der Rahmen aus, in dem ihre vielfältigen Politikangebote wirksam werden können? Daraus werden Konsequenzen für eine grüne Themen- und Kommunikationsstrategie – mit einer kurzen Anwendung auf die Innovationskampagne des Kanzlers – abgeleitet. Zum Ende frage ich, ob Rot-Grün sich überlebt hat.

Im Mittelpunkt meiner Überlegungen steht dabei folgende Frage: Mit welcher Politik können die Grünen erfolgreich sein? Dazu muss man gedankliche Ketten herstellen zwischen erstens grünen Wählern und Wählerpotentialen (die sich sehr stark vom Mainstream der Wähler unterscheiden), zweitens Themen, Problemlösungen und Positionen, drittens Konkurrenzverhältnissen und viertens muss man die Kommunikation besonders beachten. Strategische Parteienanalyse denkt mindestens diese vier Punkte immer im Zusammenhang.

1 Zur Außenansicht

Wie werden die Grünen von außen wahrgenommen, wie passt dieses Fremdbild zu dem Selbstbild, das sie von sich haben?

Die Grünen sind nicht mehr so schillernd, ambivalent, irritierend, entwicklungs offen, wie sie lange Zeit für viele waren. Aber sie sind

auch nicht mehr der Hoffnungsträger, der sie waren. Normalisierung war lange Zeit eine These zu den Grünen, jetzt ist sie Realität. Eine Entzauberung der Grünen, die sie zu einer ganz normalen Partei werden ließ: einer Kleinpartei, in Regierung oder Opposition, mit einem Markenzeichen, das vor allem anderen in der Umweltpolitik liegt, sie dadurch von anderen unterscheidbar macht.

Auf die Frage „Was glauben Sie, welche Partei wird auf Dauer die drittstärkste Kraft im deutschen Parteiensystem sein? Die Grünen oder die FDP?“ sagten Anfang Januar 64 Prozent die Grünen und nur 29 Prozent die FDP. (Infratest dimap Januar 2004). Aber die Grünen leben von einer günstigen Konjunktur und sie leben von der Schwäche der SPD. Selbst darauf ist kein Verlass.

Wie sieht man die Grünen heute? Solide, aber langweilig – das ist der Hauptindruck, wenn man sich umhört. Fügsam und handzahn gegenüber Schröder. ‚Angepasst‘, schreibt ‚Der Tagesspiegel‘. Reaktiv und mitlaufend. Fast schon unheimlich geschlossen. Berechenbar, aber auch frei von interessanten Überraschungen.

Die Grünen waren unzufrieden, aber ohnmächtig in den Koalitionsverhandlungen Ende 2002, reaktiv auf Schröders Agenda 2010. Sie folgen nun, leicht genervt, Schröders Innovations-Agenda. Sie werden 2004 viele Wahlen gewinnen und von der SPD viel Prügel beziehen. Es ist irrational, aber Schröder und Teile der SPD-Führung werden versuchen, sie zum Sündenbock sozialdemokratischer Niederlagen zu machen.

In der Regierung haben die Grünen sich definitiv verabschiedet vom längsten Teil der eigenen Geschichte. Niemand misst sie mehr an Erwartungen, die sie in ihrer Geschichte als Bewegungs-, dann als Oppositionspartei aufgebaut haben. Im Grundsatzprogramm haben sie den letzten Brückenschlag zu ihrer eigenen Geschichte hergestellt: auf der Ebene ab-

strakter Werte. Im Übrigen müssen sie sich im Hier und Heute definieren. Aber an wem sich orientieren?

Der wichtigste Kompass sind die Wähler. Die Wähler sagen, wo sie etwas von den Grünen erwarten und wo sie ihnen etwas zutrauen. Geht man nach den Wählern, sind die Grünen eine Umweltpartei auf postmaterialistischem Hintergrund. Der Kern ist grün, erweitert um ökologische Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ökologie als Querschnittsaufgabe in viele Ressorts hineinreichend. Darum herum bildet sich ein Kranz vielfältiger postmaterialistischer Einzelthemen wie Frieden, soziale Gerechtigkeit, Minderheiten- und Bürgerrechtspolitik, Geschlechterdemokratie, Internationalismus usw. Breit streuend, ohne klare Priorisierung. Politisch sind die Erwartungen an die Grünen begrenzt, aber klar fokussiert.

Grüne Wähler bei der Bundestagswahl 2002, von Infratest dimap gefragt, warum sie die Grünen gewählt haben, sagten zu 64 Prozent wegen der Umweltpolitik, zu 39 Prozent wegen sozialer Gerechtigkeit. Gefolgt von Außen-, Ausländer, Bildungspolitik etc. Bei den Motiven der Wechselwähler, die zu den Grünen kamen, sah es ebenso aus. Bei der laufenden erhobenen Kompetenzzurechnung das gleiche Bild. Wobei die Außenpolitik stärker hervortritt, weil Kleinparteien die von ihnen geführten Ministerien stärker zugerechnet werden. Die Wähler der Grünen haben ihnen ein klares Kernmandat gegeben.

Eigentlich übersichtlich. Für die Grünen gibt es aber ein besonders Problem: Wenn sie sich am Mainstream der Wähler, an der allgemeinen Agenda, an der Konkurrenz der anderen Parteien (die andere Wähler haben), an den Medien (mit deren starker Tendenz zu einem ökonomistischen und neoliberalen Zeitgeist), wenn sie sich also zu stark an diesen Referenzen orientieren, sind sie gefährdet. Nicht die Abkopplung von den allgemeinen Themen (wie 1990) wäre richtig, ebenso wenig aber das

Beiseiteschieben eines klar umrissenen Mandats. Eigentlich haben die Grünen es leichter als die meisten anderen Parteien.

2 Zum Koordinatensystem grüner Politik

Ohne die Mehrheit bei der ökonomischen Kompetenz dennoch in die Regierung gewählt zu werden: Das hat bisher nur Rot-Grün geschafft. Bei der Bundestagswahl 2002. Daraus konnte man ablesen: Es gibt in Deutschland drei Mehrheiten: eine ökonomische, eine ökologisch-kulturelle und eine Gerechtigkeitsmehrheit. Dies ist jeweils an politischen Issues (mit moderaten Lösungsvorschlägen) nachweisbar. Mit einer Mehrheit alleine, und sei es die ökonomische, ist es schwer, in Deutschland Bundestagswahlen zu gewinnen.

Die *ökonomische* Kompetenzmehrheit ist schon seit längerem eine des bürgerlichen Lagers. Fast hätten CDU/CSU und FDP damit die Bundestagswahl 2002 gewonnen. Sie hatten kein zweites Thema - wobei der radikale Neoliberalismus der FDP auch nur auf sieben Prozent kam.

Die *kulturelle* Mehrheit bezieht sich auf Fragen der Lebensweise, mit Antworten, die aus dem Wertehaushalt des Postmaterialismus gespeist werden. Offene, tolerante, partizipatorische Bürgergesellschaft mit ökologischer Rücksichtnahme soll zunächst einmal als Kurzformel genügen. Das ist kein scharf profilierter, sondern eben ein mehrheitsfähiger Postmaterialismus. Das bedeutet zum Beispiel nicht den Sofortausstieg aus der Atomenergie, aber ein entschädigungsfreier, über Jahrzehnte gestreckter Atomausstieg ist mit einer solchen Mehrheit zu machen.

Zwischen der ökonomischen und der kulturellen steht die Mehrheit in Gerechtigkeitsfragen. Vor gut einem Jahr blieb das bürgerliche Lager bei der Gerechtigkeitsfrage unter einem Drittel der Zustimmung. Inzwischen ist

diese Gerechtigkeitsmehrheit aufgrund der Schwäche der SPD erodiert – aber sie besteht selbst heute noch. Gerechtigkeit hat nicht nur viele Dimensionen. Gerechtigkeit hat auch unterschiedliche Bezugspunkte. Auf Ökonomie bezogen ist es ‚soziale Gerechtigkeit‘ im engeren Sinne (zum Beispiel als Verteilungsgerechtigkeit). Gerechtigkeitsfragen stellen sich aber auch für den ökologisch-kulturellen Bereich (als Teilhabe an Bildung, bei einer modernen Familienpolitik, bei Generationengerechtigkeit in der Ökologie etc.). Das ist ein besonderes Feld grüner Gerechtigkeitspolitik.

Rot-Grün hatte bei der letzten Bundestagswahl Mehrheiten auf den beiden Feldern von ökologisch-kulturellen und von Gerechtigkeitsfragen. Das war auch das kumulative Ergebnis des Wertewandels seit den 1960er Jahren, wie man es an den Alterskohorten ablesen kann. Bis 60 Jahre rot-grüne, über 60 Jahre schwarzgelbe Mehrheiten. Rot-Grün verfügt über ein Wertepotential, das aber nicht automatisch wirkt. Es muss durch passende, aktuelle Issues und Personen mobilisiert werden. Im Herbst 2002 war das gerade noch zu schaffen. Danach zog sich ein Großteil der Wählerinnen und Wähler aufgrund massiv enttäuschter ökonomischer Erwartungen und einbrechender Kompetenzzuschreibungen zurück.

Die Achillesferse von *Rot-Grün* in der ökonomischen Krise sind Arbeiter und kleine Leute. Wegen der Wirtschaftsfragen, aber zusätzlich wegen der Wertfragen – das verstärkt ihren Rückzug von der SPD. Für sie ist Rot-Grün eine Schönwetter-Koalition.

Die Grünen haben in den letzten Jahren viel zum Ausbau ihrer Wirtschaftskompetenz getan, das Ergebnis ist bescheiden. In der Kompetenzzurechnung der Wähler schwanken sie meist zwischen ein und zwei Prozent. Mit Wirtschaftskompetenz können die Grünen nicht gewinnen. Ohne Wirtschaftskompetenz aber verlieren. Ökologie muss ökonomisch ange-

geschlossen sein. Der Beweis, dass man mit Ökologie schwarze Zahlen schreiben kann, war und ist wichtig.

Der Postmaterialismus der kumulierten Alterskohorten seit den 1960er Jahren ist aber relativ unabhängig von ökonomischer Krise. Es gibt keine originäre, unverwechselbare grüne Position in Wirtschaftsfragen. Grüne Wähler (vielfach Besserverdienende) tendieren zu einer wirtschaftspolitischen Position ‚gemäßigt rechts‘ (schwach in Umverteilungspolitik) – wie die Partei selbst inzwischen.

Ist die Wirtschaft ‚das Schicksal‘ von Rot-Grün? Bei starker ökonomischer Unzufriedenheit wäre es das Ende von Rot-Grün. Bei starker ökonomischer Zufriedenheit hätte Rot-Grün kein Problem auch beim dritten Anlauf. Bei mittlerer ökonomischer Unzufriedenheit kann Rot-Grün nicht allein – wahrscheinlich nicht einmal: vor allem – mit Ökonomie gewinnen. Der Dreiklang macht die Musik. Gewinn ist möglich vor allem über die kulturelle Mehrheit, bei Rückgewinnung eines eigenen Profils sozialer Gerechtigkeit (nicht zuletzt mit Gegnerbild und als kleineres Übel), unter Neutralisierung der ökonomischen Mehrheit des bürgerlichen Lagers.

Keines der beiden Lager hat eine strukturelle Mehrheit. Beide haben strukturelle Chancen – aber auf unterschiedlichen Feldern: die bürgerlichen Parteien bei der Ökonomie (allerdings mit einem kulturellen Modernisierungsdefizit), die Grünen auf den ökologisch-kulturellen Feldern. Die SPD weiß nicht genau, wo sie hingehört. Sie ist die am meisten zerrissene Partei.

2.1 Konsequenzen

Themen-Strategie

Die größten Chancen haben die Grünen mit einer ökologisch-kulturellen Strategie. Vor allem, wenn sie mit Gerechtigkeitsfragen verknüpft ist. Bei Themen der Ökonomie und

materiellen Gerechtigkeit können sie verlieren, aber nicht gewinnen.

Kommunikationsstrategie: eine grüne Modernisierungsidee

Die Grünen haben inzwischen viele Elemente für eine gute Aufstellung als Partei, gelten aber als langweilig. Es gibt keine *neuen* Themen, mit denen sie auf sich aufmerksam machen könnten. Deshalb die Überlegung, dass die Grünen nach einer interessanten Selbstdefinition, einer Schlüsselidee suchen könnten.

Für mich sind die Grünen immer die Einheit von Modernisierern und Modernisierungskritikern (‚modernisierungskritische Modernisierer‘). Weder Fortschrittsfeinde noch blinde Modernisierer. Sie haben Moderne und Modernisierung für sich zu einem zentralen Referenzpunkt gemacht. Ökologie, Bürgergesellschaft, Nachhaltigkeit und anderes lässt sich in diesen Kontext einordnen. Es sind Teilkonzepte. Also müssen die Grünen einen, ihren Standort im Prozess der Modernisierung finden.

Die Suchaufgabe bestünde in Folgendem:

- Einen Maßstab finden, mit dem sie unterscheiden können zwischen positivem Fortschritt und Fehlentwicklungen der modernen Gesellschaft. Mit dem sie begründen können, warum sie oft Ja und manchmal Nein sagen. Wachstum (gesellschaftlichen Reichtums – z.B. von Wissen, Bildung, Arbeit) *und* ‚Grenzen des Wachstums‘ (bei knappen, endlichen Ressourcen) gehören für sie zusammen. Zugespitzt formuliert: Sie sind ‚nachdenkliche, selbstkritische Modernisierer‘.
- Die Grünen müssten sich – zweite Suchaufgabe – unverwechselbar machen als Anhänger einer ganzen, unverkürzten Moderne. Der Reduktionismus einer halbierten Moderne hat verschiedene Formen: nur Rationalisierung, statt auch Wertorientierung; nur Modernisierung der Ökonomie, statt Modernisierung aller Teilsysteme; nur

lineare, statt reflexiver Modernisierung. Der Ansatz wäre also: selbstkritische Weiterentwicklung der Moderne, die ‚ganze Modernisierung‘ im Blick. Hier hilft der Modernisierungsbegriff – er setzt breiter an als der Innovationsbegriff. Er ist auch leichter gegen ökonomische Engführung zu entfalten.

- Die dritte Suchaufgabe: Sich erkennbar machen als Protagonisten einer wertorientierten Modernisierung. Dafür steht zum einen das klassische freiheitlich-solidarische Wertprogramm seit der Französischen Revolution (die Grünen haben in ihrem Grundsatzzprogramm darauf aufgebaut). Dafür steht aber auch die Idee eines dynamischen Gleichgewichts. Sie wirkt der Verselbständigung der Teilsysteme entgegen – was als ‚Ökonomismus‘ des wirtschaftlichen oder als Machtbesessenheit des politischen Teilsystems kritisiert wird.

Eine der Stärken der Grünen liegt darin, sich nicht auf ökonomische Modernisierung zu reduzieren, sondern Aufmerksamkeit für andere Teilsysteme aufzubringen und Programme dafür zu entwickeln. ‚Ökologische Modernisierung‘ ist eine Erfindung der Grünen (genauer: von Martin Jänicke), das gab es als Konzept vorher nicht. Sie haben Beiträge gemacht zu ‚kultureller Modernisierung‘, vor allem auf der Ebene der Lebenswelt: die Themen von Kinder-Frauen-Familien, bürgerschaftlichem Engagement, Erweiterungen der Minderheitenpolitik, Zuwanderungspolitik. Bei der Modernisierung des Gerechtigkeitsdenkens sind die Grünen den Sozialdemokraten um Jahre voraus.

Die Grünen brauchen eine Doppelsymbolik: für das Kreative, Unkonventionelle, Vorantreibende *und für* das Schützende, Schonende, Bewahrende, Ausbalancierende. Für die Einheit des Dynamisch-Modernisierenden und des offensiv Modernisierungskritischen. Und sie brauchen Themen und Projekte, an denen sie ihre Doppelpoligkeit jederzeit demonstrieren können.

3 Aktuelles Beispiel: ‚Innovationsjahr‘

Auch hier müsste für die Grünen gelten: Zuerst an die Wähler und das Mandat denken, das sie von ihnen bekommen haben. Nicht an Journalisten, die sich immer mehr zur Aufgabe setzen, Politiker vor sich her zu treiben und sich für so etwas Langweiliges wie Wähler nicht eigentlich interessieren. Nicht an Franz Müntefering, wenn der ihnen ‚Mut zum Irrtum‘ empfiehlt. Es gibt eine Asymmetrie im politischen System, die für viele Politiker immer mehr zur Falle wird. Wähler sind selten präsent, Journalisten, Lobbyisten und Kollegen ständig.

Zwei Fragen stellen sich: Ist Innovation *das* grüne Thema und ein *grüner* Begriff. Wie können die Grünen, wenn sie sich auf Innovation einlassen, auch bei diesem Thema und Begriff unverwechselbar bleiben?

- Innovation gehört bisher nicht zur grünen politischen Sprache. Als politische Semantik ist er ein SPD-Begriff. Darüber hinaus gehört er zur Sprache der Ökonomie, zur Werbesprache der Wirtschaft, ebenso zur Forschungspolitik. Kennzeichen des Innovationsbegriffs in Wirtschaft, Forschung, Entwicklung ist seine Wertneutralität. Das heißt: Innovation ist nur, was sich auf dem Markt durchsetzt. Und: Jede (solche) Innovation ist eine gute Innovation. Das ist das Gegenteil eines grünen Innovationsbegriffs.
- Ist Innovation ein geeigneter grüner Zentralbegriff? Meine Einschätzung: Innovation als Großbegriff ist Teil eines Funktionsprogramms der Moderne (Innovation, Wachstum, Sicherheit). Die Grünen verständigen sich eher über das klassische Wertprogramm der Moderne (liberté, égalité, fraternité und ihre Weiterentwicklungen als Emanzipation, Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit etc.). Unsere Gesellschaft braucht sicherlich mehr Kreativität, Dynamik und Aufbruch. Aber ist es sinnvoll, dass

auch Grüne dies vorzugsweise in der Innovations-Sprache ausdrücken? Ich habe Zweifel.

- Systematisch gesehen ist Innovation Teil eines *frames* (eines orientierenden Bezugsrahmens), der von anderen gesetzt wird. Die Grünen haben zwei Optionen: Entweder sie folgen dem, dann sind sie Mitläufer. Oder sie betreiben *re-framing*, das heißt, sie schneiden den Begriff auf ihre eigentlichen Intentionen zu, erweitern ihn, machen ihn mehrdimensional, ordnen ihn ein. Die Chance dabei: Sie profitieren von der – voraussichtlich – kurzfristigen Aufmerksamkeit für den Begriff. Das Risiko: Die Grünen werden als spezifisch grün nicht erkennbar oder werden sogar falsch verstanden. Sie können den Innovationsbegriff natürlich auch links oder rechts liegen lassen. Oder ihn – bedenkenlos – als Bereichsbegriff (der Forschungspolitik etc.) verwenden.

Sinnvoll wäre es, eine Antwort von der grünen Schlüsselidee her zu geben (zum Beispiel ‚modernisierungskritische Modernisierer‘). Die doppelte Suchaufgabe hieße dann: positiv *und* negativ bewertete Technologien zu finden. Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind momentan sicherlich ein grünes Paradebeispiel für Technik-Ablehnung (gestützt von derzeit 70 Prozent der gesamten Bevölkerung, laut Infratest dimap). Gleichzeitig brauchen die Grünen positive Beispiele, außerhalb der Umwelttechnologie im engeren Sinne. Für Bereiche wie Gesundheit (bei der roten Gentechnik) oder der Mobilität (zum Beispiel Verkehrssteuerungssysteme, die helfen, Güter auf die Schiene zu bringen).

Die Grünen sollten auch bei ihrer Technik-Kritik selbstbewusst und offensiv sein. Genau das, was viele ihrer Anhänger an ihnen schätzen, lässt sich durch Leute mit einer anderen Werthierarchie ins Negative wenden: Dann werden die Grünen Bedenkenträger, Technikfeinde, Bremser – eine Einschüchterungskom-

munikation. Man muss das umdrehen. Dabei sollte man die Gegner nicht wichtiger nehmen als die eigenen Anhänger. Man darf den Gegnern auch nicht in die Falle laufen: Defensive Kommunikation, die sich für das Bremsen entschuldigt, bestätigt den Gegner. Es gibt gute Gründe, stolz auf die eigene Technikkritik zu sein. Ohne die Prüfung, die Folgenabschätzung, die Auswahl und selektive Förderung von Technologien sind die Grünen nichts. Mit der Leugnung dieser Mission auch nicht. Auch die Jugend ist in dieser Frage auf Seiten der Grünen. Laut Shell-Jugendstudie 2002: Hinsichtlich technischen Fortschritt sagen 52 Prozent der befragten Jugendlichen, „wenn es Risiken für den Menschen gibt, sollte man lieber auf entsprechende technische Entwicklungen verzichten“ (121).

Gegen die hartgesottenen Gegner können die Grünen gar nichts machen. Die wollen nicht sachlich und gerecht beurteilen; die bedienen Stereotypen, auf der Grundlage langlebiger Images (‚Technikfeinde‘, ‚Fortschrittsfeinde‘, ‚Maschinenstürmer‘). Damit haben auch andere Parteien zu kämpfen: Sozis können nicht mit Geld umgehen. CDU hat nichts mit den kleinen Leuten im Sinn. FDP ist die Partei der Besserverdienenden.

Grüne schwimmen in diesen Fragen inhaltlich gegen den Strom wie in den 1970/80er Jahren. Aber es ist ihr Verdienst und das der Bewegungen, dass es heute zu Technikfragen eine kritische, und zu manchen Einzelpunkten eine gespaltene Öffentlichkeit gibt. Für die Älteren greifen die Totschlagargumente von damals nicht. Die Grünen mussten sich seit 1980 wahrlich in vielen Punkten revidieren. Hier nicht. Aber sie müssen für die Jüngeren die alten Argumente noch einmal neu formulieren.

Was sich inzwischen geändert hat: Die Grünen haben an Kompetenzzurechnung hinzugewonnen. Sie sind heute zum Beispiel die am meisten angesehenen Experten für Umweltpo-

litik. Sie können sagen, wie moderne Umweltpolitik aussieht, wie sie tatsächlich der technischen Innovation und dem Export hilft, auch: Wo ihre Schwächen und Defizite liegen. Wahrscheinlich müssen die Grünen dafür sorgen, dass sie kommunikativ nicht in die Umweltecke abgedrängt werden und neben der Umwelttechnologie jeweils ein bis zwei aus grüner Sicht positive Technikentwicklungen für die Bereiche Gesundheit und Verkehr nach vorne schieben.

Die Gegner der Grünen – und es ist in der Politik wichtig, gut definierte Gegner zu haben – sind: der platte Ökonomismus, die Technikgläubigkeit, die blinde Innovation, die Hurra-Modernisierung. Früher waren es Kollektive als Gegner: ‚die‘ Industrie, ‚der‘ Staat – zum Beispiel als ‚Atomstaat‘. Heute stehen die Grünen quer zum Zeitgeist und zu Wiederbelebungsversuchen eines alten, eindimensionalen Fortschrittsdenkens. Als Kollektiv-Gegner haben sie nur noch die FDP – als die am meisten ökonomistisch-technikgläubige und von ihren Wählern ausdrücklich so gewollte Partei.

Meine politische Einschätzung: Die Innovationskampagne geht an den Problemen sozialdemokratischer Wähler völlig vorbei. Sie wird sie auch nicht ablenken von ihren Problemen. Bei ihren Wählern hat die SPD ein Gerechtigkeits- und ein Professionalitätsdefizit, kein Reformdefizit. Enttäuschte sozialdemokratische Wähler beschäftigen sich derzeit mit Arzt- und Putzfrau-Fragen, nicht mit Hochtechnologie und Elitenuniversität.

4 Rot-Grün am Ende?

Rot-Grün ist erst am Ende, wenn die SPD nicht mehr kann oder nicht mehr will. Bundespolitisch und inhaltlich gesehen wären für die Grünen alle anderen Parteien schlechtere Koalitionspartner als die SPD. Wegen der sozialdemokratischen Schwäche, die dieses Mal vielleicht definitiv nicht mehr nur konjunktur-

rell, sondern auch strukturell ist, müssen sie sich auf ein Leben ohne die SPD vorbereiten.

Dabei könnte ihnen eine Selbstdefinition helfen, die sie als dritte Kraft auch inhaltlich gegenüber den beiden Großparteien erkennbar macht. Die Rolle einer machtopportunistischen Pendlerpartei und eines beliebigen Mehrheitsbeschaffers ist schon der FDP nicht bekommen. Das wertorientierte grüne Milieu hätte damit noch mehr Probleme. Die Grünen könnten also selbst für ihre Koalitionspolitik ein bisschen grüne Philosophie brauchen.

Schwarz-Grün ist zweite Wahl. Nur wenn keins der beiden Lager eine Mehrheit findet und eine große Koalition verhindert werden soll, kommt Schwarz-Grün ins Spiel. Wenn es ihnen von den Verhältnissen aufgezwungen wird, aber nicht als eigenes Projekt der Grünen.

Es gibt für Koalitionen eine natürliche Ordnung der Dinge. In der Regel werden sie zwischen Parteien gebildet, die sich inhaltlich näher stehen als andere. Das Parteiensystem ist kein Feld für querfeldein springende Hasen. Zwischen CDU/CSU und Grünen sind zwei Parteien platziert, die der Union näher stehen als die Grünen: FDP und SPD.

Die erste Priorität für die Parteien, aber auch für ihre Wähler, sind die politischen Lager: Schwarz-Gelb oder Rot-Grün. Die grünen Wähler wollten am 22. September 2002 zu 85 Prozent Rot-Grün. Seltener wollen die Wähler die absolute Mehrheit einer der beiden großen Parteien. Sie haben sich an den Gedanken gewöhnt, dass die jeweilige Klempartei eine besondere Farbe in ihr Lager bringt und als Korrektiv für die Großpartei wirkt. Lagerübergreifende Koalitionen sind nur die zweite Priorität: Rot-Gelb, Schwarz-Grün oder die Große Koalition. Meist werden solche Koalitionen nicht durch politischen Willen, sondern durch die Wahlarithmetik herbeigeführt. Schwarz-Grün kann also dann entstehen, wenn keines der Lager eine Mehr-

heit findet und die Beteiligten eine Große Koalition nicht wollen.

Schwarz-Grün ist also die zweite Wahl. Ob sie sich gegen eine Große Koalition durchsetzen kann – das ist meist die eigentliche Alternative –, hängt vom Grad inhaltlicher Übereinstimmung ab. Die Nähe zwischen Schwarz und Grün ist in der Kommunal- und Landespolitik vielerorts gewachsen, auf der Bundesebene – im Zeichen des Kampfes gegen Rot-Grün – jedoch gesunken. Auf den unteren Ebenen haben der wirtschaftspolitische Liberalismus der Grünen, ihre restriktive Haushalts- und Sparpolitik, sie zu einem umgänglichen Partner der CDU gemacht, wenn nicht kontroverse Fragen der Industrie- oder Asylpolitik oder auch der Inneren Sicherheit dazwischen kommen. Grüne schätzen die Sekundärtugenden der Bürgerlichen, die wiederum den Pragmatismus der Grünen.

Auf Bundesebene, mit einer unterschiedlichen Themenstruktur, steht vor allem der ökologisch-kulturelle Modernisierungsrückstand der Union schwarz-grünen Koalitionen entgegen. Der Postmaterialismus hat die CDU, vor allem aber die CSU noch nicht einmal gestreift. Restriktive Zuwanderungs-, repressive Innere Sicherheitspolitik, Intoleranz bei Minderheiten- und Bürgerrechts-, Rückstand bei moderner Familienpolitik, eine aggressive Technologiepolitik und manches andere trennt die Parteien. Dagegen sind sie sich bei Wirtschaft-, Finanz- oder Außenpolitik und verschiedenen anderen Fragen deutlich näher gekommen. Gerade für die spezifisch grüne Agenda auf Bundesebene ist die SPD zwar Bremser, wäre die Union als ganze und in ihrer heutigen Verfassung aber Blockierer.

Schwarz-Grün auf Kommunal- und Landesebene ist jeden Versuch wert. Auf Bundesebene können sich bei der Koalitionsfrage erst nach einem Scheitern von Rot-Grün neue Perspektiven ergeben. Neben der realen Koaliti-

onspolitik, von der bisher die Rede war, gibt es eine symbolische Koalitionspolitik. Da redet man mit bestimmten Absichten über Koalitionen, die man gar nicht eingehen will. Das tun die Grünen ebenso wie die CDU, weil beide auch innerhalb ihres Lagers beweglicher und durchsetzungsfähiger werden wollen.

Im Übrigen ist klar: Warum sollten die Grünen passiv hinnehmen, dass die SPD vier, sie selbst aber nur eine Option haben? Das spricht immer für eine Erweiterung der Optionen um Schwarz-Grün. Aus grüner Sicht ist Schwarz-Grün also die beste aller Möglichkeiten – wenn Rot-Grün nicht möglich ist. Die aktuelle Entwicklung forciert die Notwendigkeit einer neuen Beweglichkeit: Wenn die SPD nicht zu alter Stärke zurückfindet, müssen die Grünen sowieso andere Wege gehen.

Die Grünen haben ein gutes Wahljahr, aber möglicherweise ein schlechtes Koalitionsjahr vor sich. Sie könnten einer der Sündenböcke für eine verlierende SPD werden. Wählerverluste der SPD an die Grünen, Abwahl zweier rot-grüner Regierungen (S-H und NRW), Schwarz-Grün-Debatten – das alles können Argumente gegen sie werden. Ein angeschlagener Schröder wird noch unsolidarischer gegenüber den Grünen. Obwohl, vielleicht aber auch, *weil* er keine Alternative zu Rot-Grün hat. Er kann die Koalition nicht wechseln (ohne Neuwahlen). Er hat erklärt, 2006 wieder mit Joschka Fischer anzutreten. Er kann 2006 nicht Vizekanzler unter Merkel oder wem auch immer werden. Rot-Grün ist sein Schicksal – das wird ihn nicht mit den Grünen solidarisieren.

Joachim Raschke lehrte Politikwissenschaft an der Universität Hamburg.

Anmerkung

¹ Dieser Text basiert auf einem Vortrag des Autors vor der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Januar 2004.

Hans Oswald

Politische Identität und freiwilliges Engagement im Jugendalter

1 Stellenwert der Politik im Leben von Jugendlichen

Unter den im Jugendalter anstehenden Entwicklungsaufgaben steht die Ausbildung einer politischen Identität nicht im Vordergrund. Jugendliche müssen sich auf das Erwachsenenleben vorbereiten. Dabei bereiten Schule und Ausbildung die größten Anstrengungen und Sorgen, der Umgang mit Liebe und Sexualität den tiefsten Kummer und die meiste Freude. Diese Vorbereitungen auf Erwachsenenrollen in Beruf, Ehe und Familie sind eingebettet in den schwierigen Balanceakt, zu den Eltern ein gutes emotionales Verhältnis zu bewahren und gleichzeitig Selbständigkeit im Denken und Handeln zu gewinnen.

Zu dieser Selbständigkeit im Denken gehört das Entwickeln von Konzepten, die das eigene Selbst und seine Beziehung zu Anderen betreffen. Die Vorbereitung darauf, Verantwortung für einen Beruf, für Menschen in intimen Beziehungen und für Kinder zu übernehmen, und die Umgestaltung des Verhältnisses zu den Eltern erfordert die Auseinandersetzung mit der Frage, wer man ist, in Zukunft sein wird und wie man sein Verhältnis zu anderen Menschen und der Gesellschaft gestalten will. Zu diesen Konzepten gehören demnach auch Ideen darüber, wie Gesellschaft funktioniert und welche Rechte und Pflichten der Einzelne hat. Insofern stehen die konkreten und unmittelbar drängenden Aufgaben und Sorgen der Jugendlichen in Verbindung zu politischen Fragen und damit zu ihrer politischen Identität, auch wenn das Interesse an Politik gering ist und die Aufgabe, politische Konzepte zu entwickeln, von den Jugendlichen nicht als dringlich erachtet wird.

Dieser im Vergleich zu anderen Lebens- und Aufgabenbereichen geringere Stellenwert der Politik hängt auch damit zusammen, dass den Jugendlichen keine politische Verantwortung gegeben wird. Warum sollen sie sich für Probleme interessieren, an deren Lösungen sie nicht beteiligt werden? Dieser offensichtliche Zusammenhang bildet den Hintergrund für die Diskussion um das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre, wie es etwa von Klaus Hurrelmann zumindest für Kommunalwahlen gefordert wird.

2 Entwicklung demokratischer Grundhaltungen

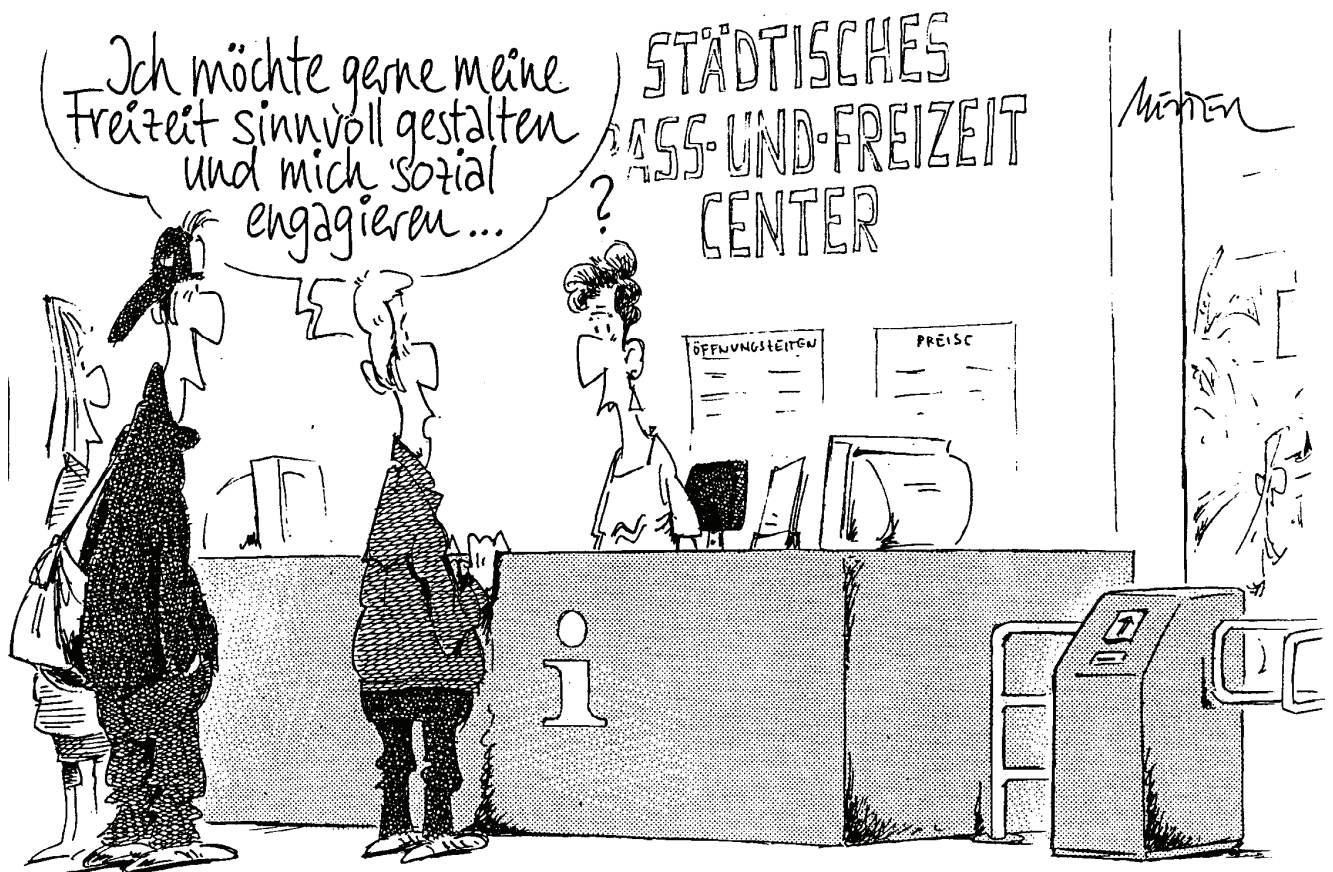
Das im Durchschnitt geringe politische Interesse von Jugendlichen vor dem Erreichen des Wahlalters ist also einerseits verständlich. Andererseits stützt sich die Besorgnis über dieses Desinteresse auf die Einsicht, dass das demokratische System des Legitimitätsglaubens der Bevölkerung bedarf, sowie auf das Postulat, dass die Stärke der Demokratie von der Bereitschaft seiner Bürger abhängt, sich zu beteiligen und sich um die Belange der Anderen und der Allgemeinheit zu kümmern. Insofern sollten die jungen Menschen politische Konzepte entwickeln, die auf eine grundsätzliche Zustimmung zur demokratischen Regierungsform und auf die Bereitschaft hinauslaufen, über die eigene Beteiligung die Regierenden zu kontrollieren und einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Solche Konzepte sind tatsächlich in beträchtlichem Ausmaß nachweisbar. Deutsche Jugendliche sind zwar skeptisch gegenüber Politikern, Parteien und bestimmten Verfassungsorganen geworden, dies bedeutet aber keineswegs eine Abkehr von

demokratischen Prinzipien und eine negative Bewertung der Demokratie als politische Ordnungsidee (Hoffmann-Lange 1999). Für diese ist die Unterstützung im Laufe der letzten Jahrzehnte eher stärker als schwächer geworden.

Die erforderlichen politischen Konzepte werden früh entwickelt, wie eine international vergleichende Evaluations-Studie an 14-jährigen Schülern in 28 Ländern zeigt. So äußerten im deutschen Teil der Studie zwei Drittel der 14-Jährigen die Bereitschaft, sich an nationalen Wahlen zu beteiligen. Ein Drittel sagte, sie würden an gewaltfreien Demonstrationen teilnehmen (Oesterreich 2002). Wir wissen aus anderen Untersuchungen (z. B. Gille/Krüger 2000), dass die Beteiligungsbereitschaft mit steigendem Alter noch zunimmt. Wichtig an den Ergebnissen der zitierten Evaluations-Studie ist ebenso der Befund, dass politisches Wissen und politische Beteiligungsbereitschaft durch schulische Unterweisung gefördert werden. Hier hatten Schüler des Gymnasiums einen deutlichen Vorsprung vor Schülern ande-

rer Schultypen. Bedeutsam ist darüber hinaus, wie sich die Beteiligungsrechte in der Schule direkt auswirken: Je offener das Klassenklima war, je mehr Diskussion zugelassen wurde, desto mehr wussten die Schüler über Politik und desto häufiger würden sie sich an nationalen Wahlen beteiligen. Ein solches Ergebnis passt zu Schulversuchen, nach denen sich erweiterte Mitbestimmungsrechte der Schüler positiv auf ihr bürgerschaftliches Engagement und auf ihre moralische Urteilsfähigkeit auswirken (Oser/Althoff 1992).

Bedenklich an der Evaluations-Studie ist, dass die deutschen Schüler in ihrer Ablehnung von Ausländern weit über dem internationalen Durchschnitt auf dem ersten Platz lagen. Man kann dies als Indiz für ein verkürztes Demokratieverständnis nehmen, das in der Mehrheitsregel das wesentliche Kennzeichen der Demokratie erblickt und das nicht weniger wichtige Prinzip des Minderheitenschutzes übersieht oder gar nicht kennt. Ein kompliziertes institutionelles Geflecht von politischen



Institutionen und Verfahrensregeln sorgt auf der politischen Makroebene für effektiven Schutz von Minderheiten. Hinzukommen muss aber die Einsicht in die Rechte von Minderheiten bei den Wählern, weil nur so die notwendige Kompromissbereitschaft beim Suchen von Lösungen und die Akzeptanz gefundener Kompromisse entstehen kann.

Einsicht in die Rechte von Minderheiten, mithin Einsicht in die Einschränkung der demokratischen Mehrheitsregel, kann durch schulische Unterweisung erzeugt und gefördert werden. Durch erweiterte Mitbestimmungsrechte kann Schule darüber hinaus zur Entwicklung der für diese Einsicht notwendigen Denkweisen und Fähigkeiten beitragen. Diese sowie politisches und soziales Engagement und politische Überzeugungen werden aber auch durch Exploration in anderen Kontexten ausgebildet. Besonders wichtig für das Explorationsverhalten von Jugendlichen sind die oft verteufelten Massenmedien. Sie dienen effektiv zur Information und Meinungsbildung (Kuhn 2000) und sind nach der Eigenauskunft von Jugendlichen wichtiger als alle anderen Kontexte.

Ich selbst halte den Elternkontext für noch bedeutsamer als die Schule und die Massenmedien; denn in der Familie entwickeln sich Grundhaltungen wie Hilfs- und Verantwortungsbereitschaft als Basis für späteres politisches Engagement. Eltern fördern oder unterdrücken durch ihren Erziehungsstil solche Grundhaltungen, und in ihrem Verhalten werden sie als Vorbild und Modell genommen. Ob Eltern darüber hinaus einen direkten Einfluss auf die politischen Meinungen ihrer jugendlichen Kinder haben, wird in der Forschung kontrovers diskutiert. Bedeutsam sind die Eltern aber nicht nur, wenn von ihnen Meinungen direkt übernommen werden. Viele Jugendliche entwickeln ihre Ideen vielmehr in Diskussionen und Auseinandersetzungen mit ihren Eltern, sie werden von diesen angeregt, zu Wi-

derspruch gereizt und bringen nicht selten diese selbst zum Nachdenken und Ändern ihrer Meinungen.

Einen anderen bedeutsamen Kontext der Exploration für politische Denk- und Handlungsmöglichkeiten bilden die Gleichaltrigen, die sich einerseits unter dem Gesichtspunkt der Ähnlichkeit ihrer politischen Orientierung als Freunde auswählen, sich aber andererseits in Diskussionen und Aktivitäten bestärken und wechselseitig beeinflussen. Beide Typen von Prozessen führen dazu, dass sich befreundete Jugendliche in ihrem politischen Interesse oder Desinteresse und in ihrer Beteiligungsbereitschaft und in ihrem freiwilligen Engagement oft ähneln. Auch Meinungsangleichungen kann es geben, doch ist dies noch nicht ausreichend erforscht.

3 Freiwilliges Engagement in den USA

Einen weiteren relevanten Kontext für die Exploration der Verpflichtungen, die der Einzelne Anderen und der Gemeinschaft gegenüber einzugehen bereit ist, dürften Institutionen bilden, in denen Jugendliche sich freiwillig engagieren. Die Diskussion hierüber ist in Deutschland belastet, weil der freiwillige Einsatz von Jugendlichen für Gemeinschaftsaufgaben in den diktatorischen Systemen des 20. Jahrhunderts missbraucht wurde und insofern keine ungebrochene Tradition mehr besitzt. Die neuerdings dennoch aufgekommene jugendpolitische Diskussion zum freiwilligen gemeinnützigen Engagement hat als ökonomischen Hintergrund die Krise des Wohlfahrtsstaates und die damit verbundene Forderung, die Selbsttätigkeit der Bürger im Sinne der Zivilgesellschaft zu stärken. Das Vorbild bildet dabei explizit oder implizit die große Bedeutung freiwilliger Tätigkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dasselbe gilt für die wissenschaftliche Erforschung der freiwilligen gemeinnützigen Tätigkeit Jugendlicher, zu der es

in Deutschland im Unterschied zu den USA erst seit wenigen Jahren vereinzelte Untersuchungen gibt.

Als Alexis de Toqueville in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Amerika bereiste, war er beeindruckt davon, dass die Amerikaner für jeden Zweck Assoziationen gründeten, in denen sie ihre Probleme lösten, und er sah in diesen Vereinigungen das demokratische Kernstück des Landes (1987: Teil II, Kap. 5). In diesen Zusammenschlüssen erkannte er Garantien des Minderheitenschutzes und der Freiheit vor einem zur Übermacht tendierenden zentralisierten Staat: „Träte die Regierung überall an die Stelle der Vereinigungen, so wäre die sittliche und geistige Kraft eines demokratischen Volkes ... gefährdet.“ (ders., Bd 2: 164). Der Einsatz der modernen amerikanischen Kommunitaristen für die Übernahme von Verantwortung durch jeden einzelnen (z. B. Etzioni 1995) erklärt sich zu einem guten Teil durch wachsende zentralistische und wohlfahrtstaatliche Tendenzen in den USA, durch die die von de Toqueville apostrophierte „sittliche und geistige Kraft“ der Bevölkerung geschwächt würde. Quer durch die amerikanischen Parteien und akademischen Disziplinen gibt es einen breiten Konsens darüber, dass Jugendliche an den freiwilligen, ehrenamtlichen Einsatz in gemeinnützigen Einrichtungen herangeführt werden sollten.

Nach großen Meinungsumfragen beteiligen sich jedes Jahr über die Hälfte der Jugendlichen in den USA als ‚Volunteers‘ an ‚Community Service‘, viele davon wöchentlich oder monatlich. Schulen anerkennen gemeinnützige Arbeit als extracurriculare Aktivitäten, für die es Bonuspunkte gibt, und der Bundesstaat Maryland sowie mehrere Städte wie Chicago oder Washington machten die Teilnahme an ehrenamtlicher Tätigkeit zu einer Voraussetzung für die Abschlussprüfung der Highschool. Diese breite Akzeptanz und das Gewicht, das der ehrenamtlichen Tätigkeit gegeben wird,

führte zu einer Vielzahl von empirischen Forschungen, in denen die Zusammensetzung der Teilnehmer an diesen Programmen analysiert und die Wirkung der Programme durch Längsschnittstudien getestet wurde.

In einer Meta-Untersuchung von 44 solcher Studien arbeiteten Yates und Youniss (1996) unter drei Gesichtspunkten heraus, worin die Bedeutung der Teilnahme an solchen extracurricularen Aktivitäten für die Entwicklung von sozial-kognitiven Fähigkeiten der Jugendlichen liegt:

(1) Unter der Überschrift ‚Agency‘ wurden Wirkungen auf das Selbstbewusstsein, Selbstvertrauen und das Gefühl der Selbstwirksamkeit festgestellt. Jugendliche stärken demnach durch die Teilnahme an gemeinnützigen Programmen über das jeweilige Programm hinaus ihr Aktivitätspotential. In manchen Studien wurde sogar eine Verbesserung der schulischen Noten nachgewiesen.

(2) Durch die Arbeit mit Benachteiligten wurde Isolation und Entfremdung vermindert und Toleranz gegenüber Minderheiten gesteigert. Auch hier scheint es direkte Effekte auf das Verhalten in der Schule zu geben. Sie bestehen z.B. in geringeren Disziplinproblemen einschließlich Schuleschwänzen.

(3) Unter der Überschrift ‚Moralisch-politisches Bewusstsein‘ wurden Ergebnisse berichtet, nach denen die ehrenamtliche Tätigkeit zum Anstieg von Empathie und Hilfsbereitschaft führt, aber auch zu moralischer Rebellion gegen Zwang sowie zu prinzipiengeleitetem moralischen Denken und somit zur höchsten Stufe der Moralentwicklung.

Jugendliche scheinen als Freiwillige Fähigkeiten und Einstellungen weiter zu entwickeln, die für Beschreibungen des mündigen Bürgers zentral sind:

- Zum einen das Selbstbewusstsein, etwas bewirken zu können, als Voraussetzung für politisches Handeln;
- des Weiteren das Gefühl, zur Gemeinschaft zu gehören und ihr gegenüber eine Ver-

pflichtung zu haben, obgleich diese Gemeinschaft aus sehr unterschiedlichen Menschen besteht, die aber auch als Benachteiligte und Bedürftige sowie als Mitglieder jedweder Minderheit ein Anrecht auf Anerkennung, Respekt und Unterstützung haben;

- schließlich die Fähigkeit, den eigenen Interessenstandpunkt relativieren und sich für Schwächere und Benachteiligte einsetzen zu können, gleichzeitig aber den Herrschenden dort zu widerstehen, wo sie unbillige Restriktionen setzen und unberechtigten Zwang ausüben.

Auch wenn die Konzepte von Diskussions- und Kompromissfähigkeit in dem aufgeführten Katalog der Wirkungen nicht explizit auftauchen, so sind sie doch untrennbar mit den kognitiven Strukturen verbunden, die mit Konzepten wie Empathie und den höheren Stufen des moralisch-politischen Argumentierens angesprochen werden: was unbillig und unberechtigt ist, stellt sich in Diskussionen und Auseinandersetzungen heraus, die oft nur dann zu tragfähigen Lösungen führen, wenn Einsicht in die Interessenlage der jeweils anderen Seite besteht, und wenn die Bereitschaft vorhanden ist, diese andere Seite in Kompromissen zu berücksichtigen.

Aufschlussreich sind nicht nur die referierten Ergebnisse der vielfältigen empirischen Forschung zu den positiven Folgen ehrenamtlicher Tätigkeit, sondern auch gescheiterte Versuche, solche Wirkungen nachzuweisen. Nicht alle freiwilligen Tätigkeiten haben die beschriebenen Wirkungen und nicht alle Jugendlichen entwickeln die entsprechenden Einstellungen und Haltungen. Viele Schulen in den USA haben Schwierigkeiten, ihre Schüler in Institutionen unterzubringen, in denen sich diese positiv weiterentwickeln können. Besonders wirkungsvoll scheinen Programme zu sein, in denen sich Jugendliche mit der Situation benachteiligter Bevölkerungsgruppen auseinander setzen müssen, sich der eigenen,

privilegierten Lage bewusst werden können und auf der Grundlage dieser Erfahrungen Vorstellungen von Gerechtigkeit und eigener Verantwortung bilden. Ehrenamtliche Tätigkeiten, in denen die Jugendlichen nicht mit bedürftigen Menschen in Beziehung kommen, scheinen dagegen weniger wirksam zu sein (McLellan/Youniss 2003).

Starkes altruistisches Engagement in der Jugendzeit kann eine Identität erzeugen, für die Helfen und Einsatz für Andere eine Selbstverständlichkeit ist. Dies lässt sich aus einer Studie schließen, in der außergewöhnlich hilfsbereite Jugendliche mit normal aktiven Jugendlichen verglichen wurden (Hart/Figley 1995). Diese Untersuchung scheint mir insofern besondere Aufmerksamkeit zu verdienen, weil sie zeigt, dass die Extremgruppe der besonders Hilfs- und Einsatzfreudigen so bemerkens- und erforschenswert ist wie das andere Extrem der delinquenten Jugendlichen, aber im Unterschied zur letzteren in der öffentlichen und in der wissenschaftlichen Wahrnehmung völlig vernachlässigt wird.

4 Konsequenzen für Deutschland

Deutschland ist in weit stärkerem Ausmaß als die USA ein Wohlfahrtsstaat. Das kann man in vielerlei Hinsicht als Vorteil ansehen und mancher Besucher Amerikas wundert sich, in welchem Umfang private Vorsorge für jeden Einzelnen und private Initiativen für Bedürftige notwendig sind, und preist das soziale Netz der Bundesrepublik. Insofern besteht für freiwilliges Engagement eine geringere Notwendigkeit. Andererseits hat auch Deutschland eine lange Tradition ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements und die Krise des Sozialstaates bringt seit Jahren Initiativen hervor, die den Einsatz für Andere und die Übernahme von Verantwortung stärken und vergrößern sollen.

Ehrenamtliche Tätigkeit ist in Deutschland tatsächlich weniger verbreitet als in den USA,

aber der Anteil von Jugendlichen, der sich für Andere engagiert, ist nicht unbeträchtlich und dürfte sich in der Größenordnung von einem Fünftel bis zu einem Drittel eines Jahrganges bewegen. In einer international vergleichenden Untersuchung von zehn Ländern schneidet Deutschland mit 23 Prozent Engagierten unter den 14- bis 24-Jährigen allerdings schlechter ab als andere westeuropäische Wohlfahrtsstaaten (Gaskin et al. 1996).

Diejenigen Jugendlichen, die sich gemeinnützig und ehrenamtlich engagieren, sind in Hinsicht auf politisches Engagement oft eine positive Auswahl, weshalb aus vorliegenden Querschnittsbefragungen nur mit Vorsicht auf Wirkungen solcher Tätigkeiten geschlossen werden kann. Jedenfalls haben Freiwillige aller Altersgruppen in einer deutschen Untersuchung signifikant höhere Werte als eine Kontrollgruppe in Bereichen wie Verantwortungsübernahme und Gerechtigkeitsempfinden (Moschner 1994). Auch Wehrdienstverweigerer mögen bereits vor ihrem Zivildienst durchschnittlich politisch engagierter sein als Wehrdienstleistende. Die intensive Beschäftigung mit Pflegebedürftigen, Alten, Kranken oder Behinderten bietet aber zusätzliche Lernchancen in Richtung sozialer Verantwortungsübernahme und Hilfsbereitschaft (Bartjes 1996). In einer Mannheimer Studie wurden aktive und nichtaktive Vereinsmitglieder verglichen und festgestellt, dass die Aktiven eine entwickeltere Identität besitzen, über ihre ehrenamtliche Tätigkeit zu einer neuen Sicht ihrer Lebenssituation kommen und in diesem Sinn ihren eigenen Interessenstandpunkt transzendieren können (Hofer/Buhl 2000). Die empirische Untersuchung des ‚Sozialen Jahres‘ in der Bundesrepublik steht meines Wissens noch aus.

Ein Ergebnis eigener Forschungsbemühungen zeigt, dass nicht jede freiwillige Tätigkeit zu demokratischem Engagement führt: Jugendliche Wähler rechtsradikaler Parteien in einem

neuen Bundesland waren überdurchschnittlich häufig in einem gemeinnützigen Verein, wobei es sich oft um erlebnisorientierte Organisationen wie die Freiwillige Feuerwehr, die DLRG oder das Rote Kreuz handelte. Damit soll nicht ausgedrückt werden, dass freiwillige gemeinnützige Tätigkeiten in erlebnisorientierten Organisationen schlecht seien. Das Ergebnis deutet nur auf Folgendes hin: Nicht alle freiwilligen Tätigkeiten haben dieselben positiven Folgen für die Entwicklung zu einer demokratischen Persönlichkeit. In dieser Frage besteht ein ausgesprochener Forschungsbedarf.

5 Fazit

Ein langjähriger Topos der Kritik an der heutigen Jugend besteht in der Klage, dass sie nicht bereit sei, sich für die öffentlichen Belange zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen, und dass sie sich nicht für Politik interessiere. Dabei wird oft auf Egoismus und Hedonismus der Jugendlichen sowie auf die zu Grunde liegende Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft verwiesen. Ich schließe mich dieser Kritik aus zwei Gründen nicht an:

Erstens ist ein sehr hohes politisches Engagement bei der Mehrheit der Jugendlichen nicht zu erwarten, da andere Entwicklungsaufgaben für Jugendliche höhere Priorität haben. Vor allem sind der Vorwurf und die Kritik, die Jugendlichen seien nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen, einerseits haltlos, weil ihnen politische Verantwortung vor ihrer Wahlmündigkeit nicht gegeben wird. Andererseits können viele Jugendliche schwere Verantwortung im privaten Bereich bewältigen. Nach den großen Surveys kann nur eine Minderheit von Jugendlichen als hedonistisch bezeichnet werden und manche Ergebnisse der empirischen Forschung sprechen dafür, dass prosoziale Einstellungen weiter verbreitet sind als egoistische (Killen/Turiel 1998).

Zweitens zeigt die Verteilung der Antworten auf Fragen zur politischen Beteiligungsbereitschaft in allen entsprechenden Untersuchungen ein weites Spektrum und die Anteile derer, die sich in unterschiedlicher Weise engagieren, sind beträchtlich. Dies bezieht sich auf die Beteiligung an Demonstrationen und anderen Formen des politischen Protestes ebenso wie auf die Mitgliedschaft in vielen Organisationen und auf die Hilfsbereitschaft in unterschiedlichen Gebieten. Das Wählen bei nationalen Wahlen wird geradezu für eine Pflicht gehalten, obgleich unsere Verfassung nur ein Wahlrecht kennt.

Dem insgesamt bunten Bild jugendlichen Engagements und jugendlicher Beteiligungsbereitschaft entspricht ein vielfältiges Explorationsverhalten. Nach der hier vertretenen Auffassung von Sozialisation konstruieren Jugendliche ihre politische Identität in vielen Feldern. Neben der wichtigen Bedeutung der Massenmedien für die Informationsvermittlung ist hier zunächst der Elternkontext zu nennen, in dem politisch bedeutsame Grundhaltungen entstehen. Eltern dienen teilweise als Modell, mit zunehmendem Alter tragen die Jugendlichen aber auch Ideen, Haltungen und Verhaltensweisen von außerhalb in die Familie hinein und erproben sich in Diskussionen und Auseinandersetzungen. Für viele Jugendliche ist es wichtig, dass die Eltern ein Diskussionsforum und eine Projektionsfläche für die eigenen politischen Ideen bilden. Noch kaum erforscht sind die Veränderungen in der Identität von Eltern, die durch Auseinandersetzungen mit Positionen der Kinder entstehen.

Von großer Bedeutung für die politische Identitätsentwicklung ist die Schule. Ich bin nicht sicher, ob aufgrund des (noch) gering entwickelten Interesses die Unterweisung in einem Fach ‚Politische Bildung‘ bereits im Alter von unter 15 Jahren große Wirkung haben kann. Immerhin lassen sich in der oben referierten internationalen Evaluations-Studie

für 14-Jährige Effekte des Unterrichts auf das Wissen nachweisen. Darüber hinaus kann die Schule über die Erweiterung von Mitbestimmungsmöglichkeiten der Schüler zur politischen Identitätsbildung beitragen, weil durch demokratische Beteiligung in der Schule die Identifikation mit der Demokratie und ihren Verfahrensregeln und die Bereitschaft zur politischen Beteiligung gefördert wird.

Von Alexis de Toqueville und der kommunitaristischen Bewegung in den USA können wir lernen, welche Bedeutung die ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeit für ein demokratisches Gemeinwesen hat. Von amerikanischen Schulen und Schulverwaltungen können wir uns anregen lassen, der ehrenamtlichen Tätigkeit auch in den Schulcurricula einen Stellenwert zu geben. Kinder und Jugendliche haben ein großes Potential an Hilfsbereitschaft, das vergessen wird, wenn über die heutige Jugend geklagt wird. Dabei denke ich nicht nur an die Minderheit einer Hilfe-Elite, deren außergewöhnliche Leistungen sich im Gegensatz zu der anderen Minderheit der Schläger, Rohlinge und Delinquenten der Aufmerksamkeit der deutschen Jugendforschung gänzlich entziehen. Ich denke besonders an die große Mittelgruppe derer, die Mitleid haben, wenn sie Not sehen, die bei Katastrophen Geld spenden, die für Hilfsaktionen begeisterungsfähig sind. Lehrer haben Erfahrungen mit dieser großen Mittelgruppe. Wieso nutzen wir dieses Potential nicht systematisch, wieso schaffen wir nicht Situationen und Strukturen, in denen sich Kinder und Jugendliche zu ihrem eigenen Vorteil und zum Nutzen der Gesellschaft bewähren können?

Die Strukturen der Europäischen Union vergrößern die Gefahr des Wohlfahrtsstaates, dass individuelle Verantwortlichkeit an anonyme Bürokratien abgeschoben wird. Die zunehmende Beschwörung in den großen Medien wie in wissenschaftlichen Publikationen, die Bürgergesellschaft zu stärken, verweist darauf,

dass der Kommunitarismus auch in Europa einen Stellenwert haben könnte. Die Prozesse der Globalisierung zwingen dazu, diese Perspektive noch zu erweitern. In Hinblick auf das neue Jahrtausend hat James Youniss zusammen mit amerikanischen und deutschen Jugendforschern (2002) einen programmatischen und empirisch fundierten Artikel geschrieben. Hier wird gezeigt, welche Rolle die freiwillige ehrenamtliche Tätigkeit in Zeiten der Globalisierung leisten kann und soll, um die Bürgergesellschaft in jedem einzelnen Land nicht nur auf die lokalen und nationalen Probleme zu beziehen, sondern auf die Lösung der Weltprobleme. Die Globalisierung bedeutet für das Bürgerengagement eine neue Herausforderung und für jugendliche Begeisterung ein weltweites Betätigungsfeld, das schrittweise zu erschließen die Aufgabe der nächsten Jahrzehnte ist.

Hans Oswald arbeitet als pensionierter Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Potsdam über politische Sozialisation und die Ungleichheit von Kindern.

Literatur

- Bartjes, H.* 1996: Der Zivildienst als Sozialisationsinstanz. Weinheim: Juventa.
- Etzioni, A.* 1995: Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus. Stuttgart: Schäfer-Pöschel.
- Gaskin, K./Smith, J. D./Paulwitz, I.* 1996: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Freiburg/Brs.: Lambertus.
- Gille, M./Krüger, W.* (Hg.) 2000: Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinten Deutschland. Opladen: Leske+Budrich.
- Hart, D./Figley, S.* 1995: Prosocial behavior and caring in adolescence: Relation to self-understanding and social judgement. In: *Child Development*, 66, 1347-1359.
- Hofer, M./Buhl, M.* 2000: Soziales Engagement Jugendlicher: Überlegungen zu einer technologischen Theorie der Programmgestaltung. In: H.-P. Kuhn/H. Uhlendorff/L. Krappmann (Hg.), *Sozialisation zur Mitbürgerlichkeit*. Opladen: Leske+Budrich, 95-111.
- Hoffmann-Lange, U.* 1999: Trends in der politischen Kultur Deutschlands: Sind Organisationsmüdigkeit, Politikverdrossenheit und Rechtsextremismus typisch für die deutsche Jugend? In *Gegenwartskunde*, 48, 365-390.
- Killen, M./Turiel, E.* 1998: Adolescents' and young adults' evaluation of helping and sacrificing for others. In *Journal of Research on Adolescence*, 8, 355-375.
- Kuhn, H.-P.* 2000: Mediennutzung und politische Sozialisation. Eine empirische Untersuchung zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsfindung im Jugendalter. Opladen: Leske+Budrich.
- McLellan, J. A./Youniss, J.* 2003: Two systems of youth service: Determinants of voluntary and required youth community service. In *Journal of Youth and Adolescence*, 11, 47-58.
- Moschner, B.* 1994: Engagement und Engagementbereitschaft. Regensburg: S. Roderer.
- Oesterreich, D.* 2002: Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Opladen: Leske+Budrich.
- Oser, F./Althoff, W.* 1992: Moralische Selbstbestimmung. Modelle der Entwicklung und Erziehung im Wertebereich. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Toqueville, A. de* 1987: Über die Demokratie in Amerika. Zürich: Manesse, 2 Bände.
- Yates, M./Youniss, J.* 1996: A developmental perspective on community service in adolescence. In *Social Development*, 5, 95-111.
- Youniss, J./Bales, S./Christmas-Best, V./Diversi, M./McLaughlin, M./Silbereisen, R.* 2002: Youth civic engagement in the twenty-first century. In *Journal of Research on Adolescence*, 12, 121-148.

Seminarankündigung

Redaktionsarbeit in wissenschaftlichen/politischen Fachzeitschriften

Redaktionsarbeit in wissenschaftlichen oder politischen Zeitschriften stellt besondere Anforderungen. Die redaktionelle Planung legt Heftkonzepte fest, die im Gespräch mit den Autoren umgesetzt werden müssen. In der Bearbeitung der Manuskripte muss den Texten in Rücksprache mit den Autoren der inhaltliche Feinschliff verpasst werden. In dem Praxisseminar wird in Kooperation mit der Redaktion der Vierteljahresschrift „*Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*“ das Themenheft „**Macht der Bürokratie – Ohnmacht der Politik**“ redaktionell bearbeitet. Nach einem inhaltlichen Input zum Thema durch einen ausgewiesenen Experten werden Manuskripte redigiert und korrigiert und in einer Redaktionskonferenz erörtert. Herausgeber und Redakteure der Zeitschrift wirken mit.

Das Seminar bietet Einblicke in die konkrete Arbeit der sozialwissenschaftlichen Zeitschriftenproduktion und bietet Möglichkeiten, die eigene redaktionelle Kompetenz weiterzuentwickeln. Kontakte mit der Redaktion bieten auch die Möglichkeit einer künftigen Mitarbeit in der ehrenamtlichen Redaktion des Forschungsjournals.

Inhalte:

- Impuls-Referat: „Macht der Bürokratie – Ohnmacht der Politik“
- Diskussionsrunde zum Schwerpunktthema
- Vorbereitung, Planung und Nachbereitung eines Schwerpunktheftes
- Vermittlung von Fertigkeiten der redaktionellen Textbearbeitung
- Umgang mit und inhaltliche Bewertung von Manuskripten
- Vermittlung redaktioneller Anforderungen

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Fachzeitschriften

Ihr Nutzen:

Sie lernen die praktischen Anforderungen der Redaktionsarbeit in wissenschaftlich/politischen Zeitschriften kennen und erhalten die Möglichkeit des Austausch und intensiven Kontakts mit Redaktion und Herausgebern

Methoden:

- Referate und Diskussionen
- Arbeitsgruppen, Werkstattgespräch und Redaktionskonferenz

Zielgruppe:

Journalisten mit Schwerpunkt Wissenschaftsjournalismus, Sozialwissenschaftler (auch noch Studierende), Journalistik/Publizistik studierende

Teilnehmerzahl:

maximal 25 Personen

Ort/Termin:

Bonn, 16. bis 18. Juli 2004

Gebühr:

160,- Euro

Anmeldungen an:

Friedrich-Ebert-Stiftung, JournalistenAkademie, 53170 Bonn
Telefax: 0228/883325, e-mail:
Marion.Wolf@fes.de

Inhaltliche Rückfragen:

Dr. Rudolf Speth, Tel.: 030/3921768;
e-mail: rudolf.speth@web.de

Sebastian Braun

Die Wiederentdeckung des Vereinswesens im Windschatten gesellschaftlicher Krisen

1 Einleitung

Es war vor rund einem Jahrhundert Max Weber, der in seiner programmatischen Rede auf dem ersten deutschen Soziologentag im Jahr 1910 eine Soziologie des Vereinswesens als fundamentale Aufgabe der Soziologie verstanden wissen wollte.

Dass die deutsche Soziologie Webers Forschungsanregungen nicht immer folgte, hat Siewert (1984: 180) rund 70 Jahre später kritisch bilanziert und pointiert interpretiert: „Es scheint, als blicke die ‚Zunft‘ nach wie vor ein wenig mitleidig auf die Niederungen der Vereinsforschung“. Zu einer ähnlich skeptischen Einschätzung kam Mitte der 1990er Jahre auch noch Zimmer (1996), die seinerzeit eine grundlegende Arbeit über das Vereinswesen in Deutschland vorlegte. Auch sie beklagte die mangelnde Relevanz des Vereins in den deutschen Sozialwissenschaften, die diesen „als antiquierte, nicht mehr zeitgemäße Organisationsform beinahe schon zu den Akten gelegt hatte“ (1996: 11) und in erster Linie mit Spießigkeit und Vereinsmeierei assoziierte – nach dem altbekannten Motto: In seinem Verein, da richtet man sich's gemütlich und behaglich ein.

Wie behaglich es in Deutschland dann eigentlich zugehen müsste, lassen aktuelle Schätzungen nur erahnen. Demnach sind derzeit zwischen knapp der Hälfte und fast zwei Dritteln der Bevölkerung Mitglied in rund 500.000 bis fast 700.000 Vereinen. Allerdings ist es nicht die Behaglichkeit, sondern vielmehr das Unbehagen über längerfristige Entwicklungstendenzen in Deutschland, die in der gesellschaftspolitischen und sozialwissenschaftli-

chen Diskussion der letzten Jahre zu einem erheblichen Bedeutungsgewinn der assoziativen Lebenswelt beigetragen haben. Diese Entwicklungstendenzen werden zumeist als Krisen etikettiert, nämlich als Krise des Wohlfahrtsstaats, Krise der Arbeitsgesellschaft, Krise des sozialen Zusammenhalts und Krise der Demokratie. Vereine werden in all diesen Krisendiskursen als alternative Steuerungsressourcen und multifunktionale Akteure zur Bewältigung dieser disparaten, zugleich aber wechselseitig aufeinander bezogenen Krisenphänomene (wieder-)entdeckt. Der vorliegende Beitrag führt in aktuelle Ansätze ein, in denen Vereine als Hoffnungsträger zur Linderung der vier Krisenphänomene diskutiert werden.

2 Vereine im aktuellen Diskurs

2.1 Vereine und die Krise des Wohlfahrtsstaats

Die Debatte über die Krise des Wohlfahrtsstaats begann in der Bundesrepublik Mitte der 1970er Jahre. Unter dem Eindruck der ersten Ölkrise, die zu einer weltweiten Wirtschaftsflaute und steigenden Arbeitslosenzahlen führte, und des Berichts des Club of Rome über die ‚Grenzen des Wachstums‘ wurde nicht nur das Ende des seit dem Zweiten Weltkrieg anhaltenden Wirtschaftswachstums thematisiert, sondern auch das sozialdemokratische Modell vom ‚Staat als Hüter und Wächter des Gemeinwohls‘ (Naschold 1993) in Frage gestellt. In diesem Modell spielte die ‚aktive Bürgerschaft‘ eine untergeordnete Rolle: Nicht hohe Beteiligungsquoten und die ‚Inputs‘ der Bürger, sondern das staatliche Leistungsniveau und die ‚Out-

puts‘ des politisch-administrativen Systems galten als Maßstab für die Funktionstüchtigkeit des Gemeinwesens. Dieses wohlfahrtsstaatliche Arrangement wurde von verschiedenen Seiten kritisiert, wobei sich die Wiederentdeckung von anti-institutionellen sozialen Bewegungen und sozialem Pluralismus auf ‚links-alternativer‘ Seite mit Forderungen nach Entstaatlichung, Privatisierung und Subsidiarität auf ‚liberal-konservativer‘ Seite berührten.

Seitdem haben vor allem marktliberale Vorschläge zur Umgestaltung des Wohlfahrtsstaats an Bedeutung gewonnen. Deren Befürworter und Gegner sind sich zwar nach wie vor alles andere als einig; in einem Punkt ist ihre Argumentationsbasis aber ähnlich: Markt, Staat und der einzelne Bürger werden zumeist isoliert betrachtet, während gesellschaftliche Assoziationsformen – mit Ausnahme der Familie – nebensächlich sind. Genau in diese Lücke stoßen die Kritiker: Sie suchen nach einer grundsätzlichen Neuordnung der institutionellen Arrangements des Wohlfahrtsstaats und setzen dabei insbesondere auf Akteure der Wohlfahrtsproduktion jenseits von Markt und Staat sowie auf eine Stärkung von bürgerschaftlicher Mitwirkung und Selbsthilfe (vgl. im Überblick Evers/Olk 1996). Wohlfahrtsrelevante Güter und Kostenvorteile, die durch unbezahlte (Laien-)Tätigkeiten insbesondere auch in Vereinen entstehen, werden mittlerweile quer durch das Parteienspektrum wieder entdeckt.

Diese Akzentverlagerung begründet auch die Popularität von Ansätzen, die seit Längerem unter Begriffen wie ‚welfare-mix‘, ‚Wohlfahrtspluralismus‘ oder ‚gemischte Wohlfahrtsproduktion‘ diskutiert werden – Ansätze, die vor allem den Unterschied zur *Sozialstaatlichkeit* hervorheben: Der Bürger wird nicht nur als Klient und Konsument, sondern mit seinem alltäglichen Engagement als wichtige Säule im gesellschaftlichen Bedarfsausgleich betrachtet. Der Staat gilt zwar weiterhin als maßgeblicher

Träger sozialer Dienste und Einrichtungen; in erster Linie soll er aber regulierende und moderierende Aufgaben übernehmen. Während Staat und Verwaltung bisher die Gewährleistungs-, Finanzierungs- und Vollzugsverantwortung bei der Herstellung öffentlicher Güter und wohlfahrtsrelevanter Leistungen innehatten, sollen sie sich nun auf die Gewährleistungsfunktion beschränken, die Vollzugs- und Finanzierungsverantwortung (zumindest teilweise) an freie Träger wie Vereine abtreten und damit zugleich ‚Gelegenheitsstrukturen‘ für bürgerschaftliches Engagement schaffen. Vom ‚schlanken‘ zum ‚aktivierenden Staat‘ lautet das Motto, das eine neue Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft vorsieht.

2.2 Vereine und die Krise der Arbeitsgesellschaft

Eines der offensichtlichsten Probleme des deutschen Wohlfahrtsstaats ist darin zu sehen, dass seit Mitte der 1970er Jahre eine wellenförmige, aber fortlaufende Zunahme von Personen zu konstatieren ist, die erwerbstätig sein möchten, die aber keine (ihnen zusagende) Beschäftigung im Sinne einer unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen und tariflich gebundenen Vollzeitenerwerbstätigkeit finden. Während in den Nachkriegsjahrzehnten, der Blütezeit des Fordismus, das Zusammenspiel von keynesianischer Wirtschaftspolitik, sozialer Umverteilung, Ausbau des Wohlfahrtsstaats und Entwicklung der industriellen Beziehungen das Ziel der Vollbeschäftigung in greifbare Nähe rückte und sich unter diesen Rahmenbedingungen das so genannte Normalarbeitsverhältnis herausbildete, entpuppte sich diese Vorstellung bereits seit Mitte der 1970er Jahre als ein „kurzer Traum immer währender Prosperität“ (B. Lutz). Denn seit der ersten Ölkrise ist es nicht mehr gelungen, den rezessionsbedingten Anstieg von Arbeitslosigkeit im folgenden Wirtschaftsaufschwung auf das Ausgangsniveau

zurückzuführen, womit sich Arbeitslosigkeit den Wellenbewegungen von Konjunktur und Rezession entzog.

Seitdem ist nicht nur eine Tendenz zur Verfestigung von Arbeitslosigkeit als dauerhafter Sozillage zu konstatieren, sondern auch ein deutlicher Anstieg atypischer Beschäftigungsverhältnisse und diskontinuierlicher Erwerbsverläufe, während der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse, noch heute Kern sozialer Schutzregelungen im Arbeits- und Sozialrecht, kontinuierlich zurückgegangen ist. Parallel dazu expandierte die sich dem offiziellen Wirtschaftskreislauf entziehende ‚Schattenwirtschaft‘.

Vor diesem Hintergrund entfaltete sich Ende der 1970er Jahre eine Diskussion über ‚Alternativökonomie‘, die das Phänomen der Arbeitslosigkeit im Kontext der lohnarbeitszentrierten sozialstaatlichen Sicherungssysteme thematisierte und auch den Schnittpunkt „zwischen Arbeitsamt und Ehrenamt“ (Evers 1986) in den Blick nahm. Hinzu kamen vielfältige Beiträge aus der Frauenbewegung, die auf die ungleiche Bewertung verschiedener Tätigkeitsformen aufmerksam machte und die soziale Aufwertung unentgeltlicher Arbeiten forderte. In den Kontext dieser vielschichtigen Diskussionen der letzten Jahrzehnte sind die aktuellen Reformentwürfe einzuordnen, in denen Vereine als Hoffnungsträger zur Linderung der Krise der Arbeitsgesellschaft eine prominente Rolle spielen.

2.2.1 Von der ‚Arbeitsgesellschaft‘ zur ‚Tätigkeitsgesellschaft‘

In einer ersten Argumentationsrichtung lauten die prominentesten Ansätze ‚Tätigkeitsgesellschaft‘ (Mutz 1997), ‚Bürgerarbeit‘ (Beck 1999) sowie – mit Abstrichen – das im Bericht an den Club of Rome entworfene ‚Mehrschichtenmodell produktiver Arbeit‘ mit ‚nichtmonetarisierten Werten‘ (Giriani/Liedtke 1998)

und Rifkins (1997) ‚neuer Gesellschaftsvertrag‘, in dem Tätigkeiten in Vereinen eine maßgebliche Rolle spielen. Zwar setzen die Vertreter der einzelnen Ansätze unterschiedliche Akzente. Übereinstimmend gehen sie aber von einem grundlegenden Wandel der Arbeitsgesellschaft aus und betonen, dass Arbeit ihre individuelle und gesellschaftliche Integrationsfunktion nur dann beibehalten könne, wenn Tätigkeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit aufgewertet würden.

Vor diesem Hintergrund wird insbesondere die normative Hierarchie in der Bewertung von Arbeitsformen kritisiert – eine Hierarchie, die sich im 19. Jahrhundert mit der Verallgemeinerung von Lohnarbeit ausbildete und die den Arbeitsbegriff weitgehend synonym mit wertschöpfender Erwerbsarbeit setzt, während z.B. unentgeltliches Engagement in Vereinen kaum mehr als Arbeit gelten. Gefordert wird deshalb ein kultureller Wandel im Verständnis von Arbeit und eine flexiblere, den Lebenslagen und -situationen angepasste Gestaltung des Erwerbssystems, das die bislang als abweichend geltenden Tätigkeitsformen einbezieht. Zwischen den verschiedenen Tätigkeitsformen müsse es, so die Forderung, größere Durchlässigkeiten und fließende Übergänge geben: „Die Menschen wären dann in kurzen oder langen Phasen erwerbslos, aber nicht arbeitslos, sie würden tätig sein und wären weiterhin über Arbeit in die Gesellschaft integriert“, so z.B. lautet die These von Mutz (1997: 35) im Rahmen seiner – an Hannah Arendt angelehnten – Vision von einer Tätigkeitsgesellschaft.

2.2.2 Vereine als Hoffnungsträger für Erwerbsarbeitsplätze

Sämtliche dieser Ideen zum Umbau der Arbeitsgesellschaft konzentrieren sich bislang auf das freiwillige Engagement als einer alternativen Tätigkeitsform neben der Erwerbsarbeit,

während Vereine eher am Rande thematisiert werden, obwohl sie auf empirischer Ebene die umfangreichsten Gelegenheitsstrukturen zu freiwilligem Engagement eröffnen (vgl. Braun 2001a). Demgegenüber fokussiert eine zweite Argumentationslinie, in der Vereinen eine maßgebliche Bedeutung zur Linderung der Krise der Arbeitsgesellschaft zugesprochen wird, explizit die Beschäftigungspotenziale im Dritten Sektor. Es wird also nicht von der Idee einer grundlegenden Umgestaltung erwerbsarbeitszentrierter moderner Gesellschaften ausgegangen, sondern von der Fragestellung, ob und in welchem Umfang in Organisationen des Dritten Sektors zusätzliche Erwerbsarbeitsplätze geschaffen werden können.

Auslöser der darüber geführten Diskussion war das Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project (vgl. neuerdings Priller/Zimmer 2001). Wie die Ergebnisse der deutschen Teilstudie zeigen, hat sich in Westdeutschland zwischen 1960 und 1990 die Zahl der Arbeitsplätze im erwerbswirtschaftlichen Sektor nur geringfügig verändert. Im staatlichen Sektor kam es hingegen nach einem deutlichen Beschäftigungswachstum in den 1960er und 1970er Jahren seit etwa Mitte der 1980er Jahre zu einer weit gehenden Stagnation, die seitdem in rückläufige Zahlen überging. Demgegenüber verzeichnete der Dritte Sektor ein dynamisches Beschäftigungswachstum bis in die 1990er Jahre hinein. Allein zwischen 1960 und 1990 wuchs das Beschäftigungsvolumen um 328 Prozent von 383.000 auf fast 1.3 Mill. Arbeitsplätze (1 Mill. Vollzeitäquivalente), die einen Anteil von 3.7 Prozent der volkswirtschaftlichen Gesamtbeschäftigung ausmachten. 1995 erreichte das Beschäftigungsvolumen im Dritten Sektor mit rund 2.1 Mill. Arbeitsplätzen (1.4 Mill. Vollzeitäquivalente) sogar einen Anteil von fast 5 Prozent an der Gesamtbeschäftigung.

Dieses Beschäftigungswachstum ist vor allem in der dynamischen Arbeitsplatzentwick-

lung in bestimmten Bereichen des Dritten Sektors begründet. 1995 befand sich fast jeder dritte Arbeitsplatz in den Kernbereichen wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungen: den Bereichen Gesundheitswesen und Soziale Dienste, die durch das Agglomerat der großen und staatlich hoch alimentierten Wohlfahrtsverbände dominiert werden. Demgegenüber verfügten andere Bereiche – wie jener der Kultur und Erholung, zu dem z.B. die fast 90.000 Sportvereine gehören – gerade einmal über rund 5 Prozent der Arbeitsplätze.

Gerade für diese lokale Vereinslandschaft, die bislang kaum verberuflicht ist und in erster Linie auf dem freiwilligen Engagement ihrer Mitglieder basiert, wird für die nähere Zukunft eine günstige Beschäftigungsentwicklung prognostiziert – und dies im Kontrast zu den beschäftigungsintensiven Bereichen Gesundheitswesen, Soziale Dienste sowie Bildung und Forschung. Folgt man diesen Ergebnissen, dann scheint die These, der Dritte Sektor könne einen Beitrag zur Linderung der Arbeitsmarktp Probleme leisten, nicht für sämtliche Dritter Sektor-Organisationen gleichermaßen zu gelten, sondern in erster Linie für die lokalen Vereine in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen.

2.3 Vereine und die Krise des sozialen Zusammenhalts

In den skizzierten Ansätzen zur Reformierung des Wohlfahrtsstaats und zur Neugestaltung der Arbeitsgesellschaft soll der engagierte Bürger durch seine Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbstorganisation und aktiven Mitarbeit in Vereinen einen maßgeblichen Beitrag zur Lösung zentraler Gegenwartsprobleme leisten. In zahlreichen Gegenwartsdiagnosen wird allerdings ein ganz anderes Bild gezeichnet: Anstelle des engagierten Bürgers wird hier die fernsehglotzende Konsumnation in einer modernen Passivgesellschaft beschrieben, die

das Vermögen zur sozialen Integration ihrer selbst verloren habe.

Seit den 1980er, insbesondere aber seit den 1990er Jahren ist die Diskussion über dieses Problem wieder zu einem sozialwissenschaftlichen Konjunkturthema geworden. Fürchteten schon die soziologischen Klassiker beim Übergang von traditionellen zu modernen Gesellschaften den Verlust des sozialen Zusammenhalts in egalitär-individualistischen Gesellschaften, so kulminierte die aktuelle Diskussion in der Frage, ob vermeintlich hoch individualisierte, postmoderne Gesellschaften überhaupt noch sozial integrierbar seien. Parallel dazu erlebten die alten Antipoden des Individualisierungsbegriffs – Anomie, Atomisierung und Vereinzelung – eine seit der industriellen Revolution nicht mehr gekannte Renaissance.

Robert D. Putnam, einer der derzeit am meisten nachgefragten Sozialwissenschaftler in der westlichen Welt, hat in diesem Kontext den Terminus ‚bowling alone‘ geprägt (vgl. z.B. Putnam 2000). Mit diesem Terminus versucht er, den Verlust des – so sein Schlüsselbegriff – ‚sozialen Kapitals‘ in modernen Gesellschaften in einer anschaulichen Metapher zusammenzufassen. Soziales Kapital soll dabei dreierlei bezeichnen: erstens soziales Vertrauen, das die zur gesellschaftlichen Koordination erforderliche Kooperation zwischen den Individuen erleichtere; zweitens die Norm generalisierter Reziprozität, die zur Lösung sozialer Dilemmata beitrage; und drittens Vereine, die soziales Vertrauen aufbauen, generalisierte Reziprozitätsnormen pflegen und somit maßgeblich zur (Re-)Produktion von sozialem Kapital in modernen Gesellschaften beitragen würden (vgl. Braun 2001b).

Vereine sind also ein Dreh- und Angelpunkt in Putnams Konzept von sozialem Kapital. Denn in diesen kleinen lokalen Vergemeinschaftungen bestünden, so Putnam, vielfältige face to face – Interaktionen und eine hohe interaktive Konnektivität zwischen den Mitglie-

dern, so dass sich identifikatorische und solidarische Bindungen herausbilden würden. In der aktiven Mitgliedschaftsrolle erlerne man jene Tugenden und Verhaltensdispositionen, welche die Kooperation und das soziale Vertrauen innerhalb *und* außerhalb der Vereine erhöhten. Denn das in den Vereinen erworbene Vertrauen erstreckte sich als ‚generalisiertes Vertrauen‘ über alle gesellschaftlichen Bereiche und reduziere somit die Notwendigkeit zur sozialen Kontrolle. Abbau von sozialer Kontrolle hieße aber auch Reduktion von Kosten, und zwar im staatlichen ebenso wie im ökonomischen Sektor.

Mit dieser Argumentation hat Putnam einer traditionsreichen soziologischen Diskussion über den sozialen Zusammenhalt moderner Gesellschaften nicht nur eine bedeutende ökonomische Gedankenfigur hinzugefügt. Vielmehr hat er diese Diskussion auch mit einer klassisch politikwissenschaftlichen Debatte über die aktive Partizipation des Bürgers in einem demokratischen Gemeinwesen verbunden. Nach Putnam impliziert der Begriff soziales Kapital nicht nur gemeinschaftliche Bindungen, soziales Vertrauen und Reziprozitätsnormen, die sich allesamt in Vereinen (re-)produzieren und entscheidend zur sozialen Integration, aber auch zur wirtschaftlichen Performanz einer Gesellschaft beitragen. Das soziale Kapital, so Putnam, sei auch „closely related to what some have called ‘civic virtue’“ (Putnam 2000: 19). Da Putnam auch diese ‚civic virtue‘ im Niedergang begriffen sieht, seien moderne Gesellschaften ebenfalls in ihrer Existenz als demokratische Gemeinwesen gefährdet.

2.4 Vereine und die Krise der Demokratie

Diese Einschätzung korrespondiert mit den populären Diagnosen über den Zustand der Demokratie in Deutschland, die als bedroht,

im Verfall begriffen oder krisenhaft beschrieben wird. Hintergrund dieser Vorstellungen ist insbesondere die Sorge, der Bürger sei eine aussterbende Spezies in der Menschheitsgeschichte, da die individuellen Orientierungen und Kompetenzen erodierten, die eine Demokratie als freiheitliches politisches System ermöglichen und stabilisieren würden.

Angesprochen ist damit eine normative Dimension von Demokratie, die vor dem Erfahrungshintergrund mit der deutschen Geschichte einen Allgemeinplatz darzustellen scheint: dass eine Demokratie ohne den ‚homo democraticus‘ zum Scheitern verurteilt sei. Als demokratieförderlich gilt hingegen der ‚mündige Bürger‘, der sich – über die formale Beteiligung an Wahlen hinaus – für das politische Gemeinwesen interessiert, in entsprechende Diskussions- und Entscheidungsprozesse einbringt und sich in Vereinen, den ‚Basiselementen der Demokratie‘ (Zimmer 1996), aktiv beteiligt.

Diese Argumentationsfigur spielte in der Bundesrepublik vor allem unter dem Eindruck der Studentenbewegung und des Regierungswechsels zur sozial-liberalen Koalition („mehr Demokratie wagen“, W. Brandt) in den späten 1960er und 1970er Jahren eine maßgebliche Rolle. Hauptakteur war in diesem Kontext die Nachkriegsgeneration der ‚Baby-Boomer‘, die vor dem Hintergrund des viel diskutierten ‚Wertewandels‘ das Spektrum politischer Partizipationsformen erheblich erweiterten, für bürgerschaftliche Partizipations- und Gestaltungschancen sorgten und einen bislang ungebrochenen Gründungsboom von Assoziationen („associational revolution“) auslösten. Im staatlichen Sektor ebte die Reformeuphorie allerdings Ende der 1970er Jahre wieder ab; ihr vorläufiges Ende fand sie mit dem späteren Regierungswechsel zur liberal-konservativen Koalition.

Erst durch die in den letzten Jahren intensiver geführten Debatten über Legitimationspro-

bleme des etablierten Systems der Interessenvertretung und Effektivitätsprobleme staatlichen Handelns haben Forderungen nach einer ‚Rückkehr des Bürgers‘ und Fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen von politischer Beteiligung und Bürgerengagement wieder höhere Aufmerksamkeit gewonnen. Unter dem Leitbild der Bürgergesellschaft entfaltete sich eine weit gespannte Diskussion über „eine Gesellschaft selbstbewusster und selbstverantwortlicher Bürger, eine Gesellschaft der Selbstermächtigung und Selbstorganisation“ (Enquete-Kommission 2002: 76), in der das Verhältnis von Rechten und Pflichten neu auszubalancieren sei und in der die Bürger umfangreichere Verantwortung für das politische Gemeinwesen zu übernehmen hätten.

In diesem Kontext wurde auch der antiquiert klingende Begriff der ‚Bürgertugend‘ revitalisiert und mit dem Terminus der ‚freiwilligen Selbstverpflichtung‘ (Münkler 2002:34) in ein moderneres Staats- und Gesellschaftsverständnis übersetzt. Dieser Begriff zeigt bereits an, dass es im Diskurs über die Bürgergesellschaft nicht nur um das Problem der juristischen Festlegung des ‚Bürgerstatus‘ geht, sondern insbesondere auch um die Qualifikationen und Dispositionen, über die ein Bürger verfügen sollte, um als solcher gelten zu können (z.B. politische Partizipationsfähigkeit und -bereitschaft, Gemeinsinn oder Gemeinwohlorientierung).

Diese Vorstellungen begründen auch die hohe Bedeutung, die dem lokalen Vereinswesen als maßgeblichem Bestandteil des ‚institutionellen Kerns‘ der Bürgergesellschaft zugesprochen wird. Denn die Vereine würden den Raum für plurale Identitäten schaffen und die Unterschiedlichkeit der Lebenswelten zum Ausdruck bringen, unmittelbare Möglichkeiten zu freiwilligem Engagement und politischer Partizipation eröffnen und somit als ‚Schule der Demokratie‘ fungieren. In dieser klassischen Argumentationsfigur, die von Alexis de Tocquevilles vor mehr als 150 Jahren verfass-

tem Reisebericht über die Demokratie in Nordamerika bis hin zur sozialwissenschaftlichen Forschung über die politische Kultur moderner Gesellschaften reicht, gelten Vereine als zentrales Element stabiler Demokratien, da sie in der sozialen Praxis die Verbindung von Mitgliedschafts- und Staatsbürgerrolle ermöglichen würden. Mitgliedschaften, aktive Mitarbeit und politische Partizipation in Vereinen werden dabei mit der – im klassischen Republikanismus als ‚guter Bürger‘ bezeichneten – Figur des ‚kompetenten Bürgers‘ verbunden, der über kognitive, prozedurale und habituelle Fähigkeiten verfüge, um als politischer Akteur adäquat in einem demokratischen Gemeinwesen handeln zu können (vgl. Buchstein 2002).

‚Assoziative Demokratie‘ lautet eine entsprechende Vision, in der der Vielzahl von Vereinen die Schnittstellen- bzw. Vermittlungsfunktion zwischen den als gegensätzlich gedachten Bereichen von Individuum und Staat, von privat und staatlich oder von Staat und Gesellschaft zugeordnet wird. Diese Vermittlungsfunktion hat Streek (1987) als einen komplexen und institutionell zu leistenden Prozess beschrieben, der für das Zurücklegen des langen Weges vom Individuum zur Gesellschaft von elementarer Bedeutung sei – ein Prozess, der in einem demokratischen Gemeinwesen eine unabdingbare Voraussetzung für den erfolgreichen Übergang vom Jedermann zum Citoyen darstelle.

3 Fazit und Ausblick

Die Skizze aktueller Reformentwürfe und gesellschaftspolitischer Leitbilder verweist auf die vielfältigen Anforderungen, die gegenwärtig an Vereine gestellt werden. Diese zahlreichen Funktionszuschreibungen werden insbesondere mit der ‚Multifunktionalität‘ von Vereinen begründet (vgl. Zimmer/Priller 2001). Lange Zeit galt diese Multifunktionalität als eine maßgebliche Schwäche von Vereinen, die

zumeist als antiquiert, vormodern und defizitär angesehen wurden, da sie sich der Differenzierungslogik moderner Gesellschaften entzogen und den Geleitzug der Moderne verpasst hätten. Mittlerweile wird diese ‚strukturelle Unbestimmtheit‘ aber immer häufiger „als Chance und Innovationspotenzial zur Reformierung und Umgestaltung des traditionellen institutionellen Settings der Industriemoderne erachtet“ (Zimmer/Priller 2001: 274) – die aktuellen Reformentwürfe und Leitbilder, in denen Vereine als Hoffnungsträger zur Linderung der angesprochenen Krisenphänomene thematisiert werden, stehen stellvertretend dafür.

Allerdings steht diesen hoffnungsfrohen Erwartungen an das Vereinswesen bislang ein gravierendes Defizit in der sozialwissenschaftlichen Forschung in Deutschland gegenüber. Dieses Defizit zeigt sich an der wenig entwickelten Theorie über die Strukturbesonderheiten von Vereinen als freiwillige Vereinigungen im Dritten Sektor ebenso exemplarisch wie am spärlichen empirischen Datenmaterial (vgl. Braun 2003). Mit dem Versuch, das freiwillige Engagement oder die Mitgliedschaften in Vereinen differenzierter zu erfassen, wurde in letzter Zeit zwar ein deutlicher Fortschritt gemacht. Die grundlegenden methodologischen und methodischen Diskussionen, die diese Versuche ausgelöst haben, machen zugleich aber auch deutlich, dass sich die Forschung derzeit noch an ganz grundsätzlichen Fragestellungen abarbeitet. Hieran zeigt sich nicht zuletzt das Problem, dass man sich in den vergangenen Jahrzehnten vor allem aus der Perspektive der korporatismustheoretisch inspirierten Interessengruppenforschung auf die funktionale Interessenvermittlung von Verbänden zwischen Staat und Gesellschaft oder aber aus der Perspektive der Dritter Sektor-Forschung auf Nonprofit-Organisationen als alternative wohlfahrtsstaatliche Dienstleister konzentrierte. Demgegenüber wurde die assozia-

tive Lebenswelt der Menschen nur am Rande thematisiert. Dieses grundlegende Forschungsdefizit lässt sich vor dem Hintergrund der skizzierten Diskussionslinien anschaulich demonstrieren, wobei ich mich im Folgenden auf ausgewählte Forschungsdefizite in der Debatte über Vereine als Hoffnungsträger zur Linderung der Krise des Wohlfahrtsstaats und der Arbeitsgesellschaft konzentrieren werde, da zentrale Forschungsdesiderate in den beiden anderen Diskussionslinien in dem Beitrag von Braun/Hansen (in diesem Heft) ausführlicher thematisiert werden:

Im Zuge der aktuellen Reformbestrebungen hin zu einem neuen institutionellen Arrangement der Wohlfahrtsproduktion ist zu erwarten, dass sich das Vereins- und somit auch das Verbandswesen neu definieren und positionieren muss. Denn die grundlegende Entscheidung, inwieweit soziale Dienstleistungen vom Staat, Markt oder Dritten Sektor angeboten werden, ist nicht – wie es ökonomische Theorien vermuten lassen – von individuellen Nachfragern und Anbietern auf dem Markt abhängig, sondern in erster Linie von historischen Entwicklungen und politischen Konstellationen, die auch für den Dritten Sektor zu je spezifischen Ordnungsmodellen führen. Während z.B. das Modell des ‚Gewährleistungsstaates‘ von einer passiven, Leistungen an Dritte kontrahierenden und kontrollierenden Rolle des Staates ausgeht, setzt das aktuelle Leitbild vom ‚aktivierenden Staat‘ sowohl auf die interne offensive Förderung und Nutzung von (Selbst)Aktivierungspotenzialen als auch auf die externe offensive Förderung, Forderung und Motivierung gesellschaftlicher Akteure.

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich derzeit bereits deutlich ab, dass die Entwicklung noch stärker als bisher in die Richtung einer Kompetenzverlagerung von der öffentlichen Verwaltung hin zu den Vereinen verläuft. Damit stellt sich allerdings die bislang ungeklärte Frage, welche neuen *intra-* und *interor-*

ganisatorischen Arrangements sich mit der neuen Verantwortungsteilung herausbilden. Mit Blick auf die *intraorganisatorischen* Arrangements könnte man vermuten, dass die Vereine Transformationsprozesse in ihren Organisationsformen und Handlungsrationalitäten vollziehen, da sich mit den neuen externen Anforderungen mutmaßlich auch die internen Anforderungen verändern – etwa an die Organisationsstruktur, die Aufgaben und Kompetenzverteilung oder die Mitarbeiter. Horch (1996) hat diese Problematik schon vor Längerem unter dem Stichwort der ‚Selbsterstörungsprozesse‘ von Vereinen diskutiert.

Zum anderen stellt sich die Frage nach den vermutlich neu entstehenden *interorganisatorischen* Arrangements zwischen Staat und Vereinen. Denn bislang ist unklar, ob mit einer verstärkten Einbindung von Vereinen in ein verändertes institutionelles Arrangement der Wohlfahrtsproduktion auch ein neues Kapitel staatlich-privater Kooperation aufgeschlagen wird und dabei die Autonomie der Vereine gewahrt bleibt, oder ob die Tradition des funktionalen Einbaus der Vereine in den politisch-administrativen Apparat lediglich fortgesetzt wird. In dieser Perspektive stellt sich also die noch weitgehend unbeantwortete Frage, wie die Organisations-, Kommunikations- und Interaktionsmuster zwischen staatlichen Organisationen, Verbänden und lokalen Vereinen ausgestaltet werden, und inwieweit die Akteure fähig sind, im Prozess kollektiver Entscheidungsfindung klar definierte Interessen zu vertreten, strategisch zu interagieren und Kompromisse einzugehen.

Theoretische und empirische Defizite sind ebenfalls unverkennbar, wenn man die Diskussion über Vereine und die Krise der Arbeitsgesellschaft betrachtet. Dies gilt insbesondere für den Diskurs über eine grundlegende Restrukturierung der Arbeitsgesellschaft; dies betrifft aber auch die Debatte über die Beschäftigungspotenziale in Vereinen. Denn nicht nur die Fra-

ge, inwieweit und in welcher Größenordnung sich zukünftig neue Beschäftigungsverhältnisse in Vereinen auf tun werden, lässt sich bislang kaum abschätzen. Auch ist unklar, inwieweit von den Mitgliedern überhaupt eine zunehmende Verberuflichung ihrer Vereine gewünscht wird. Möglicherweise sehen die Mitglieder den ‚besonderen Wert‘ ihres Vereins ja gerade darin, dass er von ihnen selbst und ohne hauptamtliches Fachpersonal organisiert wird, auch wenn dann eventuell nicht alle Vereinsziele und -aufgaben in optimaler Weise gelöst werden können. Derartige Fragestellungen, die im laufenden Diskurs über die Bürgergesellschaft eine prominente Rolle spielen, lassen sich anhand von Funktionsträgerbefragungen, die in der Vereinsforschung seit langem dominieren, nicht beantworten. Systematische Mitgliederbefragungen zu dieser Thematik stehen hingegen noch aus (vgl. dazu auch Baur/Braun 2003).

Gewinnt man mitunter schon bei der Debatte über die Beschäftigungspotenziale in Vereinen den Eindruck, dass diese Debatte in erheblichem Abstand über den Köpfen der Mitglieder geführt wird, so gilt dies in besonders profilierter Weise für jene Ansätze, die auf eine Restrukturierung der Arbeitsgesellschaft und auf eine Neubewertung von Tätigkeitsformen setzen. Dies gilt vor allem für das öffentlich besonders intensiv diskutierte Konzept der ‚Bürgerarbeit‘ (Beck 1999). Zwar wird auch hier gefordert, bürgerschaftliches Engagement gegenüber Erwerbsarbeit gesellschaftlich aufzuwerten. „Bürgerarbeit“ soll aber in erster Linie die Nachfrage nach Erwerbsarbeit reduzieren und damit Arbeitslosigkeit abbauen. Genau dieses Resultat wird von Kritikern zu Recht bezweifelt, wenn nicht gar als vollkommen abwegig entlarvt. Vielmehr lassen neuere empirische Untersuchungen erkennen, dass die Vitalität ziviler Beschäftigungsformen eher von gut funktionierenden Arbeitsmärkten abhängt als dass sie

beschäftigungspolitische Kompensationsfunktionen übernehmen könnten (vgl. dazu zusammenfassend Braun 2003).

Vor diesem Hintergrund bleibt es eine lohnenswerte Aufgabe, das Leistungspotenzial des Vereinswesens vor dem Hintergrund der vielfältigen Funktionszuschreibungen empirisch detailliert zu untersuchen; denn – wie Weber (1924: 447) in dem eingangs angesprochenen Vortrag salopp formulierte – „ohne solche trockene, triviale, viel Geld und viel Arbeitskraft einfach in den Boden stampfende Arbeit ist nichts zu machen“.

Sebastian Braun (geb. 1971), Universitätsprofessor, promovierter Soziologe und Sportwissenschaftler, Leiter des Arbeitsbereichs Sport und Gesellschaft am Department Sport & Gesundheit der Universität Paderborn.

Literatur

Baur, Jürgen/Braun, Sebastian (Hg.) 2003: Integrationsleistungen von Sportvereinen als Freiwilligenorganisationen. Aachen: Meyer & Meyer.

Beck, Ulrich 1999: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft. Frankfurt am Main: Campus.

Braun, Sebastian 2001a: Bürgerschaftliches Engagement – Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte. In: *Leviathan* 29, 83-109.

Braun, Sebastian 2001b: Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland. Der rhetorische Kurswert einer sozialwissenschaftlichen Kategorie. In: *Leviathan* 29, 337-354.

Braun, Sebastian 2003: Freiwillige Vereinigungen zwischen Staat, Markt und Privatsphäre. Konzepte, Kontroversen und Perspektiven. In: *Baur, Jürgen/Braun, Sebastian* (Hg.), Integrationsleistungen von Sportvereinen als Freiwilligenorganisationen. Aachen: Meyer & Meyer, 43-87.

Buchstein, Hubertus 2002: Die Bürgergesellschaft – eine Ressource der Demokratie? In: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hg.), Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 198-222.

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag 2002: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen, Leske + Budrich.

Evers, Adalbert 1986: Zwischen Arbeitsamt und Ehrenamt. Unkonventionelle lokale Initiativen im Schnittpunkt von Arbeit und sozialen Diensten. In: Blanke, Bernhard/Evers, Adalbert/Wollmann, Helmut (Hg.), Die Zweite Stadt. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik (Sonderheft 7 des Leviathan). Opladen: Westdeutscher Verlag, 15-50.

Evers, Adalbert/Olk, Thomas (Hg.) 1996: Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Giarini, Oriano/Liedtke, Patrick M. 1998: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome (2. Aufl.). Hamburg: Hoffmann und Campe.

Horch, Heinz-Dieter 1996: Selbstzerstörungsprozesse freiwilliger Vereinigungen. In: Rauschenbach, Thomas/Sachße, Christoph/Olk, Thomas (Hg.), Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch (2. Aufl.). Frankfurt am Main: Suhrkamp, 280-296.

Münkler, Herfried 2002: Bürgerschaftliches Engagement in der Zivilgesellschaft. In: Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hg.), Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, 29-36.

Mutz, Gerd 1997: Zukunft der Arbeit. Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 48-49, 31-40.

Naschold, Frieder 1993: Modernisierung des Staates. Zur Ordnungs- und Innovationspolitik des öffentlichen Sektors. Berlin: Edition Sigma.

Priller, Eckhard/Zimmer, Annette (Hg.) 2001: Der Dritte Sektor international. Mehr Markt – weniger Staat?, Berlin: Edition Sigma.

Putnam, Robert D. 2000: Bowling alone. The collapse and revival of American community, New York: Simon & Schuster.

Rifkin, Jeremy 1997: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.

Siewert, Hans-Jörg 1984: Zur Thematisierung des Vereinswesens in der deutschen Soziologie. In: Historische Zeitschrift (Neue Folge), Beiheft 9: Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland (hrsg. von Otto Dann), 151-180.

Streeck, Wolfgang 1987: Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 39, 471-495.

Weber, Max 1924: Rede auf dem Deutschen Soziologentag in Frankfurt. In: ders., Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik. Tübingen: Mohr, 431-449.

Zimmer, Annette 1996: Vereine – Basiselemente der Demokratie. Opladen: Leske + Budrich.

Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (2001): Mehr als Markt oder Staat – Zur Aktualität des Dritten Sektors. In: Barlösius, Eva/Müller, Hans-Peter/Sigmund, S. (Hg.), Gesellschaftsbilder im Umbruch. Soziologische Perspektiven in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, 269-288.

Eckhard Priller

Konkurrierende Konzepte zum bürgerschaftlichen Engagement in der Langzeitperspektive

1 Einleitung

In den letzten Jahrzehnten beschäftigten sich Wissenschaft, Politik und eine breite Öffentlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene verstärkt mit dem gesellschaftlichen Engagement der Bürger. Kontroversen gab es aber immer über den Umfang und die Entwicklung des Engagements.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie es um das Engagement steht, wenn statt der zeitlich eng begrenzten und eher tagespolitisch beeinflussten Betrachtung ein größerer Zeitraum ins Blickfeld gerät. Um hier eine Antwort zu finden und um tiefgründig zu analysieren, wie moderne Gesellschaften hinsichtlich der Mitwirkung ihrer Bürger strukturiert sind und in welche Richtung sich diese Partizipation verändert, ist eine längerfristige Perspektive nahezu zwingend. Bislang ist sie aber weitgehend unberücksichtigt geblieben.

Der folgende Beitrag stellt sich deshalb die Aufgabe, anstelle der häufig verwendeten Momentaufnahmen empirische Grundmuster des Engagements im nationalen Maßstab über eine längere Periode zu verfolgen. Dabei werden die wichtigsten deskriptiven Diagnosen der Gegenwart und daran anknüpfende konkurrierende Diskussionsstränge der Engagemententwicklung als Ausgangspunkt der Betrachtung gewählt. Gerade die Berücksichtigung von Veränderungen über einen längeren Zeitabschnitt könnte Aufschluss darüber geben, mit welchen Veränderungen künftig zu rechnen ist und inwieweit Einflussmöglichkeiten bestehen. Damit wäre zugleich Illusionen und einem Wunschdenken hinsichtlich der Potenziale und der Leistungsfähigkeit des Engagements entgegenzuwirken wie auch einer Negativediskus-

sion, einem Kleinreden oder einer Vorhersage des Verschwindens von Engagement.

2 Widersprüchliche Befunde

Die Befunde der letzten Jahrzehnte lassen sich, wenn man sie auf ihre Aussagefähigkeit zu langfristigen Entwicklungstrends reduziert, zu drei Hauptrichtungen zusammenfassen: Sie gehen kontrovers entweder von einem Niedergang, einem Strukturwandel oder eher von zyklischen Schwankungen des Engagements aus. Die einzelnen Positionen verzeichnen zwar in der Aufmerksamkeit, mit der sie zeitweilig bedacht wurden, bestimmte konjunkturelle Höhepunkte. Insgesamt stehen sie aber bis in die Gegenwart, kaum aufeinander Bezug nehmend, nebeneinander. In der Regel sind alle drei Ansätze jeweils mit handfesten empirischen Belegen untersetzt, wobei die Indikatorenwahl oft selektiv und wenig begründet daherkommt. Die hier als ‚Krisenszenario‘, ‚Strukturwandelszenario‘ und ‚Zyklenszenario‘ bezeichneten Richtungen werden nachfolgend vorgestellt und anhand von empirischen Angaben, die einen größeren Zeitrahmen abbilden, auf ihre Relevanz geprüft. Die anschließenden Bewertungen stellen vorerst (u.a. aufgrund der Begrenztheit der verwendbaren Daten) nur ein Zwischenfazit dar, geben jedoch deutlich die Richtung des endgültigen Ergebnisses an.

Krisenszenario

Schon seit längerer Zeit befürchten pessimistische Stimmen einen Rückgang und fortschreitenden Verfall des bürgerschaftlichen Engage-

ments. Einer der prominentesten Vertreter dieser Position war Mitte der 1990er Jahre Robert Putnam. Mit seinem Artikel ‚Bowling alone‘ (1995) zeichnete er am Beispiel des Niedergangs des kollektiven Freizeitsports ebenso wie Fukuyama (1995) für die USA insgesamt ein Bild, das durch wachsende Kriminalität, hohe Scheidungsraten, politisches Desinteresse, sinkende Mitgliederzahlen in Vereinen und Verbänden sowie ein zurückgehendes Engagement für gesellschaftliche Belange gekennzeichnet ist.

In Deutschland findet die These vom Rückgang des Engagements in unterschiedlichen Kontexten starke Zustimmung. Im Zusammenhang mit der Individualisierungsthese wird der Niedergang des Engagements als Teilaspekt des Rückgangs gemeinschaftlicher Beziehungsformen, als Verlust von Gemeinsinn und Solidarität angesehen (Heitmeyer 1997). Während bei Beck (1996) und Münch (1998) gesellschaftstheoretische Überlegungen den Hintergrund ihrer Argumentation bilden, signalisierten Vertreter der Organisations- und Verbändelandschaft bereits in der 1980er Jahren zunehmende Schwierigkeiten, da langjährige Mitglieder und Ehrenamtliche wegblieben und es immer schwieriger wurde, freiwillige Helfer und Funktionäre zu gewinnen (z.B. für Sportvereine Heinemann/Schubert 1994: 23). Die Eindrücke und Erfahrungsberichte aus den Organisationen, die in der Regel Momentaufnahmen darstellen oder sich auf kurze Zeiträume und einzelne Organisationen beziehen, fasste Streeck (1987: 474) unter dem Begriff der ‚unsicheren Mitgliedschaftsverhältnisse‘ zusammen. Damit wird ein Bild vom ‚Aussterben der Stammkunden‘ der gesellschaftlichen Großorganisationen vermittelt.

Strukturwandelszenario

Eine andere Richtung, die sowohl international als auch in Deutschland starken Zuspruch

gefunden hat, sieht keinen generellen Schwund des Engagements, sondern eine Verlagerung weg von traditionellen Bereichen hin zu neuen Formen und Feldern. Als empirische Anzeichen für eine solche Veränderung werden nicht sinkende, sondern steigende Zahlen von engagierten Bürgern angeführt. Zu den beschriebenen Erscheinungsbildern dieses Trends wird des Weiteren gerechnet, dass die Dauer und Regelmäßigkeit des Engagements abnehmen. Mehr Dynamik und einen häufigeren Wechsel stellt man auch bei der Wahl der Organisationsformen fest, in denen Bürger aktiv werden. Bestimmte Tätigkeiten seien hinsichtlich der jeweiligen Interessenslage zielgenauer, spielten dafür aber nur zeitlich befristet eine Rolle. Danach werde wieder nach einem neuen Betätigungsfeld Ausschau gehalten. Während also eine milieugebundene, automatische Zugehörigkeit zu Organisationen eher rückläufig sei, gewinne der selbstgewählte Zugang an Bedeutung (Schumacher 2003: 71).

Als Ursache für diese Entwicklung wird ebenso wie beim Krisenszenario ein Zusammenspiel von Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen und von Leitbildern sowie besonders des Wertewandels angesehen (Klages 2000). Nicht Rückgang, sondern Verlagerung und damit ein Strukturwandel des Engagements würden dabei mit veränderten Formen des Engagements und neuen gemeinschaftlichen Konfigurationen einhergehen.

Der Strukturwandel des Engagements wird insgesamt in drei zentralen Entwicklungsrichtungen gesehen:

- Rückgang des Engagements in den großen traditionsreichen Organisationen,
- Zunahme des Engagements in relativ jungen, kleinen, ‚basisnahen‘, selbst organisierten und projektorientierten Organisationsformen,
- steigender Stellenwert des Engagements im Alltagsleben.

Zyklenszenario

Albert Hirschman (1984: 17ff) gelangte bereits vor über 20 Jahren zu der Auffassung, dass die Bereitschaft der Bürger zum Engagement für das Gemeinwohl keine konstante Größe, sondern durch Schwankungen zwischen Phasen intensiver Auseinandersetzung mit öffentlichen Angelegenheiten einerseits und Phasen der Konzentration auf individuelle Belange und private Wohlfahrt andererseits gekennzeichnet sei. Demnach vollziehe sich die Entwicklung von Engagement nicht einfach durch Zunahme oder Rückgang, sondern die Veränderungen ließen sich statt dessen eher in Analogie zu den Kondratieff-Zyklen als ein langfristiger Konjunkturzyklus beschreiben. Als Beispiel für diese wellenartige Bewegung benennt Hirschman die 1968 erfolgten Demonstrationen, Streiks und anderen Massenbewegungen in Westeuropa, Amerika und Japan. Sie hätten im Vergleich zu der vorhergehenden, lang anhaltenden Phase individuellen wirtschaftlichen Aufschwungs zu einem überraschenden Stimmungsumschwung in Richtung eines starken Interesses für Politik, öffentliche Fragen und Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen geführt. Nach diesem Höhepunkt des Engagements, der bis Anfang der 1970er Jahre reichte, folgte, so Hirschman, ein Abwärtstrend.

Ein wesentlicher Unterschied der Zyklentheorie gegenüber dem so genannten Krisenszenario und der Strukturwandelperspektive besteht in der unterschiedlichen Verantwortungszuweisung von äußeren und inneren Faktoren für die Engagementveränderungen. Das Krisenszenario und die Strukturwandelperspektive machen für Veränderungen des Engagements vor allem äußere Faktoren verantwortlich. Dabei wird der angebliche Niedergang des Engagements als Auswirkung zunehmender Mobilität, von Suburbanisierung, von Zeitmangel, Zerfall der Familie und verstärktem Fern-

sehkonsument erklärt bzw. der Strukturwandel des Engagements mit einem allgemeinen Wertewandel begründet. Die Zyklentheorie setzt hingegen neben dem Einfluss exogener auf die Wirkung endogener Faktoren und damit auf innere Triebkräfte, die zur Ergänzung konventioneller Erklärungen von massenhaften Verhaltensänderungen führen.

3 Empirische Ergebnisse aus der Langzeitperspektive

Obwohl sich die Datenlage zum Engagement in Deutschland in den letzten Jahren deutlich verbessert hat und insbesondere der vom Familienministerium (BMFSFJ) und der Robert-Bosch-Stiftung finanzierte und 1999 realisierte Freiwilligensurvey mit seinen rund 15.000 Befragten Informationen liefert, die bislang nicht zur Verfügung standen, sind weiterhin beträchtliche Datenlücken vorhanden, wenn es Veränderungen über einen längeren Zeitraum zu untersuchen gilt. Letztlich verfügen wir, wenn auch zumeist nur in Form bestimmter Eckdaten, über Angaben einiger großer Organisationen für die letzten 50 Jahre. Auch mit den etablierten sozialwissenschaftlichen Erhebungen wie dem Wohlfahrtssurvey, dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) oder dem ALLBUS liegen uns zum Bürgerengagement nur einige ausgewählte Indikatoren zur Thematik über die letzten 20 Jahre vor. Für eine echte Langzeitstudie ist die derzeitige Datenlage folglich noch nicht besonders geeignet und Abstriche in der empirischen Darstellung sind unvermeidlich.

Um dennoch eine Analyse über einen längeren Zeithorizont zu realisieren, wird unter dem Gesichtspunkt der Datenverfügbarkeit vorerst auf drei Indikatoren zurückgegriffen: Angaben zur Anzahl der Organisationen, zu den Mitgliedschaften und zum freiwilligen, ehrenamtlichen Engagement. Unbestritten sind diese Indikatoren mit bestimmten Unwägbar-

keiten behaftet – die Zahl der Organisationen liefert keine Angaben zu deren Ausrichtung und inhaltlicher Tätigkeit, bei den Mitgliedschaften kann es sich um aktive oder passive Formen handeln und die Zahlen zur Ausübung ehrenamtlicher Aufgaben vermitteln keine Angaben zur Intensität (Häufigkeit) und zum zeitlichen Umfang des Engagements.

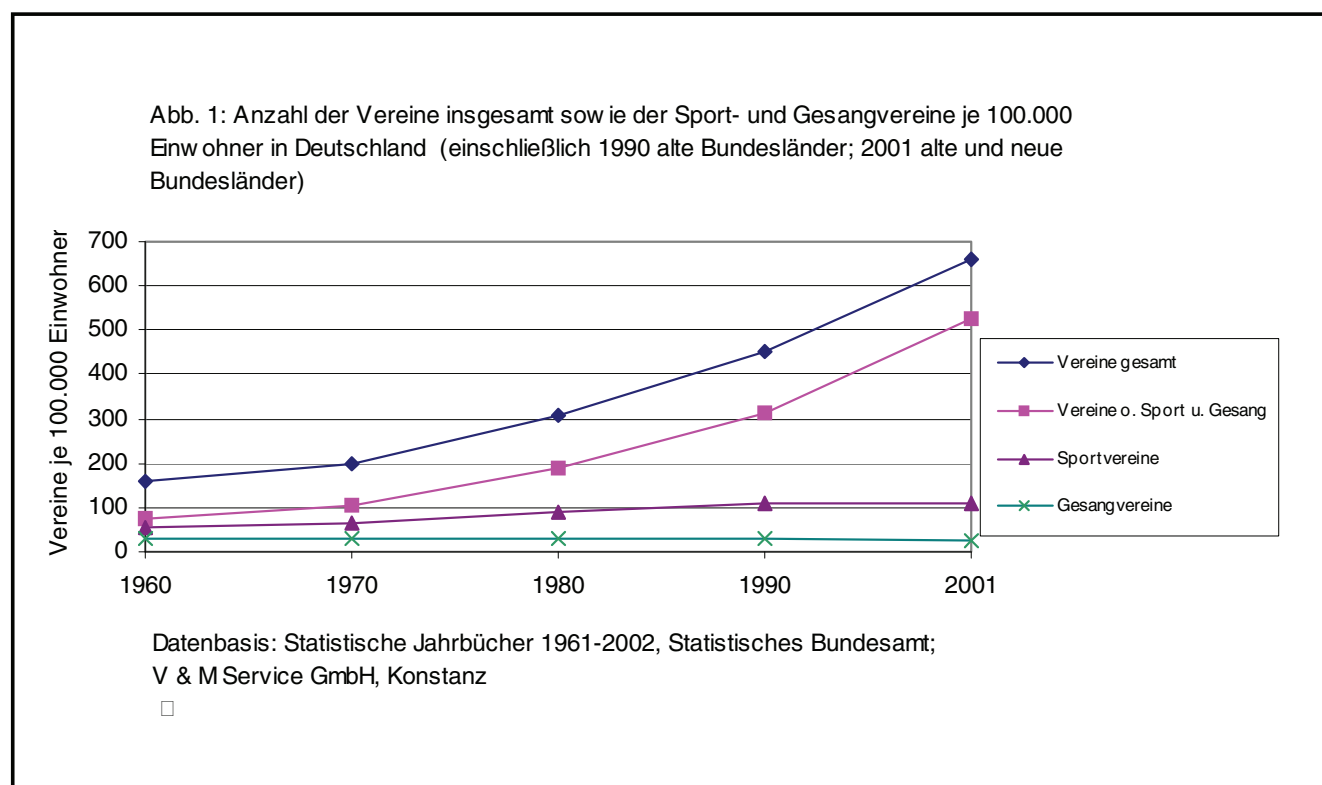
Anzahl der Organisationen

Während die traditionellen Großorganisationen, zu denen die Parteien, Gewerkschaften und auch die Kirchen gehören, in ihrer Anzahl recht überschaubar sind und sich ihre Zahl im letzten halben Jahrhundert kaum verändert hat, stellt sich die Vereinslandschaft eher als eine dynamische Wachstumsbranche dar. Eine amtliche Organisations- und Mitgliederstatistik, wie sie in anderen Ländern geführt wird, besteht in Deutschland nicht.

Über den Zeitraum der letzten 40 Jahre, zu dem Angaben zu den in Deutschland eingetragenen Vereinen zur Verfügung stehen, ist de-

ren Zahl beträchtlich gestiegen (vgl. Abbildung 1). Die Anzahl der eingetragenen Vereine hat sich von rund 86.000 im Jahr 1960 (alte Bundesländer) auf 545.000 im Jahr 2001 (alte und neue Bundesländer) mehr als versechsfacht. Die Zahl der eingetragenen Vereine je 100.000 Einwohner ist im gleichen Zeitraum von 160 auf 662 angestiegen und hat sich damit mehr als vervierfacht.

Die in Abbildung 1 steil ansteigende Kurve der eingetragenen Vereine bringt ein beeindruckendes dynamisches Wachstum zum Ausdruck, wie es nur in wenigen gesellschaftlichen Bereichen zu beobachten ist. Die von Lester M. Salamon (1994) verwendete Formel einer ‚globalen Revolution der Vereine und Organisationen‘ trifft folglich zu Recht auch für Deutschland zu. Dies belegen ebenfalls die Ergebnisse einer 1998 durchgeführten Organisationsbefragung, bei der von den 2.240 Organisationen jede Vierte jünger als zehn Jahre (25 Prozent) war, jede Dritte (31 Prozent) war zwischen 1968 und 1988 entstanden, jede Fünfte (21 Prozent) wurde zwischen 1945 und

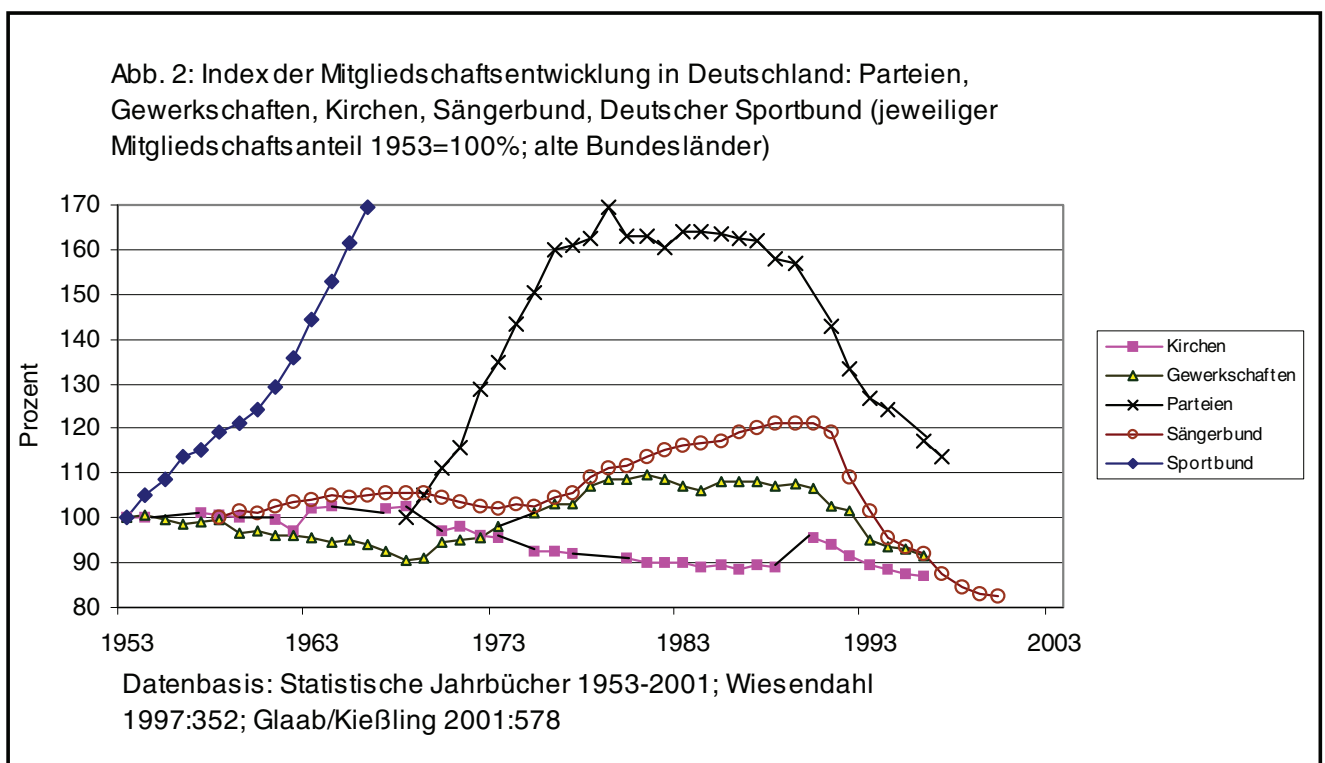


1967 gegründet und nur ein weiteres Fünftel bestand schon vor 1945 (Zimmer/Priller 2004: 74).

Die Berücksichtigung der Vereine in traditionellen Bereichen – hier liegen konkrete Angaben des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Deutschen Sängerbundes zugrunde – belegt ebenfalls absolute Wachstumsraten: Die Anzahl der Vereine im DSB stieg von rund 31.000 im Jahr 1960 auf rund 89.000 im Jahr 2001 und jene der Gesangsvereine von rund 16.000 auf 22.000; die Verteilungsquoten je 100.000 Einwohner veränderten sich hingegen hier nur geringfügig. Es ist deshalb davon auszugehen, dass besonders jene Organisationen, die sich – wie z.B. in den 1970er Jahren in der Ökologiebewegung oder in den anderen neuen sozialen Bewegungen – den veränderten gesellschaftlichen Interessenlagen zuwenden und denen als Infrastruktur der Zivilgesellschaft wichtige Aufgaben beigemessen werden, einen besonders hohen Zuwachs verzeichneten.

Mitgliedschaften

In den Anfangsjahren der Bundesrepublik stieg die Mitgliedschaft der Bundesbürger in Organisationen kontinuierlich an. So war bereits 1953 mehr als die Hälfte (53 Prozent) der Bundesbürger zwischen dem 18. und 80. Lebensjahr Mitglied in einer oder mehreren Organisationen (Reigrotzki 1956: 164). Der Anteil von Personen, die in einer oder mehreren Organisationen Mitglied sind – die entsprechende Kennzahl wird als Mitgliedschaftsquote oder als Organisationsgrad der Bevölkerung bezeichnet –, hat sich bis heute wenig verändert. Nach den Angaben aus dem Wohlfahrtssurvey, einer Untersuchung, die vergleichbare Werte zur Mitgliedschaft seit 1984 für Deutschland liefert, war Ende der 1990er Jahre (1998) ein beträchtlicher Anteil von 58 Prozent der Deutschen in den alten Bundesländern zumindest Mitglied in einer Organisation (Schöb 1999: 8).

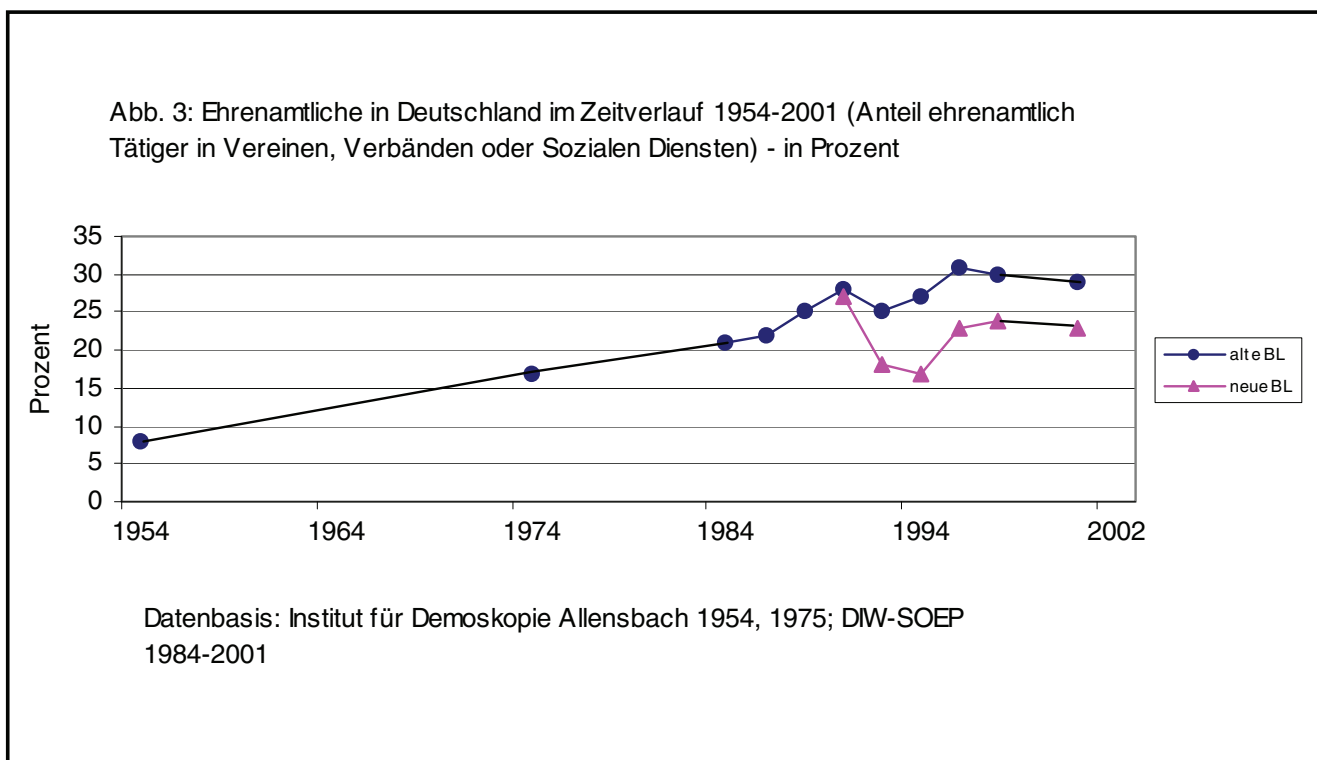


Bei dieser Darstellung wird ein Index verwendet, der auf der Grundlage absoluter Mitgliederzahlen die Mitgliedschaftsanteile der einzelnen Organisationen an der Bevölkerungszahl berechnet. Die ältesten verfügbaren Daten (zumeist 1953) werden als Basisjahr mit 100 Prozent zugrunde gelegt. Die Angaben zu den nachfolgenden Jahren werden in Relation zum Basisjahr gesetzt. Für die einzelnen Organisationsbereiche bzw. Organisationen zeichnen sich für die nachfolgenden Jahre unterschiedliche Veränderungsmuster ab. Bei einigen Organisationen sind fast lineare Trends, bei anderen deutliche Schwankungen erkennbar. So stieg der Anteil der Sportvereinsmitglieder an der Bevölkerung seit 1953 stetig an und erreichte bereits im 1969 die hier gewählte Betrachtungsgrenze von 170 Prozent; bis 2000 stieg der Anteil sogar auf 421 Prozent. Ein gegenläufiges Bild vermittelt die Kirchenmitgliedschaft. Bis auf einige kurzzeitige Erholungsprozesse wie z.B. in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre verzeichneten die Kirchen seit 1953, anteilig bezogen auf die Bevölkerung in den alten Bundesländern, beständig

Mitgliedschaftsverluste. Die Veränderungen bei den Gewerkschaften, den Parteien und dem Sängerbund schwanken hingegen beträchtlich.

Ehrenamtliches Engagement

Angaben zum ehrenamtlichen Engagement in Deutschland, die bis in die 1950er Jahre zurückreichen und auf einer einheitlichen systematischen Datenerhebung basieren, sind nicht vorhanden. Seit Mitte der 1980er Jahre kann mit den vorliegenden zweijährlichen Angaben zu ‚ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten‘ aus dem *Sozio-ökonomischen Panel* die Engagemententwicklung abgebildet werden (vgl. Abbildung 3). Aus dem Institut für Demoskopie Allensbach liegen ähnliche, jedoch nicht mit identischen Fragestellungen erhobene Angaben für 1954 (hier wird nach dem Vorhandensein eines Ehrenamtes gefragt) und 1975 (hier wird allgemein nach ehrenamtlicher Tätigkeit gefragt) vor, mit denen die Zeitreihe unter Vorbehalt der methodischen Erhebungsunterschiede erweitert werden kann.



Den pessimistischen Prognosen vom Verschwinden des Engagements und einem Ende der Solidarität widersprechen die durchaus beeindruckenden Zahlen zur Entwicklung des ehrenamtlichen Engagements deutlich. Der Anteil ehrenamtlich Aktiver ist bis in die 1990er Jahre angestiegen. Dies trifft nicht nur für die alten Bundesländer, sondern nach den großen, transformationsbedingten Umbrüchen seit 1992 auf einem weiterhin niedrigeren Niveau auch für die neuen Bundesländer zu. Gleichzeitig stellt sich bei der Betrachtung des Kurvenverlaufs die Frage, ob das Engagementniveau in den letzten Jahren bereits seinen Höhepunkt erreicht oder sogar bereits überschritten hat. Unter Berücksichtigung der kritischen wirtschaftlichen Situation der letzten Jahre, der hohen Arbeitslosenzahlen und der Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen der Bürger, ihre individuelle wirtschaftliche Situation zu sichern, erhalten die Annahmen von Hirschman, dass in einer solchen Situation das Engagement zurückgehen kann, neue Nahrung.

4 Fazit

Mit den wenigen verwendeten empirischen Angaben sind die Diagnosen aus den drei vorgestellten Szenarien nur beschränkt überprüfbar. Aus der internationalen Diskussion können indes weitere Argumentationslinien herangezogen werden. Das pessimistische Krisenszenario von Putnam fand in den USA etlichen Widerspruch. Hervorzuheben sind die empirischen Gegenargumente im Ladd-Report (Ladd 1999) oder die Ergebnisse von Wuthnow (1994). Sie belegen einen Verfall der Beteiligung und des Engagements nur in einigen Bereichen, ansonsten aber einen Wandel der Engagementmotive und einen Wechsel auf andere Organisationsformen und Engagementbereiche.

Wie im vorliegenden Beitrag gezeigt, trifft für Deutschland auch der von Putnam in den letzten 30 Jahren gesehene, 25- bis 50-prozentige, Mitgliederschwund in Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen so nicht zu. Für diesen Zeitraum ist ein Mitgliederschwund nur für die großen, traditionsreichen Organisationen festzustellen, während die Mitgliederzahl bei den Vereinen unter Einbeziehung der neuen sozialen Bewegungen bzw. Umweltorganisationen anstieg. Selbst der Mitgliederanteil in den Parteien liegt heute noch über jenem Anfang der 1950er Jahre. Zurzeit geben die dargestellten Entwicklungen also keinen Anlass zu Befürchtungen, dass das Engagement verschwindet.

Bezugnehmend auf die zweite Ausgangsthese lässt sich ein deutlicher Wandel der Engagementmotive feststellen, bei dem neben einer philanthropischen Ausrichtung persönliche Anliegen an Bedeutung gewinnen (Priller 2002). Indem der eigene Nutzen als Motiv eine stärkere Akzentuierung erfährt, wird das Engagement zunehmend individuell geprägt. Die Folgen sind ein Anstieg der Mitgliedschaften und Tätigkeiten in Organisationen des Freizeitbereichs, bei Umweltfragen, zugunsten von Kindern sowie ein Rückgang parteipolitischer Tätigkeiten (Dekker 2001: 352).

Dem Langzeittrend zufolge ist nicht nur ein Wandel, sondern sogar eine Zunahme von Engagement festzustellen. Als Ursachen für diese Entwicklung sind die bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre relativ beständige Wohlfahrtsentwicklung, die Bildungsexpansion und die Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur (z.B. Zunahme des Mittelstandes) auf der einen Seite sowie ein aktives Vereinsleben auf lokaler Ebene und die Bildung zahlreicher neuer, kleiner Organisationen, die sich den aktuellen Fragen der Zeit zuwandten, auf der anderen Seite anzusehen.

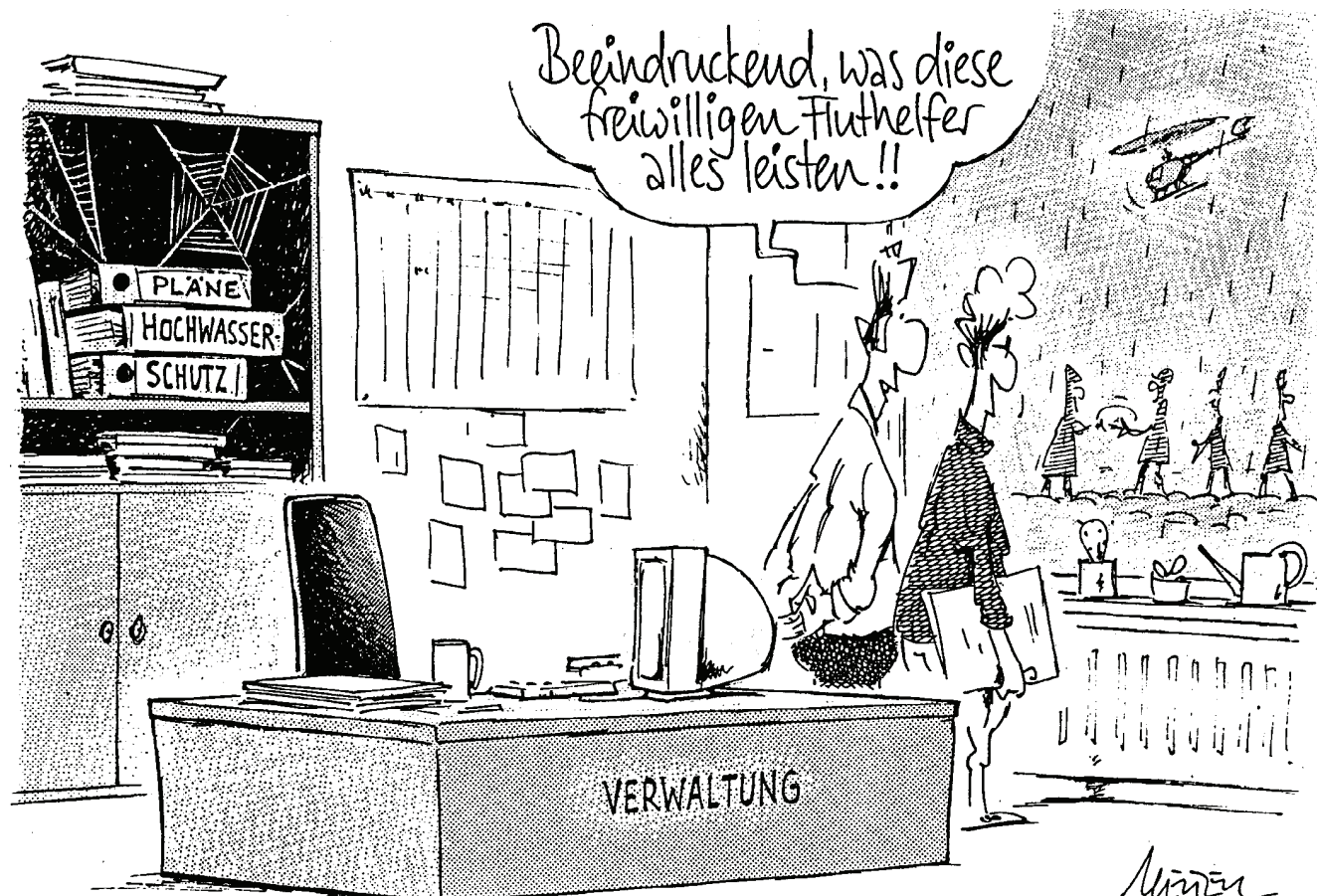
Inwiefern sich das Engagement gegenüber bestimmten aktuellen Wirkungsfaktoren als

robust erweist, bleibt vorerst unklar. Die vorliegenden Daten verweisen auf Schwankungen, die sich aber bislang noch in engen Grenzen halten. Ob dies bereits aktuelle Anzeichen für einen künftig spürbaren rückläufigen Trend sind, kann deshalb nicht belegt werden. Die Veränderungen der exogenen und endogenen Einflussfaktoren scheinen diese Option durchaus in den Bereich des Möglichen zu rücken. Die von Hirschman beschriebenen Einflüsse einer angespannten wirtschaftlichen Situation, in der der einzelne Bürger sich stärker um seine individuelle Wohlfahrt kümmern muss, zunehmende Befürchtungen, Unsicherheiten und Ängste werden nicht ohne Einfluss auf den Umfang und die bisherigen Formen des Engagements bleiben.

Hinzu kommen Anzeichen einer Überforderung des bürgerschaftlichen Engagements, indem die Ansprüche und die Erwartungen an

das Engagement und den zu erbringenden Beitrag steigen. Falls das Engagement nur als Ausfallbürge zur Schließung von Lücken benutzt wird, die der Sozialstaat nicht mehr füllen kann, wird der Bürger in seinem Engagement in zeitlicher wie leistungsmäßiger Hinsicht überfordert (Münkler 2002: 32), was auch zur der von Hirschman beschriebenen Enttäuschungswirkung und letztlich zu einem Rückzug ins Individuelle führen dürfte.

Ob die gegenwärtig vorhandenen zivilgesellschaftlichen Organisationen diese Überlastungs- und Enttäuschungserfahrungen verhindern können oder sogar in der Lage sind, sie zu kompensieren, bleibt angesichts ihrer teils starken wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Staat in Deutschland fraglich. Die Langzeitperspektive macht in dieser Hinsicht eher aufgrund der Wandlungs- und Verlagerungsfähigkeit bürgerschaftlichen Engagements Hoffnung.



Eckhard Priller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Ungleichheit und soziale Integration am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Literatur

Beck, Ulrich 1996: Das Zeitalter der Nachfolgen und die Politisierung der Moderne. In: Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 19-112.

Dekker, Paul 2001: Soziales Engagement in den Niederlanden. In: Heinze, Rolf G./Olk, Thomas (Hg.), Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich, 337-359.

Fukuyama, Francis 1995: Konfuzius und Marktwirtschaft. Der Konflikt der Kulturen, München: Kindler.

Heinemann, Klaus/Schubert, Manfred 1994: Der Sportverein. Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung. Schorndorf: Verlag Karl Hofmann.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) 1997: Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Bd. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hischman, Albert O. (1984): Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Klages, Helmut 2000: Die Deutschen – ein Volk von ‚Ehrenämtern‘? Ergebnisse einer bundesweiten Studie. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 13, Heft 2, 33-47.

Ladd, Everett Carl 1999: The Ladd Report. New York: The Free Press.

Münch, Richard 1998: Globale Dynamik, lokale Lebenswelten: Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Münkler, Herfried 2002: Bürgerschaftliches Engagement in der Zivilgesellschaft. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hg.), Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, 29-36.

Priller, Eckhard 2002: Variationen zu Thema „Ehrenamt“. Unterschiedliche Perspektiven und Resultate. In: Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhard (Hg.), Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte. Berlin: edition sigma, 131-143.

Putnam, Robert D. 1995: Bowling alone. America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy, Jg. 6, Nr. 1, 65-78.

Reigrotzki, Ernst 1956: Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik. Tübingen: J.C.M. Mohr (Paul Siebeck).

Schöb, Anke 1999: Verminderung gesellschaftlichen Zusammenhalts oder stabile Integration. Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 22, 8-11.

Schumacher, Ulrike 2003: Lohn und Sinn. Individuelle Kombination von Erwerbsarbeit und freiwilligem Engagement. Opladen: Leske + Budrich.

Statistisches Bundesamt 1951-2003: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Metzler-Poeschel.

Streeck, Wolfgang 1987: Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 39, 471-495.

Wuthnow, Robert 1994: God and Mammon in America. New York: Free Press.

Zimmer, Annette/Priller, Eckhard 2004: Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung. Opladen: Leske + Budrich.

Ingo Bode/Adalbert Evers/Andreas Schulz

Arbeitsförderung als Sozialpolitik Beschäftigungsgesellschaften zwischen Gemeinwesenorientierung und arbeitsmarktpolitischer Funktionalisierung¹

1 Beschäftigungsgesellschaften und Arbeitsmarktintegration in Deutschland

Organisationen des intermediären Bereiches sind in modernen Gesellschaften häufig dort entstanden, wo bestimmte soziale Herausforderungen und/oder traditionelle Formen des Umgangs mit ihnen erst punktuell, an einzelnen Orten der Gesellschaft und des politischen Gemeinwesens, als drängendes Problem erkannt wurden, während etablierte Organisationen zunächst noch in alten Routinen und Definitionsmustern verharrten. Dominante Institutionen und Politiken aber haben ihren eigenen Lernrhythmus; sie selektieren solche ‚lokalen‘ Herausforderungen und Organisationsansätze, übernehmen, sortieren aus, passen an oder sie sind stark genug, manches auch einfach zu ignorieren.

Das alles gilt auch für eine soziale Erfindung, die vor etwa zwanzig Jahren erstmals Gestalt annahm: Beschäftigungsgesellschaften. Sie waren Teil neuartiger Versuche, mit Langzeitarbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Desintegration umzugehen, und viele von ihnen sind es heute noch (vgl. Walwei/Werner 1997; Birkhölzer/Lorenz 2001 sowie Bode et al. 2004). Wenn gegenwärtig allenthalben davon gesprochen wird, dass zentralistische Konzepte der ‚Bundesagentur für Arbeit‘ reiche kommunale Erfahrungen nicht beiseite wischen sollten, dann drückt sich diese lokale Kompetenz auch in Beschäftigungsgesellschaften aus.

Dabei bekämpfen sie mehr als Arbeitslosigkeit, auch, weil es um mehr als allein das Feh-

len von Arbeitsplätzen geht. 2001 waren laut Bundesanstalt für Arbeit 50,4 Prozent aller Erwerbslosen langzeitarbeitslos. Über ein Drittel davon besaß keine Berufsausbildung. Ein vergleichbar hoher Prozentsatz war gesundheitlich eingeschränkt oder hat das 55. Lebensjahr überschritten (vgl. Gaß et al. 1997). Hinzu kommen psychosomatische Erkrankungen, Alkohol- oder Drogenabhängigkeit und Schulden (vgl. Kieselbach et al. 1998). Vielen der Langzeitarbeitslosen wäre es damit auch bei ausreichendem Beschäftigungsangebot auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht ohne weiteres möglich, den – zunehmend höheren – Anforderungen an eine normale Berufstätigkeit zu genügen. Lokale Beschäftigungsgesellschaften haben dementsprechend ein breites Spektrum an Angeboten entwickelt; es ging um zusätzliche und für die Klientel geeignete Arbeitsplätze, Möglichkeiten zeitlich befristeter Beschäftigung, Training, Requalifikation, aber auch um soziale Unterstützung. Die angebotene Beschäftigung sollte zu nützlichen Diensten für das Gemeinwesen führen, und zugleich ging es vielen Trägern auch darum, sich anwaltschaftlich zu engagieren.²

Auch die Kommunen entfalteten (v.a. in den 1980er Jahren) eigene Aktivitäten zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit und unterstützten örtliche Initiativen und Maßnahmen, die zur Gründung von Vereinen, Gesellschaften halb-selbständiger kommunaler Träger und anderen Formen im Zwischenbereich von ‚Drittem Sektor‘ und kommunalem ‚öffentlichen‘ Sektor führten (vgl. u.a. Schmid/Schulz 2000). Heute kann man unterscheiden

zwischen Beschäftigungsgesellschaften in Trägerschaft von Kommunen, eines Wohlfahrtsverbandes, Unternehmungen lokaler Vereine und Initiativen, und Sozialen Betrieben (die das Ziel verfolgen, sich nach einer Start und Förderphase am Markt zu etablieren). Die Initiativen und Projekte wurden in der Folgezeit zunehmend professionalisiert und auf Dauer gestellt.

Angesichts des Rückgangs arbeitsmarktpolitischer Förderungsprogramme und der Lancierung von durch die BA gelenkten lokalen Jobcentern als Alternative dazu (wobei es darum gehen soll, mit vorformulierten Konzepten den lokalen Gemeinwesen ‚Integrationsarbeit‘ abzunehmen) hat sich bei vielen dieser Gesellschaften Entmutigung breit gemacht: Manche geben bereits auf, andere sehen kaum noch Perspektiven. Dabei – so unsere These – spricht einiges dafür, viele dieser Gesellschaften als eine durchaus innovative Organisationsform von Antworten auf Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung zu begreifen. Sie sind innovativ, weil sie als eine Spielart ‚sozialer Unternehmen‘ in der Lage sind, (a) für ihre Arbeit gleichzeitig Ressourcen des Marktes, staatlicher Programme und lokaler gesellschaftlicher Unterstützung – ‚soziales Kapital‘ – zu nutzen, und weil sie (b) bei derartigen mehrseitigen Bezügen und Verpflichtungen gleichzeitig verschiedene Ziele verfolgen und Wirkungen erzielen können: Dazu gehört die Bereitstellung von (Mit-)Arbeitsmöglichkeiten im Bereich nützlicher lokaler Dienste, das Angebot sozial(arbeiterisch)er Unterstützung, eine umsichtige Vermittlung in den ‚regulären‘ Arbeitsmarkt sowie allgemein die Verknüpfung von wirtschaftlichem und anwaltschaftlichem Handeln.

Im Folgenden soll im Rückgriff auf anderen Orts breiter dargestellte theoretische Konzepte zunächst die Interpretation von Beschäftigungsgesellschaften als einer Spielart ‚sozialer Unternehmen‘ entwickelt werden. In ei-

nem weiteren Abschnitt wird dann gezeigt, welche Leistungen sichtbar werden, wenn man Beschäftigungsgesellschaften in mehreren ‚sozialunternehmerischen‘ Dimensionen betrachtet. Für unsere Analyse nutzen wir u.a. Ergebnisse einer mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführten schriftlichen Befragung mit Antworten von etwa 300 solcher Beschäftigungsgesellschaften. Im letzten Abschnitt kommen wir zurück auf den gegenwärtigen politischen Kontext und die aktuelle Arbeitsmarktpolitik. Die Frage ist, ob man eigentlich weiss, was man tut, wenn man Beschäftigungsgesellschaften lediglich als einen spezialisierten Dienstleister neben anderen begreift und sie zugunsten von Jobcentern o.ä. ‚abwickelt‘.

2 Das Konzept ‚Soziales Unternehmen‘

Der Begriff des ‚Sozialen Unternehmens‘ findet seit einiger Zeit häufiger Verwendung (vgl. HM Treasury 1999; OECD 1999). Ein spezifischer Ansatz wurde vom EMES-Netzwerk, einer interdisziplinären Gruppe europäischer Wissenschaftler, entwickelt (vgl. Borzaga/Defourny 2001). In diesem Ansatz werden soziale Unternehmen als wirtschaftliche Organisationen ohne unmittelbare Gewinnabsichten begriffen. Auf der einen Seite sind sie unternehmerisch aktiv, weil sie kontinuierlich Produkte erstellen oder Dienstleistungen verkaufen und in einem bestimmten Umfang dafür Erlöse erzielen. Auf der anderen Seite orientieren sie ihre Investitionsentscheidungen jedoch an sozialen Zielen. Der Idealtyp des ‚sozialen Unternehmens‘ ist durch zivilgesellschaftliche Akteure gegründet worden, bei denen dann auch die Geschäftsführung liegt. Kurzum: Der Begriff ‚Soziales Unternehmen‘ umfasst Organisationen, die ‚reale‘ ökonomische Aktivitäten (also nicht alleine karitative, kulturelle oder andere Aktivitäten) mit dezi-

dierten sozialen Zielen verknüpfen. Das Potenzial dazu entsteht – wie bei anderen Not-for-profit-Organisationen auch – durch die Zugehörigkeit dieser Unternehmen zu einer *intermediären* Sphäre zwischen Zivilgesellschaft, Staat, Markt und privaten Haushalten – wobei diese Sphäre als umkämpfter Raum verstanden werden muss, der beständig von der Logik des Marktes, verschiedenen sozialen Gemeinschaften, privaten Lebensentwürfen sowie staatlichen Politiken beeinflusst wird. ‚Dritte-Sektor-Organisationen‘, aber auch viele gesellschaftsnahe öffentliche Einrichtungen in dieser Sphäre sind also gewissermaßen *Hybride* (vgl. Evers et al. 2002). Die Art, wie sie mit den verschiedenen Umweltfaktoren und Einflüssen umgehen, entscheidet darüber, inwieweit sie noch als etwas ‚Drittes‘ verstanden werden können, ohne sich zu ‚kommerzialisieren‘ oder zu ‚verstaatlichen‘. Die Bindung an Zivilgesellschaft und lokale Gemeinschaften realisiert sich dabei in der Nutzung und Mobilisierung sozialen Kapitals (Putnam 2000) – in Vertrauensbildung, Vernetzung vor Ort, freiwilliger Mitarbeit und andere Formen von ‚social embeddedness‘. Im Folgenden soll nun dieses allgemeine Konzept zum Verständnis von Organisationen im öffentlichen Bereich auf die Diskussion von Beschäftigungsgesellschaften bezogen werden.

3 Multiple Ressourcen, Ziele und Wirkungen

Weder staatliche Einrichtung noch privatwirtschaftliches Unternehmen, aber auch nicht eine von den Ressourcen und Steuerungsimpulsen des Staates und des Marktes weitgehend unbeeinflusste gesellschaftliche Vereinigung zu sein, das ist, so unsere These, zunächst einmal eine realistische Beschreibung des Status vieler Organisationen im öffentlichen Bereich – auch der Beschäftigungsgesellschaften. Darüber hinaus behaupten wir aber auch: Der-

artige hybride Organisationsformen verfügen über spezifische Potenziale. In Hinblick auf drei Aspekte – Ressourcen, Ziele und Wirkungen – soll das im Folgenden dargelegt werden.

a) Was die *Ressourcen* angeht, so können Soziale Beschäftigungsunternehmen auf einen Mix monetärer und informeller Mittel zurückgreifen, der von staatlichen Förderungen über erwerbswirtschaftliche Erlöse bis hin zu Zeit- und Geldspenden aus der lokalen Zivilgesellschaft reicht. Die staatliche Förderung umfasst dabei steuerliche Vergünstigungen, Zuwendungen verschiedener Art sowie – zu besonders hohen Anteilen – Mittel aus diversen arbeitsmarktpolitischen Programmen. Dabei werden die Programmmittel quasi als Entgelt für Dienstleistungen der Arbeitsförderung gewährt – zwischen den Unternehmen und den Kostenträgern besteht ein auf einzelne Maßnahmen herunter gebrochenes Kontraktverhältnis, so dass im Hinblick auf die öffentliche Förderung der Beschäftigungsunternehmen von quasi-marktlichen Beziehungen gesprochen werden muss.³ Vor diesem Hintergrund sind nun jene Antworten zu bewerten, die uns die Manager der Beschäftigungsunternehmen bezüglich ihres Ressourcenhaushaltes erteilt haben. Wir hatten nach den Anteilen der ‚Einkommensarten‘ sowie nach der relativen Bedeutung dieser Einkommensarten im Ressourcenmanagement der Träger gefragt.

Zum Untersuchungszeitpunkt – Anfang 2003 – bildeten die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit ungeachtet ihrer kontinuierlichen Rückführung den größten Posten im Ressourcenhaushalt der Träger. Die zweithöchste Bedeutung hatten kommunale Mittel der Arbeitsmarktförderung. Während allerdings nahezu drei Viertel aller Beschäftigungsunternehmen Mittel der Bundesanstalt für Arbeit in Anspruch nehmen, nutzen die Hälfte der Organisationen kommunale Gelder. Neben dieser öffentlichen, tendenziell auf quasi-marktlichem Wege vermittelten Unterstützung bewerteten die befrag-

ten Träger auch Steuervergünstigungen als betriebswirtschaftlich relevant und allgemein wertvoll – eine Form der öffentlichen Förderung, die nicht an spezifische Einzelleistungen geknüpft ist, sondern generell die Gemeinwohlorientierung unterstützt. Etwa ein Drittel der Träger misst diesen Ressourcen eine hohe bis sehr hohe Bedeutung bei. Das gilt vor allem für auf Produkt- und Dienstleistungsmärkten operierende Sozialunternehmen sowie für soziale Betriebe und größere Vereine.

Über diese (quasi-)staatlichen Mittel⁴ hinaus erzielen Beschäftigungsunternehmen aber auch Erlöse aus Verkäufen von Produkten und Dienstleistungen. In der Befragung gab über die Hälfte der Unternehmen an, auf entsprechende Erlöse in einer Größenordnung von bis zu 10 Prozent des Gesamtbudgets zurückgreifen zu können. Zwar sind diese Ressourcen von ihrer betriebswirtschaftlichen Bedeutung her nicht spektakulär, aber sie helfen, Zeiten ohne staatliche Förderungen zu überbrücken sowie unterfinanzierte Arbeitsbereiche gesondert zu fördern – und potenziell verschaffen sie den Unternehmern auch gewisse Verhandlungs- und Investitionsspielräume. Dass solche Mittel für die Hälfte der Beschäftigungsunternehmen als besonders wertvoll gelten, zeigt zugleich, dass sie in gewisser Weise Identität stiften und das ‚ökonomische‘ Selbstbewusstsein der Träger stärken.

Schließlich können Beschäftigungsunternehmen auch auf Unterstützung in Gestalt von Zeit- und Geldspenden zurückgreifen. Spenden erhalten etwa 16 Prozent der Organisationen. Nur bei den wenigsten dieser Unternehmen machen diese Mittel aber mehr als 10 Prozent des Gesamtbudgets aus. Auch unentgeltliche Arbeit (bürgerschaftliches Engagement) spielt für die meisten Träger eine untergeordnete Rolle. Der zivilgesellschaftliche Rückhalt der Organisationen macht sich jedoch auch an anderen Formen informeller Unterstützung fest. Über den Weg einer Befragung kann man

diesen Rückhalt zumindest annäherungsweise an der Vernetzung der Träger mit verwandten Organisationen, lokalen Kooperationspartnern und Verbandsstrukturen ablesen. Für mehr als ein Drittel der Organisationen hatte diese Vernetzung eine außerordentliche Bedeutung – sie prägt gewissermaßen ihr Selbstbewusstsein als zivilgesellschaftlicher Akteur. Unsere Fallstudien zeigen zudem, dass viele Beschäftigungsunternehmen im öffentlichen Raum meinungsbildend wirken und Sensibilität für Belange des Gemeinwesens schaffen.

Insgesamt sind die Unternehmen, was ihre Ressourcen betrifft, etwas ambivalent ‚positioniert‘: Ihre Eigenmittel aus Verkaufserlösen und zivilgesellschaftlichen Ressourcen stiften Identität und das Gefühl von Selbständigkeit, gleichzeitig aber sind öffentliche Ressourcen doch eine zentrale Überlebensbedingung.

b) Wie verhält es sich nun in Hinblick auf die *Ziele* dieser Unternehmen? Es wäre zu kurz-sichtig, in den Beschäftigungsunternehmen aufgrund ihrer primären Orientierung auf arbeitsmarktpolitische Ziele (wie der Förderung von Beschäftigungsfähigkeit und Vermittlung) nur Vollzugsorgane des Sozialstaates zu sehen. Die arbeitsmarktpolitischen Ziele, wie wir aus unseren Einzelfallstudien schließen, orientieren sich nicht unbedingt an den Prioritäten staatlicher Arbeitsmarktpolitik, wie sie derzeit im Hinblick auf ‚employability‘ bzw. Vermittlung um jeden Preis vorherrschen. Viele Projekte, die auf die Entwicklung der Beschäftigungsfähigkeit und Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt setzen, richten sich auf spezifische Problemgruppen, die in Zeiten der wirtschaftlichen Stagnation sowie vor dem Hintergrund einer sich entwickelnden Wissens- bzw. hochproduktiven Industriegesellschaft kaum noch Chancen haben, kurzfristig eine zumutbare Beschäftigung bzw. eine sinnstiftende Tätigkeit außerhalb der Erwerbsgesellschaft zu finden. Die Förderung eines zunehmend ausgegrenzten Personenkreises ist dabei in der Re-

gel mehr als lediglich die Übernahme des kommunalen Auftrages zur Senkung des gemeindlichen Sozialhilfebudgets. An begleitenden Maßnahmen und Angeboten zur Vermittlung und zum Aufbau von längerfristigen Beschäftigungsmöglichkeiten lässt sich ablesen, dass es häufig um ‚ganzheitliches‘ Engagement für Integration und nicht lediglich um die Verschiebung zum Kostenträger BA geht. Viele der Organisationen haben zudem neben diesen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Zielen auch weitere Anliegen: Manche setzen auf die Entwicklung neuer umweltschonender Produkte und sozialer Dienste sowie die Förderung der lokalen Ökonomie und stellen dabei mitunter (Zuliefer-)Produkte her, die im üblichen Marktwettbewerb kaum Gestalt annehmen würden. Darüber hinaus verfolgen einige Unternehmen nach eigener Aussage auch gesellschaftspolitische Zielsetzungen, die nicht nur ihre sozialen, ökologischen und kulturellen Angebote prägen, sondern auch zu einer advokatorischen Interessenvertretung von Erwerbslosen und Personen in prekären Lebenslagen motivieren.

c) Was schließlich die *Wirkungen* betrifft, die soziale Beschäftigungsunternehmen durch ihre Aktivitäten entfalten, so ist es gegenwärtig vor allem die auf die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt bezogene ‚Durchlaufeffizienz‘, die von der Politik und in der wissenschaftlichen Debatte als Maßstab zur Erfolgsbewertung herangezogen wird (Fels et al. 2000, Eichhorst et al. 2001). Nur jene Träger, die große Anteile ihrer temporären Belegschaft – wohin auch immer – rasch weitervermitteln, erfüllen die Norm. Unseres Erachtens werden bei dieser Leistungsbewertung eine Reihe von Integrationseffekten ausgeblendet. Warum eigentlich soll z.B. die Vermittlung von Arbeits Erfahrung (der Erhalt oder die Wiedergewinnung von Arbeitsorientierung und Perspektiven) nicht als Ausweis von Effektivität gewertet werden, insbesondere wenn für einen Erwerbslosen die Tätigkeit in einem Beschäfti-

gungsunternehmen die einzige Option neben der Abwanderung in die stille Reserve darstellt? Beschäftigungsmaßnahmen dienen, wie der Name es sagt, vor allem der Beschäftigung von Arbeitslosen. Da ein zunehmender Anteil an Erwerbspersonen langfristig oder dauerhaft aus der Erwerbsgesellschaft ausgegrenzt ist, sind Alternativen gefragt, damit diese Menschen nicht in Resignation, gesundheitliche und psychische Labilität oder in eine Schuldenfalle abgleiten, die nicht nur den Einzelnen individuelles Versagen suggerieren, sondern auch hohe gesellschaftliche Folgekosten nach sich ziehen. Da es heute illusorisch erscheint, dass ‚normale‘ gewerbliche und öffentliche Unternehmen sich dieser Personen annehmen (wie dies in der Vergangenheit vielfach der Fall war), sind Beschäftigungsunternehmen in dieser Funktion alternativlos.

Bei der Orientierung auf das vorrangige Ziel, die eigene Klientel mit zielgruppengerechten Arbeitsaufträgen zu beschäftigen – um in diesem Rahmen deren Schlüsselqualifikationen und Arbeitstugenden neu aufzubauen oder zu regenerieren –, erscheint vielen Trägern nach eigener Aussage die Art der dabei erzeugten Produkte und Dienstleistungen zweitrangig. Das bedeutet aber nicht, dass ihnen dieser Aspekt ihrer Leistungen und Wirkungen gleichgültig wäre. Wenn z.B. alternative Verfahren der Kantinenbewirtschaftung erprobt, neue Tätigkeitsfelder für Migrantinnen und Wege der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschlossen oder Computer für kommunale Schulen instand gesetzt bzw. aufgerüstet werden, dann verbinden sich dabei arbeitsmarktpolitische und gemeinwesenbezogene Effekte. 40 Prozent der von uns befragten Geschäftsführer glauben sogar, dass es ihren Organisationen gelungen ist, sich mit einem spezifischen Produkt oder einer Dienstleistung am Markt zu positionieren.

Neben den materiellen sozialwirtschaftlichen Leistungen sind schließlich auch die zi-

vilgesellschaftlichen und im engeren Sinne politischen Funktionen der Träger zu berücksichtigen – Lobbytätigkeit, Öffentlichkeitsarbeit, aber auch gelegentliche Kampagnen gehören in diesen Zusammenhang. In komplexen Projekten wie der Regeneration benachteiligter städtischer Quartiere oder sozialer Brennpunkte kommen alle diese Aspekte zusammen. Beschäftigungsunternehmen halten im Bereich der Arbeits- und Sozialintegration Kernkompetenzen vor, die sie im (lokal-)politischen Raum zur Geltung bringen (können). Eine ‚Effektivitätsquelle‘ übergeordneter Art ist dabei das Vernetzungspotenzial der Träger. Soziale Beschäftigungsförderung lebt auch davon, dass die verschiedensten Akteure formell oder informell zusammengebracht werden, dass sich Partnerschaften entwickeln, die mehr als bloße Zweckgemeinschaften sind, und dass dadurch lokale Synergieeffekte entstehen. Immerhin ein Drittel der von uns befragten Beschäftigungsgesellschaften gab an, jenseits der vielfältigen informellen Vernetzung auch formelle Beziehungen zu anderen Beschäftigungsträgern, Weiterbildungseinrichtungen und frei-gemeinnützigen Organisationen zu unterhalten.

Alles in allem: Der spezifische hybride Status der Beschäftigungsunternehmen als einer Form sozialer Unternehmen und die damit einhergehenden Potenziale scheinen uns ein bislang zu wenig beachtetes Phänomen zu sein. Mit Blick auf die Zukunft wird vor allem die Frage relevant, unter welchen Umweltbedingungen – und dazu gehören auch und besonders die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenvorgaben – diese Organisationen ihre Besonderheit, weder spezialisierter privater oder öffentlicher Dienstleister noch allein eine zivilgesellschaftliche Solidaritätsveranstaltung zu sein, entfalten (können), und in wie weit sie auch ungeachtet des Drucks, sich mit Leitbildern aus der Privatwirtschaft auseinanderzusetzen zu müssen (Bode/Graf 2000), noch ei-

gene Perspektiven und Identitäten entwickeln können.

4 Zur Zukunft sozialer Beschäftigungsunternehmen

Zweifelsohne galten die im Rahmen der Beschäftigungsförderung entfalteten Aktivitäten schon immer als Weg zum Ziel der *Arbeitsmarktintegration*. Dennoch handelt es sich bei den Ansätzen der Beschäftigungsunternehmen um einen eigenständigen ‚dritten‘ Weg der Beschäftigungsförderung (Bode et al. 2004): Sie eröffnen weiter gehende Perspektiven als ein klassisches staatliches Beschäftigungsprogramm oder die Generierung von Arbeitsplätzen am ‚Spotmarkt‘ für Niedrigqualifikationen. So verknüpfen die Träger in der Regel mit Qualifizierung, Beschäftigung und Vermittlung auch eine problemgruppensensible soziale Förderung. Dieser ‚Kombi-Effekt‘ zeigt sich auch in einzelnen Projektevaluationen. Hier erweist sich die soziale Stabilisierung ein häufiger Begleiteffekt der Förderpraxis (vgl. Kieselbach et al. 1998; Glaß/Voigt 2000). Schließlich leisten viele Träger auch einen Beitrag zur sozialen Infrastruktur ihrer Region: durch ihre Produkte und Dienstleistungen, aber auch durch die oben umrissenen ‚kommunikativen‘ Leistungen. Inwieweit sich solche Elemente im Leistungsprofil aufrechterhalten oder sogar ausbauen lassen, hängt nun aber nicht nur von ihren eigenen Entscheidungen ab, sondern auch vom institutionellen und diskursiven Umfeld, in dem sich die Unternehmen bewegen müssen. Genau hier sehen sie sich jedoch derzeit schwer wiegenden Problemen gegenüber:

- Das von den Beschäftigungsgesellschaften vielfach vertretene Ziel der Kombination von ‚Integrationsarbeit‘ und sozial nützlicher (Dienstleistungs-)Produktion hat bei staatlichen Politiken schon lange keine substantielle Bedeutung mehr; heute geht es

hier allein darum, im Rahmen vorgegebener Arbeitsmarktverhältnisse evtl. verbliebene Beschäftigungsmöglichkeiten v.a. in der Privatwirtschaft auszuschöpfen.

- Das von den Beschäftigungsgesellschaften vielfach verfolgte Ziel, nicht allein die ‚employability‘ von Arbeitslosen zu verbessern, sondern auch mit neuen Produkten und Dienstleistungen selbst dauerhaft (sinn- und integrationsstiftende) Arbeit zu schaffen, ist ebenfalls weitgehend relativiert worden – es ressortiert heute fester denn je bei Wirtschafts- und Technologiepolitiken, die jenseits von Konzepten für einen Niedriglohnssektor wenig Rücksicht auf die Probleme derjenigen nehmen, mit denen es Beschäftigungsgesellschaften zu tun haben.
- Von der Arbeitsmarktpolitik lange Zeit verfolgte sozialpolitische Ziele sind heute gegenüber einer spezifischen Dimension – der Vermittlung – weitgehend an den Rand gedrängt worden; seit den jüngsten Kürzungen gibt es dafür kaum noch Geld. Das betrifft insbesondere Aufgaben der Hilfe beim Erhalt von Kompetenzen und bei der Anpassung von Qualifikationen (durch Vermittlung von befristeten Beschäftigungsmöglichkeiten, Ausbildungsangebote, Requalifizierung, aber auch soziale Unterstützung). Gerade diese Dimensionen von Arbeitsmarktpolitik waren einmal verknüpft mit der Konzeption eines zweiten Arbeitsmarktes als eines spezifischen Schutz- und förderlichen Vorbereitungsraumes, der mehr bietet als bloße finanzielle Gratifikationen und *gleichzeitig* versucht, Brücken, Perspektiven und ‚Stehvermögen‘ für den Weg aus dem gesellschaftlichen Abseits in das ‚normale‘ Erwerbsleben zu bauen. Mit der Randstellung der sozialpolitischen Funktion von Arbeitsmarktpolitik bzw. Konzepten eines zweiten Arbeitsmarktes ver-

lieren aber auch Beschäftigungsgesellschaften und ihre multiplen Ziele unterstützenden Programme allgemein an Rückhalt.

- Schließlich bevorzugen sowohl die Bundesagentur Arbeit als auch die Hartz-Kommission einen Typus politischer Steuerung, dessen managerielle Prägung zentralistische Züge aufweist. Lokale Praktiken von Jobcentern sollen nach zentral vorformulierten Anweisungen und Standards erfolgen, ohne dass diese zentralen Vorgaben ihrerseits bereits aus praktischen Erfahrungen vor Ort gewonnen wären. Und hierarchische Steuerungskonzepte feiern dort eine Auferstehung in neuer Form, wo allein die Verwaltungen (seien es nun die BA-Zentrale oder Kommunalverwaltungen) die Kompetenz haben sollen, Konzepte zu entwickeln und zu steuern, während dezentral, vor Ort und im gesellschaftlichen Umfeld spezialisierte ‚Subunternehmer‘ lediglich die Freiheit haben, bei Ausschreibungen die besten Angebote für die Erledigung vorformulierter Aufgaben abzugeben. Was in diesem Beitrag als spezifischer Vorteil von Beschäftigungsgesellschaften als sozialer Unternehmen herausgestellt wurde – ihre Fähigkeit, mehrere Ziele und Handlungsdimensionen miteinander zu verknüpfen und damit auch Partner mit eigener strategischer Denkfähigkeit zu sein – erscheint aus der Perspektive des New Public Management eher als Handicap. Mehr noch: In der Vorstellungswelt des Managerialismus ist für soziale Unternehmen und – allgemeiner – für Dritte-Sektor-Organisationen überhaupt kein eigener Platz vorgesehen, ja, sie sind darin eigentlich undenkbar.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich nicht nur die geringe öffentliche Aufmerksamkeit für die real doch in die Tausende gehende Zahl von lokalen Beschäftigungsgesellschaften, sondern

auch deren Schwierigkeit, eigene strategische Konzepte weiter zu entwickeln. Allerdings: Bevor man vorschnell das Ende von ‚Mikroinnovationen‘ wie den Beschäftigungsgesellschaften ausruft, gilt es zu bedenken, inwieweit nicht die offenen Fragen und Lücken der gegenwärtigen Arbeitsmarktstrategien zugleich auch neue Möglichkeiten schaffen. Belassen wir es hier bei einem Hinweis. Zumindest eines wird von keiner Seite bestritten: Die Zahl von Menschen, die zwar arbeitsfähig und arbeitswillig sind, gleichwohl aber nicht in den Arbeitsmarkt in seiner gegenwärtigen Gestalt vermittelbar sind (auch dann nicht, wenn ihr Preis heruntersubventioniert wird), nimmt zu. Was mit diesen Bürgern passieren soll, beantworten Konzepte wie die der Hartz-Kommission nicht. Von ihr ist nicht einmal danach gefragt worden. Beschäftigungsgesellschaften hingegen haben sich seit jeher um diese Gruppe bemüht und nach integrativen Antworten gesucht. Ihre Abwicklung bedeutet nicht weniger als das Ende jeglicher Auffangzonen für eine wachsende Minderheit der Erwerbsbevölkerung – ob dies wirklich so gewollt ist?

Dr. Ingo Bode ist Privatdozent am Institut für Soziologie der Universität Duisburg-Essen (nähere Informationen unter <http://soziologie.uni-duisburg.de/PERSONEN/personen.html>).

Prof. Dr. Adalbert Evers lehrt Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik an der Justus Liebig-Universität Giessen (nähere Informationen unter www.uni-giessen.de/~gj71/).

Dipl. Verwaltungswissenschaftler Andreas Schulz ist derzeit wiss. Mitarbeiter an der Professur für Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik an der Justus Liebig-Universität Giessen (nähere Informationen unter www.uni-giessen.de/~g31079).

Anmerkungen

¹ Der Beitrag bezieht sich auf ein Herbst 2004 abzuschließendes, von der EU-Kommission gefördertes Forschungsprojekt (‚The Socio-economic Performance of Social Enterprises in the Field of Work-Integration‘), das Leistungsprofile und Entwicklungsprozesse von Beschäftigungsunternehmen in 11 europäischen Ländern untersucht. Die Koordinationsstellen des Projekts befinden sich in Louvain-la-Neuve (Belgien) und (für den deutschen Teil) an der Universität Gießen. Die verwendeten Datengrundlagen waren im Wesentlichen eine Serie von in-depth-Fallstudien sowie intensive Trägerbefragungen bei europaweit über 160 Organisationen. Hinzu kam eine durch die Hans-Böckler-Stiftung geförderte schriftliche Umfrage bei 300 Beschäftigungsunternehmen.

² Die Namen der Beschäftigungsunternehmen illustrieren diese Stoßrichtung: z.B. Zentrum für Arbeit und Umwelt; Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung, Diakoniewerk für Arbeit & Kultur usw.

³ Der Begriff des Quasi-Marktes beschreibt Phänomene einer asymmetrisch organisierten Geschäftsbeziehung zwischen Anbietern (sozialer Dienstleistungen) und Nachfragern (Kostenträger in Gestalt von Verwaltungen oder Sozialkassen). Die Nachfrager, die (sozial-)politisch instruiert sind, können sich Anbieter aussuchen, aber nicht umgekehrt. Entsprechend sind Quasi-Märkte häufig Orte einer auch verhandlungsbasierten Definition von Aufträgen, Kosten und Qualitäten.

⁴ Quasi-staatlich insofern, als die Träger öffentliche Ressourcen zunehmend in einem wettbewerblichen Rahmen akquirieren (durch die Teilnahme an Ausschreibungen verschiedener Art). Staatliche Gelder werden (hier) nicht auf dem klassischen Weg politisch vereinbarter Zuwendungen transferiert, sondern über Quasi-Märkte (siehe letzte Anmerkung).

Literatur

Birkhölzer, Karl/Lorenz, Günther 2001: Germany: Work Integration through Employment and Training Companies in Berlin and its Surrounding Regions; in: Spear, Roger/Defourny, Jacques/ Favreau, Louis/ Laville, Jean-Louis (Hrsg.), Tackling Social Exclusion in Europe. Ashgate: Aldershot, 145-179.

Bode, Ingo/Evers, Adalbert/Schulz, Andreas 2004: A Third Way to Employment and Integration? Social Enterprises in Europe Between Workfare and Welfare; erscheint in: Stecker, Christina / Zimmer, Annette (Hg.), Strategy Mix. Nonprofit Organisations – Vehicles for Social and Labour Market Integration, New York: Kluwer Academic / Plenum Press

Bode, Ingo/Graf, Achim 2000: Im Trend, aber auf eigenen Wegen. Arbeit und Organisation im Dritten Sektor. In: Brose, Hanns-Georg (Hrsg.), Die Reorganisation der Arbeitsgesellschaft; Frankfurt/New York: Campus, 139-172.

Borzaga, Carlo/Defourny, Jacques (Hrsg.) 2001: The Emergence of Social Enterprise. London: Routledge.

Eichhorst, Werner/Profit, Stefan/Thode, Eric 2001: Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Bericht der Arbeitsgruppe Benchmarking und der Bertelsmann Stiftung an das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag.

Evers, Adalbert/Rauch, Ulrich/Stitz, Uta 2002: Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen. Hybride Organisationsformen im Bereich sozialer Dienstleistungen. Berlin: Sigma Verlag.

Fels, Gerhard/Heinze, Rolf G./Pfarr, Heide/Schmid, Günther/Streeck, Wolfgang 2000: Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik. Thesen der Benchmarking-Gruppe des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, (Online-Version), Berlin.

Gaß, Gerhard/Klems, Wolfgang/Krömmelbein, Silvia/Schmid, Alfons 1997: Strategien gegen Langzeitarbeitslosigkeit: Strukturen, Ursachen und Maßnahmen. Berlin: edition sigma.

Glaß, Christian/Voigt, Bodo 2000: Punks in Beschäftigung. Projekte und Maßnahmen zur Integration langzeitarbeitsloser Jugendlicher/junger Erwachsener durch Arbeit. Beispiele konkreter Jugendhilfe aus Bremen und Rostock. Hamburg: Kovac.

HM Treasury 1999: Enterprise and Social Exclusion, Report of National Strategy for Neighbourhood Renewal Policy Action Team 3. London: HM Treasury.

Kieselbach, Thomas/Klink, Frauke/Scharf, Günter/Schulz, Sun-Ok 1998: „Ich wäre ja sonst nie mehr an Arbeit ran gekommen!“ Weinheim: Deutscher Studien Verlag.

OECD 1999: Social Enterprises. Paris: OECD.

Putnam, Robert D. 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon and Schuster.

Schmid, Alfons/Schulz, Andreas 2000: Beschäftigungsförderung und Arbeitsmarktpolitik. Der Beitrag der Caritas. Freiburg: Lambertus.

Walwei, Ulrich/Werner, Heinz 1997: Beschäftigungsinitiativen in Deutschland. Länderbericht. IAB-Werkstattbericht, Nr. 2, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Ulrike Schumacher

Die Rolle bürgerschaftlichen Engagements in der Krise der Arbeitsgesellschaft

„Wenn Existenzängste im Vordergrund stehen, ist es müßig, zu fordern, macht Ehrenamt. Da glaube ich, dass wenige Menschen die Kraft aufbringen, dann zu sagen, na gut, ich komme mit 'ner Brotrinde aus, und meine Kinder mit 'nem Tropfen Wasser, und ich werde mich jetzt in die Allgemeinarbeit stürzen, die Nerven hat dann kaum jemand“.

(Barbara Hesse, Umweltschützerin, 58 Jahre)

1 Bürgerschaftliches Engagement in der Krise der Arbeitsgesellschaft

Die gegenwärtige Diskussion um den Abbau der Arbeitslosigkeit erschöpft sich nahezu ausschließlich in der Frage der Vermittlung und Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt und in angeblich vorhandene Arbeitsplätze. Die Denkweise, dass unter dem Gesichtspunkt der Teilhabe und der Chancen „selbst schlecht bezahlte und unbequeme Erwerbsarbeit besser als transfergestützte Nichtarbeit“ sei (SPD-Generalsekretär O. Scholz), verstellt jedoch den Blick auf andere Welten und spiegelt eine Fixierung auf das althergebrachte Vollbeschäftigungsideal wider. Im folgenden Beitrag wird vom freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagement in Vereinen und Initiativen und von seiner Einbettung in das alltägliche Leben berichtet. Hierzu werden Ergebnisse aus einer qualitativen Untersuchung in vier Berliner Umweltorganisationen und -initiativen vorgestellt.

Die Studie ging der Frage nach, welche Rolle freiwilliges Engagement für die Einzelnen spielt, in welchem Verhältnis es zur Er-

werbstätigkeit steht, welche Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Arbeitsformen stattfinden und welcher berufliche und private Nutzen aus dem Engagement gezogen wird. Schließlich werden aus der konkreten Alltagspraxis heraus Schlussfolgerungen für die Gestaltung von Rahmenbedingungen abgeleitet: Es werden gesellschaftliche Handlungsfelder benannt, die auf der Annahme beruhen, dass das Engagement keine Zauberformel zur Lösung der gegenwärtigen Probleme ist. Dennoch ist der Beitrag nicht zu unterschätzen, den es für den Wandel zu einer zukunftsfähigen Arbeitsgesellschaft leisten kann. Insbesondere Vereine und Initiativen des Dritten oder Non-profit-Sektors, dem auch die untersuchten Umweltorganisationen zuzurechnen sind, stehen vor der Herausforderung, sowohl ihre sozialintegrativen Funktionen für die Einzelnen als auch den Beitrag für die lokale Gestaltung und Verbesserung der Lebensbedingungen zukünftig stärker sichtbar zu machen.

2 Kombinationen von Erwerbsarbeit und bürgerschaftlichem Engagement

Die Untersuchung in Berliner Umweltgruppen und -initiativen richtete den Blick auf eine bisher wenig beachtete Schnittstelle zwischen verschiedenen Tätigkeiten: Im Mittelpunkt stand das Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und freiwilligem Engagement auf der Mikroebene der individuellen Akteure. Um der jeweiligen Bedeutung nachzugehen, die das Engagement in unterschiedlichen Situationen einnimmt, wurden Menschen in verschiedenen

Lebens- bzw. Erwerbsphasen (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Familienphase, Erwerbslosigkeit und Ruhestand) einbezogen.¹ Es zeigte sich ein facettenreiches Bild von individuellen Kombinationen. Gleichwohl kristallisieren sich bestimmte Strukturmuster bzw. Typen heraus, die mit den Begriffen *Verstärkung*, *Ergänzung*, *Überbrückung*, *Ausgleich* und *Alternative Aufgabe* gefasst werden (Schumacher 2003).

2.1 Verstärkung

Der Typ *Verstärkung* ist durch starke Wechselwirkungen zwischen mehreren berufsbezogenen Tätigkeitsbereichen gekennzeichnet. Ein intensiv ausgeübtes Engagement geht mit einer starken Orientierung an den beruflichen Inhalten und einem hohen Einsatz in der Erwerbsarbeit oder im Studium einher. In beiden Fällen werden Fähigkeiten und Erfahrungen in das Engagement übertragen, wirken aber auch aus diesem in andere Lebensbereiche zurück. Die Handlungslogik ist in hohem Maße auf die öffentliche Sphäre bezogen und der Wunsch nach politischer Mitwirkung und Gestaltung stark ausgeprägt.

2.2 Ergänzung

Beim Typ *Ergänzung* erhält das Engagement neben anderen subjektiv bedeutsamen und zeitintensiven Tätigkeitsbereichen den Charakter einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung und ist zeitlich weniger umfangreich. Die berufliche Situation ist durch eine relative Zufriedenheit gekennzeichnet. Als ein Element im Gefüge der individuellen Tätigkeiten wird das Engagement stärker nach den Vorgaben anderer Lebensbereiche gestaltet und spielt aus verschiedenen Gründen nicht die Hauptrolle: Entweder wird es aufgrund äußerer Zwänge eingeschränkt oder die Begrenzung beruht auf einer bewussten Prioritätensetzung zugunsten anderer Auf-

gaben und Interessen. Probleme bei der Vereinbarkeit, Zeitmangel und Ermüdung werden bei diesem Typ am deutlichsten thematisiert. Bei einer zu großen Belastung wird das Engagement reduziert oder beendet.

2.3 Überbrückung

Beim dritten Typ *Überbrückung* wird das Engagement in Phasen von Erwerbslosigkeit oder, allgemeiner, in diskontinuierlichen Erwerbsbiographien ausgeübt. Es beruht auf dem Wunsch, im gesellschaftlichen Umfeld mitzuwirken und einen sozialen und inhaltlichen Ausgleich für das fehlende berufliche Umfeld zu finden. Ferner wird es als Rahmen genutzt, um sich beruflich neu zu orientieren und neu erworbene Kenntnisse zu erproben. Weiterbildungsaktivitäten, die zum Teil vom Engagement nicht klar zu trennen sind, spielen deshalb eine große Rolle. Das Engagement wird als eine Möglichkeit angesehen, um aktiv zu bleiben und beruflich wieder Fuß zu fassen. Die Personen sehen das Engagement nicht als Endstation ihrer beruflichen Entwicklung, sondern wünschen sich, das angeeignete Wissen in einem späteren Beschäftigungsverhältnis oder einer Selbständigkeit praktisch anwenden und vermitteln zu können. Inwieweit ein solcher Wiedereinstieg gelingt, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen.

2.4 Ausgleich

Der Typ *Ausgleich* findet sich bei Berufstätigen, bei denen das gegenwärtige Beschäftigungsverhältnis nicht den individuellen Ansprüchen entspricht. Ursachen für die Unzufriedenheit können geringe Gestaltungsspielräume, ein schlechtes Arbeitsklima, mangelnde Zeitsouveränität oder eine hierarchische Arbeitsorganisation sein. Die Unzufriedenheit drückt sich in erster Linie in einer Offenheit bezüglich der weiteren beruflichen Entwick-

lung und im Wunsch nach beruflicher Neuorientierung aus. Das Engagement soll etwas anderes, eigenes darstellen. In einem selbst bestimmten Bereich neben der Erwerbstätigkeit aktiv zu sein, wird als ein wichtiges Element von Lebensqualität angesehen. Mit inhaltlichen Weiterbildungen über das berufliche Arbeitsgebiet hinaus werden andere thematische Akzente gesetzt. Das Engagement bietet die Möglichkeit, an aktuellen gesellschaftlichen Debatten teilzuhaben und sich „auf dem Laufenden zu halten“. Als eine Art Freizeitbeschäftigung ist es in der Regel mit weniger Zeitdruck als dem im Berufsalltag üblichen verbunden.

2.5 Alternative Aufgabe

In bestimmten Lebensabschnitten, z.B. im Ruhestand oder in der ‚Empty-Nest-Phase‘, erhält das Engagement den Charakter einer *alternativen Aufgabe*. Kennzeichnend ist, dass die Erwerbstätigkeit keine zentrale Rolle (mehr) hinsichtlich der materiellen Sicherung spielt oder diese anderweitig gesichert ist. Die Vertreter/-innen dieses Typs praktizieren weiterhin eine Kombination von verschiedenen Tätigkeiten: Dies ist im Ruhestand die Verbindung mit weiteren Ehrenämtern, häuslichen Aufgaben und sonstigen Freizeitaktivitäten. Das Engagement bietet eine Alternative zur ehemals bedeutsamen Berufstätigkeit.

Eine alternative Aufgabe kann das Engagement auch nach der Familienphase sein. Wenn ein (Wieder)einstieg in den Arbeitsmarkt nicht gewünscht wird und der zeitliche Aufwand für Hausarbeit und Kindererziehung abnimmt, ergeben sich neue zeitliche Freiräume. Verschiedene freiwillige Aktivitäten werden mit familiären Aufgaben und anderen Interessengebieten abgestimmt. Mit dem Engagement ist es möglich, persönliche Fähigkeiten einzubringen, an öffentlichen Belangen teilzuhaben und die Einbindung in das soziale Umfeld zu vertiefen.

3 Lernprozesse und Integration

Wichtige Funktionen des Engagements bestehen darin, dass es eine Möglichkeit zur Partizipation bietet und eine als sinnvoll erachtete Tätigkeit darstellt. Ferner kommt es im Verlauf des Engagements zu persönlichen, inhaltlichen und politischen Lernprozessen, die ineinander greifen und die sich in der Regel weniger über gezielte Strategien, sondern mit dem und durch das Tun selbst vollziehen. Das Engagement dient der Persönlichkeitsentwicklung, indem es menschliche Begegnungen mit sich bringt und eigene Fähigkeiten neu entdeckt, angewandt und vertieft werden können. Auf der politischen Ebene finden Lernprozesse hinsichtlich Verfahrensregeln, Partizipationsstrukturen, Meinungsbildungsprozessen und politischer Entscheidungsabläufe statt. Schließlich kommt es zu Qualifizierungen hinsichtlich ‚harter‘ und ‚weicher‘ Faktoren: Neben der Aneignung von fachlichem Know-how werden Kompetenzen in den Bereichen Rhetorik, Moderation, Öffentlichkeitsarbeit, Verhandlungsführung, Interessenvertretung, Koordination und Kooperation entwickelt. Erfahrungen im Rahmen des Engagements führen mitunter zu einem stärkeren Selbstbewusstsein im Job oder zu veränderten Gewohnheiten in der privaten alltäglichen Lebensführung.

Aus der Berufstätigkeit oder dem Studium können fachliche Kenntnisse, Arbeitsmethoden und generell die Herangehensweise an Problemstellungen übertragen werden. Berufliches Handeln findet somit in bezahlten und unbezahlten Zusammenhängen statt. Die Qualifizierung wird zum Teil durch Angebote und die Infrastruktur der Organisation unterstützt, sie findet jedoch auch in nicht formalisierten Initiativen mittels autodidaktischen Lernens und themenbezogener Vernetzung statt.

Eine weitere wichtige Funktion des Engagements besteht in der sozialen Integration: Es bietet die Möglichkeit, soziale Kontakte auf-

zubauen, an gemeinschaftlichen Aufgaben und Zielstellungen Teil zu haben und kooperativ – „weder allein noch in Konkurrenz“ – zu arbeiten. Integrativ wirkt das Engagement auch bei den Erwerbslosen der Untersuchungsgruppe. Allerdings wurde deutlich, dass es nur unter bestimmten persönlichen Voraussetzungen zumindest zeitweilig als eine Betätigungsform und Möglichkeit der Mitwirkung akzeptiert wird: Hierzu zählt die bestehende Einbindung in ein soziales Netz, welche häufig weitere freiwillige Aktivitäten mit sich bringt. Darüber hinaus war die Existenz der entsprechenden Personen durch Lebenspartner, materielle Abfindungen oder die Annahme, wiederholt in öffentlichen Fördermaßnahmen beschäftigt zu sein, relativ gesichert. Nicht zuletzt blicken sie auf frühere berufliche Erfahrungen und Erfolge zurück, weshalb Fragen des Statusgewinns keinen vorrangigen Stellenwert in ihrem Persönlichkeitsbild einnehmen. Vielmehr können inhaltliche Interessen, persönliche Weiterentwicklung und das Bedürfnis nach Begegnungen mit Gleichgesinnten im entsprechenden Verein umgesetzt werden. Die jeweiligen Initiativen stellen Orte der Vergesellschaftung dar, indem sie durch Gruppenbildungsprozesse, Interessenübereinstimmung, soziale Integration und die Möglichkeit des Lernens zwischen den Individuen und der Gesellschaft vermitteln.

4 Schlussfolgerungen für die Gestaltung von Rahmenbedingungen

Geht man von einer engen Verwandtschaft zwischen Alltagskultur und demokratischer Kultur aus, so wird Alltagsforschung zur ‚Demokratieforschung par excellence‘ (Kuppe 1995). Für den hier aufgezeigten Zusammenhang bedeutet dieses, aus der Alltagspraxis der Freiwilligen Schlüsse für die Gestaltung von Rahmenbedingungen zu ziehen. Die beschrie-

benen Arrangements bilden sich aufgrund des eigenen Wollens und Könnens und in Auseinandersetzung mit den äußeren Strukturen. Die bewusste Gestaltung dieser Muster stößt dabei an Grenzen, die durch Rahmenbedingungen gesetzt sind und die die Anforderungen an die politische Gestaltung deutlich machen. Der Handlungsbedarf zeigt sich besonders an den Reibungspunkten, die im Rahmen des Engagements selbst, aber auch in seiner Verbindung mit anderen Tätigkeiten bestehen. Es gilt deshalb, rechtliche, sozialpolitische, kulturelle und ökonomische Rahmenbedingungen zu diskutieren und einzurichten, die die Verbindung und Ausübung verschiedener Tätigkeiten nicht allein zur Privatsache machen (vgl. Jurczyk/Voß 2000: 199). Die Ansatzpunkte zur Gestaltung lassen sich zu den Handlungsfeldern Materielle Sicherung, Zeit, Beteiligungsrechte, Infrastruktur und Kooperation, Anerkennungskultur und Leitbilddiskussion bündeln.

4.1 Materielle Sicherung

Die materielle Sicherung ist die zentrale Voraussetzung, um freiwillig tätig werden zu können. Einerseits nimmt die Erwerbsarbeit auch nach wie vor eine Schlüsselstellung hinsichtlich sozialer Sicherung, materiellen Wohlstands, persönlicher Identitätsbildung und gesellschaftlicher Anerkennung ein. Gleichzeitig hat sie faktisch an integrativer Reichweite verloren. Dass diese Wirklichkeit anzuerkennen sei und soziale Anspruchsrechte und Sicherungen an bereits bestehende Formen der sozialen Partizipation anzupassen sind, wurde bereits gegen Ende der 1980er Jahre formuliert (Evers et al. 1989). Angesichts sozialer Ausgrenzungsprozesse und einer zunehmenden Verarmung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Bevölkerungsgruppen hat diese Forderung nichts von ihrer Aktualität verloren: Eine Grundsicherung schaffe die Voraussetzung der Freiheit von Angst, welche demokratisches

Verhalten erst ermöglicht (Grottian et al. 2003). Die Aufgabe besteht ferner darin, positiv definierte Plätze in der Gesellschaft und identitätsstiftende Alternativrollen zu entwickeln und zu unterstützen (Kronauer 1994: 35). Es ist Aufgeschlossenheit für Lebens- und Arbeitskonzepte nötig, in denen selbst bestimmte Tätigkeiten ausgeübt werden und in denen die Erwerbsarbeit nicht den einzigen Sinngeber darstellt.

Die soziale Sicherung ist an veränderte Erwerbsverläufe und Lebenslagen anzupassen, und es sind Einkommensmixe (Vobruba 1999) zu entwickeln, in denen die Erwerbsarbeit einen zentralen Zugang zu materieller Teilhabe eröffnet. Doch würde gleichzeitig die Kombination verschiedener Einkommensarten, bspw. von Löhnen mit öffentlichen Transferzahlungen, Produkten der Selbstversorgung und des Tausches oder Einkommen aus Unternehmertätigkeit eine größere Rolle spielen. Das Konzept der ‚Mischarbeit‘ geht von einer notwendigen Kombination von Erwerbs-, Versorgungs-, Eigen- und Gemeinschaftsarbeit aus, woraus sich demzufolge auch Mischqualifikationen und Mischeinkommen ergeben (Verbundprojekt Arbeit und Ökologie 2000: 198). Übergänge zwischen verschiedenen Tätigkeitsformen sind in Form von Übergangsarbeitsmärkten institutionell zu gewährleisten und materiell abzusichern, um die individuelle Wahlmöglichkeit zu erleichtern und Unsicherheiten einzugrenzen (ebd.: 566; Schmid 1997).

Wie eine Untersuchung von Projekten und Initiativen des Dritten Sektors im ländlichen Raum Brandenburgs verdeutlicht, stellt die freiwillige Mitarbeit unter Umständen eine zwangsläufige Alternative dar, da eine Überbrückung in ein Beschäftigungsverhältnis angesichts fehlender Arbeitsplätze nur vereinzelt gelingen kann (Forschungsverbund Gemeinschaftsnutzung 2003). Um diesen Lebensformen den Ruch einer ‚Endstation‘ zu

nehmen, ist ein anderer Rahmen der existenziellen Sicherung und der Einbindung in die Gesellschaft notwendig. Warum nicht, angesichts der Unterschiede zwischen strukturstarken und strukturschwachen Räumen, sich für Experimente öffnen und z.B. über die (zunächst) regional begrenzte Einführung eines Bürgergeldes oder einer Grundsicherung nachdenken? Die Gesellschaft ist aufgefordert, Abweichungen von der ‚Normalität‘ wahrzunehmen und den Umgang mit ihnen zu erlernen (vgl. Engler 2002).

4.2 Zeit

Zeitknappheit und Probleme der zeitlichen Vereinbarkeit stellen einen wichtigen Hinderungsgrund für freiwilliges Engagement dar (Klenner et al. 2001). Die politische und unternehmerische Gestaltung der Arbeitszeiten ist deshalb ein Ansatzpunkt, um Zeitflexibilität bei den Beschäftigten zu ermöglichen. Hierzu zählen Freistellungs-, kurz- und langfristige Aus- und Wiedereinstiegsmöglichkeiten und eine Strategie der Arbeitszeitverkürzung. In welcher Form diese erfolgen kann – ob im Rahmen tariflicher Arbeitszeitverkürzungen, einer Teilzeitoffensive oder in Form von Lebensarbeitszeitmodellen – obliegt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Angesichts des gegenwärtigen Klimas, das einer Arbeitszeitverkürzung entgegensteht, sind neuartige Mobilisierungsstrategien erforderlich. Ein grundsätzliches Problem kollektiver Interessenvertretung besteht dabei in der Fragmentierung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Die Wünsche der Menschen an ein gelingendes Leben könnten zum neuen Mittelpunkt gemeinsamer Interessen werden, bei dem das Verhältnis von Arbeit und Leben zum Thema gemacht wird (Döhl et al. 2000: 16). Öffentlich zur Sprache gebracht werden sollte der zwiespältige Charakter der Erwerbsarbeit: das Leiden unter ihrem Fehlen, aber auch das Lei-

den an ihr; das in der kapitalistischen Logik enthaltene ‚Überflüssigwerden‘ der Einen und das ‚Überhitzen‘ vieler Anderer in ihrer Beschäftigungssituation.

4.3 Beteiligungsrechte

Viele der Engagierten üben Kritik an unzureichenden oder nur scheinbaren Beteiligungsmöglichkeiten. Ähnliches wird in der Debatte zur Stärkung der Bürgergesellschaft kritisiert: Den Forderungen nach bürgerschaftlichem Handeln steht keine entsprechend ausgeprägte politische Kultur bzw. institutionelle Infrastruktur gegenüber (Münkler 2000: 30). Vielmehr wird ein beteiligungsunfreundliches Verhalten von Organisationen und Institutionen festgestellt und kritisiert, dass die offizielle Politik die Engagementbereitschaft der Bürger/-innen nicht in Anspruch nehmen. Gelegenheiten zur Verantwortungsübernahme sind daher zu verbessern.

4.4 Infrastruktur und Kooperation

Eine sozial produktive Gesellschaft benötigt eine soziale Infrastruktur, die – vergleichbar der wirtschaftlichen Infrastruktur – als eine öffentliche Aufgabe erstellt und bezahlt werden sollte (Dettling 2000: 12). Die Infrastruktur ist in materieller, personeller, rechtlicher und prozeduraler Hinsicht zu gestalten. Eine unterstützende Umgebung kann insbesondere durch ein neu bestimmtes Verwaltungshandeln und stärkere lokale Kooperationen erreicht werden. Eine ‚street working burocracy‘ steht für eine neue Dimension der Kundenorientierung: Diese besteht darin, Vereine, Gruppen und Initiativen bei ihren Projekten zu unterstützen, Koordinations- und Fortbildungshilfen anzubieten, Konflikte als Moderatoren zu überwinden und engagierte Bürger/-innen an interessante Projekte anzukoppeln (Beck 2000: 21). Hierzu ist eine Vernetzung verschiedener

Politikebenen und ein stärkeres Denken in Richtung der sozialräumlichen, lokalen oder regionalen Entwicklung erforderlich.

4.5 Anerkennungskultur und erweiterte Sichtweisen

Die öffentliche Diskussion die Bedeutung des freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagements ist ein Schritt auf dem Weg zu einer Anerkennungskultur. Eine Entlohnung freiwilliger Tätigkeiten würde deren eigenem Charakter zuwiderlaufen und neue Bürokratien heraufbeschwören. Ernst gemeinte Rituale der Dankbarkeit und die Einführung einer steuerfreien jährlichen Aufwandspauschale (Kortmann et al. 2002) stellen angemessene Wege dar, um die gesellschaftliche Wertschätzung des Engagements auszudrücken.

Der politische Wille, um eine Vielfalt von Tätigkeiten zu ermöglichen, beruht auf einem erweiterten Verständnis von Arbeit, Bildung, Reichtum und Sicherheit: Zu den produktiven Tätigkeiten, die für die Gesellschaft wertvoll sind, zählen bezahlte und unbezahlte Arbeiten. Ein erweitertes Verständnis von Bildung geht davon aus, dass sich Lernprozesse und Kompetenzentwicklung an vielen Lernorten des täglichen Lebens, z.B. in Vereinen und Initiativen und durch das Engagement vollziehen. Ein erweiterter Begriff von Reichtum umfasst äußeren und inneren menschlichen Reichtum. Er bezieht sich nicht nur auf Zählbares, Materielles, sondern fasst als Reichtum all das, was zur Bereicherung des Lebens beiträgt: Hierzu zählen Freunde und Familie, der Aufbau sozialer Netzwerke, persönliche Erfahrungsräume und Herausforderungen, die Möglichkeit des Lernens sowie Zeit für Lebensgenuss. Eng damit verbunden ist ein erweitertes Verständnis von Sicherheit, die nicht nur in materieller Absicherung und Daseinsvorsorge, sondern auch in sozialer Einbindung, lokalen wirtschaftlichen Beziehungen und funktionierenden Netzwer-

ken besteht. Das Lernen von anderen Kulturen kann dazu beitragen, bisherige westlich-industriegesellschaftlichen Engführungen auszuweiten.

5 Diskussion gesellschaftlicher Leitbilder

Die perspektivischen Erweiterungen bringen zwangsläufig neue Leitbilder gesellschaftlicher Entwicklung hervor. Das derzeit dominante Erklärungsmuster für politisches Handeln beruht sich auf den Wettlauf der Nationen in einer globalisierten Ökonomie und überhöht damit einseitig die globale Ebene. Das dadurch vermittelte Leitbild ist nicht in der Lage, Orientierung zu geben für die Gestaltung der Lebensbedingungen vor Ort. Um Ziele aus der Gesellschaft heraus zu formulieren, ist eine breite Diskussion darüber notwendig, was gutes Leben heißt, wie das Zusammenleben beschaffen sein soll, wie gut Menschen in einer Gesellschaft leben können und ob sie die Wahl haben, verschiedenen Tätigkeiten und Interessen nachzugehen. Alte und neue Anknüpfungspunkte für eine solche Debatte bestehen bereits; hierzu zählen der Diskurs zur Nachhaltigen Entwicklung, das Reformmodell Bürgergesellschaft, eine wieder zu belebende Auseinandersetzung über die Humanisierung der Erwerbsarbeit, Ansätze lokaler Ökonomie sowie die globalisierungskritische Bewegung. Für den Umbau der Arbeitsgesellschaft sind keine zentralistischen Einheitslösungen in Sicht. Vielmehr sind politische Ressorts übergreifende, institutionelle Neuerungen anzugehen und soziale Innovationen zu ermöglichen.

Die dargestellten Ergebnisse verdeutlichen die Vielfalt persönlicher Tätigkeitsmuster und zeigen, dass es nicht das Engagement *an sich* gibt. Die Typen veranschaulichten prägnante Grundformen der Kombination. Ihre Tragweite für andere Bevölkerungsgruppen oder abweichende Themenfelder ist in weiteren Un-

tersuchungen zu prüfen. Gleichwohl ist zu vermuten, dass es sich im Prinzip um grundlegende Muster handelt. Als strukturierende Bilder dienen die Typen dazu, sich über Ausprägungen der sozialen Wirklichkeit zu verständigen und gestalterische Maßnahmen stärker als bisher regionalen Unterschieden, den jeweiligen Bedürfnisstrukturen und Potenzialen anzupassen.

Angesichts der ökologischen Grenzen des Wachstums führt der Weg, entgegen quantitativer Wachstumsannahmen, hin zu qualitativen Entwicklungskonzepten. Dass in dem jüngst verabschiedeten arbeitsmarktpolitischen ‚Reformpaket‘ nur Erwerbstätigkeit und abhängiger Beschäftigung eine prägende Funktion beigemessen wird, zeugt, gerade angesichts der Situation in vielen ostdeutschen Regionen, von einer begrenzten Vorstellungskraft und von einer Wirklichkeitsferne der politisch Verantwortlichen. Reformen, die auf die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und die Handlungsmacht der Einzelnen abzielen, müssen zuallererst die Freiheit von Existenzangst anstreben sowie Räume zur kreativen Entfaltung und Zeit für Balance bieten.

Ulrike Schumacher arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) der Technischen Universität Berlin.

Anmerkungen

¹ Die halbstrukturierten Interviews wurden in einem Arbeitskreis eines bundes- und landesweit organisierten Umweltverbandes, einem Verein für nachhaltige Stadtentwicklung, Wohnumfeldverbesserung und ökologische Ernährung sowie in zwei Bürgerinitiativen, die Widerstand gegen den Bau von Müllverbrennungsanlagen leisteten, durchgeführt. Die verschiedenartigen Tätigkeiten der Freiwilligen werden hier als ‚Umweltengagement‘ bezeichnet.

net – dieses schließt jedoch mit ein, dass die Akteure ihr Engagement ebenso als ein soziales oder politisches verstehen.

Literatur

Beck, Kurt 2000: Bürgerschaftliches Engagement zwischen Tradition und Aufbruch. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 13, H. 2, 15- 21.

Dettling, Warnfried 2000: Die Bürgergesellschaft als Reformperspektive. Neue Chancen für das Ehrenamt. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 13, H. 2, 8-14.

Döhl, Volker/Kratzer, N./Sauer, D. 2000: Krise der NormalArbeit(s)Politik. Entgrenzung von Arbeit – neue Anforderungen an Arbeitspolitik. In: *WSI-Mitteilungen*, H. 1, 5-17.

Engler, Wolfgang 2002: Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin.

Evers, Adalbert/Ostner, I./Wiesenthal, H. 1989: Arbeit und Engagement im intermediären Bereich. Zum Verhältnis von Beschäftigung und Selbstorganisation in der lokalen Sozialpolitik. Augsburg.

Forschungsverbund Gemeinschaftsnutzung 2003: Gemeinsam nutzen, lokal gestalten. Entwicklungspotenziale von Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen. Dokumentation des Workshops am 19. November 2002 in Potsdam. Berlin, Potsdam.

Grottian, Peter/W.-D. Narr/R. Roth 2003: Sich selbst eine Arbeit geben. Alternativen zur „Repressagenda 2010“: Umverteilung und Aufwertung der Kommunen. In: http://www.fraktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/dokumentation/?cnt=348195

Jurczyk, Karin/Voß, G. 2000: Entgrenzte Arbeitszeit – Reflexive Alltagszeit. Die Zeiten des Arbeitskraftunternehmers. In: Hildebrandt, Eckart (Hg.): *Reflexive Lebensführung*. Zu den

sozialökologischen Folgen flexibler Arbeit. Berlin, 151-205.

Klenner, Christina/Pfahl, S./Seifert, H. 2001: Ehrenamt und Erwerbsarbeit – Zeitbalance oder Zeitkonkurrenz? Forschungsprojekt im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein Westfalen (Hg.). Düsseldorf.

Kortmann, Karin/Evers, A./Olk, T./Roth, R. 2002: Engagementpolitik als Demokratiepolitik. Reformpolitische Perspektiven für Politik und Bürgergesellschaft. Presseinformation 13.06.2002: <http://www.zivilgesellschaft.de/doku/Enquetethesen.rtf>

Kronauer, Martin 1997: „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. In: *Leviathan*, H. 1, 28-49.

Kuppe, Johannes L. 1995: Das scheinbar Banale ist wichtig geworden. Alltag – vom Reportage- zum Forschungsobjekt. In: *Das Parlament*, Nr. 33-34, 11./18. August 1995.

Münkler, Herfried 2000: Ehre, Amt und Engagement. Wie kann die knappe Ressource Bürgersinn gesichert werden?. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, H. 2, 22-32.

Schmid, Günther 1997: Neue institutionelle Arrangements von Erwerbsarbeit. Übergangsmärkte als neues Konzept der Vollbeschäftigung. In: *Grenzdörffer, Klaus/Biesecker, A./Vocke, C.* (Hg.): *Neue institutionelle Arrangements für eine zeitgemäße Wohlfahrt*. Pfaffenweiler, 90-108.

Schumacher, Ulrike 2003: Lohn und Sinn. Individuelle Kombinationen von Erwerbsarbeit und freiwilligem Engagement. Opladen.

Verbundprojekt Arbeit und Ökologie 2000: Abschlussbericht. Hans-Böckler-Stiftung (Hg.). Berlin/Wuppertal.

Vobruba, Georg 1999: Income Mixes – Die neue Normalität nach der Vollbeschäftigung. In: *Fricke, W.* (Hg.): *Jahrbuch Arbeit und Technik 1999/2000*. Bonn, 103-113.

Sebastian Braun/Stefan Hansen

Soziale und politische Integration durch Vereine?

1 Problemstellung

Auf die besondere Bedeutung eines vielfältigen Assoziationswesens für die Integration egalitär-individualistischer Gesellschaften hatte bereits Alexis de Tocqueville (2001) hingewiesen. In seinem vor rund 150 Jahren verfassten Reisebericht über die Demokratie in Nordamerika, auf den sich nahezu alle Protagonisten in der laufenden Diskussion über die Bürgergesellschaft beziehen, beschrieb de Tocqueville die kleinräumigen Strukturen der lokalen Selbstverwaltung, die vor allem durch eine kaum überschaubare Vielfalt von Vereinen besiedelt werden, als Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Denn in der ‚Kunst der freien Assoziation‘, so argumentiert etwa Ulrich Beck (1997) in Anknüpfung an de Tocquevilles ‚Lehre vom wohlverstandenen Interesse‘, stecke die Kraft zur Überwindung von Bindungslosigkeit und Egoismus.

Hinter diesen gängigen Vorstellungen verbirgt sich eine doppelte Argumentationsfigur, die aufeinander aufbaut und sich folgendermaßen zusammenfassen lässt: Erstens wird davon ausgegangen, dass Individuen, die Mitglied in Vereinen sind, immer auch in die jeweilige ‚Wahl-Gemeinschaft‘ (Strob 1999) sozial integriert sind. Die Mitgliedschaft wird also mit der sozialen Integration des Individuums in den jeweiligen Verein gleich gesetzt. Diese Form der sozialen Integration lässt sich als Binnenintegration der Mitglieder in einen Verein bzw. als binnenintegrative Leistung von Vereinen bezeichnen. Zweitens wird von der Idee ausgegangen, dass „Vereine ihre Mitglieder grundsätzlich in die Gesellschaft integrieren“ (Lehmann 2001: 174). Hinter dieser Idee verbirgt sich eine nicht weiter elaborierte

‚Transferannahme‘: Demnach erwirbt der Einzelne aufgrund seines sozialen Einbezugs in einen Verein bestimmte soziale und politische Orientierungen, die ihn befähigen, sich auch in andere gesellschaftliche Kontexte zu integrieren bzw. in diese integriert zu werden. Diese ‚grenzüberschreitende‘ Form der sozialen Integration, die über die Vereinsmitgliedschaft ‚vermittelt‘ werde, lässt sich als Außenintegration der Mitglieder in die Gesellschaft bzw. als außenintegrative Leistung von Vereinen bezeichnen.

Diese doppelte Argumentationsfigur thematisiert die besondere Bedeutung von Vereinen als intermediäre Organisationen auf der gesellschaftlichen Meso-Ebene, wo ihnen eine dynamische Katalysator-Funktion zwischen Individuum und Gesellschaft zugesprochen wird. Und vor diesem Hintergrund wird für die Makro-Ebene der Gesellschaft geradezu zwangsläufig geschlussfolgert: Je höher der Anteil der Gesellschaftsmitglieder, die einem Verein angehören, desto höher sei auch die soziale Integration der Gesellschaft, da sich mit steigenden Mitgliedschaftsquoten auch jene Relationen wechselseitiger Abhängigkeit zwischen den Individuen herausbilden, die für die Existenz und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft grundlegend sind. Deshalb werden in der empirischen Sozialforschung Mitgliedschaftsquoten in Vereinen als ein wichtiger Indikator zur Beschreibung des Zustands des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft bewertet. Allerdings haben diese Thesen bislang in erster Linie den Status von normativ gefärbten Annahmen mit Plausibilitätsanspruch, da es sowohl an komplexeren theoretischen Argumentationszusammenhängen als auch an empirischen Daten zu der Frage mangelt, wie

sich der Einbezug in die Wahl-Gemeinschaft vollziehen könnte und über welche Mechanismen die dort ggf. erworbenen sozialen und politischen Orientierungen in andere gesellschaftliche Kontexte vermittelt werden könnten. Nur vereinzelt wird unterdessen darauf hingewiesen, dass „es nicht ausreichen könne, ideologische Annahmen über die Integration durch Vereine zu wiederholen“ und deren empirische Plausibilität nicht systematisch zu untersuchen (Lehmann 2001: 44).

2 Bürgerkompetenz und Sozialkapital – zwei aktuelle Diskussionen

Der vorliegende Beitrag greift diese Problemstellung auf, indem zunächst zwei aktuelle Diskussionen thematisiert werden, in denen die weit reichenden Thesen über die Integrationsleistungen von Vereinen eine zentrale Rolle spielen: die Diskussionen über ‚Bürgerkompetenz‘ und über ‚Sozialkapital‘. Anschließend werden ausgewählte empirische Ergebnisse aus einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in Deutschland zusammengefasst, die erste Hinweise auf die empirische Evidenz der hinter diesen Thesen stehenden Annahmen geben sollen.

2.1 Vereine als ‚Radiatoren‘ und ‚Treibhäuser‘ von Bürgerkompetenz

Ein prominentes Beispiel dafür, wie weit reichend der Indikator ‚Vereinsmitgliedschaften‘ interpretiert wird, ist die politische Kulturforschung, die seit den 1950er Jahren die sozialwissenschaftliche und politische Diskussion nachhaltig beeinflusst. In dieser – bis zu de Tocqueville zurückreichenden – Forschungstradition gelten Vereine als zentrales Element stabiler Demokratien, da sie in der sozialen Praxis die Verbindung von Mitgliedschafts- und Staatsbürgerrolle ermöglichten und Insti-

tutionen selbst bestimmten Handelns und freigeählter Tätigkeit seien. Darüber hinaus vermittelten Vereine die kognitiven, prozeduralen und habituellen Basiskompetenzen, um mit den ‚Zumutungen der Demokratie‘ adäquat umgehen zu können (vgl. Buchstein 1996).¹

Denn zum Einen – so die Thesen – würden Vereine „über ihre internen Wahlen und Abstimmungen in prozedurale Aspekte moderner Demokratien einführen“ (Buchstein 2002: 214); zum Anderen würden die Mitglieder „im Zuge ihrer Aktivitäten zwangsläufig auch mit Fragen konfrontiert werden, die eine gewisse allgemeine politische Bedeutung haben“ und „auf die sie als Angehörige ihrer bürgergesellschaftlichen Vereinigung Antwort finden müssen“ (ebd.). Dies sei z.B. der Fall, wenn die Mitglieder eines Sportvereins über Sparmaßnahmen in ihrer Gemeinde, über Nachwuchsförderung oder Jugendpolitik diskutierten. Schließlich würden Vereinsmitglieder auch habituelle Kompetenz erwerben. Diese Kompetenz sei die entscheidende Grundlage dafür, gemeinwohlorientiert, d.h. zugunsten einer Gemeinschaft bzw. der Allgemeinheit zu handeln. Habituelle Kompetenz, so die These, müsste durch praktische Tätigkeiten in der alltäglichen Lebenswelt wie z.B. in Vereinen eingeübt werden, da man in diesen institutionellen Kontexten freiwillig zur Herstellung von Kollektivgütern beitrage und auf diese Weise die Handlungsalternative des ‚Trittbrettfahrens‘ zu überwinden lerne. Es wird also ein wechselseitiger Verstärkungszusammenhang zwischen der Vereinsmitgliedschaft, einem ‚Bürgersinn‘ für öffentliche Problemstellungen und der Bereitschaft zu sozialem und politischem Engagement vermutet.

2.2 Vereine als ‚Generatoren‘ von Sozialkapital

Ein anderes und derzeit besonders prominentes Beispiel für die Thesen über die spezifi-

schen Integrationsleistungen von Vereinen ist die Diskussion über das ‚Sozialkapital‘ moderner Gesellschaften. Hintergrund dieser Diskussion sind die populären Studien von Putnam (2000), der mit sozialem Kapital dreierlei bezeichnet: soziales Vertrauen, das die zur gesellschaftlichen Koordination erforderliche Kooperation zwischen den Individuen erleichtert; Normen generalisierter Reziprozität, die zur Lösung sozialer Dilemmata beitragen; und schließlich Vereine, wo generalisierte Reziprozitätsnormen gepflegt und soziales Vertrauen aufgebaut würden.

Mit dieser Argumentationsfigur wird der alten demokratiethoretischen Diskussion über Vereine als ‚Schulen der Demokratie‘ erstmals ein gewichtiges ökonomisches Argument zur Seite gestellt. Denn das in den Vereinen erworbene soziale Vertrauen erstreckt sich – so Putnam – als ‚generalisiertes Vertrauen‘ über alle gesellschaftlichen Bereiche und reduziert somit die Notwendigkeit zur sozialen Kontrolle. Abbau von sozialer Kontrolle hieße aber auch Reduktion von Kosten, und zwar im staatlichen ebenso wie im ökonomischen Sektor.

3 Vereine als Produzenten von Bürgerkompetenz und Sozialkapital?

Die skizzierten Diskussionslinien verweisen bereits auf die hohen normativen Erwartungen, die in der laufenden Diskussion an das Vereinswesen gestellt werden. Umso bemerkenswerter ist es, dass diese Erwartungen bislang kaum systematisch expliziert, geschweige denn in Forschungsfragen übersetzt und empirisch untersucht wurden.

Dieses Desinteresse schlägt sich schon auf einer ganz allgemeinen Ebene nieder. Denn bislang ist unklar, ob und inwieweit in Vereinen überhaupt entsprechende Prozesse zu konstatieren sind, die dazu beitragen könnten, dass sich die Mitglieder zu ‚kompetenten Bürgern‘

entwickeln. Und selbst wenn man unterstellt, dass die Mitglieder solche umfassenden Sozialisationsprozesse in Vereinen durchlaufen: Ist es dann nicht auch möglich, dass die dortige Sozialisation eher Orientierungen wie Intoleranz, Indifferenz oder Misstrauen gegenüber all jenen befördert, die nicht zum ‚vereinigten Sozialkreis‘ gehören? Zumindest hatte schon Max Weber (1924) in seiner Rede auf dem ersten deutschen Soziologentag im Jahr 1910 vermutet, dass Vereine vor allem den ‚guten Staatsbürger‘ hervorbringen würden – bei ihm allerdings ganz im passiven Sinne des Wortes gemeint.

Aber nicht nur die Frage, ob und welche Orientierungen in Vereinen sozialisiert werden, ist bislang unklar. Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, ob diese Sozialisationsannahme prinzipiell für alle Mitglieder gleichermaßen gelten kann. Zumindest lassen es allein schon umgangssprachliche Begriffe wie ‚passives Mitglied‘ oder ‚Karteileiche‘ fraglich erscheinen, ob die Mitgliedschaft ein hinreichendes Kriterium sein kann, um diese sozialisationstheoretische Argumentationsfigur zu fundieren. In diesem Sinne wurde zuletzt auch mehrfach kritisiert, dass die Verwendung von Mitgliedschaftsquoten als Indikator für den ‚stock of social capital‘ in einer Gesellschaft zu kurz greife (vgl. Braun 2003a). Sozialisationstheoretisch betrachtet erscheint diese Kritik durchaus begründet. Denn in dieser Perspektive wäre vielmehr davon auszugehen, dass man in Vereinen bestenfalls dann bestimmte Sozialisationsprozesse durchläuft, wenn man an gemeinsamen Aktivitäten kontinuierlich mitarbeitet und auch praktisch folgenreich mitwirken kann. Eine nachhaltige Engagementbereitschaft wird sich vermutlich nur dann entfalten, wenn durch reale Möglichkeiten zur Partizipation an Entscheidungs- und Veränderungsprozessen symbolische Beteiligung und ‚Trittbrettfahren‘ vermieden werden. Nur unter diesen Bedingungen erscheint es prinzipi-

ell denkbar, dass in einem Verein Einflüsse wirksam werden, die bei den Mitgliedern bürgerschaftliche Kompetenzen generieren, die dann als habitualisierte Dispositionen auch auf andere Lebensbereiche übertragen werden.

Aber nicht nur die Formel ‚Mitglied gleich Mitglied‘ erweist sich als problematisch. Ähnlich fragwürdig ist es auch, allen Vereinen dieselben Sozialisationsfunktionen zuzuschreiben. Wer einmal am ‚Vereinsleben‘ eines Kaninchenzüchter- oder Sportvereins, einer Selbsthilfegruppe oder Tafelinitiative, eines Museumsvereins oder einer Bürgerinitiative teilgenommen hat, wird vermutlich erhebliche Zweifel an der Idee ‚Verein gleich Verein‘ anmelden. Zwar ist es auf einem relativ hohen Abstraktionsniveau hilfreich, von dem Verein als einem analytischen Idealtypus zu sprechen, der im Vergleich zu staatlichen oder erwerbswirtschaftlichen Organisationen bestimmte Strukturbesonderheiten aufweist und insofern einen distinkten Organisationstyp in modernen Gesellschaften darstellt (vgl. Braun 2003b). Gegenüber der sozialen Wirklichkeit bleibt dieser Idealtypus aber relativ inhaltsleer.

Darauf verweist bereits der einflussreiche Systematisierungsversuch von Vereinen, den Gordon und Babchuk (1959) in den 1950er Jahren vorgelegt haben. Sie konzipierten seinerzeit zwei Gegenpole eines Kontinuums, die sich mit den Begriffen ‚binnenorientierter‘ und ‚außenorientierter‘ Verein bezeichnen lassen. Außenorientierte Vereine gelten dabei als zweckorientierte Zusammenschlüsse, die entstehen, um gesellschaftspolitische Ziele zu erreichen und Einfluss auf die soziale Umwelt auszuüben. Mit dieser an ‚public-policy influence‘ orientierten Zielstellung wird auch die Beitrittsmotivation der Mitglieder begründet, die gemeinsam mit anderen Ziele zu verwirklichen suchten, die außerhalb der Organisation lägen. Deshalb wird außenorientierten Vereinen die Eigenschaft zugeschrieben, die bürgerschaftlichen Kompetenzen ihrer Mitglieder

zu fördern und insofern vor allem ‚integrative at the societal level‘ zu sein (Babchuk/Edwards 1965: 154).

Anders verhalte es sich hingegen bei binnenorientierten Vereinen, die sich am Ziel des ‚member serving‘ orientierten. Ihnen trete man bei, um an je unterschiedlichen Clubgütern teilzuhaben, die auf privater Basis nicht oder nur unter höheren Kosten erzeugt werden könnten. Diese Vereine orientierten sich also in erster Linie daran, ein Clubgut durch und für die Mitglieder zu erstellen, so dass die Mitglieder vor allem als eine separate Gruppe mit kollektiven Werten und Orientierungen agierten. Insofern würden diese Vereine zwar das Gefühl von sozialer Nähe, Zugehörigkeit und Einbindung vermitteln und somit zur Integration in eine überschaubare soziale Gruppe beitragen; von der Sozialisation bürgerschaftlicher Kompetenzen wird in diesem Zusammenhang aber nicht gesprochen.

Die angesprochenen Problemstellungen, mit denen Fragen nach der ‚organisationalen Sozialisation‘ von Mitgliedern in Vereinen und nach der ‚Generalisierung‘ der dort ggf. erworbenen sozialen und politischen Orientierungen in ‚weitere‘ gesellschaftliche Kreise thematisiert werden, lassen sich freilich nur mit Hilfe differenzierter Fallstudien über die Sozialisationsprozesse von Mitgliedern in unterschiedlichen Vereinen untersuchen – eine Forschungsperspektive, die bislang allerdings weder theoretisch systematisch ausgearbeitet noch auf empirischer Ebene differenzierter verfolgt wurde.² Dieses grundlegende Forschungsdefizit vermag auch der vorliegende Beitrag nicht zu beheben. Allerdings können die empirischen Befunde, die wir im Jahr 2001 im Rahmen einer für Deutschland repräsentativen Bevölkerungsbefragung erhoben haben und die im Folgenden knapp resümiert werden (vgl. Baur/Braun 2003), Hinweise darauf geben, inwieweit die skizzierte Annahme, in Vereinen werde der ‚kompetente Bürger‘ so-

zialisiert, überhaupt empirische Plausibilität beanspruchen kann.

4 Empirische Anhaltspunkte

In dieser Befragung wurden unter anderem die Mitgliedschaften in unterschiedlichen Vereinen, das freiwillige Engagement der Mitglieder in ihrem Verein sowie soziale und politische Orientierungen in der Bevölkerung erhoben.³

Versucht man die empirischen Ergebnisse entlang der drei angesprochenen Problemstellungen auf einer allgemeinen Ebene zu resümieren, dann kann man erstens erkennen, dass Vereinsmitglieder gegenüber politischen Angelegenheiten aufgeschlossener sind und ein höheres Vertrauen aufweisen als jene Bevölkerungsmitglieder, die keinem Verein angehören. So ist z.B. zu erkennen, dass die Vereinsmitglieder weniger individualistisch und ablehnend gegenüber Ausländern bzw. Fremden eingestellt sind, dass sie eine größere Sensibilität für soziale Ungleichheiten und gesellschaftspolitische Problemlagen haben und darüber hinaus auch ein größeres politisches Interesse artikulieren.

Zweitens weisen die Befunde darauf hin, dass sich die aktiv mitarbeitenden Vereinsmitglieder von den nicht-engagierten Mitgliedern deutlich unterscheiden. Funktionsträger, die in ihren Vereinen mehr oder minder formal definierte Ämter übernehmen und mutmaßlich auch in einem mehr oder minder großen Rahmen praktisch folgenreich agieren können, sind im Vergleich zu den nicht-engagierten, teilweise aber auch zu den sporadisch engagierten Mitgliedern weniger individualistisch, weniger politisch indifferent und weniger fremdenfeindlich eingestellt und weisen darüber hinaus eine größere Aufmerksamkeit gegenüber sozial benachteiligten Mitmenschen auf. Zudem sind die Funktionsträger geselliger und hilfsbereiter als die beiden anderen Gruppen.

Schließlich ist drittens zu konstatieren, dass Mitglieder außenorientierter Vereine hilfsbereiter und weniger misstrauisch gegenüber Mitmenschen und der Politik sind als die Mitglieder in binnenorientierten Vereinen, die ihrerseits durch ausgeprägtere gesellige, aber auch chauvinistische und fremdenfeindliche Orientierungen gekennzeichnet sind. So erweisen sich z.B. die Mitglieder in karitativ-sozialen und politischen Vereinen als politisch interessierter und Ausländern bzw. Fremden gegenüber weniger distanziert eingestellt als die Mitglieder von Sportvereinen oder Hobbyvereinen. In letzteren sind hingegen vergleichsweise häufiger chauvinistische Einstellungen anzutreffen, die vor allem darin zum Ausdruck kommen, dass Mitglieder von Hobbyvereinen Männer als geeigneter für wichtige Positionen in Gesellschaft und Politik einstufen als Frauen.

5 Resümee und Ausblick

Insgesamt scheinen die Ergebnisse unserer Bevölkerungsbefragung aus dem Jahr 2001 die gängigen Vorstellungen zu stützen, dass Vereine über ein besonderes Potenzial verfügten, um „die Mitglieder in den Gebrauch von Tugenden und Verhaltensweisen einzuüben, die auch über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus zu Kommunikations-, Kooperations-, Hilfsbereitschaft und Urteilsfähigkeit disponieren“ (Offe 1999: 114). In dieser Argumentationsrichtung scheinen Vereine solche bürgerschaftlichen Kompetenzen bei den Mitgliedern zu fördern, die „langfristig eine große Wirkung nach außen haben“ (Offe 2002: 278). Diese Annahme scheint zum Einen insbesondere zu gelten, umso aktiver man sich am Vereinsleben und an der Leistungserstellung des jeweiligen Vereins beteiligt und umso höhere praktische Relevanz das Engagement für Entscheidungs- und Veränderungsprozesse im jeweiligen Verein hat; zum Anderen scheint sie insbesondere zu gelten, umso mehr

sich die Ziele des Vereins an Aktivitäten orientieren, die sich weniger auf die Erstellung von Clubgütern, sondern vor allem auf öffentliche bzw. außerhalb des Vereins liegende Problemstellungen beziehen. Pointiert: Die Sozialisationsannahme und die darauf aufbauende Transferannahme könnten durchaus plausible Ansätze darstellen, um die spezifische Rolle von Vereinen zur Herausbildung des ‚kompetenten Bürgers‘ zu erklären.

So verlockend diese These in normativer Hinsicht aber auch immer erscheinen mag und so sehr sie zum Common Sense der laufenden Diskussion gehört, so werden an dieser Stelle aber auch die Grenzen der Analyse deutlich – Grenzen, die bislang die gesamte Debatte zu dieser Thematik kennzeichnen. Denn die aggregierten Massendaten und die auf dieser Grundlage ermittelten Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Variablen liefern keine Informationen darüber, was sich eigentlich in der ‚black box‘ eines Vereins abspielt. Insofern lassen sich über die eigentlichen, in den Vereinen ablaufenden Sozialisationsprozesse der Mitglieder ebenso wenig fundierte Aussagen machen wie über die – hinter der Transferannahme versteckten – Mechanismen der ‚Generalisierung‘ von sozialen und politischen Orientierungsmustern, die man möglicherweise in Vereinen erworben hat. Aus diesem elementaren Forschungsdefizit resultieren eine Fülle von Forschungsfragen, von denen abschließend nur drei grundlegende angesprochen werden sollen:

Erstens stellt sich die Frage, warum man in Vereinen bestimmte bürgerschaftliche Kompetenzen erwerben sollte, die man nicht auch in anderen Organisationen – z.B. in staatlichen oder erwerbswirtschaftlichen Organisationen – erwerben kann? Bislang hat in der Forschung kaum jemand versucht, dieser Frage systematisch nachzugehen. Lediglich bei Offe und Fuchs findet sich ein knapper Hinweis. Sie argumentieren, dass in Vereinen weder Ziel-

stellung noch die Mitgliedschaft selbst vorgegeben sind. „Mit diesen Ambiguitäten“ – sich immer wieder gemeinsamer Ziele zu vergewissern oder aber auszutreten – „müssen sich die Mitglieder bürgergesellschaftlicher Vereinigungen abfinden. Im Training der Fähigkeiten und sozialen Kompetenzen, die für den Umgang mit diesen Merkmalen sekundärer Vereinigungen notwendig sind, sehen wir ihren spezifischen Beitrag zur Bildung von Sozialkapital“ (2001: 423 ff). Die Autoren gehen also davon aus, dass das Aktivsein in den spezifischen Vereinsstrukturen von den Mitgliedern bestimmte Orientierungs- und Handlungsmuster verlangt, die in den entsprechenden sozialen Prozessen entweder gestützt und gestärkt oder aber erst erlernt werden und die dann als habitualisierte Orientierungs- und Handlungsmuster dauerhaft erhalten bleiben.

Diese bislang eher vage und auch nicht weiter ausgearbeitete Vermutung geht zwar über das hinaus, was die Forschung bisher an Erklärungsansätzen angeboten hat. Sie würde allerdings erheblich an Substanz gewinnen, wenn man organisationssoziologische Studien über die Strukturbesonderheiten freiwilliger Vereinigungen, durch die sich letztere gegenüber staatlichen und erwerbswirtschaftlichen Organisationen auszeichnen, berücksichtigen würde (vgl. Braun 2003b). Denn dann könnten mutmaßlich auch die sehr allgemein gehaltenen und vielfach auch idealisierten Vorstellungen vom ‚Vereinsleben‘ als einem Übungsfeld demokratischen Denkens und Handelns differenzierter gefasst, aber auch relativiert werden.

Auf einer solchen empirischen Datengrundlage könnte man dann – zweitens – auch die Frage detaillierter verfolgen, ob die Unterschiede in den Orientierungsmustern von Vereinsmitgliedern und den übrigen Bundesbürgern tatsächlich als Sozialisationsprozesse zu verstehen sind, die die Mitglieder in ihrem Verein durchlaufen, oder ob es sich womöglich eher um Selektionsprozesse beim Zugang zu Ver-

einen handelt. Anders formuliert: „Sind durch die Mitgliedschaft oder dauerhaftes Engagement gebundene Menschen von vornherein mit einer größeren Vertrauensbasis ausgestattet und organisieren sich aus diesem Grund stärker als andere, oder ist es vielmehr umgekehrt, dass sich erst über das Engagement Vertrauen formt, das weitere soziale Beziehungen und Netzwerke tragen kann?“ (Heinze/ Strünck 2000: 209). Und vielleicht ließe sich ja auch zeigen, dass sich in Vereinen vor allem solche Menschen zusammenschließen, die unabhängig von ihrer Mitgliedschaft und ihrem Engagement ein höheres soziales Vertrauen und umfangreichere bürgerschaftliche Kompetenz aufweisen, deren Vertrauen und bürgerschaftliche Kompetenz aber durch die Vereinsmitgliedschaft gestützt und gestärkt werden. Dabei würde die Eintrittsmotivation davon beeinflusst, welche Aufmerksamkeit der Einzelne gegenüber öffentlichen Angelegenheiten zeigt und wie stark sein soziales Vertrauen entwickelt ist. In dieser Argumentationsrichtung würden Vereine also eher Vorhandenes verstärken und festigen als Neues generieren.

Diese Problemstellung verweist bereits auf die dritte Frage. Denn es ist bisher theoretisch und empirisch noch unklar, wie der Mechanismus funktionieren soll, über den die Mitglieder die in ihrem Verein ggf. erworbenen sozialen und politischen Orientierungen auf andere Lebensbereiche übertragen. So ist z.B. soziales Vertrauen per Definition spezifisch und kontextgebunden, d.h. es wird durch wiederholte face to face-Interaktionen in bestimmten sozialen Kontexten generiert. Cohen hat insofern argumentiert, dass „without other mechanisms for the ‚generalization‘ of trust, participation in associations and membership in social networks could foster particularism, localism, intolerance, exclusion, and generalized mistrusts of outsiders, of the law, and of go-

vernment“ (1999: 221). Zwar können unsere Ergebnisse diese Vermutung nicht erhärten. Was aber auch in diesem Fall bleibt, ist das grundsätzliche Forschungsproblem, dass das Fleisch auf dem blanken Knochen der Statistik noch ausgesprochen mager ist.

Sebastian Braun (geb. 1971) ist promovierter Soziologe und Sportwissenschaftler und leitet als Universitätsprofessor den Arbeitsbereich Sport und Gesellschaft am Department Sport & Gesundheit der Universität Paderborn.

Stefan Hansen (geb. 1975) ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Sport und Gesellschaft am Department Sport & Gesundheit der Universität Paderborn.

Anmerkungen

¹ Unter kognitiver Kompetenz wird dabei ein gewisser Wissensbestand über demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse verstanden, damit sich der Einzelne in einem demokratischen Gemeinwesen adäquat verhalten könne. Der Begriff der prozeduralen Kompetenz soll hingegen die strategischen Fähig- und Fertigkeiten bezeichnen, um die im Rahmen der institutionellen Ordnung vorhandenen Einflussmöglichkeiten und Partizipationschancen auch tatsächlich nutzen zu können. Die habituelle Kompetenz bezeichnet letztendlich die affektiv-habituell verankerten Einstellungen und Bereitschaften, durch die die kognitiv-prozedurale Kompetenz in Handeln überführt würde (vgl. Buchstein 1996: 302f).

² Im Rahmen eines laufenden, von der DFG geförderten Forschungsprojekts gehen wir gegenwärtig dieser Problemstellung differenzierter nach (vgl. Braun 2004).

³ Aus Platzgründen verzichten wir hier auf eine Erläuterung der komplexen Operationalisierungen der verschiedenen empirischen Untersuchungsschwerpunkte (vgl. dazu Baur/Braun 2003).

Literatur

Babchuk, N./Edwards, J. 1965: Voluntary associations and the integration hypothesis. In: *Sociological Inquiry*, Jg. 35, 149-161.

Baur, Jürgen/Braun, Sebastian 2003 (Hg.): Integrationsleistungen von Sportvereinen als Freiwilligenorganisationen. Aachen: Meyer & Meyer.

Beck, Ulrich 1997: Ursprung als Utopie: Politische Freiheit als Sinnquelle der Moderne. In: Beck, U. (Hg.), *Kinder der Freiheit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 382-401.

Braun, Sebastian 2003a: Freiwillige Vereinigungen als Produzenten von Sozialkapital? In: *Verbandsmanagement* 1, 28-37.

Braun, Sebastian 2003b: Freiwillige Vereinigungen zwischen Staat, Markt und Privatsphäre. Konzepte, Kontroversen und Perspektiven. In: Baur, J./Braun, S. (Hg.), *Integrationsleistungen von Sportvereinen als Freiwilligenorganisationen*. Aachen: Meyer & Meyer, 43-87.

Braun, Sebastian 2004 (in Druck): Solidarität, Gemeinwesen, Gemeinwohl – das Assoziationswesen in aktuellen Diskursen. In: Anheier, H./Then, V. (Hg.), *Zwischen Eigennutz und Gemeinwohl: Neue Formen und Wege der Gemeinnützigkeit*. Opladen: Leske + Budrich.

Buchstein, Hubertus 1996: Die Zumutungen der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz. In: Beyme, K. von/Offe, C. (Hg.), *Politische Theorien in der Ära der Transformation*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 295-24.

Buchstein, Hubertus 2002: Die Bürgergesellschaft – eine Ressource der Demokratie? In: Breit, G./Schiele, S. (Hg.): *Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 198-222.

Cohen, Jean 1999: Trust, Voluntary Association and Workable Democracy: the Contemporary American Discourse of Civil Society.

In: Warren, M. E. (Hg.), *Democracy and Trust*. Cambridge: Cambridge University Press, 208-248.

Gordon, C.W./Babchuk, N. 1959: A typology of voluntary associations. In: *American Sociological Review*, Jg. 24, 22-29.

Heinze, Rolf G./Strünck, Christoph 2000: Die Verzinsung des sozialen Kapitals. Freiwilliges Engagement im Strukturwandel. In: Beck, U. (Hg.), *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 171-216.

Lehmann, Karsten 2001: Vereine als Medium der Integration. Zu Entwicklung und Strukturwandel von Migrantenvereinen. Berlin: Hitit.

Offe, Claus 1999: „Sozialkapital“. Begriffliche Probleme und Wirkungsweise. In: Kistler, E./Noll, H./Priller, E. (Hg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts*. Berlin: edition sigma, 113-120.

Offe, Claus 2002: Reproduktionsbedingungen des Sozialvermögens. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ *Deutscher Bundestag* (Hg.), *Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich, 273-282.

Offe, Claus/Fuchs, Susanne 2001: Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. In: Putnam, R. D. (Hg.), *Gesellschaft und Gemein-sinn*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 417-514.

Putnam, Robert D. 2000: *Bowling alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.

Strob, Burkhard 1999: Der vereins- und verbandsorganisierte Sport: Ein Zusammenschluss von (Wahl)Gemeinschaften? Münster: Waxmann.

Tocqueville, Alexis de 2001 [1835/1840]: *Über die Demokratie in Amerika* (ausgewählt und hrsg. von J. P. Mayer). Stuttgart: Reclam.

Weber, Max 1924: Rede auf dem Deutschen Soziologentag in Frankfurt. In: Weber, M., *Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik*. Tübingen: Mohr, 431-449.

Maria Berger/Ruud Koopmans

Bürgerschaft, ethnische Netzwerke und die politische Integration von Türken in Amsterdam und Berlin

1 Einleitung

In diesem Artikel wird die politische Integration von Türken in Amsterdam und Berlin verglichen. Anhand von Unterschieden der Integrationspolitik werden wir versuchen, die politische Integration von Migranten zu erklären. Außerdem werden, als intervenierende Variablen zwischen Bürgerschaftsregimes und politischer Integration, das Ausmaß und die Art von türkischem sozialem Kapital in beiden Städten untersucht.

Nach der theoretischen Einleitung werden in diesem Artikel drei empirische Teile präsentiert: 1) Integrationspolitik in Amsterdam und Berlin; 2) türkisches soziales Kapital und 3) politische Integration. In der Schlussfolgerung werden die empirischen Ergebnisse mit dem theoretischen Modell konfrontiert, um Erklärungen für politische Integration zu finden.

2 Qualität der multikulturellen Demokratie

Zentrale Forschungsfrage des Forschungsprogramms „Quality of the multicultural democracy in Amsterdam and Berlin: civic communities, integration and local government policy“¹ ist: Wie kann die Qualität der multikulturellen Demokratie, betrachtet als politische Partizipation von Migranten und deren Vertrauen in politische Institutionen, durch den Grad ihrer Eingebundenheit in die zivilen Institutionen des Aufnahmelandes einerseits sowie in die eigenen ethnischen Institutionen andererseits erklärt werden?

Eine Position, die man vielleicht am besten als ‚assimilationistisch‘ charakterisieren

kann, verbindet mit starken ethnischen Netzwerken die Entstehung von Parallelgesellschaften und ethnischen Ghettos. Eine Integration in die Gesellschaft des Aufnahmelandes kann demnach nur über deren ureigenste Institutionen erfolgen. Die ‚multikulturalistische‘ Position behauptet dagegen, dass Integration nur auf Basis einer selbstbewussten Identität und mittels der Unterstützung eigenethnischer Netzwerke als Hebel in die Aufnahmegesellschaft gelingen kann. Die Klärung dieser gegensätzlichen Positionen ist nicht zuletzt von politischer Bedeutung, da die Förderung ethnischer Institutionen vor dem Hintergrund knapper werdender öffentlicher Finanzmittel und nach den Terroranschlägen des 11. September zunehmend aufgrund integrationspolitischer Erwägungen entschieden werden dürfte.

Als Hauptklärungsvariable für die politische Integration von Migranten steht das Sozialkapital im Mittelpunkt der Untersuchung. Sozialkapital, operationalisiert als die Existenz von, die formellen Mitgliedschaften in und die informellen Beziehungen zu zivilgesellschaftlichen Organisationen, steht in dem Ruf, durch die Vermittlung zwischen Mikro- und Makroebene positive Funktionen für die Gesellschaft zu übernehmen. Auf der Mikroebene, weil Mitglieder in Organisationen für den Zusammenhalt einer Gesellschaft konstitutive Verhaltensweisen, *civil skills*, annehmen, verinnerlichen und in ihrem persönlichen Umfeld weitervermitteln (Almond/Verba 1989). Sie lernen dort z.B., sich in der Gruppe argumentativ auseinander zu setzen, gemeinsame Zielvorstellungen zu formulieren, diese in der Öffent-

lichkeit zu artikulieren und in der konstruktiven Auseinandersetzung Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen zu entwickeln.

Eine solchermaßen ‚positive‘ Wahrnehmung gilt jedoch nicht für das *ethnische* Sozialkapital. Verschiedene Autoren haben auf die mögliche ‚downside of social capital‘ (Portes/Landolt 1996) hingewiesen. In manchen zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihren Netzwerken werden nicht nur die Normen der sie einbettenden Gesellschaft und das Vertrauen in deren Institutionen vermittelt. Das Gegenteil ist der Fall. Putnam bezeichnet diese besondere Spielart des Sozialkapitals als ‚bonding social capital‘ in Abgrenzung von ‚bridging social capital‘ (Putnam 2000). In dieser Hinsicht stellen *ethnic communities* einen Forschungsgegenstand dar, dessen Zuordnung zu einer dieser beiden Ausrichtungen von Sozialkapital umstritten ist: Was bedeutet es für die politische Integration von Migranten, wenn diese sich in ethnischen Organisationen engagieren? Entfremden sich türkische Berliner, weil ihnen die Stadt ein dichtes Netzwerk von türkischen Organisationen bietet? Beeinträchtigt es das Verhältnis zu demokratischen Werten und Normen, wenn der Muslim seinen Glauben in einer Berliner Moschee ausüben kann?

Die Entstehung, Entwicklung und Gestalt von *ethnic communities* wird durch die migrationspezifischen politischen Rahmenbedingungen mitbestimmt. Diese können einerseits legislativer Art sein: Gesetzgebungen zum Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltsrecht, einzelne politische und soziale Rechte, wie z.B. das Wahlrecht oder der Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Die Unterschiede können andererseits exekutiver Art sein: unterschiedliche Praktiken in lokalen Behörden, z.B. bei Einbürgerungsverfahren, Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnissen oder bei Abschiebungen. Die lokale Politik kann die Integration von Migranten aber außerdem über deren eigene zivilgesellschaft-

lichen Organisationen beeinflussen, indem sie diese subventioniert oder nicht subventioniert, indem sie institutionelle Kontakte zu diesen pflegt, z.B. über einen Ausländer- oder Zuwanderungsbeauftragten, oder indem sie sich gegenüber bestimmten Organisationen bewusst und sichtbar abgrenzt.

3 Staatsbürgerliche Rechte von Migranten in Amsterdam und Berlin

Für die empirische Prüfung der Unterschiede von Staatsbürgerschaftsregimen in Amsterdam und Berlin benutzen wir die Daten und die Operationalisierungen, die im Rahmen des Projektes: ‚Mobilisation on Ethnic Relations, Citizenship, and Immigration‘ (MERCIC; siehe u.a. Koopmans/Statham 2001; Koopmans et al. 2003)² gesammelt und konzeptualisiert wurden. Auf Basis von wissenschaftlicher Literatur und Jurisprudenz wurden als Teil dieses Projektes Informationen über eine Reihe von Indikatoren für zwei Dimensionen staatsbürgerlicher Rechte ermittelt. Die erste Dimension betrifft die individuellen gleichen Rechte von Migranten und die zweite die kulturellen Gruppenrechte von Migranten.

3.1 Individuell gleiche Rechte im Vergleich

Innerhalb der individuellen Gleichheitsdimension wird zwischen drei Gruppen von Staatsbürgerschaftsrechten unterschieden. Die erste Gruppe betrifft den Erwerb der Nationalität des Aufenthaltslandes. Aufgenommen wurden hier u.a. Faktoren wie die Mindestaufenthaltsdauer, die notwendig ist, um einen Anspruch auf die Staatsbürgerschaft zu erwerben, spezielle Regelungen für die zweite und dritte Generation, das Erlauben der doppelten Staatsbürgerschaft sowie die tatsächlichen Einbürgerungsraten.³ Aber sogar in Ländern mit einem rela-

tiv einfachen Zugang zur Staatsbürgerschaft wird nur ein Teil der Ausländer diese Möglichkeit nutzen wollen oder können. Deshalb ist es außerdem notwendig, die Unterschiede aus juristischer Perspektive zu betrachten.

Derartige Vergleiche werden jedoch durch die Tatsache kompliziert, dass Rechte für Ausländer mit den Systemen von Aufenthaltserlaubnissen zusammenhängen und diese zwischen Ländern sehr schwierig zu vergleichen sind (vgl. Cinar et al. 2000; Groenendijk et al. 2000). Deshalb schauen wir uns nur zwei, relativ einfach messbare, Indikatoren an: die Bedingungen, unter welchen Ausländer ihren Aufenthaltstatus verlieren und in der Folge abgeschoben werden können, und die Verleihung des Wahlrechts an Ausländer. Rein formelle Rechtsgleichheit ist jedoch noch keine Garantie für eine effektiv gleiche Behandlung in der Praxis. Deshalb betrachten wir eine dritte Gruppe von Rechten: Sie besteht aus juristischen Regelungen, die Migranten gegen Diskriminierung auf Basis von Hautfarbe und Herkunft schützen sollen. Wir schauen uns dabei sowohl das Strafrecht als auch die zivilrechtlichen Antidiskriminierungsgesetze an, und hier muss zudem die Existenz von speziellen Institutionen berücksichtigt werden, an die Migranten sich mit Beschwerden über Diskriminierung und Rassismus wenden können.

3.2 Kulturelle Gruppenrechte von Migranten im Vergleich

Auf derartige Weise haben wir auch die Dimension der kulturellen Gruppenrechte in einige Subgruppen unterteilt. Zuerst betrachten wir die kulturellen Voraussetzungen für die Einbürgerung (von relativ einfachen Bedingungen bis zu strikten Anforderungen etwa an Kenntnisse der lokalen Sitten und Bräuche). Weiter untersuchen wir, in welchem Maße der Staat bestimmte kulturelle Äußerungen von Migrantengruppen und deren eigene Einrich-

tungen erlaubt oder sogar fördert. Wir unterscheiden dabei die Anerkennung von kultureller Verschiedenheit innerhalb und außerhalb von öffentlichen Institutionen. Das Neutralitätsprinzip der universalistischen Philosophie, die dem demokratischen Rechtsstaat zugrunde liegt, betrifft besonders die Ablehnung von kulturellen Unterschieden innerhalb öffentlicher Institutionen wie den öffentlichen Schulen, der Polizei oder den öffentlichen Medien. Dahingegen schreibt das Neutralitätsprinzip bei kulturellen Äußerungen außerhalb der öffentlichen Institutionen eher Toleranz und staatliche Zurückhaltung vor.

Bei der Anerkennung kultureller Verschiedenheit innerhalb und außerhalb öffentlicher Institutionen konzentrieren wir uns hauptsächlich auf die Rechte, die für muslimische Migranten relevant sind. Einerseits wird der Islam mehr als andere Migrantenkulturen und -religionen als Bedrohung empfunden. Andererseits verlangt der Islam in den Augen vieler seiner Anhänger auch mehr bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens als andere Religionen wie bspw. der Hinduismus. Außerhalb der öffentlichen Institutionen haben wir v.a. den Umgang mit religiösen Regelungen und Ritualen (Schächten, die Beschneidung von Jungen und den öffentlichen Aufruf zum Gebet) einbezogen.

3.3 Ergebnisse des empirischen Vergleichs

Bei der Bewertung der Daten aus Amsterdam und Berlin greifen wir auf die vorliegenden nationalen Daten aus den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und der Schweiz zurück. Nur wo die lokalen Regelungen von den nationalen abweichen, haben wir die Daten selber hinzugefügt. Für die weitestgehende Zuweisung von Rechten in einem Lande wurde der betreffende Indikator mit dem Wert +1 versehen, für das am meisten restriktive Verhalten

wurde der Wert -1 vergeben. Ambivalente Fälle haben die Auswertung 0 bekommen. Die Auswertungen sind summiert und die Mittelwerte berechnet. Wir präsentieren hier nur diese Mittelwerte und verweisen auf Koopmans et al. (2003) für die einzelne Auswertungen.

Tabelle 1 zeigt die Auswertungen für die Dimension der individuellen Rechte. Für alle drei Gruppen von Rechten befindet sich Amsterdam in der Nähe des relativen Maximums unter den fünf Vergleichsländern, während Berlin sich in allen drei Fällen an der restriktiven Seite des Spektrums befindet. Bezüglich des Zugangs zur Staatsbürgerschaft ist der Unterschied zwischen den beiden Städten relativ am geringsten – eine Folge der jüngsten Reformen des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts, die unter anderem eine konditionelle Form der *ius soli* umfassen. Dennoch ist das heutige deutsche Staatsbürgerschaftsgesetz deutlich restriktiver als das in den Niederlanden. So ist die minimale Aufenthaltsdauer acht statt fünf Jahre, kann die Staatsbürgerschaft verweigert werden bei Abhängigkeit von Sozialhilfe und wird das Prinzip von Vermeidung der doppelten Staatsbürgerschaft viel strikter angewendet. Auch die tatsächlichen Einbürgerungsraten gehen erheblich auseinander: von 7,1% der ausländischen Bevölkerung in den Niederlanden bis zu 2,5% in Deutschland und nur 1,4% in Berlin.

Ausländer haben in Deutschland eine deutlich ungünstigere Rechtsposition als in den Niederlanden. Im Bezug auf Abschiebung und Beendigung der Aufenthaltserlaubnis ist der wichtigste Unterschied, dass Ausländer in Holland mit fortschreitender Aufenthaltsdauer immer schwieriger abgeschoben werden können und nach 20 Jahren (15 Jahren für die zweite Generation) überhaupt nicht mehr. In Bezug auf das Wahlrecht ist die Sache einfach: In Berlin verfügen Ausländer aus Nicht-EU-Staaten nicht über das kommunale Wahlrecht, während dieses in Amsterdam (nach

einem legalen Aufenthalt von fünf Jahre) der Fall ist.

Auch bei den Antidiskriminierungsgesetzen sind die Kontraste scharf. Die Niederlande haben mit einem Gleichbehandlungsgesetz und der Kommission für gleiche Behandlung, zusammen mit Großbritannien, das umfassendste System von Antidiskriminierungsgesetzen. In Deutschland dagegen existiert weder ein zivilrechtlicher Schutz gegen Diskriminierung noch eine offizielle Institution, an die sich Opfer von Diskriminierung wenden können.

Insgesamt befinden die Niederlande/Amsterdam sich in der Nähe des zivilen Äußersten der Dimension individueller Rechte, während Deutschland/Berlin sich an der ethnischen Seite befindet. Damit verleihen die Niederlande Migranten die weitgehendsten Rechte, auch wenn der Unterschied zu Großbritannien und Frankreich in dieser Hinsicht nicht allzu groß ist. Deutschland ist jedoch im europäischen Vergleich nicht das am stärksten ausgeprägte Beispiel eines ethnischen Bürgerschaftsmodells (diese Position ist der Schweiz vorbehalten) und bewegt sich in den letzten Jahren in die Richtung einer zivileren Auffassung von Staatsbürgerschaft.

In Tabelle 2 werden die Auswertungen für die Dimension der kulturellen Gruppenrechte dargestellt. In Bezug auf die kulturellen Bedingungen für die Einbürgerung ähneln sich die meisten Regelungen in Deutschland und den Niederlanden. In beiden Fälle werden relativ hohe Forderungen an die Sprachkenntnisse der Bewerber gestellt. In den Niederlanden stellt dies eine Verschärfung der früher geltenden Regelungen dar, während es in Deutschland eine Lockerung bedeutet, weil vor 2002 eine relativ strikte assimilationistische Regelung in Kraft war (das sogenannte ‚Bekenntnis zum deutschen Kulturkreis‘).

Im Bezug auf alle anderen Gruppen von kulturellen Rechten ist die deutsche bzw. Ber-

liner Position restriktiver als die holländische bzw. Amsterdamer. Am deutlichsten wird dieses bei der ‚positiven Diskriminierung‘, für die es in Deutschland keine rechtliche Grundlage gibt. Auf dem Gebiet der kulturellen Äußerungen von Migranten ist Berlin restriktiver in Bezug auf islamische Schulen (von der es nur eine gibt, die außerdem nur partiell subventioniert wird), auf Bildung in eigener Sprache und Kultur (die zwar existiert, aber nicht subventioniert wird), auf den islamischen Gebetsruf (der nicht erlaubt ist) und auf die islamischen Bestattungsgebräuche (abgesonderte Begräbnisstätten existieren zwar, aber der Verstorbene muss in einem Sarg beerdigt werden).

Im Bezug auf die politischen Repräsentationsrechte kennt Berlin ein System von Ausländerbeiräten auf der Bezirksebene, die jedoch über sehr wenig Rechte und Befugnisse verfügen und die in der Praxis auch keine wichtige Rolle spielen. Die Berliner Politiker und Beamten stehen relativ wenig im Kontakt mit den Selbstorganisationen der ethnischen Minderheiten, insbesondere den islamischen Organisationen (Jonker/Kapleau 1999). In Amsterdam hingegen existiert ein differenziertes System von Kommissionen, die von ethnischen Organisationen besetzt werden und die Politiker beraten. Diese Kommissionen haben auch eigene Kompetenzen. Dabei muss angemerkt

werden, dass dieses System in den letzten Jahren aufgrund einer veränderten Politikausrichtung zunehmend ausgehöhlt wird. Immerhin, die Subventionierung von Organisationen in Berlin ist marginal verglichen mit der in Amsterdam; in Amsterdam werden zudem mehr und vielfältigere Typen von Organisationen finanziell unterstützt.

Insgesamt befindet Amsterdam sich an der Pro-Seite des Spektrums. Gegenüber den anderen fünf Ländern nehmen die Niederlande die diesbezüglich am stärksten ausgeprägte Position ein, erst mit einigem Abstand gefolgt von Großbritannien. Im Vergleich mit den Niederlanden ist Berlin sehr zurückhaltend gegenüber der Anerkennung und Unterstützung von kulturellen Unterschieden, ist aber im Vergleich mit Frankreich und der Schweiz eher gemäßigt.

3.4 Türkische Netzwerke in Berlin und Amsterdam

1997 haben Fennema und Tillie (1997) die Struktur der türkischen Gemeinschaft in Amsterdam analysiert. Die Beziehungen zwischen den Organisationen werden durch die sogenannten ‚überlappenden Vorstandsmitglieder‘ (*interlocking directorates*) gebildet. Wenn ein Vorstandsmitglied einer bestimmten Organisa-

Tabelle 1: Zusammengefasste Auswertungen für die individuelle Gleichheitsdimension von Bürgerschaft

	Berlin	Amsterdam
Zugang zur Staatsbürgerschaft ¹	-0.17	0.84
rechtliche Position der Ausländer	-0.50	1.00
Antidiskriminierungsgesetze	-0.75	1.00
<i>Mittelwert</i>	<i>-0.40</i>	<i>0.92</i>

¹ Der Faktor „Zugang zur Staatsbürgerschaft“ ist hier wegen der Auswirkung auf die beiden anderen Faktoren doppelt gewichtet.

Tabelle 2: Zusammengefasste Auswertungen für die kulturelle Gruppenrechtsdimension von Bürgerschaft

	Berlin	Amsterdam
kulturelle Bedingungen der Einbürgerung	0.00	0.00
Möglichkeit zur Ausübung religiöser Bräuche	-0.50	0.75
kulturelle Rechte in öffentlichen Institutionen	0.16	0.50
politische Repräsentationsrechte	0.00	1.00
positive Diskriminierung	-1.00	1.00
<i>Mittelwert</i>	<i>-0.27</i>	<i>0.65</i>

tion auch Vorstandsmitglied in einer oder mehreren anderen Organisationen ist, entsteht auf diese Weise eine Beziehung zwischen diesen Organisationen. 2001 wurde die Erhebung in Amsterdam wiederholt, und auf die gleiche Weise wurde das Netzwerk von Migrantenorganisationen in Berlin analysiert (van Heelsum 2001; Vermeulen/Berger 2004).

Ähnlich wie bei den zwei Indikatoren von Bürgerschaft in dem vorgegangen Abschnitt dieses Artikels versuchen wir das Ausmaß ethnischer Gemeinschaft in einigen empirischen Indikatoren im Rückgriff auf die Ergebnisse aus dem Netzwerkanalyse in Amsterdam zu erfassen. In Tabelle 3 werden die Ergebnisse aus der Netzwerkanalyse der Berliner und Amsterdamer ethnischen Gemeinschaft präsentiert. Die folgende Indikatoren werden benutzt: 1) die Anzahl ethnischer Organisationen, 2) die Prozentzahl der Organisationen, die auf Vor-

standsebene nicht mit anderen Organisationen verbunden sind (,isolierte Organisationen'), 3) die Netzwerkdichte (Anzahl von ,interlocking directorates'/Anzahl Organisationen).

Die Größe des Netzwerkes in Amsterdam und Berlin ist annähernd gleich. In Berlin gibt es 186 türkische Organisationen, in Amsterdam 189. Die Anzahl der Türken in Berlin ist jedoch sechs mal so groß wie in Amsterdam. Das heißt, dass die Organisationsdichte in Berlin viel geringer ist als in Amsterdam, oder in anderen Worten: Mehr Türken müssen zurechtkommen mit weniger Organisationen. Auch die Netzwerkdichte ist in Berlin geringer als in Amsterdam. Es gibt in Berlin weniger Vorstandsmitglieder, die auch in anderen Organisationen aktiv sind. In dieser Hinsicht sind die türkischen Organisationen in Berlin untereinander weniger vernetzt (Vermeulen/Berger 2004).

Tabelle 3: Indikatoren für türkische ,ethnische Gemeinschaften' in Amsterdam und Berlin

	Anzahl der Organisationen	isolierte Organisationen in %	Netzwerkdichte
Amsterdam	189	47	0.49
Berlin	186	72	0.2

4 Politische Beteiligung von ethnischen Gruppen in Berlin und Amsterdam

Was sind die Effekte der Unterschiede von Bürgerschaftregimen und Netzwerken ethnischer Gemeinschaften in den beiden Städten? Zur Beantwortung dieser Frage bedarf es des Vergleichs der Türken in Amsterdam und Berlin hinsichtlich verschiedener Dimensionen der politischen Integration und der Kontrastierung mit den Daten zur politischen Integration von einheimischen Amsterdamer und Berlinern. Die Amsterdamer Daten stammen vom Bürgermonitor 2001, einer jährlicher Umfrage, durchgeführt von dem *Amsterdamer Bureau für Forschung und Statistik (O&S)*.⁴ Die Berliner Daten stammen von einer in 2002 durchgeführten Umfrage unter Türken, Russen, Italienern und Deutschen.⁵ In Tabelle 4 werden die Indikatoren für die verschiedenen Dimensionen politischer Integration präsentiert.

Die Werte bezüglich politischer Aktivitäten, Wahlintention und Mitgliedschaften in allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Organisationen scheinen in Berlin höher zu sein als in Amsterdam. Das Interesse, wählen zu gehen,

ist unter den naturalisierten Berliner Türken fast drei mal so hoch wie unter den Amsterdamer Türken. Unsere Erwartung, dass die Wahlintention von naturalisierten Türken niedriger sein würde als die von Türken ohne Wahlrecht, hat sich nicht bewahrheitet: Sie liegt sogar einige Prozentpunkte über der gesamten Gruppe der Türken.

Die Werte für das politische Interesse und die Verbundenheit von Türken in Amsterdam und Berlin sind ungefähr gleich. Türken in Berlin haben großes Vertrauen in ihren Einfluss, mehr als die Türken in Amsterdam und sogar mehr als die einheimischen Berliner. Das politische Vertrauen ist dagegen bei den Amsterdamer Türken auf allen drei Indikatoren größer.

Doch nicht nur die absoluten Prozentzahlen, sondern auch die relativen Unterschiede zwischen Einheimischen und Migranten in beiden Städten sagen etwas über die integrative Kraft aus: In Bezug auf politische Beteiligung gibt es deutlich mehr Ungleichheit zwischen den Einheimischen und der Migrantenbevölkerung in Amsterdam als in Berlin. Auffällig ist zudem, dass die Türken in Berlin fast

Tabelle 4: Die politische Integration von Türken in Amsterdam und Berlin
(Angaben in % – die Klammerangaben geben die Werte für Deutsche bzw. Holländer an)

	Berlin	Amsterdam
politisches Interesse	46 (75)	43 (68)
politische Aktivitäten	46 (62)	11 (30)
Wahlintention	83 (86)	30 (66)
Wahlintention naturalisierter Türken	89	
Mitgliedschaft in allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Organisationen	33 (84)	20 (65)
politisches Selbstvertrauen (Einfluss)	31 (15)	20 (25)
politisches Vertrauen (Parteien)	12 (32)	19 (28)
politisches Vertrauen (Beamten)	9 (36)	15 (40)
politisches Vertrauen (Abgeordneten)	13 (30)	19 (37)
Verbundenheit mit den Niederlanden/ Deutschland	59	54

genauso häufig angeben, wählen zu gehen, wie die einheimischen Berliner. In Amsterdam sagt das nur die Hälfte der Migrant*innenbevölkerung. In Bezug auf Vertrauen dagegen sind die Unterschiede zwischen Einheimischen und Migrant*innen in Amsterdam geringer als in Berlin. Amsterdam scheint aus einer vergleichenden Perspektive integrativer zu sein in Bezug auf Vertrauen, Berlin in Bezug auf Beteiligung. Im Bezug auf Interesse und Verbundenheit scheint der lokale Kontext indifferent zu sein.

5 Schlussfolgerung

Ziel des Beitrags waren Auskünfte über die Auswirkungen des Zusammenspiels der Integrationspolitik und des Charakters und der Stärke der ethnischen Zivilgesellschaft auf die politische Integration von Migrant*innen in der Aufnahmegesellschaft. Um den Einfluss möglicher kultureller Unterschiede auf die politische Integration auszuschließen, haben wir den Vergleich auf die Gruppe der Türken in zwei Städten mit einer wesentlich anderen Integrationspolitik beschränkt.

Im Bezug auf die Integrationspolitik haben wir uns zwei Dimensionen von Bürgerschaft angeschaut. Bei der ersten Dimension handelt es sich um gleiche individuelle Rechte, bei der zweiten um Gruppenrechte. Anhand von einer Reihe von Dimensionen haben wir gezeigt, dass Amsterdam/die Niederlande auf beiden Dimensionen eine ausgeprägte Position einnimmt, die sowohl durch ein hohes Ausmaß individueller juristischer Gleichheit als auch durch ein hohes Maß der Anerkennung von kulturellen Unterschieden und Gruppenrechten gekennzeichnet wird. Berlin/Deutschland bleibt auf beiden Dimensionen deutlich zurück.

Die Philosophie, die den Grundstein der in den Niederlanden praktizierten Integrationspolitik bildet, lässt uns erwarten, dass die Türken in Amsterdam über stärkere Selbstorganisationen und dichtere ethnische Netzwerke verfügen als die Türken in Berlin. Dabei sollten Türken in Amsterdam eine stärkere Neigung haben, sich im politischen Leben auf der lokalen Ebene zu beteiligen, sie sollten größeres politisches Selbstvertrauen haben und mehr Vertrauen in die lokale Politik zeigen. Auf-



grund der hier präsentierten Ergebnissen müssen wir hier jetzt eine skeptischere Sichtweise einnehmen. Vor allem müssen wir ein Fragezeichen bei der starken Betonung der kulturellen Gruppenunterschiede setzen, um die politische Integration von Migranten zu fördern.

Wenn wir uns die Unterschiede bezüglich der ethnischen Netzwerke anschauen, werden die positiven Erwartungen bezüglich der holländischen Politik hingegen bestätigt. Es gibt in Amsterdam und Berlin fast genau so viele türkische Organisationen, aber es leben in Berlin sechs mal so viel Türken wie in Amsterdam. Außerdem ist das Netzwerk von Organisationen in Amsterdam viele Male dichter als in Berlin und ist die Anzahl der isolierten Organisationen viel niedriger als in Berlin. Aber wenn wir die politische Integration von Amsterdamer und Berliner Türken betrachten, entsteht ein ganz anderes Bild als auf der Meso-Ebene der Organisationen. Berliner Türken nehmen mehr als vier mal so oft teil an politischen Aktivitäten, die das Leben in der Stadt oder dem Wohnviertel betreffen. Einer von drei Türken ist Mitglied einer deutschen politischen Organisation (gegenüber einer von fünf Amsterdamer Türken, der Mitglied einer vergleichbaren Organisation ist), und sie haben häufiger die Intention, an den Wahlen teil zu nehmen. Letzteres gilt auch für die naturalisierten Berliner Türken, deren Vergleich mit den Amsterdamer Türken angemessener ist, weil sie tatsächlich das Wahlrecht besitzen. Türken in Berlin haben auch öfter als die in Amsterdam das Gefühl, dass sie persönlich Einfluss auf die Politik ausüben können. Amsterdamer Türken haben dagegen ein größeres Vertrauen in politische Parteien, Abgeordnete und Verwaltungsangestellte als die Berliner türkischer Herkunft. Dabei muss jedoch angemerkt werden, dass in beiden Städten das Vertrauen in die Politik nicht hoch ist und dies bei den Türken erheblich geringer ist als bei der einheimischen Bevölkerung. Aber der Unterschied zwischen Migranten und Einheimischen

ist in diesem Punkt in Amsterdam geringer als in Berlin.

Zusammenfassend sind die Berliner Türken aktiver und selbstbewusster, aber auch misstrauischer als die Amsterdamer Türken, die passiver, weniger selbstbewusst, aber auch vertrauensvoller sind. Mit anderen Worten: Das starke türkische Netzwerk in Amsterdam scheint eher einen ‚Eliten-Charakter‘ zu haben. Eine kleine ethnische Elite ist aktiv in oft subventionierten und manchmal von oben initiierten Organisationen. Sie ist gut in den politischen Prozess integriert und gibt das derart gewachsene politische Vertrauen weiter an die Türken in Amsterdam. Aber dieses soziale Kapital hat kaum eine Auswirkung auf die politische Beteiligung der Gesamtgruppe der Türken in Amsterdam. Ja, es könnte sogar eine negative Auswirkung haben. Diese Konstellation gleicht dem Muster der politischen Integration während der Versäulung in den Niederlanden, die durch eine dichte Vernetzung der Eliten bei einer gleichzeitigen Passivität der Bevölkerung gekennzeichnet wurde. Insgesamt können wir unter Zugrundelegung dieser Ergebnisse das holländische Integrationsmodell nicht positiv beurteilen.

Maria Berger ist Doktorandin am Institut für Migration und ethnische Studien (IMES) der Universität von Amsterdam (UvA).

Ruud Koopmans ist Professor für Soziologie des sozialen Konfliktes und Wandels an der Freien Universität Amsterdam (VU).

Anmerkungen

¹ Das Forschungsprogramm ist ein Gemeinschaftsprojekt der Universität Amsterdam und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Es wurde finanziell ermöglicht durch die Niederländische Organisation für wissenschaftlichen Forschung (NWO).

² Wir bedanken uns bei Thom Duyvené de Wit und Christian Galonska für die Daten aus Amsterdam bzw. Berlin.

³ Wir beziehen die Einbürgerungsrate in den Vergleich ein, da sie einen Eindruck von den schwer messbaren Faktoren vermittelt, die den Zugang zur Staatsbürgerschaft verhindern können (wie etwa lange und komplizierte Prozeduren oder das Fehlen einer aktiven Einbürgerungspolitik).

⁴ Für den Gebrauch der Daten bedanken wir uns bei O&S Amsterdam und Jean Tillie.

⁵ Für vertiefende Analysen und für den methodologischen Hintergrund dieser Umfrage weisen wir hin auf Berger et al. 2003.

Literatuur

Almond, G.A./Verba, S. 1989: The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations. Sage Publications, Newbury Park, CA.

Berger, M./Galonska, C./Koopmans, R. 2004: Political integration by a detour. Ethnic communities and social capital of migrants in Berlin, *Journal of ethnic and Migration Studies* (3).

Böcker, A./Thränhardt, D. 2003: Is het Duitse integratiebeleid succesvoller, en zo ja, waarom? Een reactie op Koopmans. In: *Migrantenstudies*, Jg. 19, Heft 1, 33-44.

Cinar, D./Hofinger, C./Waldrauch, H. 1995: Integrationsindex. Zur rechtlichen Integration von AusländerInnen in ausgewählten europäischen Ländern, Institute for Advanced Studies, Wenen.

Fennema, M./Tillie, J. 1997: Turkse organisaties in Amsterdam. Een netwerkanalyse. Amsterdam, Het Spinhuis.

Fennema, M./Tillie, J. 1999: Political Participation and Political Trust in Amsterdam: Civic Communities and Ethnic Networks. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 25, Heft 4, 703-726.

Groenendijk, K./Guild, E./Barzilay, R. 2000: The legal status of third country nationals who

are long-term residents in a member state of the European Union, Europarat, Strassburg.

Jonker, G./Kapphan, A. 1999: Moscheen und islamisches Leben in Berlin. Berlin, Die Ausländerbeauftragte des Senats: 75.

Koopmans, R./Statham, P. 2001: How national citizenship shapes transnationalism. A comparative analysis of migrant claims-making in Germany, Britain and the Netherlands. In: *Revue Européenne des Migrations Internationales*, Jg. 17, Heft 2: 63-100.

Koopmans, R. 2002: Zachte heelmeeesters... Een vergelijking van de resultaten van het Nederlandse integratiebeleid en wat de WRR daaruit niet concludeert. In: *Migrantenstudies*, Jg. 18, Heft2, 87-92.

Koopmans, R. 2003: Het Nederlandse integratiebeleid in internationaal vergelijkendperspectief: etnische segregatie onder de multicultureel oppervlakte. In: *Huib Pellikaan/Margo Trappenburg* (red.), *Politiek in de multiculturele samenleving* (Jaarboek Beleid & Maatschappij 2003), Meppel: Boom.

Koopmans, R./Statham, P./Giugni, M./Passy, F. 2003: Contested citizenship. Political contention over migration and ethnic relations in Western Europe (Buchmanuskript).

Portes, A./Landolt, P. 1996 : The downside of social capital. In: *American Prospect* 26, 18-21.

Putnam, Robert D. 1993: Making democracy work. Civic traditions in modern Italy. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert D. 2000: Bowling alone: the collapse and revival of American community. New York: Simon & Schuster.

van Heelsum, A. 2000: Turkse organisaties in Amsterdam. Een netwerkanalyse. Amsterdam, Het Spinhuis.

Vermeulen, F./Berger, M. 2004:.. Organisational networks of Turks in Amsterdam und Berlin compared, 1960-2003. Paper to be presented at the Fifth European Social Science History Conference, Humboldt University, 24-27 March 2004.

Thomas Leif

Weiches Thema – Weiche Politik?

Warum die Engagement-Politik in Deutschland im Schatten steht

Die Politiker sind Schuld. Der schwach entwickelte Gemeinsinn und der Trend zum Eigennutz gehen auf ihr Konto. Dies sagen zumindest die 1006 von Emnid Befragten. Die Meinungsumfrage im Auftrag der Zeitschrift ‚Lenz‘ brachte Anfang 2004 Daten hervor, die die politische Klasse in Deutschland interessieren werden. Die Mehrheit der Bürger beklagt den schwachen Gemeinsinn in Deutschland. 83 Prozent kritisieren, nur der persönliche Profit stehe im Mittelpunkt. 75 Prozent gaben an, dass der moralische Anstand schwinde. Fast zwei Drittel der Befragten wollen trotzdem auf nichts verzichten, um den Land zu helfen.

Nüchterne Daten, die im direkten Kontrast zu den euphorischen Zahlen des von der Bundesregierung finanzierten ‚Freiwilligen-Surveys‘ 1999 stehen. Die genauere Betrachtung dieses Kontrastes zwischen Anspruch und Wirklichkeit staatlich geprägter ‚Engagement-Politik‘ ist aber von großer Bedeutung. Denn wichtige Politikfelder werden sich in den kommenden Jahren fundamental verändern. Gleichzeitig ist nicht zu erwarten, dass für die Ausstattung der Ganztagschulen, den Ersatz für hunderttausend Zivildienstleistende oder die Pflege alter Menschen nennenswerte Etats zur Verfügung stehen werden. Der Fiskus hat seinen Schulden-Zenit erreicht und längst einen Offenbarungseid präsentiert. Trotzdem gibt es keine Antworten auf einen generellen Trend: Der soziale Problemdruck nimmt zu, gleichzeitig sinken die Finanzierungs-Ressourcen. Eine kluge, konzeptionell angelegte ‚Engagement-Politik‘ ist trotzdem nicht einmal in Umrissen zu erkennen.

1 Symbolische Entscheidungen mit hoher Erklärungskraft

Gelegentlich kann eine Entscheidung der Ministerialbürokratie beträchtlichen Schaden in der Öffentlichkeit anrichten. Ein Musterbeispiel für politische Instinktlosigkeit war die von der Bundesregierung nach der Bundestagswahl geplante Abschaffung des Spendenabzugs für Unternehmen. Der Beschluss, im Kleingedruckten des Koalitionsvertrages versteckt, löste einen Sturm der Empörung aus. Sogar der Bundespräsident intervenierte. Nach Angaben des Maecenata Instituts haben Unternehmen im Jahr 2001 rund 600 Millionen Euro für gemeinnützige Zwecke gespendet und diese Ausgaben steuermindernd geltend gemacht. Eine halbe Million Vereine und Organisationen soll von diesen Spenden profitiert haben. Schon bald wurde dieser Beschluss zurückgenommen. Doch es bleibt ein Vertrauensbruch und der Nachweis, dass das Feld der ‚Engagement-Politik‘ von wichtigen Akteuren kompetenzfrei, aber technokratisch ausgeführt wird. Denn alle wohlfeilen Fensterreden der vergangenen Jahre zu *Corporate Citizenship*, zur großen Bedeutung des Ehrenamtes und des lebenswichtigen persönlichen Einsatzes für das Gemeinwohl erschienen als Makulatur. Nichts gelernt nach all den Kongressen, Konferenzen und Reden? Keine Zeile des Berichtes der Enquete-Kommission gelesen? Für die Politik wird es nach solch wechselhaften Schnellschüssen künftig schwieriger werden, die Leistungsbereitschaft der Ehrenamtlichen für Alte, Arme und Ausgegrenzte zu stimulieren.

Mit bemerkenswerter Offenheit hat der hessische Innenminister Volker Bouffier zwei weitere Lebenslügen im Feld der ‚Ehrenamts-politik‘ (un-)freiwillig präsentiert. Auf einer CDU-Veranstaltung in Großlüder beklagte er die gravierenden Nachwuchsprobleme der Freiwilligen Feuerwehr. Wörtlich sagte er: „Zentrales Problem ist es, dass wir in Zukunft noch genügend Leute haben.“ Die im Laufe der Jahre ausgezehrt ehrenamtliche Basis müsse wieder gestärkt werden. „Die Alternative Berufsfeuerwehr sei für die Kommunen nicht zu bezahlen“ (FAZ, 10.10.2002). Damit machte der CDU-Politiker zwei Dinge klar, die von politischer Seite stets bestritten wurden. Erstens: Es gibt Nachwuchsprobleme, obgleich der von der Bundesregierung bestellte ‚Freiwilligen-Survey‘ das krasse Gegenteil ermittelt hat und gebetsmühlenartig wiederholt, dass 34 Prozent der Bevölkerung ehrenamtlich aktiv seien. Zweitens: Bouffier räumte ein, dass die Ehrenamtlichen faktisch ‚Ausfallbürgen‘ für Leistungen sind, die der Staat nicht mehr übernehmen kann. Nicht nur im Feld der Feuerwehren sind die Kommunen künftig überfordert. Der ‚teure‘ Staat, der sich auf eine unkontrollierte, wuchernde Bürokratie stützt, braucht ‚billige‘ Helfer. Bislang war es ein Tabu, den Bürger für Aufgaben der Gemeinschaft zu verpflichten. Von diesem Tabu muss sich die Politik angesichts gravierender Strukturänderungen – etwa im Zivildienst – und der extremen demographischen Herausforderungen nun verabschieden. Alle Akteure wissen dies, aber sie weichen der Wahrheit aus.

Der dritte Komplex der großen öffentlichen Täuschung bezieht sich auf das Engagement der Unternehmen für das Gemeinwohl. Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie hat wiederholt unmissverständlich klar gemacht, dass allein der Staat die Aufgabe habe, das Ehrenamt und seine Strukturen zu fördern. Schließlich zahlten die Un-

ternehmen im ‚Hochsteuerland Deutschland‘ eh schon viel zu hohe Steuern.

Die drei Problemkreise – weitgehende Abstinenz der Unternehmen im Feld der Engagementförderung, Ausnutzen der Ehrenamtlichen für Lücken im Sozialsystem und die halbherzige Ausgestaltung einer Politik für das bürgerschaftliche Engagement – greifen ineinander. Sie bilden die Kulisse für eine moderne Politik nach dem umgekehrten PR-Prinzip: ‚Tue nichts und rede trotzdem darüber.‘

2 Der Bericht der Enquete-Kommission: Dokument des Politikversagens und der Implementierungsschwäche

Eine Enquete-Kommission habe die Aufgabe, das Parlament zu beraten und Handlungsvorschläge zu machen, erläuterte kürzlich ein Lobby-erfahrener Akteur der Berliner Bühne, der sich gleichzeitig der durchaus arbeits- und zeitaufwendigen Enquete-Arbeit unterzogen hatte. Aus Sicht der Akteure, die sich als Teile des langwierigen parlamentarischen Prozesses verstehen, fiel die Bilanz nach über 800 Berichtsseiten überschwänglich aus. Aus Sicht anspruchsvoller zivilgesellschaftlicher Akteure, die mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement ‚mehr Demokratie wagen‘ wollen, muss die Bilanz bescheiden ausfallen. Das eng bedruckte, dünne Papier hat über 180 konkrete Forderungen aufgestellt.

Der Deutsche Bundestag hat – das ist immerhin ein Novum in der Parlamentsgeschichte – einen Unterausschuss des Familienausschusses gegründet, dessen Aufgabe die parlamentarische Umsetzung der Enquete-Empfehlungen ist. Doch hört man bislang überhaupt nichts von der Arbeit dieses Ausschusses. Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission ist gut gemeint und zumeist sorgfältig und ausgewogen dokumentiert. Die Autoren gehen aber von einem fundamentalen

Denkfehler aus, indem sie das Politikfeld als weitgehend konfliktfrei definieren. Hier liegt der Kardinalfehler, weil etwa Spannungen und Auseinandersetzungen um Förderleistungen des Staates, althergebrachte Privilegien und Besitzstände nicht angetastet werden. Viel zu schwach entwickelt ist außerdem die Analyse gut durchdachter Umsetzungsschritte, die kontrolliert vollzogen werden müssten.

Mit der Distanz von fast zwei Jahren kann die Arbeit der Enquete-Kommission daher wohl doch nur noch mit ‚therapeutischen Kategorien‘ bewertet werden, auch wenn man noch auf positive Zeichen des Unterausschusses hoffen mag. „Die Mitglieder der Kommission haben sich selbst fit gemacht, mehr nicht,“ so die nüchterne Bilanz einer führenden Protagonistin in diesem papierverschlingenden Gremium. Auch die fehlende personelle Kontinuität nach der intensiven parlamentarischen Beschäftigung mit dem Engagement der Bürger illustriert die Vernachlässigung des ebenso querschnittigen wie auch in die einzelnen Politikbereiche hineinragenden Politikfeldes. Die bittere Bilanz auch von Mitgliedern dieser Enquete lautet: „Die Politik hat keinen Plan – also kann sie auch keine Ziele erreichen.“

3 Dilemmata der Engagementförderung – eine kritische Bestandsaufnahme in zehn Thesen

Wohin diese weiche Form der politischen Bearbeitung eines wichtigen Zukunftsthemas führen kann, illustrieren die folgenden Thesen. Die generelle Tendenz der wichtigsten Akteure fördert einen Stillstand: Die SPD ist zu stark mit den etablierten Wohlfahrtsverbänden und der Sozialbürokratie verwachsen, um neues zu wagen. Dies gilt zum Teil auch für die CDU, die dem Thema aber insgesamt keine große Aufmerksamkeit widmet. Wie die FDP vertraut sie zudem auf die Regulationsfähigkeit des Marktes und die Dienstleistungen der Privaten.

Die Grünen fallen – ausgerechnet im Feld der Engagementpolitik – weitgehend aus. Gründe dafür sind möglicherweise in der allgemeinen konzeptionellen Schwäche der ‚Bürgerrechtspartei‘ zu finden.

Die Dilemmata lassen sich so zusammenfassen:

1. Die Aktivitäten zum ‚Jahr der Freiwilligen‘ und die damit assoziierten Projekte – etwa der Enquete – folgten weitgehend dem Politikmodell der abgeschotteten Gremienarbeit. Die (versteckten) Konflikte, die mit dem Ausbau der Zivilgesellschaft verbunden sind, wurden nicht offensiv ausgetragen, sondern in vielen Megabyte Text eingeehgt. Ein Konflikt-Thema wurde als Harmonie-Thema verhandelt. Dieser Prozess verhinderte den öffentlichen Diskurs, reduzierte die Spannung und überlagerte die Konflikt-Konstellationen mit Konsensformulierungen, Formelkompromissen und falscher Schwerpunktsetzung, etwa im Feld der Versicherung der Engagierten. ‚Sollkann-müsste-Papiere‘ mit dem Charme einer Steuerklärung entfalten aber keine Begeisterung und fördern keine Mobilisierung. Es ist schon ernüchternd, wie gering die publizistische Resonanz auf den Enquete-Bericht ausfiel.

2. Die Kampagne für das ‚Jahr der Freiwilligen‘ lief stets auf kleinster Flamme; selbst für die Werbung der Riester-Rente – einem Flop – wurde mehr investiert. Die Unsicherheiten, die mit dem Thema verbunden sind, spiegelten sich in halbherzigen Reden, unvollendeten Internet-Auftritten, Pflichtveranstaltungen und kleintütigen Handlungskatalogen wider. Der marginale Umfang einer Kampagne (mit einem guten Slogan) spiegelt immer auch das Anspruchsniveau des Politikentwurfs. Auch im Wahlkampf 2002 und danach spielte das Thema für ‚Rot-Grün‘ fast keine Rolle. Der Grund für diese Irritation ist ganz einfach. Aus dem ‚weichen‘ Thema wurde keine konkrete, griffige Policy-Orientierung abgeleitet. Das vor-

handene Politikprodukt mit Ideen und realistischen Versprechungen war schlicht zu dünn. Es hätte nicht einmal gereicht, um eine ahnungslose Werbeagentur zu *briefen*. Geld war vorhanden, wenn man die Budgets für die stümperhaften Kampagnen aus dem Arbeits-, Bildungs- und Gesundheitsressort vergleicht.

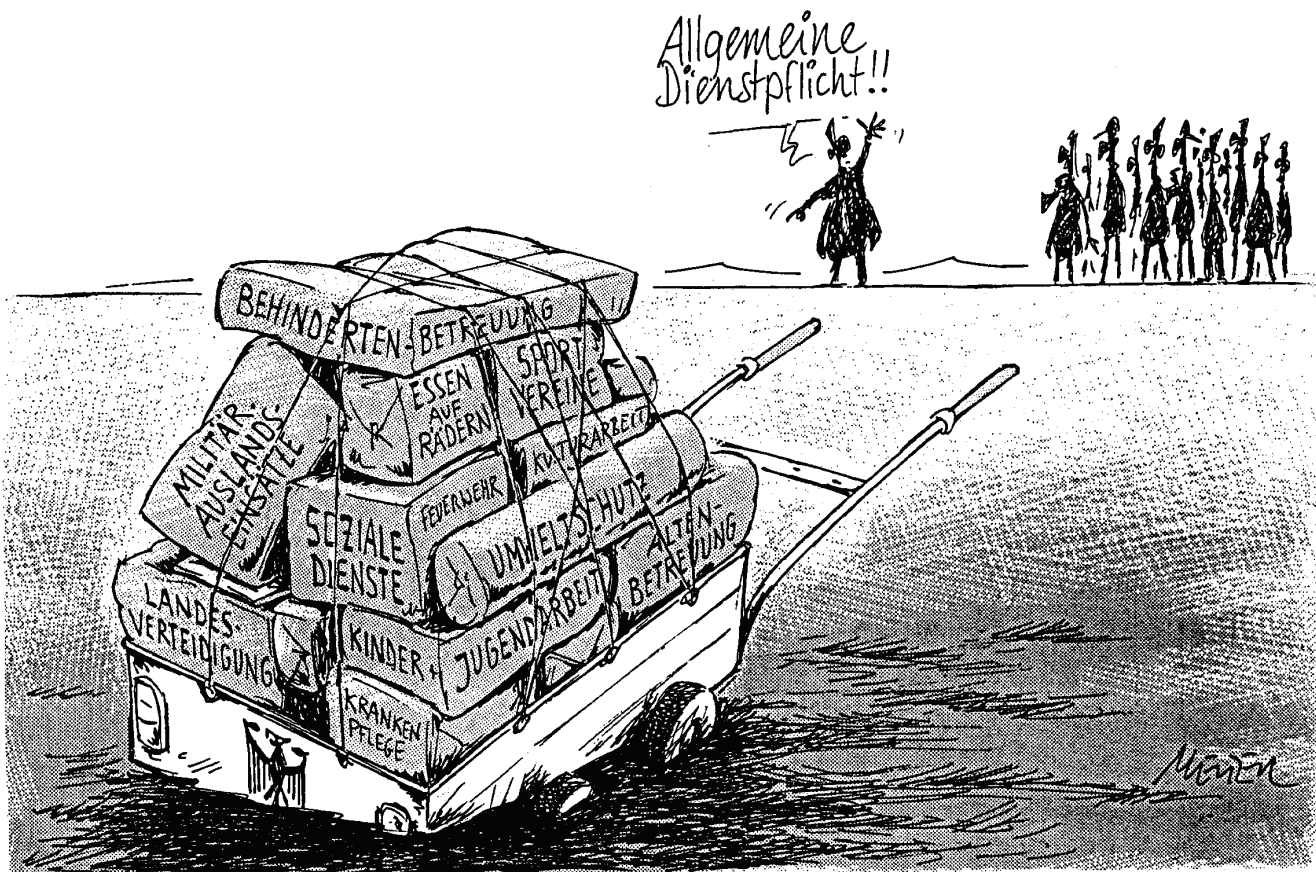
3. Die CDU kritisiert in ihrem wenig inspirierten Sondervotum zum Enquete-Bericht die Staatsfixiertheit der SPD. Ihre Alternative besteht allerdings allein in der Förderung und Absicherung ihrer Milieus und Wählertruppen. Zu diesem Zweck hat sich eine ‚stille‘ große Koalition gebildet, die vermeintlich andere Gestaltungskonzepte vorgibt. Deutschland ist ein vitaler Verbändestaat mit funktionierenden Lobbystrukturen. Die Sportverbände, die Feuerwehr und die Traditions-Organisationen sind das Epizentrum der Freiwilligen-Politiker. Nicht nur die ‚Übungsleiter-Pauschale‘ ist sichtbares Zeichen der Sonderrolle der Sportverbände. Gegen diesen Lobby-Block, auf den sich Funktionäre stützen und ohne den zahl-

reiche Bundestagsabgeordnete nicht überleben könnten, ist kein Kraut gewachsen. Die ‚Schmuddelkind-Behandlung‘ der Freiwilligen-Initiativen zeigt nachdrücklich, dass öffentliche Förderung in Deutschland ein Produkt der harten Lobbyarbeit ist. Dieser Satz gilt offenbar unabhängig von der gerade amtierenden Bundesregierung.

4. Alle soziologischen Studien gehen übereinstimmend von zwei zentralen Befunden zu grundsätzlichen gesellschaftlichen Trends aus:

- der zunehmenden Individualisierung und Vereinzelung sowie
- der Reduktion dauerhafter Organisationsbindungen bei gleichzeitiger Bereitschaft, sich auf sinnvolle Projekte einzulassen, die auch individuelle Vorteile und persönlichen Nutzen bringen (Kontakte, Weiterbildung, Anerkennung, Selbstverwirklichung, Erkenntnisgewinn).

Ausgehend von dieser Situationsanalyse müsste eigentlich die intensive institutionelle Förderung neuer Strukturen – etwa von Freiwilli-



gen-Agenturen – erfolgen. Sinnvoll erscheinen auch kommunal abgestimmte Projekte, die moderne Seniorenzentren und Selbsthilfe-Kontaktstellen integrieren. Dieses wirkungsvolle Triumvirat liegt aber nicht im Interesse der handelnden Akteure, die den Wohlfahrtskuchen schon längst untereinander verteilt haben. Solche neuen Modelle hätten die 39 Gutachten der Enquete anfertigen sollen – stets mit operativem Zuschnitt, mit Praxisrelevanz, mit der Klärung der Blockaden. Man hätte auf bereits vorliegenden Konzepten aufbauen können. Aber all das ist ‚Politik im Konjunktiv‘. Der Einfluss der mächtigen Verbände der Bürgergesellschaft blieb nicht ohne Wirkung.

Die gleichen Mechanismen sind übrigens bei der Konstitution neuer Netzwerk-Strukturen festzustellen. Die etablierten Organisationen wollen die neuen Akteure des 2002 gegründeten ‚Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement‘ (BBE) in eine Randstellung drängen. Ihnen ist wenig an einem starken Netzwerk im politischen Raum gelegen, das sie nicht verbandspolitisch kontrollieren können. Wie es aussieht, könnte dies ihnen auch gelingen. Da die Engagement-Förderung an Standing in der Bundespolitik zu verlieren scheint, hat das BBE für Oktober 2004 eine ‚Woche des Engagements‘ angekündigt. Die politische Agenda der 140 Mitglieder hat sich auf 15 Handlungsschwerpunkte konzentriert, deren Umsetzung schon sehr vieles bewegen könnte. Doch die auch in der Agenda des BBE durchschimmernde Konsensorientierung der Akteure könnte die Kreativität und Handlungsfähigkeit behindern. Da sich das BBE als ein ‚trisektorales‘ Netzwerk von Akteuren aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft gegründet hat, könnte es für die in Kauf genommene interne Heterogenität mittelfristig einen hohen Preis zahlen: den Preis der selbst verschuldeten Einflusslosigkeit. Besonders pikant ist, dass einzelne Agentur-Vertreter im Netz-

werk durchaus eigene ökonomische Interessen vertreten.

5. Die wesentlichen Konfliktzonen im Feld der Engagement-Politik sind längst bekannt und werden so auch im BBE, wenn auch zu weich und unverbindlich, thematisiert: Stellvertretend seien hier nun einige wesentliche Bereiche genannt:

- a) der Konflikt zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen. In einer Studie hat die Hans-Böckler-Stiftung in NRW den gleichen Anteil von Haupt- und Ehrenamtlichen etwa im Bereich der Arbeiterwohlfahrt ermittelt. Viele Hauptamtliche empfinden selbstbewusste Engagierte als Konkurrenten, die leise ‚entsorgt‘ werden.
- b) die Unbeweglichkeit von Wohlfahrtsverbänden und Kommunen, die neue Akteure des bürgerschaftlichen Engagements als Gegner im Förder-Dschungel behandeln. Der Krieg um die Fördertöpfe lähmt seit Jahren die Innovation.
- c) die Tatsache, dass viele Städte nichts unternehmen, um das Engagement der Freiwilligen zu fördern. Zahlreiche Studien haben ein einhelliges Ergebnis zu Tage befördert. Die Städte, die etwas tun, sind auch erfolgreich: D.h. Förderstrukturen haben mit Nachhaltigkeit und Management zu tun. Die Stadt München hat bewiesen, dass allein durch die Verbesserung der Informationsangebote und die Vermittlung von Interessierten viel bewegt werden kann. Baden-Württemberg wird zu Recht als vorbildlich hervorgehoben. Alle Bundesländer hinken weit hinter diesem Bundesland hinterher. Auch das Land Hessen bemüht sich um eine nachhaltige Förderung. Niedersachsen verfügt wenigstens über einen Business-Plan in diesem Politikfeld. Damit ist wenigstens im Ansatz ein nachvollziehbares Leistungsversprechen der Politik im Raum. Dies müsste der Mindeststandard aller Bundes-

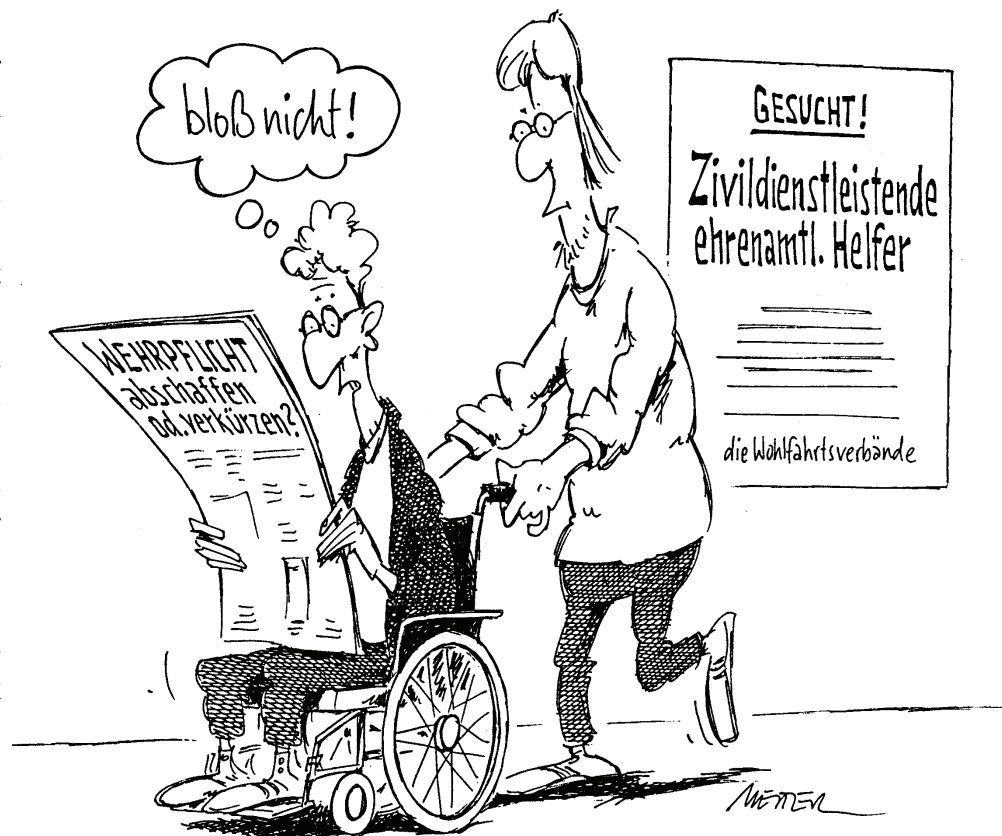
länder sein. Wo ein Wille ist, wäre ein Weg. Aber meist gibt es keinen Willen.

- d) Die unausgesprochene Wahrheit, dass die Akteure der Zivilgesellschaft einer anderen Handlungslogik folgen als die Akteure der Parteiendemokratie. Nüchtern und ehrlich hat dies der frühere Bundesgeschäftsführer und heutige Werbemanager Matthias Machnig einmal öffentlich erklärt; bei den meisten anderen Akteuren auf der politischen Bühne wird dieses Faktum zwar genauso gesehen, aber nicht ausgesprochen.
- e) die Skepsis gegen die Zivilgesellschaft und damit verbundene Ansprüche nach mehr politischer Gestaltungsmacht, auch nach mehr direkter Demokratie. Diese werden allgemein im etablierten Politikbetrieb mit großer Zurückhaltung aufgenommen. Es wird zwar viel von *e-democracy* geredet und geschrieben. Aber dieser Zug der Verwaltungsmodernisierung wird nie in Verbindung mit einer demokratischen Ausweitung von Bürgerrechten diskutiert. Auch die Verwaltung ist der natürliche Feind von unbürokratisch gestalteten, offenen Bürgerstrukturen. Allen Insidern ist dieser Konflikt bekannt. In offiziellen Reden wird dieses KonflikttHEMA gezielt verschwiegen (vgl. Newsletter der Bertelsmann-Stiftung zu *e-democracy*). Glaubwürdige Engagement-Politik hat immer ein Spiel- und ein Standbein. Die Ausweitung demokratischer Mit-

wirkung jenseits der etablierten Strukturen gehört ohne Zweifel unverzichtbar zur Engagement-Politik dazu.

- f) Die Konfrontation der meist passiven Wirtschaft mit der nahe liegenden Forderung, mehr für das Gemeinwohl zu tun, unterbleibt aus Angst vor der offensiven Auseinandersetzung. Die Wirtschaft nutzt das Thema Engagement zu Werbezwecken und als Animationsfeld für eine moderne Personalentwicklung. Alle Studien belegen den Handlungsbedarf – seit Jahren.

6. Alle reden vom Mythos des *Corporate Citizenship* (CC) und schwärmen vom Engagement der Unternehmer für die Gesellschaft. Jahrelang wurde Politik der devoten Träume betrieben – nach dem Motto: Nichts fordern, (vielleicht) etwas bekommen. Die Zeitschrift Wirtschaftswoche hat es vorzüglich verstanden, dieses Thema zusammen mit den Arbeitgeberverbänden als PR-Plattform für eine neoliberale Wirtschaftspolitik zu nutzen. Redner



vom Schlage Guido Westerwelle – die Priester der Ego-Gesellschaft – halten hier die Festreden; auch das BBE schweigt dazu.

Viele Unternehmer sehen in CC nur ein Konzept moderner PR im Zeitalter von *shareholder value*. Auf einem Forum von Wirtschafts-Ethikern wurde dieser Sachverhalt von vielen Praktikern bestätigt. Soziales Engagement wird nur demonstriert, wenn es in ein PR-Anliegen passt. 46 Prozent der Unternehmen antworteten auf die Frage „Warum betreiben Sie Schulsporing?“, dass die damit ihr Image verbessern wollen. 74 Prozent wollen die „Ansprache jungen Zielgruppen“ befördern (vgl. Wirtschaftswoche, 30.5.2002). Politik geht also auch hier von falschen Rahmendaten aus. Die Realitäten sind klar benannt: Solange die Unternehmen soviel Steuern zahlen, kann man kein weiteres Engagement fordern, wie der BDI-Präsident immer wieder betont.

7. Allen Papieren und Dokumenten zur Engagementpolitik fehlen konkrete Handlungsanweisungen. Die Kluft zwischen Reden und Handeln ist groß. Die Chance etwa, die gesellschaftlichen Organisationen ‚freiwillig-tauglich‘ zu machen, wird nicht detailliert durchgearbeitet. Es mangelt also an guten Regieanweisungen für den Handlungsvollzug. Auch die 15 Punkte des BBE zu Programm und Zielen sind nicht hinreichend umsetzungsorientiert durchbuchstabiert (vgl. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 4/2003: 95 ff.). Ein Fallbeispiel: Alle Organisationen und Verbände in Deutschland haben bei der Integration von Migranten über Jahre auf ganzer Linie versagt; gegen diese Tatsache formulierte Zielvorstellungen bleiben ohne nachvollziehbare Umsetzungsschritte bloße Forderungen und nicht wirksam für die politische Praxis. Das gleiche gilt für das Anwachsen der rechtsextremen Szene nicht nur in Ostdeutschland. Vielerorts sind die Neonazis die prägende Jugendkultur. Warum wurden hier nicht konkrete Politik-Modelle präsentiert, die auf-

zeigen, wie in großem Stil Kooperationsbeziehungen hergestellt und neue Förderstrukturen angelegt werden können, um damit tatsächlich innovativ zu wirken? Der vorhandene Förderdschungel nach Gießkannenprinzip entspricht jedenfalls nicht sinnvollen, nachvollziehbaren Kriterien. Der Magdeburger Sozialwissenschaftler Roland Roth hat mit seiner kritischen Analyse der ‚Projekte gegen Rechts‘ im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung bewiesen, dass nüchterne Analyse ein Umdenken bewirken kann. Seine Defizitanalyse in einem Feld könnte als Folie für alle genannten Engagement-Felder dienen. Die Bilanz seiner schonungslosen Analyse hat er im Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (4/2003) veröffentlicht.

Aber bürokratische Apparate lernen nur langsam. Trotz detailliert dokumentierter Kritik wird 2004 der ‚Freiwilligen Survey‘ im alten Design wiederholt. Die Bundesregierung wird ‚ihre‘ Zahlen bekommen; die Verbände werden sich die Hände reiben. Aber die Ergebnisse sind hohl und werden – angesichts vorliegender Analysen – kaum mehr zu legitimieren sein. Der Bedarf an Längsschnitzahlen auch auf individueller Basis mag zwar für Empiriker begründet sein, doch ohne energische Forschungen entlang organisationsbezogener Daten werden die bereits an der Anlage des 1. Freiwilligen Survey kritisierten Defizite nicht beseitigt, sondern schlicht neu aufgelegt. Damit ist alles darauf angelegt, die gravierenden Probleme der Organisationen der Bürgergesellschaft mit wegbleibenden Engagierten auszublenden.

8. Besonders konkret sind die Handlungsempfehlungen der Politik stets, wenn es um Steuererleichterungen und Versicherungen geht. Hier kam es immer wieder zu Vorteilen für einige mächtige Organisationen und zur Benachteiligung anderer (schwacher) Gruppen. Gerechtfertigt war dies nicht, für Freiwillige deshalb auch nicht überzeugend. Immerhin legt jetzt

Rheinland-Pfalz ein Landesversicherungsangebot auf, das gerade die unorganisierten Initiativen erreicht.

9. Die bisherigen Facetten der Engagement-Politik, unter anderem der Enquete-Kommission, wurden im Wesentlichen akademisiert behandelt. Die wahre Chance bestünde aber in einer positiven Emotionalisierung, einer Begeisterung für die Sache. Die wenigen sinnvollen Ansätze mit der bescheidenen Förderung der Freiwilligen-Dienste, der Stiftungskultur oder der avisierten Volksentscheide sollen nicht unterschlagen werden. Aber sie sind zu zaghaft, zu verhalten, zu halbherzig. Diese Halbherzigkeiten, wie beim von allen Parteien gezielt blockierten Informationsfreiheitsgesetz, folgen durchaus einem rationalen Kalkül und einem stillen Angstmuster: Nämlich der Angst, die Abgabe von Macht an die Zivilgesellschaft führe zur Schwächung der etablierten Politik. Um diese drohende ‚Umverteilung von Macht‘ in Grenzen zu halten, entscheiden sich die meisten Akteure noch für das skizzierte Modell der ‚weichen Politik‘. Angesichts der bedrohlichen Entfremdung zwischen Bürgern und etablierte Politik und dem ständig steigenden Anteil von Nichtwählern ist die Zeit reif, sich von überholten Betrachtungsmustern zu verabschieden.

10. Das natürliche Konfliktmuster zwischen parlamentarischer Demokratie, die vor vielfältigen Herausforderungen steht, und der (wachsenden) Zivilgesellschaft ist, anders als von der Enquete-Kommission und dem BBE offen und versteckt formuliert, nicht konfliktfrei. Um eine vernünftige Basis der Weiterentwicklung von Demokratie und der Stärkung der Bürgergesellschaft zu finden, benötigen wir eine schonungslose Kritik der bekannten Versäumnisse: Angefangen bei der schrumpfenden innerparteilichen Demokratie, den Defiziten der politischen Klasse und den Effizienzproblemen des parlamentarischen Betriebs. Auf diese Inventur – als Basis und Geschäftsgrundlage –

verzichten die Akteure in der Engagementpolitik aber. Hätten sie ihre Aufgabe offensiv verstanden, wäre das politische Umfeld, das Engagement behindert oder auch ermöglicht, besser ausgeleuchtet worden. Aber selbst das zuständige Ministerium unter Renate Schmidt betont immer wieder, dass man sich allein auf den Familienbereich konzentrieren will. Die übrigen Themen des Ministeriums würden nachgeordnet bearbeitet. Die kleine Engagement-Politik-Gruppe im Ministerium wird gar aufgelöst – das federführende Ministerium enthauptet sich in der Engagement-Politik selber (und brüskiert dabei die SPD-Bundestagsfraktion und den von ihr eingesetzten Unterausschuss), anstatt die Querschnittsteuerung zu verstärken. ‚Weiche Politik‘ als unwichtige Politik und Politikaufgabe? Da liegt der Verdacht nahe, dass der Ruf nach der Bürgergesellschaft allzu oft ein Ruf nach dem Ausfallbürgen ist, der Aufgaben übernehmen soll, die der Staat nicht mehr finanzieren kann, weil er über seinen Verhältnissen gelebt hat. Dieser vermutete Trend hat sich durch die Verschuldungssituation nach der jüngsten Bundestagswahl noch einmal erheblich verstärkt.

Offenheit, Kritik und neu gewonnene Perspektiven sind also unerlässlich, wenn eine aktive Bürgergesellschaft florieren soll. Bürgerschaftliches Engagement wird in Deutschland seit Jahren aber nur in bürokratischen Grenzen gedacht und auf Kongressen wortreich zelebriert. Die Reden des Kanzlers zu diesem Thema waren gut. Aber sie waren auch folgenlos. Die Analyse dieser Redezyklen macht eines ganz deutlich: Es gibt kein stringentes Konzept für die Engagementpolitik in Deutschland. Es gibt keine klaren Konturen für die Akteure. Und es gibt keine Kontinuität in der Förderung bürgerschaftliches Engagement.

Dr. Thomas Leif, Journalist, Mit-Herausgeber des Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen.

FORSCHUNGSBERICHT

Viel Lärm um nichts?

Zur Rezeption der Studie
'Jugendarbeit in Sportvereinen:
Anspruch und Wirklichkeit'

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat keine sportwissenschaftliche Studie eine ähnliche öffentliche Resonanz erfahren wie die Paderborner Studie über die Wirksamkeit von Sportvereinen und ihre Jugendarbeit auf die Entwicklung von Jugendlichen. Die ungewöhnliche Rezeption der Studie und die damit verbundene Wirkung, die sie bisher erzielt hat, bilden den Anlass für eine Rückschau aus der Sicht des verantwortlichen Leiters der Studie. Dabei geht es nicht um eine detaillierte Einzelauseinandersetzung mit vorliegenden Stellungnahmen, Gutachten oder Anmerkungen zur Studie; stattdessen wird der Versuch unternommen, nach Erklärungen für die Reaktionen der Sportorganisationen – von den ersten Irritationen bis zum konstruktiven Umgang mit der Studie – zu suchen und auf einige der vorgetragenen Kritikpunkte einzugehen.

Gegenstand, Ziel und Anlage der Studie

Anlass für die Vergabe der Studie war das Interesse des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums, die Jugendarbeit der Sportvereine auf den Prüfstand zu stellen. Diese Überprüfung und Bewertung der Leistungen sollte an den selbstformulierten Ansprüchen des organisierten Sports gemessen werden. Gefragt war folglich – und dieser wichtige Unterschied wurde in den kritischen Stellungnahmen vielfach übersehen – keine populationsbeschreibende Untersuchung der üblichen Art, sondern eine Evaluationsstudie.

Auf der Basis bewährter Konzepte der sozialökologisch und sozialisationstheoretisch orientierten Jugendforschung wurde ein theo-

retischer Bezugsrahmen entwickelt, der das jugendliche Individuum in der aktiven Auseinandersetzung mit seiner Umwelt als Gestalter der eigenen Entwicklung sieht.

Um nun Aussagen zur Entwicklung des Sport- und Vereinsengagements der Jugendlichen, zu ihrer körperlichen Aktivität und motorischen Leistungsfähigkeit, ihrer psychosozialen Gesundheit und ihren sozialen Netzwerken machen zu können, wurden zwischen 1998 und 2000 ca. 1500 12-18jährige Hauptschüler und Gymnasiasten mit Hilfe motorischer Tests, Fragebogenerhebungen und qualitativer Interviews in einem etwa einjährigen Abstand dreimal untersucht. Das aufwändige Design der Studie ermöglichte die Erhebung von Längsschnittdaten zur intra-individuellen Entwicklung der Heranwachsenden im physischen und psychosozialen Bereich sowie einen Vergleich zwischen Sportvereinsmitgliedern und solchen Jugendlichen, die außerhalb von Vereinen sportlich aktiv sind.

Die Untersuchung sieht den Sportverein als nach wie vor unumstrittene Nummer eins der Jugendorganisationen und bescheinigt ihm seine herausragende Leistung zur Integration der Heranwachsenden in die Gesellschaft. Für die Entwicklung der motorischen Leistungsfähigkeit, die mit Hilfe allgemeiner motorischer Tests gemessen wurde, lautet das Ergebnis: Sportvereinsmitglieder weisen im Durchschnitt die besseren Ausgangs-, oftmals auch die besseren Abschlusswerte auf; signifikante Entwicklungsunterschiede zugunsten der Vereinsjugendlichen lassen sich jedoch nicht feststellen. Offenbar gelingt es den Sportvereinen, motorisch begabte Kinder zu rekrutieren und eine Zeit lang an sich zu binden; der Nachweis besonderer Entwicklungsfortschritte hinsichtlich motorischer Leistungsfähigkeit auf Seiten der Vereinsjugendlichen kann nicht erbracht werden.

Die Entwicklung der psychosozialen Gesundheit der Heranwachsenden wurde mit Hil-

fe eines vielfältigen Variablengeflechts – Selbstkonzept mit seinen kognitiven, sozialen, emotionalen und körperlichen Dimensionen, psychosomatische Beschwerden, Konsum legaler und illegaler Drogen, Gewalt und Gewaltbereitschaft – in differenzierter Weise untersucht. Nachhaltige Entwicklungen, die sich als eindeutige Effekte der Vereinszugehörigkeit erklären lassen, sind weder in negativer noch in positiver Sicht feststellbar. Positive Wirkungen des Vereins, wie sie in den selbstformulierten Ansprüchen des organisierten Sports und den von der Politik in die Vereine gesetzten Erwartungen zum Ausdruck kommen, können nicht nachgewiesen werden. So viel zu den Ergebnissen der Studie. Nun zu ihrer Rezeption.

Die Studie in der medialen Berichterstattung

Lokale und überregionale Zeitungen, einschließlich des deutschsprachigen Auslands, nahmen sich der Studie und ihrer behandelten Thematik kommentierend an – und schienen sich dabei nicht selten im Erfinden aufreißerischer Schlagzeilen übertreffen zu wollen. Besondere und wiederkehrende Aufmerksamkeit erfuhr dabei die Untersuchung zum Alkoholkonsum im Verein, insbesondere in den Fußballjugendabteilungen, deren Ergebnisse zwar niemanden überraschten, die aber offenbar öffentliches Interesse garantierten. Der ersten Aufgeregtheit folgte recht bald eine Phase der sachlichen Auseinandersetzung. Vor allem die Beiträge und Kommentare in den großen überregionalen Zeitungen machten deutlich, dass das zentrale Ziel der Studie erkannt war und offenbar auch mitgetragen wurde: Nicht das pädagogische und soziale Potential der Sportvereine sollte in Frage gestellt werden, wohl aber Versuche, dem Sportverein die Lösung gesellschaftspolitischer Probleme aufzubürden, mit der er unter den gegebenen gesellschaftlichen und vereinsstrukturellen Bedingungen überfordert ist.

Reaktionen in den Sportorganisationen und in der Sportpolitik

Verständlicherweise war die Irritation bei den Sportorganisationen zunächst groß; es folgte dann aber recht schnell und für viele auch überraschend ein zugleich offensiver wie auch behutsamer und konstruktiver Umgang mit den Befunden. Der am stärksten betroffene Landessportbund NRW gab Gutachten in Auftrag, um die Seriosität der Studie prüfen zu lassen, führte erläuternde Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen und Expertengespräche durch. Eine aufwändig gestaltete Broschüre mit einer Kurzdarstellung der Untersuchungsergebnisse sowie den in Auftrag gegebenen Gutachten und Pressereaktionen wurde veröffentlicht. DSB-Präsidium, Präsidien einflussreicher Spitzenverbände und die Deutsche Sportjugend gaben Stellungnahmen heraus, die durch Sachlichkeit und Nachdenklichkeit gekennzeichnet waren und zudem den Willen erkennen ließen, die Ergebnisse der Studie konstruktiv zu wenden. Versuche, die Ergebnisse zu bagatellisieren, zu ignorieren oder sie in Frage zu stellen, waren eher die Ausnahme.

In ähnlicher Weise verhielt sich die Sportpolitik. Der Sportminister des Landes NRW stellte sich hinter die Studie und bekannte sich zu einer engen Partnerschaft mit dem organisierten Sport. Die Sportausschüsse des Landtages NRW und des Deutschen Bundestages befassten sich in Anhörungen mit den Untersuchungsergebnissen. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung interpretierte die Befunde der Studie nach anfänglichen Irritationen als ‚Steilvorlage‘, um die eigenen und gemeinsam mit den Sportorganisationen durchgeführten Aufklärungsbemühungen und Kampagnen zur Gewalt- und Drogenprävention zu unterstützen.

Die Rezeption in der Sportwissenschaft

Ein Fazit bezüglich der bisherigen sportwissenschaftlichen Kritik an der Studie fällt (vor allem dem Verfasser) naturgemäß schwer. Zu

unterschiedlich sind die Ansätze und Zielsetzungen und wohl auch die Motive der einzelnen Stellungnahmen. Insgesamt ist die Kritik als fair, angemessen und ausgewogen zu werten. Der theoretische Ansatz der Studie und das Untersuchungsdesign einschließlich der gewählten Auswertungsstrategie werden nicht in Frage gestellt. Wohl aber gibt es in einzelnen Punkten Kritik, die in der Sicht des verantwortlichen Berichterstatters z.T. berechtigt ist, z.T. aber der Korrektur bzw. Relativierung bedarf. Im Folgenden wird auf eine detaillierte Auseinandersetzung mit Einzeleinwänden verzichtet. Stattdessen wird verallgemeinernd auf einige derjenigen Punkte Bezug genommen, die Gegenstand kritischer Rückfragen waren.

Zum Ansatz und Design der Studie

Die Studie zur Jugendarbeit im Sportverein erweitert die Tradition der bisher durchgeführten sportbezogenen Jugendforschung in einem ganz wesentlichen Punkt: Die vorliegende Untersuchung ist als Evaluationsstudie konzipiert. Sie zielt darauf ab, die Wirksamkeit der Jugendarbeit in Sportvereinen für die Entwicklung von Heranwachsenden zu überprüfen. Gefragt wird folglich im Sinne einer unspezifischen Hypothese, ob das systematisch angeleitete, vereinsgebundene Sportengagement, das als ‚treatment‘ zu verstehen ist, zu Veränderungen in ausgewählten Aspekten der Entwicklung von Heranwachsenden führt und somit Mitglieder in Sportvereinen von solchen Jugendlichen zu unterscheiden vermag, die ihren sportlichen Aktivitäten ohne Vereinszugehörigkeit nachgehen.

Stichproben und Reliabilität der Daten

Ein weiterer Punkt der Kritik gilt dem Umfang der Stichprobe bzw. der Stichprobenmortalität. Auch in diesem Punkt liegt ein Missverständnis hinsichtlich der Besonderheiten von Längsschnittstudien vor. Bei der Studie handelt es sich um eine Längsschnittuntersuchung

mit drei Messzeitpunkten über einen Untersuchungszeitraum von etwa zwei Jahren. Eine ganz wesentliche Forderung an längsschnittlich angelegte Studien lautet, die zentralen Gruppierungsmerkmale der Stichprobe über den Untersuchungszeitraum konstant zu halten. Für die Vereinsstudie resultiert aus dieser Forderung, dass der in der ersten Erhebungswelle bei den Probanden festgestellte Vereinsstatus über den gesamten Untersuchungszeitraum unverändert bleiben musste. Angesichts der dokumentierten hohen Fluktuationsrate von etwa 58%, also der Bei- und Austritte in und aus dem Verein im Untersuchungszeitraum, ist es erwartungskonform, dass von den Befragten der ersten Erhebungswelle nur ein Drittel dem Kriterium Vereinsstatus an allen drei Messzeitpunkten genügte und somit in den ‚echten‘ Längsschnitt einbezogen werden konnte. Wir haben es folglich nicht mit einer Studie zu tun, die eine hohe Drop-out-Quote zu beklagen hat, sondern im Gegenteil mit einer Untersuchung, in der einerseits die Verlustrate pro Erhebungswelle äußerst gering ist und andererseits ein gleichermaßen sorgfältiges wie rigides Datencleaning zu der beschriebenen Stichprobenmortalität führen musste.

Das Operationalisierungsproblem

Die in der Paderborner Studie vorgenommene Differenzierung in ‚(Auch-) Vereinssportler‘ und ‚(Nur-)Freizeitsportler‘ wird als zu grob und die Operationalisierung des jugendlichen Sportengagements als unbefriedigend angesehen. Dass die Operationalisierung des Sportengagements ein wichtiges (und bisher nicht befriedigend gelöstes) Problem darstellt, ist unstrittig. Das Sportengagement von Heranwachsenden ist sicher nicht nur durch den Vereinsstatus der Jugendlichen, sondern vielmehr durch Umfang, Häufigkeit und Intensität ihres Sporttreibens, aber auch durch die jeweilige Sportart, das eigene Sportverständnis und die subjektive Bedeutungszuschreibung zu bestim-

men. Allerdings war dem Auftraggeber der Studie daran gelegen, etwas über die Wirksamkeit der Jugendarbeit in den Sportvereinen Nordrhein-Westfalens zu erfahren. Zur Befriedigung dieses Interesses ist die Angabe von deskriptiven Daten und Mittelwerten zunächst eine durchaus geeignete Option. Dass Extremgruppenvergleiche – wie angemahnt – zusätzliche und differenziertere Informationen liefern können, ist ohne Zweifel zutreffend. Nicht ganz zutreffend ist es dagegen, wenn als Begründung für die Notwendigkeit der genaueren Operationalisierung die Buntheit und Heterogenität der Vereinslandschaft und des damit verbundenen vielfältigen Sportengagements angeführt wird. Das von den Kritikern gezeichnete Bild vom Vereinsspektrum, das einerseits den Verein umfasst, der sich mit 30 Jugendmannschaften dem Nachwuchsleistungstraining verschreibt, und andererseits den kleinen Reiterhof, der seine Jugendlichen einmal pro Woche zur Übungsstunde einlädt, wirkt keineswegs so nachhaltig, wie es die plakative Illustration suggeriert. Wie auch die jüngste FISAS-Studie belegt, sind etwa 80% der Vereinsjugendlichen in Sportspielmannschaften engagiert, so dass sich die statistische Auswirkung der bunten Vereinslandschaft und ‚extremen‘ Sportbeteiligung in durchaus erträglichen Grenzen halten dürfte.

Motorische Leistungsfähigkeit und Alkoholkonsum

Verständlich und teilweise auch berechtigt ist die Kritik an der Wahl der Instrumente zur Überprüfung der Entwicklung der motorischen Leistungsfähigkeit. Allgemeine motorische Tests zur Überprüfung spezifischer motorischer Fähigkeiten sind nur bedingt tauglich. Schwimmer sind demzufolge anhand schwimmspezifischer, Sportspieler anhand sportspielspezifischer und Sprinter anhand sprintspezifischer Tests hinsichtlich ihrer motorischen Leistungsfähigkeit zu überprüfen.

Diese Forderung ist einsichtig und wird geteilt. Akzeptiert wird ebenfalls der kritische Hinweis auf Motivationsverlust bei der Durchführung der Tests vor allem auf Seiten der älteren Jugendlichen.

Nicht nachvollziehbar ist der Vorwurf, die Darstellung der Befunde impliziere eine Verwischung von Annahmen und empirischen Feststellungen. Dieser Kritikpunkt scheint insofern unberechtigt, als die Autoren der Studie nachdrücklich und wiederkehrend darauf hinweisen, dass angesichts des multifaktoriellen Zusammenhangs von Sportengagement und jugendlicher Entwicklung unidirektionale Wirkungen nicht zu erwarten und monokausale Erklärungen fehl am Platz seien. Selbst bei eindeutiger Befundlage und statistischer Absicherung werden vorschnelle Interpretationen vermieden; wiederkehrend wird auf die wünschenswerte Ergänzung durch kontrollierte Längsschnittuntersuchungen verwiesen. Das Prinzip der durchgängig auferlegten Zurückhaltung wird auch nicht durch das Vorgehen aufgegeben, Faktoren oder Cluster mit vereinfachenden und (möglicherweise übertrieben) pointierten und plakativen Überschriften zu versehen. Ärgerlich und unredlich ist es, wenn die Vorlage differenzierter und statistisch abgesicherter empirischer Befunde zum Drogenkonsum jugendlicher Fußballer von der Kritik als billiges Ausnutzen der Daum-Affäre abgetan und zudem suggeriert wird, in der Studie würden Fußballer als ‚trinkfeste Raucher und Meister der Drogenszene‘, als ‚Schnapsnasen‘ und Angehörige von ‚Ecstasy-Clubs‘ dargestellt. Dies ist schlichtweg nicht der Fall. Auch für die Fußball-Teilstudie wird beansprucht, dass sie sorgsam in der Analyse, zurückhaltend in der Interpretation und konstruktiv in der Empfehlung ist.

Flankenschutz durch aktuelle Studien
Zeitgleich mit der bzw. kurz nach der Paderborner Studie sind Untersuchungen erschienen,

die verwandte Themen bearbeiten und Aussagen treffen, die im Kontext der eigenen Studie bemerkenswert sind und diese in ihrer Aussage stützen. Zum einen handelt es sich um die Studie von V. Rittner und C. Breuer zur sozialen Bedeutung und Gemeinwohlorientierung des Sports (2000) und zum anderen um die Habilitationsschrift von A. Conzelmann (2001) zum Zusammenhang von Sport und Persönlichkeitsentwicklung. Die erste Studie kommt nach einer eindrucksvollen Identifikation von Leistungen des organisierten Sports zu der Feststellung, dass viele populäre Annahmen und Erwartungen hinsichtlich der Wirksamkeit des Sports keineswegs als erwiesen gelten können, weil sich zwar enge Zusammenhänge zwischen Vereinszugehörigkeit und normkonformen Persönlichkeitsmerkmalen zeigen, angesichts fehlender Längsschnittstudien allerdings nicht entschieden werden können, ob es sich bei den Entwicklungsmerkmalen um Wirkungen oder Determinanten sportlicher Aktivität handelt, sich hinter den Korrelationen also Sozialisations- oder Selektionseffekte verbergen. Die Paderborner Studie zur Jugendarbeit trägt zumindest ansatzweise dazu bei, das beklagte Defizit zu beheben.

Im abschließenden Fazit seiner Lebenslaufanalysen von Olympiasiegern stellt Conzelmann fest, dass selbst ein so extrem ausgeprägter Sozialisationsfaktor, wie ihn eine Hochleistungssportkarriere darstellt, kaum Effekte auf die Persönlichkeitsentwicklung zeigt. In konstruktiver Perspektive empfiehlt er, überschaubare Teilkonstrukte von Persönlichkeit detailliert zu untersuchen. Dies tut R. Heim (2000) in seiner Habilitationsschrift zur Selbstkonzeptentwicklung bei jugendlichen Hochleistungssportlern. Er kommt zu dem Ergebnis, dass hochleistungssportliches Engagement einerseits kein erhöhtes Risikopotential für die jugendliche Entwicklung darstellt, andererseits aber auch positive Wirkungen auf das Selbstkonzept nicht eindeutig nachweisbar sind.

Wenn nun schon das ‚treatment‘ Hochleistungssport keine Effekte zeitigt, ist es dann eigentlich überraschend, dass der Wirksamkeitsnachweis der Jugendarbeit von Sportvereinen nicht erbracht wird?

Fazit

Eine Bemerkung und eine Frage sollen das Statement zur Rezeption der Paderborner Studie abschließen. Um ihre Einschätzung der Situation der Jugendforschung in Deutschland gebeten, lobt M. du Bois-Reymond die Potenz der deutschen Jugendforschung, beklagt zugleich ihre selbstgewählte nationale Isolation und Immunisierung gegenüber Befunden aus anderen Ländern und verbindet damit die Forderung nach mehr Internationalität und interkultureller Orientierung (Merkens/Zinnecker 2001, S. 381). Diese Feststellung trifft ohne Einschränkung auch für einem Großteil der sportbezogenen Jugendforschung in Deutschland zu. Vertrautheit mit internationalen Befunden hätte helfen können, die anfänglich auch in Teilen der sportpädagogischen Jugendforschung vorhandene Aufgeregtheit zu mindern oder zu vermeiden. Die in der letzten Zeit erschienen internationalen Beiträge und Reviews kommen (in verblüffender Übereinstimmung) zu einer eher zurückhaltenden Einschätzung hinsichtlich der proklamierten positiven Effekte sportlicher Aktivität auf das psychosoziale Wohlbefinden.

Manchen Kritiker hat die Popularität, die der Studie in den Medien zuteil wurde, gestört. Einigen war auch die Personalisierung der Untersuchung und ihre Etikettierung als ‚Brettschneider-Studie‘ ein Dorn im Auge. (Entgegen der Annahme eines Kritikers ist diese Entwicklung vom Leiter der Studie wirklich nicht zu verantworten.) Die kritischen Stellungnahmen kommen zu dem abschließenden Fazit, dass die Befunde allein aus theoretischen Erwägungen nicht anders hätten ausfallen können. Der Sportverein stellt eben keine Insel der Seligen

dar, der sich gegenüber gesellschaftlichen Verpflichtungen und Entwicklungen nicht zu immunisieren vermag. Also viel Lärm um nichts?

In ihrer inhaltlichen und methodologischen Ausrichtung – Theorieorientierung, Längsschnittdesign, Datenerhebung durch objektive Messung und Selbstauskunftsverfahren, Kombination quantitativer und qualitativer Verfahren, mehrfaktorielle Varianzanalyse mit Messwiederholung als Auswertungsstrategie – verlässt die Studie bekannte Bahnen. Sie geht im Vergleich zu thematisch ähnlich gelagerten Untersuchungen neue Wege und markiert damit in gewisser Weise eine qualitative Neuorientierung der sportbezogenen Jugendforschung. Dass mit einem solchen Schritt auch Risiken verbunden und kleinere Fehler unvermeidbar sind, weiß jeder, der sich auf ein solches Projekt einlässt.

Die andere – vielleicht noch höher einzuschätzende – Besonderheit, die mit der Studie assoziiert wird, ist ihre nachhaltige Wirkung in den Vereinen und Verbänden. Hier hat sie nicht nur zu Diskussionen geführt, sondern auch eine neue Nachdenklichkeit evoziert, deren Resultate an einem konstruktiven und umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Qualitätssicherung der Jugendarbeit im Sportverein ablesbar sind.

Wolf-Dietrich Brettschneider, Universitätsprofessor, promovierter Sportwissenschaftler, Leiter des Arbeitsbereichs Sport und Erziehung am Department Sport & Gesundheit der Universität Paderborn.

Literatur

Conzelmann, A. 2001: Sport und Persönlichkeitsentwicklung. Möglichkeiten und Grenzen von Lebenslaufanalysen. Schorndorf: Hofmann.

Heim, R. 2002: Jugendliche Sozialisation und Selbstkonzeptentwicklung im Hochleistungssport. Eine empirische Studie aus pädagogischer Perspektive. Aachen: Meyer&Meyer.

Merkens, H./Zinnecker, J. 2001: Jahrbuch Jugendforschung. Opladen: Leske+Budrich.

Rittner, V./Breuer, C. 2000: Soziale Bedeutung und Gemeinwohlorientierung des Sports. Köln: Sport und Buch Strauß.

FORSCHUNGSBERICHT

Neue Wege der Verbände in der Bürgergesellschaft?

1 Vorbemerkung

Im Forschungsschwerpunkt *Entwicklung der Bürgergesellschaft* des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung an der EFH-Freiburg steht die systematische Beobachtung bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg¹ im Kontext bundesweiter und globaler Entwicklungen² im Mittelpunkt des Untersuchungsinteresses. Unter dem Gesichtspunkt der Verantwortungsteilung zwischen *Staat, Markt* und *Bürgergesellschaft* liegt ein zweiter Schwerpunkt auf der Wirkungsanalyse der wechselweisen Bedingtheit dieser konstitutiven Bereiche der Gesellschaft. Auf Grundlage der Forschungsergebnisse werden in Zusammenarbeit mit Landesministerien, Kommunen, Verbänden und Stiftungen Konzepte für neue gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten entwickelt.

2 Verbändebefragung 2003 in Baden-Württemberg

Das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung hat im Kontext seiner Landesberichtserstattung zum bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg (Klie et al. 2004) im Jahre 2003 eine umfangreiche Studie zur Rolle der Verbände in der Bürgergesellschaft durchgeführt, die derzeit ausgewertet wird. Wichtige Anregungen erhielt das Forschungsvorhaben seitens der vorhergehenden Verbändebefragungen der Enquete-Kommission *Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements*

(Deutscher Bundestag 2001a; Deutscher Bundestag 2001b).

2.1 Problemstellung und Ausgangsfragen

Die Verbändeuntersuchung steht im Kontext einer empirischen Dauerbeobachtung von Entwicklungen der Bürgergesellschaft in Baden-Württemberg und darauf gründender Politik-, Organisationen- und Initiativenberatung bei der Entwicklung, Umsetzung und Evaluation von Konzepten zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Ausgangspunkt ist die Frage nach der (neuen) Rolle der Verbände im freiwilligen Engagement in der Bürgergesellschaft. Der soziale Wandel und die neue Verantwortungsteilung zwischen Staat, Markt und Gesellschaft lenkt die Aufmerksamkeit auch auf die ‚Verbände‘ als zentralen Organisationen des *Dritten Sektors*, die in unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern ihre Wirksamkeit entfalten (vgl. Dahrendorf 1994; Habermas 1990; Kneer 1997).

In der Bundesrepublik Deutschland findet sich ein vielfältiges Verbändewesen (vgl. Sebaldt 2002; Reutter 2001; Zimmer/Wessels 2001) als Teil der gesellschaftlichen Selbststeuerung zwischen Staat und Markt. Allein beim Deutschen Bundestag sind laut Bundesanzeiger über 1.746 Verbände (Stand: 18. März 2002) registriert, die in der Regel auch ihre Landes-, Kreis- und ggf. Ortsverbände haben. Sie unterscheiden sich nach den von ihnen organisierten Interessen und Zielsetzungen.

Verbände sind, zusammengefasst, freiwillige Zusammenschlüsse von Personen, Firmen oder Körperschaften, die eine Organisation besitzen, Einflussnahme auf die Politikgestaltung bezwecken (Sebaldt 2002) und verbandspezifische Dienstleistungen anbieten (Schneider 1987: 19).

Die empirische Untersuchung soll in Erfahrung bringen, wie die Verbände selbst ihre

Rolle und Funktion in der Bürgergesellschaft definieren, welche konkreten Bündnisse sie mit dieser eingehen und auf welche Weise sie freiwilliges Engagement in eigenen und autonomen Strukturen fördern.

Die Ergebnisse der Untersuchung stellen eine Grundlage für die Beantwortung der Frage dar, inwieweit und in welchen gesellschaftlich relevanten Bereichen Verbände auf dem Wege sind, sich von eher korporatistischen Organisationen (Heinze 1981) zu intermediären Instanzen zu entwickeln, die ihre Resonanzfähigkeit für bürgerschaftliches Engagement in unterschiedlichen Handlungsfeldern (Soziales, Kultur, Ökologie, Politik) erhöhen und ihre eigene Strukturen beteiligungsorientiert umgestalten.

2.2 Schwerpunktthemen und einbezogene Verbände

Da gerade in Baden-Württemberg die Zusammenarbeit mit den Verbänden bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements konzeptionell eingeplant ist, ist von besonderem Interesse, hier den Stand der Verständigungs- und Kooperationsprozesse zu beleuchten. Im einzelnen wurden im Wege einer schriftlichen Befragung im Zeitraum von Juni bis November 2003 folgende Themen nachgefragt:

- Gesellschaftliche Rolle und Aufgabe von Verbänden
- Verbandliches Selbstverständnis des freiwilligen, bürgerschaftlichen bzw. ehrenamtlichen Engagements
- Schwerpunktsetzungen der eigenen Verbandsarbeit und der verbandlichen Aktivitäten bei der Engagementförderung
- Kooperation mit dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg
- Kooperation zwischen Verbänden bei der Engagementförderung und Forderungen an die Politik
- Unternehmen und freiwilliges Engagement

- Rechtliche Maßnahmen der Engagementförderung
- Kooperation von Hauptamtlichen und ehrenamtlich Engagierten
- Qualifizierung für bürgerschaftliches Engagement und Anerkennungskultur.

Der Fragebogen wurde der jeweiligen Führungsebene der Verbände zur Beantwortung zugeleitet. In die Befragung wurde ein breites Spektrum an Verbänden einbezogen. Folgende Verbandstypen wurden berücksichtigt:

- karitativ-soziale Verbände, Wohlfahrtsverbände
- soziokulturelle Verbände (Sport, Kultur, Wissenschaft, Hobby)
- Verbände des Umwelt- und Naturschutzes
- Wirtschafts- und Berufsverbände, Gewerkschaften
- Politische Verbände

Insgesamt wurden 112 Verbände bzw. Großorganisationen ausgewählt, die auf der Landesebene Baden-Württemberg befragt wurden. In einem weiteren Schritt wurde die Untersuchung für eine gezielte Auswahl auf der Bezirks- bzw. Landkreis- und kommunalen Ebene weitergeführt. Mit Stand von November 2003 kamen von den insgesamt im Feld angegangenen 509 Fragebögen 226 zurück; dies entspricht einer Rücklaufquote von 44 Prozent.

3. Erste Untersuchungs-Erkenntnisse

Die gute Teilnahme an der Untersuchung zeigt das Interesse der Verbände am Thema *Bürgergesellschaft* und die Ergebnisse lassen auf eine bei Weitem noch nicht ausgeschöpfte und ausgelotete Kooperationsbereitschaft der Verbände schließen. Das weisen die Einzelergebnisse zu den Themenkomplexen des Fragebogens eindrücklich nach, die derzeit aufbereitet werden. Zusammenfassend ergibt sich folgender Befund:

1. Das Verbandswesen in Baden-Württemberg ist lebendig, vielfältig und vi-

ruhlent. Das gilt sowohl in statistischer Hinsicht (nach wie vor entstehen neue Verbände und Verbandsgliederungen) als auch mit Blick auf die Selbstwahrnehmung der Verbände: Sie treten selbstbewusst auf und sehen sich als einen Faktor, der für die Stabilität der Gesellschaft unverzichtbar ist und einen zentralen Beitrag zu ihrer demokratischen Gestaltung leistet. Das Verbandswesen stellt damit einen substantiellen, sich nach wie vor regenerierenden Faktor des Dritten Sektors dar. Es kennt traditionsbewährte und -behafte wie neue Formationen gesellschaftlicher Assoziationen und ist geprägt von einem steten Wandel.

2. Die Verbände des Dritten Sektors sind in hohem Maße von gesellschaftlichen und politischen Strukturveränderungen betroffen, die auch vor (in der Vergangenheit stabilen) korporatistischen Strukturen nicht halt machen. Dies äußert sich unter anderem in einer gewissen Unsicherheit, aber auch in Missverständnissen und Abgrenzungen gegenüber dem Formenwandel gesellschaftlichen freiwilligen Engagements. Die Verbände stehen traditionell für das ‚Ehrenamt‘ und haben sich insgesamt weniger mit neuen terminologischen Bezeichnungen für das Engagement wie etwa freiwilliges Engagement, bürgerschaftliches Engagement oder Bürgerarbeit positioniert. Sie sehen sich aber überwiegend auf neue Formen und Engagementstile angewiesen und sind gleichzeitig offen für neue Formen des Engagements unter ihrem Dach und in ihren organisatorischen Untergliederungen.

3. Das Verbandswesen setzt in hohem Maß auf freiwilliges Engagement. In der überwiegenden Zahl der Verbände zeigen sich die dort hauptamtlich Tätigen und die ehrenamtlich und freiwillig Engagierten in hohem Maße aufeinander angewiesen. Das Verhältnis ist nicht immer konfliktfrei. Es wird gleichwohl deutlich, dass ohne professionelle Strukturen unter modernen Bedingungen ein breites und

verstetigtes Engagement von Ehrenamtlichen und Freiwilligen nicht erwartbar ist.

4. Angesichts der Vielfalt von Verbänden und ihren Organisationsformen und Anliegen greift ein Verständnis von Verbänden zu kurz, das sie nur als Organisationen begreift, die je spezifische Mitgliederinteressen auch gegenüber dem Staat geltend machen. Sie sind heute ganz wesentlich auch Organisationsformen, die in eigenständiger Weise im Dritten Sektor für eine qualifizierte, effektive und abgestimmte Übernahme gesellschaftlicher Teilaufgaben Sorge tragen.

5. Die Offenheit für neue Formen des Engagements und neue Förderwege steht primär im Kontext der Bemühungen, neue Mitstreiter für die eigenen Anliegen zu gewinnen. Verbände des Dritten Sektors sehen sich weniger als potentielle Heimat oder Agentur für engagementbereite BürgerInnen mit je unterschiedlichen und möglicherweise dem Verband bisher fremden Anliegen und Engagementformen.

6. Auffällig aber ist, dass eine ganze Reihe von Verbänden (insbesondere Sportverbände, karitativ-soziale Verbände, Umweltverbände, aber auch Jugend-, Familien- und Frauenverbände) sich für Engagementformen außerhalb des Kernbereiches ihrer bisherigen Aufgaben öffnet. Diese bei den Verbänden unterschiedlich ausgeprägte Tendenz bietet gute Anknüpfungspunkte für kommunal vernetzte Engagementförderung. Allerdings scheinen die Verbände gleichzeitig dazu zu tendieren, innerhalb ihrer (relativ stabilen) Binnenkultur zu verbleiben, d.h. sich mit ihren Aufgaben und Mitgliedern selbst genug zu sein.

7. Die Verbände, die je für sich in beeindruckender Weise Bürgerengagement organisieren und aus ihm hervorgegangen sind, stellen sich als in der Regel wenig über ihre eigenen verbandsinternen Gliederungen hinaus vernetzt dar. Sie verfügen derzeit über ein relativ geringes Wissen über die von der Landesregierung Baden-Württemberg und den

kommunalen Spitzenverbänden aufgebauten Netzwerke der Ehrenamtsförderung oder der Förderung bürgerschaftlichen und freiwilligen Engagements: Eine Minderheit kennt die Vernetzungsstrukturen und partizipiert daran. Insofern ist die derzeit bzw. in den vergangenen Jahren betriebene Landespolitik der Förderung bürgerschaftlichen Engagements nicht automatisch anschlussfähig an die Arbeit bzw. das Selbstverständnis der Verbände. Es ist aber gleichzeitig eine große Offenheit für Kooperation bei der überwiegenden Anzahl von Verbänden vorhanden, was behutsame Bemühungen um einen Ausbau der bisherigen Vernetzungstiefe auf Landesebene in die Verbandsstrukturen hinein als erstrebenswert erscheinen lässt.

8. Den Verbänden ist es überwiegend ein großes Anliegen, auch und gerade im Punkt Engagementförderung mit den Unternehmen und der Wirtschaft zusammenzuarbeiten. Es finden sich vereinzelt Berichte über eine gelingende Kooperation. Überwiegend ist eine systematische Zusammenarbeit zwischen Verbänden des tertiären Sektors mit der Wirtschaft mehr Anliegen als Praxis.

Eine Publikation mit detaillierter Darstellung der Ergebnisse erscheint im ersten Halbjahr 2004. Wichtige Befunde der Befragung finden sich im Landesbericht 2002/2003 zum bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg (Klie et al. 2004).

Dr. jur. Thomas Klie ist Professor für Verwaltungswissenschaften an der EFH-Freiburg und Leiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung der EFH-Freiburg (klie@efh-freiburg.de)

Dr. Hans Hoch ist Privatdozent im Fachbereich Geschichte und Soziologie an der Universität Konstanz und wiss. Mitarbeiter am Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung der EFH-Freiburg (hans.hoch@uni-konstanz.de)

Paul-Stefan Roß ist geschäftsführender wiss. Mitarbeiter am Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung der EFH-Freiburg (ross@efh-freiburg.de)

Anmerkungen

¹ Die Forschungen konzentrieren sich dabei vor allem auf folgende Untersuchungsgegenstände: (1) Stand und Entwicklung der Netzwerke zum bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg, (2) Agenda 21-Prozesse, (3) Entwicklungen im klassischen Ehrenamt, (4) Untersuchungen zu neuen Jugendfreiwilligendiensten, (5) Evaluation laufender Mentorenprojekte und (6) des Programms Kommunale Kriminalprävention.

² Auf Grundlage eines bei der Europäischen Kommission eingereichten *Expression of Interest* wird an der Umsetzung eines Forschungsvorhabens zum Thema ‚Bürger und modernes Regieren in der Wissensgesellschaft‘ mit europäischer Ausrichtung gearbeitet.

Literatur

Dahrendorf, Ralf 1994: Der moderne soziale Konflikt. Essays zur Politik der Freiheit. Stuttgart: DTV.

Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ 2001a: Öffentliche Anhörung ‚Die Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements in den Verbänden‘ am 12./13. November 2000. Unveröffentlichtes Wortprotokoll. Berlin.

Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ 2001b: Öffentliche Anhörung ‚Die Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements in den Verbänden‘ am 11. Februar 2001. Unveröffentlichtes Wortprotokoll. Berlin.

Habermas, Jürgen 1990: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Heinze, Rolf 1981: Verbändepolitik und Neokorporatismus. Zur politischen Soziologie organisierter Interessen. Opladen: Westdeutscher.

Klie, Thomas/Roß, Paul-Stefan/Hoch, Hans/Heimer, Franz-Alber/Scharte, Ulrike 2004 (in Bearbeitung): Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. 1. Wissenschaftlicher Landesbericht 2002/2003; herausgegeben vom Sozialministerium Baden-Württemberg. Stuttgart.

Kneer, Georg 1997: Zivilgesellschaft. In: Kneer, Georg/Nassehi, Armin/Schroer, Markus (Hg.), Soziologische Gesellschaftsbegriffe. München: Fink, 228-251.

Reutter, Werner (Hg.) 2001: Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa. Opladen: Leske+Budrich.

Schneider, Herbert (Hg.) 1987: Verbände in Baden-Württemberg. Bd. 14 der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.

Sebaldt, Martin 2002: Verbände und organisierte Interessen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Opladen: Leske+Budrich.

Zimmer, Annette/Wessels, Bernhard 2001: Verbände und Demokratie in Deutschland. Opladen: Leske+Budrich.

TAGUNGSBERICHT

DDR-Forschung im Fadenkreuz Internationale Tagung in Otzenhausen

„Das war die DDR – DDR-Forschung im Fadenkreuz von Herrschaft, Kultur, politischem System, Geschichtsforschung, Wirtschaft und Außenpolitik“: Unter diesem umfassenden Thema trafen sich Anfang November zum nunmehr elften Mal 130 Forscher unterschiedlicher Fachgebiete zur internationalen Tagung in Otzenhausen. Möglich wird diese breit an-

gelegte Veranstaltung durch die Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn, der Stiftung Aufarbeitung in Berlin, der Union-Stiftung Saarbrücken, der Asko Europa-Stiftung Saarbrücken und durch das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut der Europäischen Akademie Otzenhausen, das Prof. Dr. Dr. Heiner Timmermann leitet.

Traditionell ist die Veranstaltung, die vier Tage dauert, geteilt in Podien und die Diskussion in Sektionen, in denen einzelne Forschungsprojekte präsentiert werden. Dies macht insbesondere für Doktoranden den Reiz der Veranstaltung aus, da sie ihre im Werden begriffenen Arbeiten frühzeitig einem fachkundigen Publikum vorstellen und Anregungen für die weitere Arbeit mitnehmen können.

Einheit auf französisch

Den Eröffnungsvortrag am Donnerstagabend hielt Henri Froment-Meurice, Botschafter a. D. und Publizist. Er stellte die Einheit Deutschlands aus Sicht der Franzosen dar. Hier drängte sich ein wenig der Eindruck auf, dass der Botschafter a. D. aus der Not heraus verpflichtet wurde, denn im Call for Papers war noch Jaques Attali, der außenpolitische Berater des damaligen Ministerpräsidenten Francois Mitterrand angekündigt worden. Froment-Meurice hat die Jahre 1989 und 1990 nur als Beobachter und nicht als politischer Akteur erlebt. So waren ihm zwar einige persönliche Sichtweisen Mitterrand bekannt, doch wirklich Neues präsentierte er nicht.

Dem Alltag nachspüren

In den Podien gelang es den Organisatoren, Wissenschaftler und Nichtwissenschaftler auf interessante Art und Weise zusammenzubringen. Das erste Podium stand unter dem Titel ‚Die Bearbeitung der DDR in der Kunst am Beispiel von Literatur und Film‘. Vertreten waren Erika Richer, die bis zu deren Auflösung bei der DEFA Filme produzierte, die

Autorin Angela Krauß, die bereits in der DDR publizierte, aber auch in der Bundesrepublik Erfolge feierte, und Thomas Brussig, bekannt durch die verfilmten Erfolgsbücher ‚Helden wie wir‘ und ‚Sonnenallee‘. Rüdiger Thomas, ausgewiesener Literatur-Experte und ehemaliger Abteilungsleiter der Bundeszentrale für politische Bildung, übernahm die Moderation. Sowohl Angela Krauß als auch Thomas Brussig plädierten dabei für einen ‚normalen‘ Umgang mit der DDR. Krauß bemüht sich, in ihren Büchern dem Alltäglichen in der DDR nachzuspüren. „Solange unsere Eltern nicht über das ganz Alltägliche sprechen können, können wir es nicht verstehen“, erklärte sie. Brussig hingegen versucht, „eine konkrete Geschichte an einem konkreten Ort zu erzählen, die überall auf der Welt verstanden wird“. Dabei karikiert er die DDR so, wie andere sie gern sehen möchten, denn „vor dem Vergessen kommt der Kitsch“. Brussig rundete den Abend ab mit einer Lesung aus dem Buch ‚Am anderen Ende der Sonnenallee‘.

Sind Deutsche Opfer?

Sehr kontrovers verlief das zweite Podium unter dem Titel ‚Konzeptwandel in der zeitgeschichtlichen Forschung: Deutsches Geschichtsbild im Wandel‘. Vertreten waren Dr. Jörg Friedrich, der Verfasser des Buches ‚Der Brand‘ sowie die beiden Historiker Prof. Dr. Günther Heydemann aus Leipzig und Dr. Michael Lemke vom Zentrum für Zeithistorische Forschungen in Potsdam. Moderiert wurde das Podium von Dr. Johannes Kuppe. Friedrich hat in seinem Buch den Bombenkrieg der Alliierten auf Deutschland untersucht und ihn in seiner ganzen Grausamkeit dargestellt. Schnell spitzte sich die Diskussion auf die Frage zu, ob Deutsche auch als Opfer des Zweiten Weltkriegs gesehen werden dürfen oder ausschließlich als Täter. Dabei stellten die beiden Historiker aus Leipzig und Potsdam deutlich klar, dass bei allen Schreckensbildern niemand ver-

gessen dürfe, wer den Zweiten Weltkrieg angefangen habe, und dass Hitler selbst als Erster einen Luftkrieg führte, der allerdings keine Chance auf Erfolg hatte und deshalb abgebrochen wurde. Lemke wies zudem darauf hin, dass Kriege immer eine Eigendynamik entwickeln, die nicht aufgehalten werden kann. Zugleich machte die Diskussion mit den Zuhörern aber auch klar, dass inzwischen zwei Generationen von Historikern existieren: die, die den Krieg noch erlebt und zum Teil für sich nicht aufgearbeitet haben und die, die im Geist des Nichtvergessens aufwuchsen. Beiden Generationen stellt sich nun die Aufgabe, den Gegenstand Drittes Reich so zu vermitteln, dass auch die nun nachwachsende Generation ihn versteht.

War die DDR souverän?

Einem klassischen Thema der DDR-Forschung wandte sich das dritte Podium zu: Wie souverän war die DDR? Wie souverän war die Bundesrepublik Deutschland? Vertreten waren in erster Linie Zeitzeugen, nämlich Dr. Hans Voß, Botschafter der DDR a.D., Dr. Werner Kilian, Botschafter der Bundesrepublik a.D., Werner Ablaß, Staatssekretär a.D. der de Maiziere-Regierung und Dr. Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission der DDR bis 1989. Ergänzt wurde die Runde durch Prof. Dr. Nicolai Pavlov vom Staatlichen Institut für Internationale Angelegenheiten in Moskau. Die Moderation übernahm Prof. Dr. Dr. Heiner Timmermann. Wirklich Neues wurde bei dieser Diskussion nicht ausgetauscht. Vielmehr zeichneten die Akteure noch einmal ein anschauliches Bild der Wechselbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den Alliierten.

Neues aus der Friedensbewegung

Die Arbeit in den Sektionen war geteilt in die Bereiche Herrschaft/Alltag, Außenbeziehungen und Kultur. Aus rund 90 Angeboten wur-

den 24 ausgewählt, von denen sich ein paar auch mit dem Bereich Sozialgeschichte und soziale Bewegungen beschäftigten.

Besonders interessant waren hier zwei Vorträge, die sich mit der Friedensbewegung in der DDR befassten. Thomas Widera vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden stellte sein neues Forschungsprojekt zum Thema Bausoldaten vor. Hatte die SED ursprünglich vor, Kriegsdienstverweigerer über die Einheit der Bausoldaten mit in die Volksarmee zu integrieren, musste sie bald feststellen, dass dies nicht glückte. Im Gegenteil – die Bausoldaten merkten, dass sie mit ihren Ansichten nicht allein standen. So entwickelten sie sich zur ersten großen Oppositionsgruppe der DDR.

Oliver Kloss berichtete als Zeitzeuge vom Dresdner ‚Aufruf zum 13. Februar 1982‘, den er mit anderen jungen Menschen formulierte, um der Zerstörung Dresdens im Februar 1945 zu gedenken. Zugleich war es ein Versuch, die Grenzen des Systems mit einem legitimen Anliegen zu überschreiten und damit zu erweitern. Der Aufruf wurde schließlich von der Kirche aufgegriffen, die ein Friedensforum veranstaltete. Damit kanalisiert die verantwortlichen Geistlichen das Protestpotential, schützten aber zugleich die Jugendlichen. Das Friedensforum gilt als Geburtsstunde der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. Zugleich institutionalisierte sich damit das Gedenken an den 13. Februar

Alle Tagungsteilnehmer haben die Möglichkeit, ihre Beiträge in einem Tagungsband zu publizieren, der voraussichtlich im nächsten Jahr im Lit-Verlag Münster erscheint. Die nächste internationale DDR-Forschertagung in Otzenhausen findet vom 4. bis 7. November 2004 statt. Der Call for Papers ist voraussichtlich im Juli.

Karin Urich, Mannheim

ANALYSE**Grauzonen des Parlamentarismus ausleuchten****Wie der Lobbyismus unser demokratisches Gefüge untergräbt**

Das Begräbnis 1. Klasse erfolgte plötzlich und unerwartet. Ende Januar meldeten die Nachrichtenagenturen, dass die längst überfällige Reform der Pflegeversicherung noch einmal verschoben werde. Der Kanzler verfügte das so, die parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium attestierte kleinlaut und fraß ihre eigenen Worte. Die offizielle Sprachregelung: Man könne den Bürgern (jetzt) nicht noch mehr zumuten. Kaum eine Reaktion: Kranke, Behinderte, ihre Pflegerinnen, pflegende Mütter, Töchter und Enkel haben keine Lobby. Sie leben im Getto der Nichtbeachtung. Zeitgleich auf allen deutschen Kanälen: Die Ärzte-Lobby im Verbund mit dem Verband forschender Arzneimittelhersteller (VfA) und der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) jammern auf allen Bühnen über die Belastungen der gerade beschlossenen Gesundheitsreform. Sie arbeiten gut koordiniert, leisten sich teure PR-Agenturen und lassen kein gesundheitspolitisches Entscheidungsgremium aus. In keinem anderen Politikfeld kann man die demokratiegefährdenden Schäden des Lobbyismus besser besichtigen, als im Feld des Milliarden-Marktes Gesundheit. Lobbypolitik der finanzstarken Verbände rund um die kassenärztlichen Vereinigungen verstärkt zudem das Machtgefälle in der Gesellschaft. Je stärker nicht legitimierte, aber finanzstarke Interessen die Oberhand gewinnen, umso sprachloser werden die Gruppen, die ohne Ressourcen ‚schwache‘ Interessen bündeln sollen.

Dieser Einfluss der Lobbyisten wächst im Treibhaus der Berliner Republik rasant. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat-

ten Lobbyisten so viel Einfluss-Chancen wie heute, nie zuvor sind sie so offensiv in der politischen Arena aufgetreten. Der Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Wilhelm Schmidt, spricht sogar von einem ‚explodierenden‘ Einfluss. Eine aktuelle Untersuchung der Agentur Publicis ergab, dass „63 von 70 befragten Unternehmen mehr Zeit und Geld in die Einflussnahme auf die Politik investieren.“ Bei der rot-grünen Koalition stoßen die Lobbyisten auf besonders offene Ohren, denn viele ihrer Parlamentarier und Minister handeln im ‚vorausseilenden Gehorsam‘. Niemand soll ihnen nachsagen, sie handelten ‚wirtschaftsfeindlich‘. Die Währung für den gewünschten Imagewechsel heißt Entgegenkommen und Wohlwollen. Ein Top-Vertreter der Zigaretten-Industrie bilanzierte ganz nüchtern: „Unter Rot-Grün ist alles viel einfacher als früher, selbst Spitzenpolitiker demonstrieren eine extreme Offenheit bei den Treffen.“

An den direkten Wechsel von der Politik ins gut bezahlte Lobbywesen konnte sich die Öffentlichkeit ja bereits gewöhnen. Der Umstieg nach einem Fall in der Politik musste nur schnell erfolgen, damit das frische Wissen über Strukturen und die Beziehungen noch sinnvoll eingesetzt werden konnten. Die Namen Stobbe, Engholm, Spöri, Hauff, Klimmt sind fast schon vergessen. Aber auch die jüngere Garde der Gescheiterten rückte schnell nach: Siegmund Mosdorf verließ das Wirtschaftsministerium, um ins big business einzusteigen; Ex-NRW-Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold heuerte bei der BASF an und Ex-Verkehrsminister Kurt Bodewig ist als Bundestagsabgeordneter noch nicht ausgelastet. Er arbeitet für die Unternehmensberatung KPMG, die sich zahlreicher Aufträge der Bundesregierung erfreut.

Die enge Verzahnung von Parlamentariern und Lobbyisten, aber auch der schnelle Wechsel in die Lobbyzirkel nach einem politischen Machtverlust zeigen ein in Deutschland lange verschwiegenes Defizit parlamentarisch-poli-

tischer Unabhängigkeit. Das Märchen vom autonomen, nicht weisungsgebundenen Abgeordneten, der sich von den Interessen der Lobbyisten abschotten muss, wurde lange gepflegt. Die parlamentarische Realität sieht aber ganz anders aus: Viele Abgeordnete, die unter ihrer Einflusslosigkeit leiden und kaum Chancen haben, sich gegen das Regierungs- und Fraktions-Establishment zu behaupten, sind erleichtert, wenn Lobbyisten sie ‚füttern‘. Denn damit ist immer auch eine persönliche Aufwertung im tristen Tal der grauen Parlamentspolitik verbunden. Politiker, Beamte und Lobbyisten leben in einem gedanklichen Kreislauf, verstehen sich meist als Partner im System der Machtpolitik – eine partnerschaftliche Gemeinschaft auf Kosten der Demokratie, denn die Lobbyisten sind eine Macht ohne Legitimation, die gezielt intransparent vorgeht. Eine Macht, die die Öffentlichkeit scheut wie die Motten das Licht. Ein Lobbyist des Altana-Konzerns räumt lapidar ein: „Unser Lobbyarbeit ist nicht öffentlichkeitsfähig.“ Diskretion, Vertraulichkeit, diplomatische Verschwiegenheit sind die Schmiermittel der Lobbyisten. Am erfolgreichsten sind die Lobbyisten – so ein altgedienter Insider –, die jenseits der Öffentlichkeit arbeiten. Für die Recherchen zum Buch *„Die stille Macht – Lobbyismus in Deutschland“* haben wir mehr als 60 Top-Lobbyisten wiederholt angeschrieben; nur sechs haben geantwortet. Die Freigabe der seltenen Interviews zog sich über Monate hin. Diese ‚omerta-Kultur‘ wird vom Bundestag gestützt. Nebentätigkeiten müssen nur dem verschwiegenen Bundestagspräsidenten gemeldet werden. Sie bleiben ‚Privatsache‘.

Einflussreiche Parlamentarier wie der frühere CDU-Landesvorsitzende Werner Langen, der heute im EU-Parlament sitzt, geben ihre Abhängigkeit von Lobbyisten in seltener Offenheit zu: „Selbstverständlich sind die Abgeordneten etwa im Mitentscheidungsverfahren auf externen Sachverstand angewiesen. Ohne

die Zuarbeit guter Lobbyisten würde der demokratische Gesetzgebungsprozess weniger transparent und gut sein.“ Langen kritisierte in einem Leserbrief in der Welt die Position der FDP-Spitzenkandidatin für das EU-Parlament, Silvana Koch-Mehrin. Dabei müssten sich doch beide glänzend verstehen. Die Liberale praktiziert das, was Langen wünscht: Als Lobbyistin für die Agentur *Policy Action* in Brüssel betreibt sie professionelle Interessenvermittlung und wechselt nun die Rollen. Noch nie gab es einen solchen glatten Übergang in eine politische Spitzenposition.

Wenn es um Lobbyismus geht, neigen Politiker zur Heuchelei. Ein nüchterner Blick auf die Realitäten würde den Mythos des unabhängigen und eigenständigen Parlamentariers zerstören.

„Deutschland ist ein Land der Lobbyisten geworden“, klagt die Vorsitzende des Finanzausschusses, Christine Scheel (Grüne). „Wer am lautesten schreit, dessen Maßnahme ist am ehesten weg. So geht es nicht.“ Klingt gut. Merkwürdig allerdings, dass sich gerade Frau Scheel – wie Wolfgang Clement und viele andere – als Botschafterin für die ‚Initiative Soziale Marktwirtschaft‘ einspannen lässt und dort unverdünnt die Positionen der Metallindustrie verkündet. Ähnlich verhält es sich mit der Mahnung der Berliner Politik-Professorin Barbara Riedmüller (SPD): „Der politischen Elite fehlt der Mumm, sich mit den Interessengruppen anzulegen.“ Stimmt auch. Aber warum hat die frühere Senatorin sich während ihrer Amtszeit nicht mit den Lobbykräften ‚angelegt‘?

Der Berliner Lobbyismus ist bestens organisiert. 1781 Lobbyvertreter sind in der so genannten Lobbyliste eingetragen. Damit haben Sie das Recht, an der Gesetzgebung beteiligt zu werden. 4.500 Lobbyisten haben Ausweise für das Parlament; sie treten, so hat Hans Ulrich Jörges vom Stern beobachtet, zunehmend „frecher, offensiver und selbstverständlicher“ auf. Ihr Clubleben ist wohl organisiert: Die Vertreter der 30 Dax-Unternehmen versam-

meln sich im so genannten ‚Collegium‘. Die ‚top-five‘ in einem weiteren informellen Kreis. Der Lobby-Nachwuchs hat sich zur ‚Jungen Lobby‘ zusammengeschlossen. Man ist stolz, ‚jeden‘ Gesprächspartner aus der Politik als Gast zu den regelmäßigen Treffen zu bekommen.

Der explodierende Lobbyismus ist ein Symbol für die Veränderung der Politik. Es gibt im Zeichen der andauernden wirtschaftlichen Krise eine zunehmende ‚Ökonomisierung‘ aller politischen Felder. Die Wirtschaftsvertreter fühlen sich deshalb in jeder Frage als die Ansprechpartner für die Politik. Dabei verfolgen sie immer die gleiche Kern-Strategie: Der erste Schritt besteht darin, frühzeitig von Gesetzesvorhaben zu erfahren und diese bereits in der Entstehungsphase zu beeinflussen oder – bei Missfallen – das avisierte Projekt mit gezieltem negative campaigning schlecht zu machen. Der zweite Schritt: Eine eigene Gesetzesvorlage wird präsentiert, um diese zu Grundlage der folgenden Beratungen zu machen. Anschließend wird möglichst nur noch zugelassen, was nicht mehr zu verhindern ist.

Kernzielgruppe in diesem aufwendigen Prozess mit seiner Fülle von Detailabstimmungen sind die Spitzenbeamten in den Ministerien. Die Ministerialbürokratie ist immer eine sichere Bank für Lobbyisten. Sie ist äußerst einflussreich und agiert im Schatten der Öffentlichkeit, aber immer in der Nähe der Entscheidungsträger. Die Macht der Ministerialbürokratie ist eines der großen Tabus der deutschen Politik, von der Öffentlichkeit und den Medien chronisch unterschätzt. Einerseits werden sie durch ihre Ministerien abgeschottet, andererseits geben sie im operativen Geschäft den Ton an. Der Rohstoff der Lobbyisten heißt Information. Mit juristischer Expertise, bis hin zu fertig formulierten Gesetzesentwürfen oder detaillierten mathematischen Kosten-Berechnungen, beeindruckten sie Abteilungsleiter und Abgeordnete, die die Hilfe in der ‚Sphäre der geduldeten Anruchigkeit‘ gerne annehmen. Verbindliche Regeln

zwischen Lobbyisten und der Ministerialbürokratie gibt es übrigens nicht, so das Ergebnis einer Umfrage unter allen Ministerien. ‚Macht ist die Schaffung von Ungewissheitszonen‘ – diese parlamentarische Regel gilt natürlich auch für die lobbyistischen Begleit-Truppen. Deshalb stört es die Bundesregierung offenbar auch nicht, dass Vertreter der Banken-Lobby sich ihre Gesetze im Finanzministerium texten, ein IBM-Vertreter im Wirtschaftsministerium wirkt oder die Bertelsmann-Stiftung Mitarbeiter ins Familienministerium entsendet. Die Lobby in den Ministerien – für die Politik offenbar ein selbstverständlicher Vorgang.

Immerhin sieht der CDU-Haushaltsexperte Dietrich Austermann solche Entwicklungen skeptisch: „Im Ergebnis kann dies dazu führen, dass die Gesetzgebung Einzelinteressen bevorzugt und nicht zu einem angemessenen Ausgleich widerstreitender Interessen findet. Das bereits brüchige Vertrauen der Bürger in die Politik würde weiter beschädigt.“

Die stille Lobbymacht ist in Deutschland und noch stärker in Brüssel längst zur ‚Fünften Gewalt‘ heran gewachsen. Führende Politikwissenschaftler, die das Bild des Lobbyismus in der Wissenschaft über Jahrzehnte geprägt haben, sprechen den Parlamentariern und Beamten aus der Seele, wenn sie die Innenausstattung des parlamentarischen Systems überraschend naiv kommentieren. Der Düsseldorfer Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann: „Der Staat regiert kräftig weiter. Der Lobbyismus regiert ein bisschen mit. Und das ist gar nicht übel.“ Die Kluft zwischen starken und schwachen Interessen wird in Deutschland derweil immer sichtbarer. Vielleicht ist das der Anfang vom Ende dieser Naivität und der Auftakt für eine Wende hin zur parlamentarischen Wirklichkeit.

Dr. Thomas Leif, Herausgeber des Buches *Die stille Macht – Lobbyismus in Deutschland* (zus. mit Rudolf Speth), Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, Dezember 2003
Kontakt: Thomas.Leif@faberdesign.de

„Die Gesellschaft umbauen“

Erschienen ist der Autorenband 7 der SPI-Schriftenreihe ‚Die Gesellschaft umbauen‘, herausgegeben von Gerd Mutz, mit Beiträgen von Warnfried Dettling, Rupert Graf Strachwitz, Heiner Keupp, Susanne Korfmacher, Gina Roberts und Robert J. Schout. Themen sind die Bürgergesellschaft als Reformperspektive, Bürgerengagement in der Zivilgesellschaft, der Wandel der Arbeitsgesellschaft, Corporate Volunteering in Deutschland und Corporate Citizenship in den USA. Die Schutzgebühr beträgt 3,50 Euro. ISSN 1435-3016. Kontakt: eMail: info.spi@sos-kinderdorf.de.

•

Umweltportal gein ®

gein ® steht für German Environmental Information Network, das Umweltportal von Bund und Ländern. Das größte Umwelt-Informationsnetzwerk Deutschlands bietet zentralen Zugriff auf die vielen hunderttausend Internetseiten von öffentlichen Instituten und ermöglicht darüber hinaus komfortablen Zugang zu Fachdatenbanken.

Kontakt: www.gein.de.

•

Sozialsysteme in der EU

Der neue Sozial-Kompass Europa stellt die Systeme der sozialen Sicherung in den bisherigen 15 Mitgliedstaaten der EU gegenüber. Anhand von Tabellen werden die Unterschiede und die Übereinstimmungen der jeweiligen nationalen Sicherungssysteme sichtbar. Behandelt werden alle Themenbereiche von der Arbeitslosigkeit, der Krankheit, dem Alter und den Familien bis zur Mitbestimmung. Die Publikation kann kostenlos bestellt werden. Bestell-Nummer: A 801.

Kontakt: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Tel.: (0180) 51 51 51 0, Fax: (0180) 51 51 51 1, eMail: info@bmgs.bund.de.

•

OECD-Bildungsstudie

Die skandinavischen Staaten verfügen weltweit über die besten Hochschulausbildungen, so die veröffentlichte Studie ‚Education at a Glance 2003‘ der OECD zur Bildungspolitik in den Industriestaaten. In der Spitzengruppe mit dabei ist Polen. Deutschland schneidet erneut unter Durchschnitt ab. Immer mehr junge Menschen nehmen ein Hochschulstudium auf, 47 Prozent eines Jahrgangs im OECD-Schnitt. In den skandinavischen Ländern, Polen, Australien und Island sind es sogar über 60 Prozent. Dagegen konnte die Anfängerquote in Deutschland erst auf 32 Prozent gesteigert werden. Am Ende verfügen aber nur 19 Prozent über einen Hochschulabschluss (OECD-Schnitt: 30 Prozent). Bei den Bildungsinvestitionen liegen Dänemark (6,7 Prozent), Schweden (6,5 Prozent) und Frankreich (6,1 Prozent) an der EU-Spitze. Deutschland ist mit 5,3 Prozent hinter dem OECD-Schnitt von 5,5 Prozent zurückgefallen. Die Studie kann im Internet heruntergeladen werden.

Kontakt: www.oecd.org/edu/eag2003.

•

Runder Tisch

Die Stiftung MITARBEIT hat einen Ratgeber herausgegeben, der sich an Bürgerinitiativen wendet, die an einem Beteiligungsverfahren mitarbeiten oder eine Mitarbeit überlegen. Der Leitfaden gibt praxisnahe Hinweise, wie vorgeschlagene Beteiligungsverfahren zu bewerten sind. Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit eine Beteiligung sinnvoll ist? Worauf ist bei Prozessgestaltung, Gesprächs- und Verhandlungsführung und Zielbestimmung zu achten? Was sind alternative Strategien? Diesen und anderen Fragen gehen die Autorinnen und Autoren Corinna Fischer, Malte Schophaus, Matthias Trénel und Annette Wallentin nach. Die Arbeitshilfe Nr. 28 mit dem Titel ‚Die Kunst, sich nicht über den Runden Tisch ziehen zu lassen‘ kostet 7,00 Euro,

zu beziehen über die Stiftung MITARBEIT oder den Buchhandel. ISBN 3-928053-81-7. Kontakt: Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn, Tel.: (0228) 60424-0, Fax: -22, eMail: info@mitarbeit.de.

Gender und Militär

Ob als einfacher Rekrut oder als Offizier – in vielen Ländern sind Frauen seit Jahren selbstverständlicher Teil des Militärs. Ihr Eindringen in die klassische Männerdomäne hat in fast allen Armeen zu Unruhe und energischen Widerständen geführt. Die Anwesenheit von Frauen erschüttert nicht nur den militärischen Alltag, sondern auch das männliche Selbstverständnis. Über Ursachen, Hintergründe und Folgen dieser Prozesse informiert das Buch ‚Gender und Militär‘ anhand der Erfahrungen von Frauen in so unterschiedlichen Armeen wie in Deutschland, den USA, in Israel, China, Japan und in Russland. Die Probleme, die dabei von den internationalen Autorinnen erörtert werden, betreffen u.a. die Integration – dazu gehören die Zweifel an der Eignung von Frauen, die gesellschaftliche Akzeptanz weiblicher Soldaten sowie die Frage, ob Männer und Frauen im besonderen Handlungsraum „Militär“ kombiniert werden können. Darüber hinaus geht es um die kulturelle und symbolische Bedeutung weiblicher Soldaten. Schließlich werden politische Zusammenhänge angesprochen: Was bedeutet es für die politische Konstruktion der Geschlechterverhältnisse, für Vorstellungen von Demokratie und Gleichheit, wenn Frauen in die Streitkräfte aufgenommen werden? Mit Beiträgen u.a. von Francine d’Amico, Edna Levy, Brian Reed, Orna Sasson-Levy und Maria Szabo. Herausgeberinnen sind Ruth Seifert, Christine Eifler zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Das Buch ist erschienen im Ulrike Helmer Verlag und kostet 24,95 Euro, zu beziehen über die Heinrich-Böll-Stiftung oder den Buchhandel. ISBN 3-89741-131-8.

Kontakt: Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin, Tel.: (030) 285340, Fax: (030) 28534109, eMail: info@boell.de, www.boell.de.

Soziale Zukunft Jetzt!

Der Sozialstaat ist bedroht. Die Regierung beschneidet ihn scheinchenweise. Die Opposition will ihn ganz abreißen. Dagegen ist Widerstand angesagt. Doch: Wer den Sozialstaat will, braucht gute Argumente. In dem Publik Forum Dossier: ‚Soziale Zukunft Jetzt!‘ steht, was die Gegner des Sozialstaates verschweigen. Das Dossier kostet 1,00 Euro und kann über Attac bestellt werden.

Kontakt: Attac-Materialversand, Tel.: (069) 900 281-10, Fax: -99, eMail: info@attac.de, www.attac-netzwerk.de/www.material.

Mobbing

Die IG Metall hat ihre Mobbing-Broschüre neu aufgelegt, die lange Zeit vergriffen war. Auf 64 Seiten finden Mobbing-Opfer, Betriebsräte und interessierte Beschäftigte zahlreiche Tipps, wie man Attacken am Arbeitsplatz begegnen kann. ‚Mobbing wirkungsvoll begegnen – ein Ratgeber der IG Metall‘ ist als Arbeitshilfe Nr. 16 in der Reihe „Gesünder @rbeiten“ erschienen. Der Ratgeber kann für 3,00 Euro plus Mehrwertsteuer und Versand im Internet bestellt werden.

Kontakt: www.igmetall.de/gesundheit/material/mobbing.

Freiwilligendienste und Zivildienst

Der Bericht der Kommission ‚Impulse für die Zivilgesellschaft – Perspektiven für Freiwilligendienste und Zivildienst in Deutschland‘ liegt vor. Im Kontext der aktuellen politischen und öffentlichen Diskussion um eine Abschaffung von Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes soll der Bereich der Freiwilligendienste gestärkt und ausgebaut werden. Themen des Berichtes sind der Strukturwandel von

Pflicht- zu Freiwilligendiensten und die Entwicklung einer Kultur der selbstverständlichen Freiwilligkeit. Die Betonung von Lernen durch soziales Engagement und die Schaffung neuer Modelle von generationsübergreifenden Freiwilligendienste sind Beispiele für den geforderten grundlegenden Umbau des Freiwilligen-sektors. Die Ergebnisse und Empfehlungen der Kommissionsarbeit sind in dem Abschlußbericht dokumentiert.

Kontakt: www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/GruppeZivildienst/Pdf-Anlagen/perspektiven-zivildienst-deutschland,property=pdf.pdf.

Kindergipfel 2004

Vom 20. bis 23. Mai 2004 treffen sich mindestens einhundert Kinder aus ganz Deutschland zum Kindergipfel 2004 (KiGi) in Dortmund. Ihr Ziel ist es, miteinander über die Themen zu diskutieren, die ihnen wichtig sind, damit sie auch in Zukunft noch in einer lebenswerten Welt leben können. Das selbst gewählte Motto in diesem Jahr lautet: ‚Kinder reden – Erwachsene hören zu. Wir machen die Politik von morgen!‘. Am Ende des Gipfels stehen Forderungen und Selbstverpflichtungen. Diese münden in den Zukunftsvertrag, der auf der großen Abschlussveranstaltung prominenten Politikerinnen und Politikern übergeben wird. Kontakt: Naturfreundjugend Deutschlands, Tel.: (02228) 9415-13, Fax: -22, eMail: grosse-ruse@naturfreundejugend.de, www.naturfreundejugend.de.

Informationsdienst gegen Rechtsextremismus

Der ‚Informationsdienst gegen Rechtsextremismus‘ (IDGR) ist eine gute Adresse im Internet, wenn man sich über den deutschen und internationalen Rechtsextremismus informieren will. Dies gilt sowohl für ein wissenschaftliches als auch für ein allgemein interessiertes Publikum. Der inhaltliche Schwerpunkt des Angebots liegt bei den Themen internationa-

ler Rechtsextremismus, Geschichte und Aktualität des Antisemitismus, sowie bei der Aufklärung über Holocaust-Leugner. Die Webseite ist übersichtlich aufgebaut. Auf der Startseite finden sich aktuelle Artikel zu den Schwerpunktthemen und der Zugang zu den Kernbereichen der Seite, dem Lexikonteil und dem Artikelarchiv.

Kontakt: www.idgr.de.

Argentinien

Antworten und Fragen über die internen und externen Ursachen der Schuldenkrise in Argentinien gibt der dritte Band der SÜDWIND Edition Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen ‚Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan‘. Einst eines der reichsten Länder der Erde, steckt Argentinien heute in einer tiefen Wirtschafts- und Verschuldungskrise mit dramatischen sozialen Folgen: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze von rund 210 Euro pro Monat. Jedes fünfte Kind ist inzwischen in Argentinien unterernährt und 25% der arbeitsfähigen Bevölkerung sind Opfer von Arbeitslosigkeit. Dies alles führte u.a. zu einer sprunghaften Steigerung der Kriminalität, einem sinkenden Bildungsniveau und einer dramatischen Zunahme der Auswanderung. Die Broschüre versucht, anhand eines konkreten Beispiels, konstruktive Vorschläge und Handlungsoptionen zu entwickeln. Der Preis der Broschüre beträgt 5,00 Euro, ab 5 Exemplaren 4,50 Euro, ab 10 Exemplaren 4,00 Euro (plus 2,50 Euro Versandpauschale je Sendung).

Kontakt: SÜDWIND e.V., Lindenstr. 58-60, 53721 Siegburg, Tel.: (02241) 259 735, Fax: (02241) 513 08, eMail: bestellung@suedwindinstitut.de, www.suedwindinstitut.de.

Vereine und Bürgerstiftungen managen

Der neue Ratgeber der Volksbanken und Raiffeisenbanken ‚Vereine und Bürgerstiftungen managen‘ bietet Praxiswissen zu Finanzen, Personal, Vorstandsmanagement und Öffentlichkeitsarbeit. Die Broschüre unterstützt damit Engagierte in der Organisation, Schwerpunkt ist dabei die Form der Bürgerstiftung. Vertiefende Informationen und Materialien wie Checklisten, Tipps und Formulare können kostenlos unter www.engagement.de heruntergeladen werden. Die Broschüre kostet 4,00 Euro ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich oder über das Internet bestellbar.

Kontakt: www.aktive-buergerschaft.de oder www.bvr.de.

Bürger mischen mit

Vielerorts mischen Bürgerinnen und Bürger einer Stadt schon mit, wenn es um ihre Anliegen geht: Wie lässt sich ein Stadtteil entwickeln, ein sozialer Brennpunkt entschärfen oder mehr Familienfreundlichkeit erreichen? Erfahrungen aus der Praxis zeigen: Gestalten die Menschen einer Stadt diese Fragen mit, finden sich die besten und tragfähigsten Antworten. Das neue Methodenhandbuch ‚Praxis Bürgerbeteiligung‘ stellt 30 solcher Ansätze für Bürgerbeteiligungsprozesse vor. Die Methoden werden illustriert durch Erfahrungsberichte aus den Kommunen. Herausgeber sind Agenda-Transfer. Agentur für Nachhaltigkeit GmbH/Bundesweite Servicestelle lokale Agenda 21 und die Stiftung MITARBEIT. Die Arbeitshilfe für Selbsthilfe und Bürgerbeteiligung Nr. 30 mit dem Titel ‚Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch‘ kostet 10,00 Euro zuzüglich Versandkosten.

Kontakt: Stiftung MITARBEIT, ISBN 3-928053-84-1, eMail: post@mitarbeit.de oder Agenda-Transfer. Agentur für Nachhaltigkeit GmbH, ISSN 1439-1856, eMail: versand@agenda-transfer.de.

Migranten sind aktiv

Die Ergebnisse der Fachtagung ‚Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten‘ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Amtes der Integrationsbeauftragten sind in einer Broschüre dokumentiert. Diese kann kostenlos per Fax bestellt oder im Internet heruntergeladen werden.

Kontakt: Fax: (018 88) 5 55 49 34, oder www.integrationsbeauftragte.de/download/Ehrenamtliche_Text.pdf.

Freiwilliges Engagement von Jugendlichen

Erschienen ist eine Tagungsdokumentation ‚Neue Wege der Förderung freiwilligen Engagements von Jugendlichen. Eine Zwischenbilanz zu Modellen in Baden-Württemberg‘. Die Broschüre gibt einen Überblick über neue Formen von Jugendfreiwilligendiensten und -projekten, wie sie derzeit in Baden-Württemberg erprobt werden. Ferner enthält sie die wichtigsten Diskussionsergebnisse, die in Arbeitsgruppen während der Tagung zusammengetragen wurden. Die Publikation wird von der Landesstiftung Baden-Württemberg herausgegeben und ist kostenlos erhältlich.

Kontakt: Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung, eMail: ross@efh-freiburg.de, www.zentrum-zivilgesellschaft.de.

Bürgerhaushalt

Transparenz und Partizipation in der Haushaltsaufstellung von Kommunen ist die Grundidee des ‚Bürgerhaushaltes‘. Nachdem dieser Ansatz in Deutschland schon einige Zeit diskutiert wird, versuchen immer mehr Kommunen, dies auch umzusetzen. Beispiele dafür finden sich im Internetportal des NRW-Projektes kommunaler Bürgerhaushalt: www.buergerhaushalt.de. In Berlin arbeiten verschiedene Initiativen in einigen Bezirken an Bürgerhaushalten: www.buergerhaushalt-berlin.de.

de. In Dresden hat die Fraktion der Grünen eine Broschüre zum Thema Bürgerhaushalt mit dem Schwerpunkt Sachsen ins Internet gestellt: www.arsolution.de/gruenefraktion/seite/buergerbroschuere.pdf.

• **Demokratie in Russland**

Demokratie in Russland ist für ein friedliches und demokratisches Europa unabdingbar. Nur ein demokratisches Russland wird ein verlässlicher und berechenbarer Partner sein. Nur in einem demokratischen Russland werden die Menschen frei, friedlich und in ausreichendem Wohlstand leben können. Die ‚lenkbare Demokratie‘ Wladimir Putins, die Zwei-Drittel-Mehrheit einer Staatspartei im Parlament und der Tschetschenienkrieg mit seinen täglichen Menschenrechtsverletzungen fordern, genau hinzuschauen. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt seit Anfang der 1990er Jahre zivilgesellschaftliche Organisationen und Prozesse in Russland. In einem neuen Internet-Dossier ‚Demokratie in Russland‘ werden Aktivitäten, Analysen und Kommentare zur aktuellen Entwicklung vorgestellt.

Kontakt: www.boell.de.

• **Ausstellung Samizdat**

Die große Bremer Ausstellung ‚Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa 1956 bis 1989‘ wird nach ihrer erfolgreichen Präsentation in Berlin, Prag und Brüssel nun in Budapest zu sehen sein. Veranstalter ist die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in Kooperation mit der European Cultural Foundation in Budapest und dem Ausstellungszentrum Millenaris Park. Seit 1982 sammelt die Forschungsstelle Osteuropa Dokumente des Widerstands gegen das totalitäre sowjetische Regime in den Ländern Zentral- und Osteuropas. Zu den wertvollsten Exponaten gehört die selbstkonstruierte Druckmaschine einer sowjetischen Baptistengemeinde, zusammengesetzt aus Bestandteilen einer Wasch-

maschine, aus Küchengeräten und einem Fahrrad. Auf ihr wurden religiöse Schriften gedruckt. Seltenheitswert haben auch die polnischen Kassiber, die aus Gefängnissen und Internierungslagern herausgeschmuggelt wurden. Einen zweiten Schwerpunkt stellen Werke verfemter Künstler dar, die offiziell nicht ausgestellt werden durften. Eine weitere Abteilung präsentiert heimliche Tonaufnahmen der schrillsten Rock- und Punkbands hinter dem eisernen Vorhang.

• **Sozialversicherung**

Es gibt einen neuen Internetauftritt der Spitzenverbände der Sozialversicherung mit Basisinformationen zum deutschen Sozialversicherungssystem in drei Sprachen.

Kontakt: www.deutsche-sozialversicherung.de.

• **Islam in der Arbeitswelt**

Weit mehr als eine Million Mosleme und Mosleminnen arbeiten in Deutschland. Wie sich islamischer Glaube und deutscher Berufsalltag verbinden lassen, damit beschäftigt sich der Bereich Migration und Qualifizierung des DGB-Bildungswerks. Einen Überblick über das Angebot an Seminaren, Handreichungen und Filmen gibt der Flyer ‚Islam in der Arbeitswelt‘. Das Flugblatt kann man kostenlos im Internet herunterladen oder bestellen.

Kontakt: Der Setzkasten, Fax: (0211) 408 00 90 40, eMail: mail@setzkasten.de, www.migration-online.de.

REZENSIONEN

Sammeln und Abheften Archive der sozialen Bewegungen im Überblick

Veröffentlichungen sozialer Bewegungen werden von staatlichen Archiven, die immer noch in erster Linie an ‚amtlichem‘ Schriftgut orientiert sind, nur lückenhaft gesammelt. So genannte graue Literatur und illegalisierte Schriften finden selten den Weg in institutionalisierte Sammlungen. Bewegungsarchive, d. h. Archive, die von sozialen Bewegungen selbst gegründet und unterhalten werden, sind aber nicht nur deshalb unverzichtbarer Baustein in der kritischen Auseinandersetzung mit Bewegungsgeschichte, weil sie über einzigartige Dokumente verfügen. Die meist ehrenamtlichen Bewegungsarchivare und -archivarinne(n) verstehen sich oft selbst als Teil politischer Bewegungen und verfügen über ein wertvolles Wissen über die sozialen Kämpfe – wenn auch ihre Tätigkeit des Sammelns und Abheftens in den Bewegungen oft nicht sehr angesehen ist.

Die großen Sammlungen wie ‚Papiertiger‘ in Berlin oder das ‚Archiv der sozialen Bewegungen‘ in Hamburg haben wohl noch einen gewissen Bekanntheitsgrad. Wer weiß allerdings beispielsweise von der Existenz des ‚Plakatarchivs‘ Uwe Bordanowicz in Bruchsal, des ‚Ökodorf-Archivs‘ in Hausen oder der ‚Umweltwerkstatt‘ Wetterau? Wohl nur Eingeweihte. Während in der Blütezeit der sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre regelmäßig aktualisierte Archivreader die zahlreichen Spezielsammlungen bekannt machten, ist seit mehr als zehn Jahren keine entsprechende Veröffentlichung mehr erschienen.

‚Archive von unten‘ ist seit 1990 die erste Publikation, die alle derzeit existierenden 276 deutschsprachigen Bewegungsarchive mit Ar-

chiv- und Bestandsprofil, Angeboten, technischer Ausstattung und Arbeitsweise auflistet und macht sich schon allein damit zum unverzichtbaren Nachschlagewerk. Autor Bernd Hüttner, Gründer des Bremer ‚Archivs der sozialen Bewegungen‘, hat sich darüber hinaus mit dem Selbstverständnis der Bewegungsarchive auseinandergesetzt und in einer Darstellung kritischer Geschichtszeitschriften und ihrer Arbeitsschwerpunkte einige Schwachstellen der kritischen Geschichtsbearbeitung benannt. Auch *das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* als ‚Plattform für modische Teildisziplinen aus Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie‘ kommt hier nicht ungeschoren davon.

Hüttners Beobachtung eines Konservatismus in der Geschichtsschreibung der sozialen Bewegungen, die noch hinter die Standards von Sozialgeschichte, Geschichte der Arbeiterbewegung, Alltagsgeschichte und *oral history* zurückfallen. Der Abschied von der ‚patriarchalen Ereignis- und Politikgeschichte‘, den er auch jüngst auf der Tagung ‚Making History – Positionen und Perspektiven kritischer Geschichtswissenschaft‘ des bundesweiten Arbeitskreises ‚Kritische Geschichte‘ im Oktober 2003 an der Universität München forderte, sei von den sozialen Bewegungen noch lange nicht vollzogen. Hüttner erkennt zwar an, „dass die akademische Geschichtsschreibung mit Geschlechter-, Alltags- und Mentalitätsgeschichte innovativer als die Geschichtsschreibung über die bzw. aus den linksradikalen Bewegungen ist“, fordert aber dennoch ein außerinstitutionelles Engagement in der Geschichtsbearbeitung ein. Für eine solche Arbeit an einem ‚kollektiven Gedächtnis‘ spreche, dass nur eine solche ‚kritische Aneignung der Geschichte von politischem Protest‘ explizit politische Fragestellungen gegenüber wissenschaftlichen Interessen in den Vordergrund stelle und zudem die Rekonstruktion schon geführter Debatten vor einer

ewigen Wiederholung politischer Interventionen bewahre.

Hüttners Kritik an der akademisch orientierten Geschichtsschreibung über soziale Bewegungen verweist auf die Foucaultschen Problematisierung der Wissensproduktion als integralem Bestandteil der Reproduktion herrschender Machtstrukturen. Ähnlich wie etwa in den *postcolonial studies* wird hier die Frage aufgeworfen, inwieweit es nicht im Interesse sozialer Bewegungen liegen müsste, Formen alternativer Wissensproduktion zu etablieren und eine neue außerakademischen Theoriearbeit anzuleiten, die genau am politischen Problem einer Geschichtsschreibung ansetzt, die sich nicht als Teil der Reproduktion eines vorherrschenden Wissenskanons versteht.

Anders als noch vor nahezu 80 Jahren, als der westliche Marxismus als Grundstock kritischer Wissenschaft für seine Etablierung an den Universitäten und Akademien kämpfte, um die damals virulente politische Frage des Scheiterns der Revolution institutionell abgesichert wissenschaftlich bearbeiten zu können, so steht vielleicht heute – in Zeiten der Abwicklung kritischer Sozialwissenschaften an den Universitäten – der Weg aus den Akademien in die sozialen Bewegungen an, um die Frage der politischen Interventionsfähigkeit auch auf Grundlage der kritischen Aufarbeitung der Geschichte der sozialen Bewegungen neu diskutieren zu können. Die Archive der sozialen Bewegungen stellen dabei mehr als einen Grundstock kritischer Geschichtsarbeit dar.

Gottfried Oy, Frankfurt am Main

Besprochene Literatur

Hüttner, Bernd 2003: Archive von unten. Bibliotheken und Archive der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.



Mann oder Frau: Wer demonstriert mehr?

Susanne Lippert stellt in ihrem Buch eine Frage, die die Gender-Forschung immer wieder beschäftigt: „Ist politisches Engagement (noch immer) eine Frage des Geschlechts?“. Die Autorin legt den Fokus allerdings nicht auf politisches Engagement im Sinne von konventioneller Partizipation, zu der beispielsweise die Stimmabgabe bei Wahlen oder die Kandidatur um politische Ämter zählt. Sie konzentriert sich auf Formen des politischen Protests, sowohl des legalen als auch des illegalen.

Nach dieser begrifflichen Klärung macht Susanne Lippert zunächst unter dem Titel „Frauen in der Politik“ einen Exkurs in die Geschichte und beschreibt die historische Entwicklung politischer Teilhabe von Frauen. Dabei geht sie auf die bürgerliche Gesellschaft, die erste deutsche Frauenbewegung im Kaiserreich, den Kampf um das Wahlrecht, die Weimarer Republik und die NS-Zeit ein. Außerdem beobachtet sie die politische Partizipation in beiden deutschen Staaten von 1945 bis 1990 und die Entwicklung seit der Wiedervereinigung in Deutschland. Susanne Lippert kommt danach zu dem Schluss, dass Frauen ihre Mitwirkungschancen im konventionellen Bereich nach wie vor als geringer ansehen als Männer. Als Gründe nennt sie gesellschaftliche Ungleichheiten, eine geringere Akzeptanz von Politikerinnen in der Gesellschaft und familiäre Aufgaben, die es für Frauen erschweren, eine politische Karriere einzuschlagen. Dabei beruft sich die Autorin auch auf den aktuellen Forschungsstand. Sie folgert daraus, dass Frauen eher unkonventionell partizipieren.

Anhand der Albus-Erhebungen von 1988 und 1998 sowie des Leipzig-Pannels untersucht Susanne Lippert, ob es geschlechtsspezifische Unterschiede bei unkonventionellen Protestformen gibt. Dabei stellt sie bei genehmigten

Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und der Mitarbeit in Bürgerinitiativen fest, dass sich westdeutsche Frauen geringfügig weniger engagieren als Männer. Bei den Ostdeutschen sei gar kein geschlechtsspezifischer Unterschied feststellbar. Auch bei illegalen Protestformen gibt es bestenfalls geringe Zusammenhänge zwischen Engagement und Geschlecht.

Ausschlaggebend dafür, ob Menschen politisch partizipieren, sind verschiedene Faktoren. Dabei verbindet die Autorin Elemente aus sozialisationstheoretischen und ressourcentheoretischen Erklärungsansätzen mit der Theorie des Rationalen Handelns. Susanne Lippert betont dabei die Schlüsselrolle der Schulbildung. Bei Männern wirkt sich die Schulbildung direkt auf das politische Engagement aus, bei Frauen funktioniert dies vielschichtiger: Eine höhere Schulbildung verstärkt das politische Interesse, erhöht das Berufsprestige und die Integration in Freizeitgruppen. Damit ist auch die Bereitschaft zur politischen Partizipation höher.

Zum Abschluss benennt Susanne Lippert einige Ansätze für weitere Vorhaben. So sollte aus ihrer Sicht der Ost-West-Vergleich in Befragungen vertieft werden sowie die Frage untersucht werden, welche Auswirkungen geschlechtstypische Rollennormen auf politische Partizipation haben.

Das Buch könnte in seinen Schlüssen etwas klarer sein. Die Zusammenfassung sollte kurz und knapp die Ergebnisse präsentieren. Stattdessen verliert sich die Autorin noch einmal in den Umfrageergebnissen, die bereits in den Einzelkapiteln ausgebreitet werden. Außerdem beinhaltet das Buch auch handwerkliche Schwächen – trotz des hohen Preises von 107 Euro sind Grafiken und Tabellen schlecht integriert, und es finden sich relativ viele Rechtschreibfehler in dem Buch.

Karin Urich, Mannheim

Besprochene Literatur

Lippert, Susanne 2002: Politisches Engagement – noch immer eine Frage des Geschlechts? Geschlechtsspezifische Aspekte politischer Partizipation unter besonderer Berücksichtigung politischer Proteste, Hamburg: Verlag Dr. Kovac.



No Global – New Global

Mit ihrem Buch NO GLOBAL – NEW GLOBAL haben Massimiliano Andretta, Donatella della Porta, Lorenzo Mosca und Herbert Reiter einen der eher seltenen Beweise vorgelegt, dass Sozialwissenschaftler zuweilen tatsächlich am Puls der Zeit forschen. Ihre Studie untersucht ausgehend von den Protesten im Jahr 2001 gegen den G8-Gipfel in Genua Identität und Strategie der globalisierungskritischen Bewegung. Diesen im Untertitel formulierten Anspruch lösen die Autoren leider nur unvollständig ein, denn im Buch sucht man vergeblich nach Ausführungen oder gar einem Kapitel über die Strategien der globalisierungskritischen Bewegung. Trotzdem ist das Buch eine lohnende Bettlektüre, die sich weder Aktivisten noch Beobachter der Bewegung entgehen lassen sollten.

Beeindruckend sind die Vielfalt und die Breite der empirischen Datenbasis der Untersuchung, die die Autoren weitgehend von der Versuchung geschützt haben, in ihrer Argumentation auf Anekdoten zurückzugreifen. Insbesondere die Befragung von über 800 Teilnehmer der Proteste gegen den Weltwirtschaftsgipfel bringt viele interessante Fakten über die bisher weitgehend unbekanntem Subjekte dieser ‚neuen‘ neuen sozialen Bewegung ans Tageslicht: 50% aller Befragten sind Studierende, aber nur 13% Arbeiter. Und nur 26% haben viel oder ausreichend Vertrauen in Parteien, dafür aber 87% in soziale Bewegungen. Wie aber diese und viele andere Einstellungen und Charakteristika mit Bildung, Alter, Geschlecht

oder anderen demographischen Faktoren in Verbindung stehen, erfährt der Leser leider nicht.

Weitaus problematischer ist aber das Versäumnis der Autoren, die Natur ihres kollektiven Subjekts – der globalisierungskritischen Bewegung – ausreichend zu problematisieren. Vergeblich sucht man nach der Frage geschweige denn einer Antwort auf die Frage: Was ist die globalisierungskritische Bewegung? Stattdessen wird durch die Bemühung von ‚Nebelerferkonzepten‘ wie der Weltzivilgesellschaft der Eindruck erzeugt, bei der globalisierungskritischen Bewegung handele es sich im umfassenden Sinne um eine globale Bewegung. Dass die globalisierungskritische Bewegung sich aber selbst (zumindest bisher) nicht vom Nationalstaat als politische Zwangsjacke emanzipieren konnte, und in ihren Organisationsformen, Forderungen und Strategien entsprechend große Unterschiede aufweist, geht so leider verloren. Um aber der Heterogenität des Phänomens gerecht zu werden, empfiehlt es sich, das Plural zu benutzen, also von globalisierungskritischen Bewegungen zu reden, wenn mehr als ‚die‘ Bewegung in einem bestimmten Land gemeint ist. Letztlich entpuppt sich das Buch denn auch nur als Studie über die globalisierungskritische Bewegung in Italien, das Genua Social Forum (GSF) und eben die Proteste gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Genua.

In Ansätzen anders verhält es sich allerdings mit dem letzten Kapitel, in dem die Ergebnisse einer Umfrage unter 2.384 Teilnehmern am Europäischen Sozialforum (ESF) in Florenz vorgestellt werden. Beispielsweise werden dort Daten über die Selbsteinordnung der Aktivisten auf einer Links-Rechts Achse nach Ländern getrennt präsentiert. Die Unterschiede sind eklatant: Während sich nur 19% der spanischen Aktivisten als extrem links einstufen, sind es 67% der britischen Aktivisten. Die Aussagekraft dieser Ergebnisse relativiert sich

allerdings, wenn man bedenkt, dass sie auf 88 bzw. 119 Personen basieren. Noch problematischer ist die Tatsache, dass die Mobilisierung zum ESF in Großbritannien vor allen von der Socialist Workers Party organisiert wurde. Letztlich verrät das Kapitel deshalb zwar viel über die nationalen Unterschiede der Teilnehmer am Sozialforum, aber herzlich wenig über die Unterschiede der sozialen Basis der globalisierungskritischen Bewegungen in diesen Ländern.

Wie bereits eingangs erwähnt ist aber die größte Enttäuschung, die das Buch für die Leser bereit hält, das Fehlen einer Analyse der Strategien der globalisierungskritischen Bewegungen. Dabei markiert Genua den zumindest vorläufigen Höhepunkt einer dieser Strategien, nämlich das Zusammenkommen von Staats- und Regierungschefs anlässlich von Treffen internationaler Institutionen als Anlass für Massenproteste zu nutzen. Insbesondere Seattle und Genua haben den Reformbedarf des globalen Kapitalismus beinahe einvernehmlich als diskursives Faktum in der öffentlichen Debatte verankert. Doch sehr bald musste die Bewegung erkennen, dass die Gipfel-Strategie zwar die Rhetorik, nicht aber die Substanz der Politik zu verändern vermag. Der anschließende Lernprozess führte zwar nicht zur Ablösung dieser Strategie, aber sie wurde um die Durchführung international koordinierter nationaler Kampagnen ergänzt. Attac hat mit seiner europaweiten Kampagne gegen das GATS-Abkommen diese Strategie erfolgreich eingesetzt.

Felix Kolb, Verden.

Besprochene Literatur

Massimiliano, Andretta/della Porta/Donatella/Mosca, Lorenzo/Reiter, Herbert 2003: NO GLOBAL – NEW GLOBAL. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung. Frankfurt/New York: Campus.

Mobilisierungsstrukturen und transnationaler Protest

Die globalisierungskritische Bewegung erreichte mit der Mobilisierung von über 100.000 Demonstranten in Genua einen vorläufigen Höhepunkt, welcher durch die brutale Repression des italienischen Gewaltapparates, des terroristischen Anschlages auf die Vereinigten Staaten am 11. September 2001 und den Themenwechsel innerhalb der politischen Linken gegen den von den USA geführten Krieg im Irak erst einmal gebrochen wurde.

Peter Ullrichs Studie über die Protestmobilisierung von Genua reiht sich ein in die mittlerweile zahlreichen Veröffentlichungen über die sogenannte Anti-Globalisierungsbewegung. Die Studie versucht, die Organisations- und Mobilisierungsstrukturen, die dem Protest in Genua im Juli 2001 zugrunde liegen, nachzuzeichnen. Dabei bedient sich der Autor methodisch der analytischen Auswertung von verschiedenen Protestaufrufen sowie den Flugblättern und Veröffentlichungen von drei Mobilisierungsbündnissen (Genua Social Forum, Kasseler Bündnis und Leipziger Bündnis). Theoretisch angeleitet ist die Studie von sozialwissenschaftlichen Konzepten, die der Literatur über soziale Bewegungen entstammen. Insgesamt kann gesagt werden, dass der Autor einen sicheren Umgang mit den herkömmlichen Theorien der Bewegungsforschung aufweist, jedoch kaum neue Akzente für das sozialwissenschaftliche Verstehen von aktuellen sozialen Bewegungen setzt.

Was die globalisierungskritischen Bewegungen von bisherigen sozialen Bewegungen unterscheidet, ist das Ausmaß und die Qualität der transnationalen Kooperation und Kommunikation unter den Bewegungsakteuren. Ullrich weist auf diesen Aspekt der transnationalen Vernetzung zwar an mehreren Stellen seiner Studie hin, aber er vertieft weder dessen theoretische Implikationen für die Bewe-

gungsforschung, noch widmet er diesem Aspekt einen größeren Stellenwert in seiner empirischen Untersuchung über die Mobilisierung für Genua. Gerade die theoretische Implikation der transnationalen Vernetzung von sozialen Bewegungen ist ein ‚hot issue‘ unter BewegungsforscherInnen und eine Positionierung des Autors zu diesem Aspekt wäre im Hinblick auf das gewählte Thema interessant gewesen.

Die methodische Herangehensweise mag ebenso Anlass zur Kritik geben. Die empirische Fokussierung auf Protestaufrufe und Publikationen von Protestakteuren gewährt nur den Einblick in ein Teilspektrum der mobilisierenden Gruppen, nämlich solche, die entweder einen großen Stellenwert auf Öffentlichkeitsarbeit legen oder einen Protestaufruf unterschreiben. Über die Größenordnung und die Dynamiken innerhalb der Bewegungsspektren gibt diese methodische Herangehensweise kaum Auskunft. Beispielhaft hierfür kann das transnationale Netzwerk von People's Global Action (PGA) erwähnt werden. Das Netzwerk von PGA hat für den Protest in Genua zu einem globalen Aktionstag aufgerufen. Durch den informellen und dezentralen Charakter dieses Netzwerkes, in dem es weder einen Pressesprecher noch Ortsgruppen mit dem Namen des Netzwerkes gibt, können Mobilisierungen dieses Netzwerkes nur schwer dem Netzwerk von PGA zugeordnet werden. Zum Beispiel war die italienische Gruppe YaBasta! ein maßgeblicher Mobilisierungsakteur innerhalb des PGA-Spektrums. Dem Autor ist daher ein wesentlicher Mobilisierungsakteur nicht in das Blickfeld seiner Analyse geraten, da nur *ein* methodischer Ansatz (Inhaltsanalyse von Publikationen) gewählt wurde. Eine Ergänzung seiner empirischen Untersuchung durch partizipative Feldforschung hätte seine Studie wesentlich bereichert.

Der Autor zeigt in seiner Typologisierung der Bewegung, wie ‚bunt‘ diese globalisierungs-

kritische Bewegung hinsichtlich thematischer, taktischer, organisatorischer und ideologischer Ausrichtung ist. Der Zusammenhalt dieser Mesomobilisierungsakteure wird hauptsächlich in der gleichberechtigten Bezugnahme der unterschiedlichen inhaltlichen Positionen gesehen. Leider hat der Autor die brutale Repression nicht ausreichend thematisiert. Gerade in der Deutung (framing) und der Interpretation der Repression durch die verschiedenen Bewegungsakteure ergeben sich viele weiterführende Erkenntnisse über die Strukturen, Dynamiken und die Deutungsmacht der Bewegung. Zum Beispiel hat das reformistische Spektrum nach dem Tod von Carlo Giuliani seine Beteiligung an weiteren Demonstrationen sofort abgebrochen und somit die Bewegung geschwächt. Diese Schwächung wurde jedoch durch die kritische Berichterstattung der meinungsbildenden Medien in vielen europäischen Ländern und der teilweisen Unterstützung von institutionalisierten politischen Akteuren (z.B. Parlamentariern) zum Teil wieder aufgefangen.

Hermann Maiba, Chicago

Besprochene Literatur

Ullrich, Peter 2003: *Gegner der Globalisierung? Protest-Mobilisierung zum G8-Gipfel in Genua*. Hochschulschriften der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig/Schkeuditz: GNN.



Abschied von den Dämonen

Am jüngsten Tag ist die Show vorbei. Wenn der selbsternannte Dämon des Sommers 2002, Berater Moritz Hunzinger, einmal im Public Relations-Himmel Rechenschaft über sein professionelles Wirken ablegen müsste, dann könnte er sich mit dem Hinweis aus der Affäre ziehen, erst durch ihn habe die Disziplin in Deutschland das erlangt, worum es ihr im Kern doch gehe: Beachtung und gesteigertes Interesse. Und wenn das Ganze auch im Streit endet

– umso besser für die öffentliche Aufmerksamkeit. Aber von Hunzinger werden wir zugleich mit Nachdruck darauf gestoßen, auf welchen tönernen Füßen die Zunft der Public Relations, hier speziell der Public Affairs, sich in Deutschland immer noch fühlt – eine Antwort, wie sich dies ändern ließe, bleibt er aber schuldig.

Aufatmen lässt da ein kleines Buch, gerade einmal gut einhundert Seiten stark: Dagmar Wiebusch mit ihrer *Public Affairs Agenda*. Das Buch macht knapp und prägnant deutlich, worum Public Affairs kreisen. Als eine Form der professionellen Beratung in Kommunikationsangelegenheiten unterstützen Public Affairs-Aktivitäten Unternehmen, Verbände und andere interessierte Institutionen dabei, den Prozess der Politikformulierung und Entscheidungsfindung in ihrem Sinne zu beeinflussen. In sechs Hauptabschnitten schlägt die Autorin den Bogen von den grundlegenden Begriffen und Definitionen über die jeweils ortsspezifischen Besonderheiten der Politikkommunikation, so wie sie sich ehemals in Bonn und heute in Berlin oder Brüssel darstellen, bis hin zu konkreten Fallbeispielen. Dagmar Wiebuschs Darstellung besticht dabei vor allem durch ihre politikwissenschaftliche Fundierung und durch ihre Transparenz.

Stichwort Fundierung: Wenn eine Disziplin – zumindest im internationalen Vergleich – bereits mit Verspätung unterwegs ist, kann es helfen, sich zunächst seines Handwerkszeugs zu vergewissern: durch eine Besinnung auf die Wurzeln. Dagmar Wiebusch kennt ihre Klassiker wie Theodor Eschenburgs ‚Herrschaft der Verbände?‘ oder Wilhelm Hennis Aufsatz über ‚Richtlinienkompetenz und Regierungstechnik‘. Diese politikwissenschaftliche Erdung macht sie zu einer ernstzunehmenden Stimme im Konzert der Public Affairs.

Stichwort Transparenz: Dagmar Wiebusch ist keine freischwebende Autorin, aber sie macht dies sichtbar – und entschärft damit das latente Misstrauen. Als Leiterin des Bereichs

National Politics bei der Agentur ECC Public Affairs steht sie mitten im politischen Leben, ein Autorenteam hat sie bei ihrem Buch unterstützt, Agenturchef Gregor Schönborn fungiert als Herausgeber, und die Autorin war zuvor in verschiedenen Funktionen auch ganz unmittelbar politisch aktiv innerhalb der SPD.

Fazit: Das Buch ist im besten Sinne ein gutes Stück Praktikerliteratur, denn es ist fundiert und reflektiert geschrieben. Es bietet damit eine lesenswerte und nützliche Einführung in ein weiter wachsendes Forschungs- und Berufsfeld – und stellt so auch einen wichtigen Schritt beim Abschied von den Dämonen dar.

Carsten Nemitz, Bremen

Besprochene Literatur

Wiebusch, Dagmar 2002: Public Affairs Agenda. Politikkommunikation als Erfolgsfaktor. Neuwied/Kriftel: Luchterhand.

ANNOTATIONEN

JÖRG BERGSTEDT

Reich oder rechts?

Umweltgruppen und NGO's im Filz mit Staat, Markt und rechter Ideologie
Frankfurt a. M.: IKO 2002

JÖRG BERGSTEDT, JÖRN HARTJE, THOMAS SCHMIDT

Agenda, Expo, Sponsoring

Perspektiven radikaler, emanzipatorischer
Umweltschutzarbeit

Band 2

Frankfurt a. M.: IKO 1999

Das Buch „Reich oder rechts?“ zeichnet den Wandel von Umweltverbänden hin zu professionellen Lobby- und Kampagnen, „Konzernen“ nach. Oft verbinde sich, so Jörg Bergstedt, dieser Wandel von breit angelegten Umweltschutzaktionen zu spezialisierter Lobbyarbeit

mit der Modernisierung des Staates hin zu einer maximalen Integration politischer und sozialer Bewegungen, um diese einzubinden, zu befrieden, ihr Know-How abzuschöpfen und ihre kostengünstige Arbeitskraft für eigene Vorhaben einzusetzen (52).

Der Autor untersucht Umweltschutzverbände, -gruppen und -parteien. Behandelt werden u.a. die großen Umweltverbände BUND, NABU, WWF, Greenpeace, Robin Wood, B.A.U.M.; die Dachverbände DNR und AGU; die Netzwerke BBU, Grüne Liga sowie Jugendumweltbewegungen; Umweltzentren; Rechte Umweltorganisationen; Tier- und Naturrechtsbewegungen; Kommunen, Ökodörfer sowie die Parteien Die Grünen, die ÖDP, die PDS und SPD. Das Buch liefert Daten, Fakten und Hintergründe. Es ersetzt aber keine umfangreiche Darstellung der einzelnen Organisationen. Den Untersuchungsschwerpunkt legt Bergstedt auf den Filz mit Staat, Markt und antiemanzipatorischen Gruppen bzw. Ideologien.

„Reich oder Rechts“ bildet den Auftakt einer neuen Buchreihe, die Strategien der Organisation emanzipatorischer Politik vorstellen will. Die AutorInnen sollen aus der politischen Debatte und der politischen Praxis kommen und sich für eine Politik engagieren, der es nicht um Macht und Beteiligung an der Macht geht. Denn: Politische Bewegung, die eine Veränderung der herrschenden Logik will, muss die Herrschaft aufdecken, direkt oder symbolisch angreifen und Alternativen beschreiben, so Bergstedt. Am Beispiel der Umweltbewegung durchleuchtet er die Abhängigkeitsverhältnisse und politischen Strategien von Verbänden und Basisgruppen. Er stützt sich dabei auf die aktualisierten Daten des vor fünf Jahren erschienen Buches „Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz. Perspektiven radikaler emanzipatorischer Umweltschutzarbeit“. Fünf Jahre nach Erscheinen von Agenda, Expo, Sponsoring zieht Bergstedt Bilanz. Die sich damals bereits andeu-

tende Entwicklung habe sich bestätigt: Die Umweltdebatte wird von Umweltschutzverbänden dominiert, die eine marktförmige Ökostrategie verfolgen; die Modernisierung von Verbänden zu sogenannten NGOs ist eingetreten, die Lobbyarbeit bei Staat und Wirtschaft betreiben, PR-Kampagnen und intensive Spendenwerbung starten und sich aus den Zuschussöpfen der Regierung finanzieren, obwohl sie deren unabhängige Berater sein wollen.

In „Agenda, Expo, Sponsoring“ versuchen die Autoren aufzuzeigen, wie Umweltschutzbewegungen zu einer emanzipatorischen, d.h. gesellschaftsverändernden Bewegung werden könnten. Dies bedeute den Abschied von bisherigen Strategien, staatlichen Stellen, Vollzugsorganen sowie davon, zunehmend die Wirtschaft als Ausführende im Umweltschutz zu sehen. Das Buch, bestehend aus zwei Bänden, skizziert die Idee eines „emanzipatorischen Umweltschutzes“, auch als „Umweltschutz von unten“ bezeichnet. Der Sammelband stellt Strategien für einen emanzipatorischen Umweltschutz zu unterschiedlichen Handlungsfeldern vor. Die Bände bieten jedoch keine Theorie. Hauptzielgruppe sind die Akteure im Umweltschutz. Bergstedt möchte Diskussionen in Umweltgruppen, d.h. bei den Praktikern, in Gang setzen.

nb



PATRICK GRAICHEN

Kommunale Energiepolitik und die Umweltbewegung

Eine Public-Choice-Analyse der „Stromrebell“ von Schönau
Frankfurt a. M.: Campus 2003

Im Zentrum der Analyse steht die Suche nach Faktoren, die die Durchsetzung einer kommunalen ökologischen Energiepolitik begünstigen oder behindern. Graichen versucht, die Erfolgsfaktoren im Fall der Stromrebell von

Schönau im Schwarzwald theoretisch und empirisch zu erfassen und in das politikwissenschaftliche Analyseinstrumentarium zu integrieren. Der Autor begnügt sich aber nicht mit der Einzelfallanalyse, sondern er versucht Hypothesen aufzustellen, die zur Beantwortung der übergeordneten Fragen nach den generellen Erfolgchancen ökologischer Politikansätze geeignet sind.

Die Arbeit verbindet eine theoretische Analyse auf Basis der Neuen Politischen Ökonomie mit einer qualitativ ausgerichteten Einzelfallstudie. D.h. Graichen nutzt die Stärken verschiedener Methoden, um zu einem abgerundeten Gesamtbild der Situation zu gelangen. Für seine theoretische Analyse im Rahmen der Neuen Politischen Ökonomie stützt er sich auf das Konzept rationaler nutzenmaximierender Individuen, mit dem er die zentralen Akteure ökologischer Politik, die Umweltbewegung, analysiert. Mit dem verbalen Political-Support-Ansatz stellt er die Interessenkonstellationen der beteiligten Akteure und deren Handlungsoptionen dar. Anschließend wird ein formales Rent-Seeking-Modell betrachtet, das in einer Wahlkampfsituation die strategische Interaktion der zwei entscheidenden Lobbygruppen – Umweltschützer und emittierende Industrie – erklärt.

Die abstrakten Überlegungen werden mit einer konkreten Einzelfallanalyse angereichert, die sich durch Nähe und Wirklichkeit auszeichnet. Die Methode „analytische Ereignisrekonstruktion“ (Analytical Narratives) gibt eine ausführliche Deskription der Rahmenbedingungen und Akteurshandlungen wieder und überprüft so die aus der politökonomischen Theorie abgeleiteten Hypothesen. In seinem Schlusskapitel fordert Graichen mehr narrative Analysen in der Sozialwissenschaft. „Neben der Möglichkeit, verschiedene Erklärungsansätze anhand von konkreten empirischen Beobachtungen zu überprüfen, ergibt sich durch die Analyse eines Einzelfalls nicht zuletzt

die Chance, neue, überraschende Erkenntnisse zu gewinnen.“ (286)

nb



ARCHIV SOZIALE BEWEGUNGEN &
STADTARCHIV FREIBURG (HG.)

Gleich wird's grün

Freiburger Fahrpreiskämpfe 1968

Materialien zur Protestgeschichte 2

Freiburg: Cop. Jos Fritz Verlag Freiburg 2003

Die vorliegende CD-ROM bietet einen einfachen Zugang zu über 550 Dokumenten der Fahrpreisdemonstrationen von Schülern und Studenten im Februar 1968 in Freiburg. Sie enthält Flugblätter, Fotos, Filme, städtische Akten und Interviews mit ehemaligen Akteuren.

Die Entscheidung des Freiburger Gemeinderates, die Fahrpreise für den Öffentlichen Nahverkehr zu erhöhen, lösten die bis dahin größten Demonstrationen aus, die Freiburg nach dem 2. Weltkrieg erlebt hatte. Etwa 2000 Schüler und Studenten kamen am 1. Februar 1968 um 13:00 zur Demonstration an die damals stark befahrene Straßenkreuzung am Bertoldsbrunnen. „Gleich wird's grün“ riefen sie am Straßenrand, gingen los, als die Ampel umsprang und blieben bei rot auf der Kreuzung stehen. Der gesamte Freiburger Durch-

gangsverkehr wurde damit lahm gelegt. Die Demonstration dauerte mehr als fünf Stunden an. Die Blockaden wurden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Mit der Materialsammlung wollen die Herausgeber den Blick auf die Freiburger Eigenarten, auf Parallelen und zeitliche Verschiebungen zu den besser erforschten Bewegungen der Metropolen lenken. Das kleine Begleitheft zur CD-ROM schildert die Geschichte der Fahrpreisdemos. Es umreißt die Anfänge der Bewegung, die Positionen und Programme, beschreibt die Proteste, die Akteure und unterschiedliche Interessengruppen: auf der einen Seite die Schüler und Studenten, auf der anderen Seite die Stadtverwaltung.

Die Fahrpreisdemonstrationen waren in Freiburg nicht die einzigen Höhepunkte außerparlamentarischer, sozialer Proteste, aber sie markieren eine Wende in der Freiburger Bewegungsgeschichte. Die Mobilisierung nachfolgender Bewegungen – Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze, Häuserkampf, Proteste gegen das Kernkraftwerk in Wyhl am Kaiserstuhl – wäre ohne die Fahrpreisdemonstrationen anders verlaufen, vermuten die Herausgeber. Um die Verbindungen und strukturellen Veränderungen auch längerfristig transparent machen zu können, plant das Archiv Soziale Bewegungen weitere Quellenausgaben zur Freiburger Protestgeschichte. nb

AKTUELLE BIBLIOGRAPHIE

- Aberbach, Joel D.* 2003: Introduction: Administration in an Era of Change, in: *Governance* Vol. 16, No. 3, 315-321
- Alkadry, Mohamad G.* 2003: Deliberative Discourse Between Citizens and Administrators, in: *Administration and Society* Vol. 35, No. 2, 184-210
- Arato, Andrew* 2003: The Occupation of Iraq and the Difficult Transition from Dictatorship, in: *Constellations* Vol. 10, Issue 3, 408-425
- Balibar, Etienne* 2003: Europe: Vanishing Mediator, in: *Constellations* Vol. 10, Issue 3, 312-339
- Batterbury, Simon* 2003: Environmental Activism and Social Networks: Campaigning for Bicycles and Alternative Transport in West London, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Vol. 590, No.6, 150-170
- Benz, Arthur* 2003: Staus und Perspektiven der politikwissenschaftlichen Verwaltungsforschung, in: *Die Verwaltung* 3/2003, 361-389
- Blair, Harry* 2003: Jump-Starting Democracy: Adult Civic Education and Democratic Participation in Three Countries, in: *Democratization* 9/1, 53-77
- Buchstein, Hubertus* 2003: A Heroic Reconciliation of Freedom and Power: On the Tension between Democratic and Social Theory in the Late Work of Frank L. Neumann, in: *Constellations*, Vol. 10, Issue 2, 228-247
- Chaichain, Mohammad A.* 2003: Structural Impediments of the Civil Society Project in Iran: National and Global Dimensions, in: *International Journal of Comparative Sociology*, Vol. 44, No. 1, 19-51
- Chetkovich, Carol/Frumkin, Peter* 2003: Non-profit Competition in Charitable Versus Fee-Based Programs, in: *Administration and Society* Vol. 35, No. 5, 539-564
- Cleveland, John W.* 2003: Does the Middle Class Lead Today's Social Movements? in: *Critical Sociology*, Vol. 29, No. 2, 163-189
- Dahrendorf, Ralf* 2003: The Challenge for Democracy, in: *Journal of Democracy* Vol. 14, No. 4, 101-115
- Dehousse, Renaud* 2003: Comitology: who watches the watchmen? in: *Journal of European Public Policy*, 10/5, 798-814
- Derlien, Hans-Ulrich* 2003: Mandarins or Managers? The Bureaucratic Elite in Bonn, 1970 to 1987 and Beyond, in: *Governance* Vol. 16, No. 3, 401-429
- Fernando, Jude L.* 2003: NGOs and Production of Indigenous Knowledge Under the Condition of Postmodernity, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Vol. 590, No.6
- Fraser, Nancy* 2003: From Discipline to Flexibilization? Reading Foucault in the Shadow of Globalization, in: *Constellations*, Vol. 10, Issue 2, 160-172
- Fung, Archon* 2003: Deliberative Democracy and International Labor Standards, in: *Governance*, Vol. 16, No. 1, 51-73
- Geschäftsbericht der Stiftung Nord-Süd-Brücken* 2002: Zwischen Oberpostelwitz und Porto Alegre, in: *Nord-Süd-Schrift* 6

- Habermas, Jürgen* 2003: Interpreting the Fall of a Monument, in: *Constellations* Vol. 10, Issue 3, 364-371
- Habermas, Jürgen* 2003: Toward Cosmopolitan a Europe, in: *Journal of Democracy* Vol. 14, No. 4, 86-101
- Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques* 2003: February 15, or What Binds Europeans Together: A Plea for a Common Foreign Policy, Beginning in the Core of Europe, in: *Constellations* Vol. 10, Issue 3, 291-298
- Héritier, Adrienne* 2003: Composite democracy in Europe: the role of transparency and access to information, in: *Journal of European Public Policy*, 10:5, 814-834
- Hilberg, Raul* 2003: The Relevance of Behemoth Today, in: *Constellations*, Vol. 10, Issue 2, 256-264
- Hill, Kim Quaille* 2003: Democratization and Corruption: Systematic Evidence from the American States, in: *American Politics Research*, Vol. 31, No.6, 613-632
- Honneth, Axel* 2003: Anxiety and Politics: The Strengths and Weaknesses of Franz Neumann's Diagnosis of a Social Pathology, in: *Constellations*, Vol. 10, Issue 2, 247-256
- Howse, Robert/ Nicolaidis, Kalypso* 2003: Enhancing WTO Legitimacy: Constitutionalization or Global Subsidiarity? in: *Governance*, Vol. 16, No. 1, 73-95
- Josling, Timothy E./Verweij, Marco* 2003: Special Issue: Deliberately Democratizing Multilateral Organization, in: *Governance*, Vol. 16, No. 1, 1-23
- Karapin, Roger* 2003: Protest and Reform in Asylum Policy: Citizen Initiatives versus Asylum Seekers in German Municipalities, in: *German Politics and Society*, Vol. 21, No. 2, 1-46
- King, Loren A.* 2003: Deliberation, Legitimacy, and Mutual Democracy, in *Governance*, Vol. 16, No. 1, 23-51
- Lewis, David* 2003: NGOs, Organizational Culture, and Institutional Sustainability, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Vol. 590, No.6, 212-227
- Lukes, Steven* 2003: The Question of Power: Europe versus America, in: *Constellations*, Vol. 10, Issue 3, 352-358
- Maclure, Jocelyn* 2003: The Politics of Recognition at an Impasse? Identity Politics and Democratic Citizenship, in: *CJPS*, 36:1, 3-23
- Matthew, Richard A, Rutherford, Kenneth R.* 2003: The Evolutionary Dynamics of the Movement to Ban Landmines, in: *Alternatives*, Vol. 28, No.1, 29-57
- Mény, Yves* 2003: The Achievements of the Convention, in: *Journal of Democracy*, Vol. 14, No. 4, 57-71
- Michnik, Adam* 2003: What Europe means for Poland, in: *Journal of Democracy* Vol., 14, No. 4, 128-13
- Mudde, Cas/ Kopecký, Petr.* 2003: Rethinking Civil Society, in: *Democratization*, 9; 3, 1-15
- Offe, Claus* 2003: The Problem of Social Power in Franz L. Neumann's Thought, in: *Constellations*, Vol. 10, Issue 2, 211-228
- Offe, Claus*: The European Model of „Social“ Capitalism: Can It Survive European Integra-

tion? in: *Journal of Political Ideologies*, Vol. 11, No. 4, 437-47

Patomäki, Heikki 2003: Problems of Democratizing Global Governance: Time, Space and the Emancipatory Process, in: *International Relations*, Vol. 9, No. 3, 347-377

Pettit, Philip 2003: Depoliticizing Democracy, in: *Associations, Journal for Legal and Social Theory*, Vol. 7, No. 1, 23-37

Plattner, Marc F. 2003: Competing Goals, Conflicting Perspectives, in: *Journal of Democracy*, Vol. 14, No. 4, 42-57

Prabhakar, Rajiv 2003: Stakeholding: does it possess a stable core? in: *Journal of Political Ideologies*, Vol. 8, No. 3, 347ff.

Preuss, Ulrich K. 2003: The Iraq War: Critical Reflections from „Old Europe“, in: *Constellations*, Vol. 10, Issue 3, 339-352

Redhead, Mark 2003: Charles Taylor's Deeply Diverse Response to Canadian Fragmentation: A Project often Commented on but Seldom Explored, in: *CJPS*, 36:1, 61-85

Roué, Marie 2003: NGOs, indigenous peoples and local knowledge: issues of power in the arena of biodiversity, in: *International Social Science Journal*, Vol. 55, No.4, 533-539

Schmitter, Philippe C. 2003: Democracy in Europe and Europe's Democratization, in: *Journal of Democracy*, Vol. 14, No. 4, 71-86

Sobeck, Joanne 2003: Comparing Policy Process Frameworks: What Do They Tell Us About Group Membership and Participation for Policy Development? in: *Administration and Society* Vol. 35, No. 3, S. 350ff.

Spektorowski, Alberto 2003: The New Right: ethno-regionalism, ethno-pluralism and the emergence of a neo-fascist „Third Way“, in: *Journal of Political Ideologies*, Vol. 8, No. 1, 111ff.

Stehr, Nico 2003: The social and political control of knowledge in modern societies, in: *International Social Science Journal*, Vol. 55, No.4, 643-657

Stiglitz, Joseph E. 2003: Democratizing the International Monetary Fund and the World Bank: Governance and Accountability, in: *Governance*, Vol. 16, No. 1, 111-141

Touraine, Alain 2003: Meaningless Politics, in: *Constellations*, Vol. 10, Issue 3, 298-312

Touraine, Alain 2003: Sociology without Societies, in: *Current Sociology*, Vol. 51, No. 2, 123-133

Uslaner, Eric M., Conley, Richard S. 2003: Civic Engagement and Particularized Trust: The Ties That Bind People to Their Ethnic Communities, in: *American Politics Research*, Vol. 31, No.4, 331-361

Wilson, Patricia A 2003: Faith-Based Organizations, Charitable Choice, and Government, in: *Administration & Society*, Vol. 35, No. 1, 29-52

Zurn, Christopher F. 2003: Identity or Status? Struggles over Recognition in Fraser, Honneth, and Tayler, in: *Constellations*, Vol. 10, Issue 4, 519-538

THEMENHEFTE/SCHWERPUNKTE

Von der APO zu Attac: Politischer Protest im Wandel, Vorgänge 164 (2003), 4

Joachim Raschke: Müssen die Grünen sich neu erfinden? Innovationsjahr 2004 – zwischen Modernisierung und Fortschrittsskepsis, FJ NSB 1/2004, S. 9-16

Der Autor analysiert das Koordinatensystem grüner Politik. Daraus werden Konsequenzen für eine grüne Themen- und Kommunikationsstrategie abgeleitet. Die größten Chancen haben die Grünen mit einer ökologisch-kulturellen Strategie, verknüpft mit Gerechtigkeitsfragen. Bei Themen der Ökonomie und materiellen Gerechtigkeit können sie verlieren, aber nicht gewinnen. Die Grünen müssen sich bemühen, die Einheit von Modernisierern und Modernisierungskritikern (,modernisierungskritische Modernisierer‘) zu wahren. Sie sollten sich weder als Fortschrittsfeinde noch als blinde Modernisierer gerieren. Ökologie, Bürgergesellschaft, Nachhaltigkeit und anderes lässt sich in diesen Kontext einordnen.

Joachim Raschke: A New Self-Invention for the Greens? 2004 – Between Modernization and Hesitation, FJ NSB 1/2004, pp. 9-16

Joachim Raschke discusses the prospects for the green party in 2004 and suggests a communication strategy. The party would maximize its chances for the up coming elections in several *Länder* by combining ecologic-cultural issues and questions of justice. In the realm of economy they can loose but never win voters' sympathy. They have to bridge the gap between those who want to modernize and those who are critical of modernization trends (,critical modernizers‘). Broad issues like ecology, civil society and sustainability should be presented accordingly.

Hans Oswald: Politische Identität und freiwilliges Engagement im Jugendalter, FJ NSB 1/2004, S. 17-24

Politik hat im Vergleich zu anderen Lebens- und Aufgabenbereichen für Jugendliche einen geringen Stellenwert. Dies als zunehmendes politisches Desinteresse und als Politikverdrossenheit zu charakterisieren, ist dennoch irreführend. Viele Jugendliche entwickeln schon früh politische Konzepte und Verhaltensbereitschaften. Die zentrale Frage dieses Aufsatzes bezieht sich auf den Stellenwert, den freiwilliges soziales Engagement für Jugendliche hat. Hierfür werden zunächst amerikanische Forschungsergebnisse berichtet, nach denen freiwilliges soziales Engagement wegen seiner Integration in schulische Curricula weit verbreitet ist. Dieses Engagement hat vor allem dann positive Auswirkungen auf das politische Bewusstsein und die politische Verhaltensbereitschaft, wenn es sich um Arbeit mit Benachteiligten handelt. In Deutschland gibt es ähnliche Zusammenhänge, auch wenn freiwilliges soziales Engagement weniger weit verbreitet ist. Wegen der im Durchschnitt großen Hilfsbereitschaft von Jugendlichen dürfte es auf dem Gebiet des freiwilligen sozialen Engagements große ungenutzte Potentiale geben. Außerdem besteht ein beträchtlicher Forschungsbedarf.

Hans Oswald: Political Identity and Youth Volunteering, FJ NSB 1/2004, pp. 17-24

Young people pay little attention to politics compared to other areas of life. Interpreting this as disinterestedness is misleading. Many young people develop dispositions for political interest and activism early on. The article focuses on the role of volunteering for youth. In America volunteering is interwoven in school activity and therefore widespread. If this activity deals with disadvantaged it furthers political interest and preparedness for political action. This relation is similar in Germany though volunteering is less widespread. As young people are usually prepared to become active there is tremendous potential.

Sebastian Braun: Die Wiederentdeckung des Vereinswesens im Windschatten gesellschaftlicher Krisen, FJ NSB 1/2004, S. 26-35

Vor allem das Unbehagen über längerfristige Entwicklungstendenzen in Deutschland hat in der gesellschaftspolitischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion der letzten Jahre zu einem erheblichen Bedeutungsgewinn des Vereinswesens beigetragen. Im Kern handelt es sich dabei um vier große, vielfach als Krisen thematisierte Entwicklungstendenzen, die im Zentrum der – aus einem Gemisch von Altbekanntem, modifizierten Erkenntnisinteressen und neuen politischen Konstellationen gespeisten – Debatte über Vereine stehen: die Krise des Wohlfahrtsstaats, der Arbeitsgesellschaft, des sozialen Zusammenhalts und der Demokratie. Der Beitrag führt in aktuelle Ansätze ein, in denen Vereine als alternative Steuerungsressourcen und multifunktionale Akteure zur Linderung dieser Krisenphänomene diskutiert werden, und skizziert vor diesem Hintergrund grundlegende Desiderate in der sozialwissenschaftlichen Forschung über das Vereinswesen.

Sebastian Braun: Rediscovering Volunteering in Times of Crisis, FJ NSB 1/2004, pp. 26-35

A political as well as scientific discussion rediscovered volunteer organizations. Four tendencies, often labelled as crises, have lead to a rediscovery of volunteering and volunteer organizations: crisis of social systems, crisis of labour society, crisis of social integration and crisis of democracy. Volunteer organizations might be a resource to handle these problems. The author points out the gaps in social research on these strategies.

Eckhard Priller: Konkurrierende Konzepte zum bürgerschaftlichen Engagement in der Langzeitperspektive, FJ NSB 1/2004, S. 36-44

In seiner Analyse zur langfristigen Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements macht Eckhard Priller drei Hauptrichtungen mit widersprüchlichen Befunden aus: Das Krisenszenario postuliert einen Rückgang, das Strukturwandelszenario geht von bereichsbezogenen Verlagerungen und Wachstum, das Zyklenszenario von phasenbedingten Schwankungen aus. Die empirische Überprüfung dieser Trends mit den Indikatoren Anzahl der Organisationen, Mitgliedschaften in Organisationen sowie ehrenamtliches Engagement zeigt, dass das pessimistische Krisenszenario in Deutschland nur in einigen Bereichen eingetreten ist. Im Langzeittrend ist bislang nicht nur ein Wandel, sondern eine Zunahme des Engagements zu verzeichnen. Gleichwohl bleibt anhand der Daten noch unklar, inwieweit sich das Engagement gerade gegenwärtig gegenüber bestimmten Einflussfaktoren als robust erweist. Bestimmte Schwankungen und Rückgänge hängen sowohl von exogenen als auch von endogenen Faktoren ab und sind künftig nicht auszuschließen.

Eckhard Priller: Competing Concepts of Volunteering in Longitudinal Perspective, FJ NSB 1/2004, pp. 36-44

Looking at volunteering over a long period three main – partly contradictory – tendencies are suggested in literature: First a crisis scenario which describes a decline in volunteering. Second a scenario of structural change which argues for changes in the main interest areas while overall volunteering increases. Finally, a cycle scenario when volunteering follows ups and downs. Empirical research, focusing on number of organizations, membership and volunteering, shows

that a decrease of volunteering can only be found in a few areas. However, the influence of some structural changes remains unclear and future changes are possible.

Ingo Bode/Adalbert Evers/Andreas Schulz: Arbeitsförderung als Sozialpolitik. Beschäftigungsgesellschaften zwischen Gemeinwesenorientierung und arbeitsmarktpolitischer Funktionalisierung, FJ NSB 1/2004, S. 45-53

Beschäftigungsunternehmen sind ein gesellschaftliches Phänomen, das bislang in der arbeitsmarktpolitischen Debatte, aber auch in der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Zivilgesellschaft und Non-Profit-Sektor weit gehend ausgeblendet worden ist. Die Vision des ‚Zweiten Arbeitsmarkts‘ sowie der Leitgedanke, die (Re-)Integration benachteiligter Menschen unmittelbar mit am lokalen Bedarf ansetzenden, sozialwirtschaftlichen Aktivitäten zu verknüpfen, ist heute kaum mehr en vogue – und dies, obwohl Beschäftigungsunternehmen das Potenzial haben, zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche und sozialpolitische Ziele zu verknüpfen und ganzheitliche Lösungen für den Umgang mit der Beschäftigungskrise zu entwickeln. Der Beitrag konzipiert dieses Potenzial zunächst theoretisch, um dann empirische Befunde zu Struktur und Entwicklung sozialer Beschäftigungsunternehmen in Deutschland zu präsentieren. Abschließend zeigt er, wie im politisch-administrativen System derzeitig verfolgte Steuerungsstrategien zu einer Abwicklung dieser ‚Mikroinnovation‘ zu führen drohen.

Ingo Bode/Adalbert Evers/Andreas Schulz: Public Labour Programmes as Social Policy, FJ NSB 1/2004, pp. 45-53

Publicly funded employment agencies are primarily an instrument of labour policy. Their role for civil society and the non-profit sector has scarcely been at the focus of research and public debate. The concept of establishing a „second labour market“ by public funding and re-integrating unemployed by working on local needs is not en vogue anymore. However, employment agencies have the potential to combine civil society as well as economic and social aims. They might be a way out of the employment crisis. Starting from a theoretical point of view the article presents also empirical data to outline the potential of employment agencies in Germany. Current labour policy is threatening these agencies.

Ulrike Schumacher: Die Rolle bürgerschaftlichen Engagements in der Krise der Arbeitsgesellschaft, FJ NSB 1/2004, S. 54-61

Der Beitrag geht der Bedeutung freiwilligen Engagements für den Wandel zu einer zukunftsfähigen Arbeitsgesellschaft nach. Basierend auf den Ergebnissen einer qualitativen Untersuchung in Berliner Umweltinitiativen werden prägnante individuelle Kombinationsformen von Erwerbsarbeit und Engagement herausgearbeitet. Ausgehend von der Alltagspraxis der Akteure werden darüber hinaus Handlungsfelder für die Gestaltung von Rahmenbedingungen benannt, die die Teilnahme von Menschen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären ermöglichen und unterstützen. Es handelt sich dabei um eine ressortübergreifende Aufgabe, die auch der integrativen Funktion Rechnung tragen würde, die die Vereine und Initiativen als Vermittlungsglied zwischen Einzelnen und der Gesellschaft einnehmen.

Ulrike Schumacher: Volunteering and the Crisis of Labour Society, FJ NSB 1/2004, pp. 54-61
Based on qualitative interviews among environmental activists in Berlin, Ulrike Schumacher outlines the potential of volunteering for a sustainable labour society. Individual combinations of labour and volunteering are presented. The daily practice of actors show up potentials to improve circumstances of volunteering in several areas. This will be a general political task which supports the integrative function of voluntary organizations.

Sebastian Braun/Stefan Hansen: Soziale und politische Integration durch Vereine?, FJ NSB 1/2004, S. 62-69

Vor dem Hintergrund der laufenden Diskussion über Vereine als Zwischenträger in gesamtgesellschaftlichen Integrationsprozessen wird in diesem Beitrag die These von Vereinen als Basis für den gesellschaftlichen Zusammenhalt thematisiert. In einem ersten Schritt wird diese These, die in den aktuellen Diskussionen um Sozialkapital und Bürgerkompetenz eine zentrale Rolle spielt, zu analytischen Zwecken in ‚binnen-, und ‚außenintegrative‘ Leistungen von Vereinen differenziert. Anschließend werden markante theoretische und empirische Forschungslücken thematisiert und erste empirische Ergebnisse diskutiert.

Sebastian Braun/Stefan Hansen: Social and Political Integration by Volunteer Organizations?, FJ NSB 1/2004, pp. 62-69

In the context of social capital and citizen competencies, voluntary organizations are discussed as agents for social and political integration. The authors argue that volunteer organizations have the potential for integrating society. They distinguish internal and external integration of voluntary organizations and discuss on this background theoretical and empirical gaps. Some preliminary empirical results are presented.

Maria Berger/Ruud Koopmans: Bürgerschaft, ethnische Netzwerke und die politische Integration von Türken in Amsterdam und Berlin, FJ NSB 1/2004, S. 70-79

In der Sozialkapital-Diskussion macht die Differenzierung zwischen ‚bridging‘ und ‚bonding social capital‘ aufmerksam sowohl auf die möglichen vermittelnden Leistungen sozialer Netzwerke über ethnische und andere Gruppen-Differenzen hinweg als auch auf exklusive, ab- und ausschließende Effekte, die sich in Assoziationsverhältnissen und Netzwerken einstellen können. Mit ihren empirischen Forschungsergebnissen weisen *Maria Berger* und *Ruud Koopmans* unter Konzentration auf den Vergleich des Engagements von Türken in ethnischen Organisationen in Amsterdam und Berlin nach: Ethnische Assoziationen leisten durchaus einen wichtigen Beitrag zur politischen Integration von Migranten und zu einem ‚bridging social capital‘. Sie befördern keineswegs zwangsläufig die Entwicklung von ‚Parallelgesellschaften‘. Es sind jedoch eher die individuellen Rechte als die kulturellen Gruppenrechte, die die politische Integration von Migranten fördern. Die niederländische Integrationspolitik mit ihrer starken Förderung kultureller Gruppenrechte wird im Lichte dieser Untersuchung skeptisch beurteilt. Eine stärkere Förderung von Migrantenorganisationen ist für die Autoren jedoch unverzichtbarer Bestandteil einer erfolgreichen Integrationspolitik.

Maria Berger/Ruud Koopmans: Citizenship, Ethnic Networks and Political Integration of Turks in Amsterdam and Berlin, FJ NSB 1/2004, pp. S. 70-79

The discussion on social capital distinguishes between bridging and bonding social capital to point out the different effects of social networks especially concerning the integration of ethnic minorities and other groups, or the disintegrative phenomena. Based on their comparative study of Turks in Amsterdam and Berlin the authors argue that ethnic associations contribute to the political integration of migrants and to the ‚bridging social capital‘. They do not necessarily lead to disintegrated ‚parallel societies‘. However, individual rights are more important than collective rights for integration. Thus the authors are sceptical concerning the Dutch integration policy which focuses on collective rights. However, support for migrant associations seems crucial for integration.

Thomas Leif: Weiches Thema – Weiche Politik? Warum die Engagement-Politik in Deutschland im Schatten steht, FJ NSB 1/2004, S. 80-87

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements insgesamt, so *Thomas Leif*, hat zwar mit der Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ und dem ‚Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001‘ an kurzfristiger Aufmerksamkeit gewonnen. Doch ihr Ruf als ‚weiches Politikfeld‘ verstellt den Blick auf die Notwendigkeit einer konsequenten Engagement-Politik. Die Förderung der Bürgergesellschaft ist allerdings nicht ohne Konflikte mit etablierten Akteuren und Strukturen zu haben. Angesichts des absehbaren Wandels wichtiger Politikfelder, von gravierenden Strukturänderungen – etwa im Zivildienst – und von extremen demographischen Herausforderungen verstärkt sich die Neigung, das bürgerschaftliche Engagement als Lückenbüßer und Ausfallbürgen zu adressieren und zu instrumentalisieren. Eine kluge, konzeptionell angelegte ‚Engagement-Politik‘ müsste im Vorgriff auf die absehbaren Probleme handeln und insbesondere eine robuste Infrastruktur der Engagementförderung schaffen, ist aber nicht einmal in Umrissen zu erkennen.

Thomas Leif: Soft Issue – Soft Policy? Why Political Support for Volunteering Remains Marginal, FJ NSB 1/2004, pp. 80-87

2001 was the ‚International Year of Volunteering‘ and the German parliament (Bundestag) had a Commission on the ‚Future of Volunteering‘. However, attention for the issue was only short. Framing volunteering as a ‚soft issue‘ hinders a consequent policy supporting engagement. Support for voluntary organizations will necessarily lead to conflicts with established actors. Structural changes, e.g. the abolishment of community service as an alternative to military service and demographic developments, lead to a use of volunteering as a stopgap. A thoroughly designed concept of volunteering-policy would handle these problems in advance, especially by supporting the infrastructure. Such a policy is currently out of sight.

Wolf-Dietrich Brettschneider: Viel Lärm um nichts? Zur Rezeption der Studie ‚Jugendarbeit in Sportvereinen: Anspruch und Wirklichkeit‘, FJ NSB 1/2004, S. 88-93

Die ungewöhnliche Rezeption und die damit verbundene Wirkung der Paderborner Studie über die Wirkung von Sportvereinen und ihre Jugendarbeit auf die Entwicklung von Jugendlichen

bilden den Anlass für eine Rückschau aus der Sicht des verantwortlichen Leiters. Anhand einer ausführlichen Darstellung der Studie und der Reaktionen in den Sportorganisationen, der Sportpolitik und den Medien wird nach Erklärungen für die Reaktionen gesucht und auf einige Kritikpunkte eingegangen. Doch werden – auch durch Flankenschutz aktueller Studien – Kernaussagen wie die festgestellte Stagnation motorischer Leistungsfähigkeit und der Drogenkonsum jugendlicher Fußballer aufrechterhalten.

Wolf-Dietrich Brettschneider: Much Ado About Nothing? Reception of ‚Youth Work in Sport Associations: Claim And Reality‘, FJ NSB 1/2004, pp. 88-93

The author of the Paderborn study on youth work in sport associations reviews the reception of his study. After summarizing the main results he describes how sport organizations, politics and media took up the findings. Some explanations for the reactions are presented. Key issues such as the stagnation of motor ability and drug consumption remain virulent.

Thomas Klie/Hans Hoch/Paul-Stefan Roß: Neue Wege der Verbände in der Bürgergesellschaft?, FJ NSB 1/2004, S. 93-97

Der Artikel befasst sich mit einer Studie aus dem Jahr 2003 zur Rolle der Verbände in der Bürgergesellschaft. Ausgangspunkt ist die Frage nach der neuen Rolle der Verbände im freiwilligen Engagement in der Bürgergesellschaft. Im Anschluss an die Darstellung der Themen der Untersuchung und der einbezogenen Verbände werden erste Ergebnisse kurz vorgestellt. So ist das Verbandswesen ein sich nach wie vor regenerierender Faktor des Dritten Sektors, in dem Traditionsbewahrung und steter Wandel parallel einhergehen: Die Verbände sehen sich offen für neue Formen des Engagements, stehen jedoch traditionell für das ‚Ehrenamt‘; sie sind wenig über ihre verbandsinternen Gliederungen hinaus vernetzt, sind aber offen für Kooperationen; sie wollen eine verstärkte Zusammenarbeit mit Unternehmen, doch bleibt dies mehr Anliegen als Praxis.

Thomas Klie/Hans Hoch/Paul-Stefan Roß: New Tracks for Associations in Civil Society?, FJ NSB 1/2004, pp. 93-97

In 2003 started a research project on the role of associations and volunteering in civil society. The authors present the design of the study and some preliminary results. The voluntary associations are still able to regenerate themselves with a combination of tradition and modernization: they are open for new forms of volunteering but defend the traditional form of charitable work. Networks beyond the own organization are scarce but they are open for cooperation. They are looking for joint activity with economic enterprises but its more aim than reality.

Thomas Leif: Grauzonen des Parlamentarismus ausleuchten – Wie der Lobbyismus unser demokratisches Gefüge untergräbt, FJ NSB 1/2004, S. 100-102

Der Einfluss der Lobbyisten wächst rasant. Noch nie hatten Lobbyisten so viel Einfluss-Chancen wie heute, nie zuvor sind sie so offensiv in der politischen Arena aufgetreten. Die enge Verzahnung von Parlamentariern und Lobbyisten ist ein in Deutschland lange verschwiegenes Defizit parlamentarisch-politischer Unabhängigkeit. Die Lobbyisten sind – auf Kosten der De-

mokratie – eine Macht ohne Legitimation, die gezielt intransparent vorgeht. Sie beeindrucken die einflussreiche Ministerialbürokratie mit dem Rohstoff Informationen und mit fertig formulierten Gesetzesentwürfen. Trotz aller naiven Kommentierungen ist der explodierende Lobbyismus in Deutschland und noch stärker in Brüssel längst zur ‚Fünften Gewalt‘ heran gewachsen.

Thomas Leif: The Dark Side of Parliamentarianism – How Lobbyism Threatens the Democratic System, FJ NSB 1/2004, pp. 100-102

Lobbyists are gaining influence rapidly. Never before they had similar chances of influence, never before they acted as offensively. The close connections between lobbyists and members of parliament is a main deficit of the parliamentary independence. Lobbyists have no democratic legitimation, they hide their activities. They sell information up to complete legislation to the government bureaucracy and have grown to the ‚fifth power‘.

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 17, Heft 1, März 2004

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart
Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe *NSB* herausgegeben von Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Dr. Thomas Leif

Redaktion: Nele Boehme, Berlin; Alexander Flohé, Düsseldorf; Dr. Ansgar Klein, Berlin; Ludger Klein, St. Augustin; Peter Kuleša, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Markus Rohde, Bonn; Dr. Jochen Roose, Leipzig; Dr. Rudolf Speth, Berlin

Externe Redaktion: Prof. Dr. Sebastian Braun

Redaktionelle Mitarbeiter: Anja Corinne Baukloh, Berlin; Sabine Krüger, Berlin; Stefan Niederhafner, Berlin; Elmar Schlüter, Marburg; Karin Ulrich, Mannheim; Astrid Weiher, Berlin

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt dieser Ausgabe: Ansgar Klein (v.i.S.d.P.); *verantwortlich für Pulsschlag:* Alexander Flohé, Remscheider Str. 18, 40215 Düsseldorf, e-mail: alex.flohe@web.de; *für Treibgut:* Astrid Weiher, Im Krausfeld 30, 53111 Bonn, e-mail: astridweiler@web.de; *für Literatur:* Nele Boehme, Graefestr. 14, 10967 Berlin, e-mail: schand@zedat.fu-berlin.de

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Dr. Karin Benz-Overhage, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe NSB, c/o Dr. Ansgar Klein, Mahlower Straße 25/26, 12049 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snaflu.de

Homepage: www.fjnsb.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o Ludger Klein, Im Erlengrund 1, 53757 St. Augustin, e-mail: lepus.lk@t-online.de;
Spendenkonto: Sparkasse Bonn, BLZ: 380 500 00, Konto-Nr: 751 460 7

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.

Jahresabonnement 2004: € 38,-/ sFr 65,30,-, für Studierende gegen Studienbescheinigung € 28,50,-/ sFr 49,80,-, Einzelheft € 14,-/ sFr 25,30,-, jeweils inkl. MwSt. (Versandkosten Inland € 4,-/Ausland € 8,-/ sFr 14,80,-)

Alle Bezugspreise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

Abonnenenverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2004.

© 2004 Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Satz: m.o.p.s. Klemm & Wenner, Mainz

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

ISSN 0933-9361